

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von April 1992
bis Mai 1994**

NWO-Sonderheft Nr. 96



2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen von April 1992 bis Mai 1994

NWO-Sonderheft Nr. 96

Terror der Antichristen vom 01.04.1992-31.05.1994

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von April 1992 bis Mai 1994	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von April 1992 bis Mai 1994

Wir wollen nicht die Verstaatlichung des Menschen, sondern die Vermenschlichung des Staates.

Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827, schweizerischer Pädagoge)

1992

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. April 1992 über ungarische Entschädigungen für enteignete Deutsche: >>>**Ungarn entschädigt Deutsche**

... Wiedergutmachungsleistungen für die nach 1945 enteigneten Angehörigen der heute rund 200.000köpfigen deutschen Minderheit in Ungarn hat das Budapester Parlament beschlossen. Mit der Verabschiedung des zweiten Entschädigungsgesetzes wurden nicht nur die Ansprüche der Deutschen, sondern auch der jüdischen Gemeinde anerkannt, weil es die Zeit vom 1. Mai 1939 bis 8. Juni 1949 erfaßt. ...

Trotz der nunmehr rechtlich anerkannten Gleichstellung aller Betroffenen sind noch Fragen offengeblieben. Die finanzielle Höhe der Wiedergutmachung wird nach einem komplizierten Schlüssel bestimmt und ist umgerechnet mit maximal zirka 100.000 DM je "Fall" begrenzt.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Mai 1992 über das "Harris-Denkmal in London": >>>**Denkmal löst auch bei Briten Widerspruch aus**

Aber sogar die Königinmutter ehrt den "Bomber-Harris".

... In der Nacht zum 31. Mai 1942 flog die Royal Air Force mit allem, was sie hatte, nach Köln. Sie flog den ersten wirklichen Flächenangriff des Zweiten Weltkriegs – größer, umfangreicher, vernichtender als alles, was die deutsche Luftwaffe zuvor in Warschau und Rotterdam, Coventry und London zustande gebracht hatte.

Es war eine neue Strategie, die Arthur T. Harris als frischgebackener Chef des "Bomberkommandos" mit der höchsten Billigung des Premierministers Sir Winston Churchill entwickelt und durchgesetzt hatte. Nicht militärische Ziele und Rüstungsbetriebe, sondern Zivilisten waren die Opfer. Die Nazis hatten das vorexerziert, die Alliierten haben es perfektioniert. Es galt, so wurde damals das Ziel des Terrorbombardements umrissen, den "Widerstandswillen" der Deutschen zu brechen.

In Köln begann im Mai 1942 eine blutige Spur, die sich bis in die letzten Kriegswochen in

Dresden und Pforzheim schaurig verbreiterte. Dresden war im Februar 1945 mit Flüchtlingen vollgestopft, niemand vermochte die Toten der zweitägigen Bombenangriffe zu zählen. Die nordbadische Kleinstadt Pforzheim wurde wenige Tage später von fast 400 britischen Lancaster-Bombern dem Erdboden gleichgemacht.

Auf den Tag genau 50 Jahre später, am 31. Mai 1992, wird die 91 Jahre alte, immer noch rüstige Königinmutter Elisabeth als Patronin der Royal Air Force gegenüber der britischen Luftwaffenkirche St. Clement Danes in Strand am Westrand Londons ein 2,74 Meter großes, aus Bronze gegossenes Denkmal des Luftmarschalls Harris enthüllen. In einem Land, das mit seiner Vergangenheit in Frieden lebt und das stolz ist auf seine Geschichte, wird es das umstrittenste Monument sein, das jemals von einer Angehörigen der Königlichen Familie enthüllt wurde.

Denn Arthur Harris, den seine eigenen Leute "Bomber-Harris" nannten, aber auch "Butcher", also "Schlächter", hat das Töten von Zivilisten zwar nicht erfunden, aber er hat es perfektioniert. Schon 1917, im Ersten Weltkrieg, begannen deutsche Piloten damit, Bomben auf französische Städte zu werfen. Wenig später, in den zwanziger Jahren, berichtete der junge Flieger Arthur Harris aus dem damals von den Briten beherrschten Irak geradezu enthusiastisch, wie großartig es sei, aufständische Kurden zu bombardieren, ohne mit ernsthafter Gegenwehr rechnen zu müssen.

... Von den deutschen Städten war nicht viel übrig, als die Alliierten ... später die Trümmer des Deutschen Reichs besetzten.

Schon bald regten sich Zweifel, bei vielen auch schlechtes Gewissen. Nach der Zerstörung Dresdens stellte sogar Churchill in Frage, ob die Fortsetzung der Massenangriffe noch sinnvoll sei. Harris reagierte mit einem Wutausbruch: "Der Rest aller deutschen Städte ist nicht die Gebeine eines einzigen britischen Grenadiers wert", sagte er damals.

Heute ist ziemlich unumstritten, daß die Flächenbombardements und die 600.000 zivilen Opfer in Deutschland den "Widerstandswillen" so wenig gebrochen haben, wie es zuvor die 30.000 Opfer der deutschen Luftangriffe auf Großbritannien getan hatten. ...

Seit als erster der Pforzheimer Bürgermeister Joachim Becker sich im September letzten Jahres an Außenminister Genscher wandte, ob man das unzeitgemäße Spektakel nicht verhindern könne, gehen die Wogen hoch, in Großbritannien wie in Deutschland. Verhindern konnte man nichts; im Auswärtigen Amt erhielt man auf eine vorsichtige Anfrage die Antwort, es handle sich um ein privates Ereignis (da der Bau des Denkmals durch eine private Spendensammlung der "Bomber Association" finanziert wird).

Doch die Tatsache, daß sich die Bürgermeister der besonders hart getroffenen Städte Pforzheim und Dresden, Köln, Würzburg und Hamburg, Hildesheim, Magdeburg und Mainz offiziell gegen die Ehrung für Harris ausgesprochen haben, löste vor allem in der britischen Boulevardpresse und in den Reihen der Bomber Association wütenden Gegenprotest aus.

Man sollte in jeder deutschen Stadt ein Duplikat der Harris-Statue aufstellen schrieb der Kolumnist Andrew Roberts im Londoner "Evening Standard", "damit sie niemals vergessen". Die Bombervereins-Vorsitzende Batchelor erklärte empört, die Deutschen sollten sich um ihre eigene Vergangenheit kümmern, und die Leserbriefspalten der seriösen Zeitungen werden jetzt schon seit Monaten mit Zuschriften zu diesem Thema überschwemmt. ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 berichtete im Mai 1992 (x853/...):

>>Die Indianer Amerikas und die europäische Kolonisation

Einige Hinweise von Vittorio Messori in seinem "Vivaio-Beitrag" Nr. 439 in der italienischen Tageszeitung "Avvenire" vom 25.4.1991.

Die Tatsachen und Probleme der verschiedenen iberischen und angelsächsischen Kolonisationen sind so weitgreifend und komplex, und es haben sich so viele Vorurteile aufgehäuft, daß wir hier nur einige Schlaglichter auf sie werfen können.

Wir beschränken uns zunächst auf die eingeborene Bevölkerung. Diese ist in den heutigen Vereinigten Staaten von Nordamerika fast ganz verschwunden. Dort sind die Ureinwohner als "Mitglieder der Indianerstämme" mit ca. eineinhalb Millionen Personen registriert. In Wirklichkeit reduziert sich diese Zahl, die ohnehin schon recht gering ist, erheblich, wenn man bedenkt, daß für diese Registrierung ein Viertel indianisches Blut genügt.

Im Süden ist die Lage umgekehrt. In der mexikanischen und mittelamerikanischen Zone, in den Ländern der Anden und in vielen Bereichen Brasiliens stammen ungefähr 90 % der Bevölkerung direkt von den Ureinwohnern ab, oder sie sind Früchte der Verbindungen zwischen Eingeborenen und Neuankömmlingen.

Während darüber hinaus die Kultur der Vereinigten Staaten der Kultur der Indianer außer einigen Wörtern kaum etwas verdankt und sich von ihren europäischen Ursprüngen her ohne nennenswerten Austausch mit der autochthonen Bevölkerung entwickelt hat, ist es beim spanisch-portugiesischen Amerika nicht so. Dort geschah die Kreuzung und Begegnung gewiß nicht nur demographisch. Sie hat vielmehr eine neue Kultur und Gesellschaft mit unverwechselbaren charakteristischen Zügen geschaffen.

Gewiß, dies ist auch auf die verschiedenen Entwicklungsstufen der Völker zurückzuführen, welche die Angelsachsen oder die Spanier und Portugiesen in jenen Kontinenten vorfanden. Es ist aber auch, wenn nicht sogar vorwiegend, auf die religiöse Einstellung zurückzuführen. *Die katholischen Spanier und Portugiesen* zögerten nicht, Eingeborene zu heiraten. Sie sahen in ihnen menschliche Personen gleich wie sie selbst. *Anders die Protestanten*. Sie neigten dazu, ihr reformiertes Christentum auf das Alte Testament zurückzuwenden. Sie waren von jener Art des "Rassismus" oder wenigstens von jener Superiorität des "auserwählten Volkes" beseelt, das bestimmend für Israel war.

Diese Auffassung im Verein mit der Theologie der Prädestination, nach welcher der Indianer rückständig ist, weil er zur Verdammnis "vorherbestimmt" ist, während der Weiße fortgeschritten ist zum Zeichen seiner göttlichen Erwählung, trug dazu bei, die ethnische oder gar auch kulturelle Vermischung als eine Verletzung des Planes der göttlichen Vorsehung anzusehen.

So ist es nicht nur in Amerika und mit den Engländern geschehen, sondern auch in allen anderen Zonen der Welt, wohin die Europäer protestantischer Tradition hinkamen. Die südafrikanische Apartheid ist, um das spektakulärste Beispiel anzuführen, eine typische und theologisch durchaus konsequente Schöpfung des holländischen Calvinismus.

- Es überrascht daher jene Art von Masochismus, der neuerlich die Konferenz der katholischen Bischöfe Südafrikas bewogen hat, sich ohne jede Präzisierung und Unterscheidung der "Erklärung der Reue und Scham" der weißen Christen gegenüber den Schwarzen dieses Landes anzuschließen. Dieser Schritt überrascht, weil, falls auch von katholischer Seite irgendein zu verurteilendes Verhalten geschehen ist, im Gegensatz zu dem, was von protestantischer Seite geschehen ist, dies im vollen Gegensatz sowohl zur Theorie wie zur katholischen Praxis geschehen ist. Leider gibt es heute Männer der Kirche, die heilfroh sind, ihrer Kirche auch Schuld aufzuladen, die sie nicht hat.

Eben gerade von den verschiedenen Theologien leiteten die verschiedenen "Eroberungen" der Länder Amerikas ihren Ursprung her. Die Spanier sahen die Bevölkerung ihrer Territorien nicht als eine Art Müll an, den man zu entfernen hat, um sich als die alleinigen Herren einzurichten. Man bedenkt wenig die Tatsache, daß Spanien im Unterschied zu Großbritannien sein amerikanisches Reich niemals als "Kolonien", sondern als Provinzen organisierte. Und man bedenkt auch nicht, daß sich der König von Spanien niemals die Krone des "Kaisers von Indien" aufgesetzt hat, auch hier im Gegensatz zu dem, was die englische Monarchie sogar noch an der Schwelle des 20. Jahrhunderts getan hat.

- Von Anfang an und danach mit konstanter Unerbittlichkeit während der ganzen folgenden

Geschichte betrachteten die protestantischen Siedler es aufgrund der Bibel selbst als ihr Recht, ohne Probleme und ohne Grenzen alles Land zu besitzen, was sie besetzen konnten, und die Bewohner davonzujagen oder sie auszurotten.

Sofern diese nicht am "Neuen Israel" teilhatten und insofern sie durch die Zeichen einer negativen Prädestination gezeichnet waren, blieben sie vollständig der Gewalt der neuen Herren ausgeliefert. Das Bodenrecht und seine Verwaltung, das in den verschiedenen amerikanischen Ländern eingerichtet wurde, bestätigt diese verschiedenen Perspektiven und erklärt die verschiedenen Folgen.

Im Süden fiel man auf das System der "Encomienda" (der Kommende) zurück. Es war ein Feudalsystem, die Konzession, die der Souverän für einen Teil des Territoriums unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Bevölkerung machte, deren Rechte von der Krone, welche die wahre Eigentümerin des Landes blieb, geschützt wurden.

- Nicht so geschah es in Nordamerika. Dort erklärten zunächst die Engländer und danach die amerikanische Bundesregierung ihr absolutes Eigentum über die besetzten und zu besetzenden Gebiete. Jedes Territorium gehört dem, der es zum vereinbarten Preis haben will. Durchschnittlich zu einem Dollar für den Acker (3/4 Hektar). Die neuen Siedler hatten dafür zu sorgen, wenn notwendig mit Hilfe des Heeres, eventuell auf ihrem Landgebiet nochvorhandene Eingeborene zu verjagen oder besser sie auszurotten.

Das Wort "ausrotten" ist nicht übertrieben und stellt die konkrete Wirklichkeit dar. Viele z.B. wissen nicht, daß die Technik des Skalpierens bei den Indianern des Nordens wie des Südens bekannt war. Unter denen des Südens verschwand sie sofort nach einem Verbot durch die Spanier. Nicht so im Norden.

Darüber sei z.B. die Stimme der unverdächtigen Larousse-Enzyklopädie zitiert: "Die Praxis des Skalpierens verbreitete sich auf dem Gebiet der gegenwärtigen Vereinigten Staaten vom 17. Jahrhundert an, als die weißen Siedler hohe Prämien für jeden boten, der die Skalps von Indianern, sei es eines Mannes, einer Frau oder eines Kindes brachte." Im Jahre 1703 zahlte die Regierung des Bundesstaates Massachusetts 12 Pfund Sterling für jeden Skalp mit dem "Erfolg", daß die Jagd auf die Indianer, die mit Pferden und Hundemeuten organisiert wurde, fast zu einer Art nationalen Sports wurde, der zugleich sehr einträglich war.

Das Motto "Der beste Indianer ist ein toter Indianer", das in den Vereinigten Staaten immer praktiziert wurde, entstand nicht nur von der Tatsache, daß jeder unterdrückte Indianer für die neuen Eigentümer eine Last weniger war, sondern wurde durchaus auch von der Tatsache genährt, daß ein Skalp von der staatlichen Autorität bezahlt wurde. Dies war ein Brauch, der dem "katholischen Amerika" nicht nur unbekannt war, sondern der, wenn jemand versucht hätte, ihn einzuführen, nicht nur die Empörung der Ordensleute geweckt hätte, die stets an der Seite der Kolonisatoren vorhanden waren. Er wäre auch mit schweren Strafen verfolgt worden, welche die Königin zum Schutz des Lebensrechts der Eingeborenen erlassen hatte.

Aber diese starben, so sagt man, zu Millionen auch in Zentral- und Südamerika. Gewiß, sie starben, aber nicht in dem Maß, daß sie fast verschwanden wie im Norden. Ihre Ausrottung wurde nicht durch die Schwerter aus Stahl von Toledo und durch Feuerwaffen, die im übrigen fast immer versagten, sondern von den tödlichen, unsichtbaren Viren verursacht, die aus der Alten Welt herübergebracht wurden. Der mikrobische und virale Schock, der in wenigen Jahren die Halbierung der Bevölkerung im iberischen Amerika verursachte, ist von der "Berkeley-Gruppe" studiert worden, die aus Gelehrten jener Universität zusammengesetzt war. Es war etwas Vergleichbares wie die Schwarze Pest, die im 13. Jahrhundert aus Indien und China hergekommen war und Europa verwüstet hatte.

- Die Tuberkulose, Lungenentzündung, Masern, Pocken, welche die Indianer in ihrer isolierten ökologischen Nische nicht kannten und gegen die sie daher keine Immunabwehr hatten, waren Übel, die von Europäern eingeschleppt waren. Diese können aber nicht dafür verant-

wortlich gemacht werden. Sie kannten nicht die Mechanismen der Ansteckung. *Pasteur* war noch weit entfernt.

Auch Männer wie Bartholome de las Casas, eine umstrittene Gestalt, über die man über die erbaulichen Schemen hinaus sprechen müsste, verfielen einer Täuschung: Sie sahen, wie diese Völker sich drastisch verminderten und verdächtigten die Waffen ihrer Landsleute, während es die Viren waren. Ein Phänomen der tödlichen Ansteckung, das auch in neuerer Zeit bei Indianer-Stämmen in Französisch Guayana und im brasilianischen Amazonien beobachtet wurde.

Nachwort

Das Kolumbusjahr 1992 ist im Hinblick auf die Folgen der Entdeckung und Kolonisation für die Indianer Amerikas zum Tummelplatz hemmungsloser Polemik gegen die Katholische Kirche und ihre Missionen wie zu allzu beflissenen katholischen Selbstanklagen und Schuldzuweisungen nach dem Muster marxistischer Analyse und Dialektik geworden. Die komplexen historischen Realitäten interessieren dabei wenig. Man folgt in den katholischen oder gar kirchlich firmierten und mitfinanzierten Medien den groben Vereinfachungen nach dem Interpretationsraster der radikalen Befreiungstheologen und Soziologen mit ihrer Verurteilung der Vergangenheit und ihren Anklagen der Gegenwart.

Eifrig forscht man in den Müllkippen der "Schwarzen Legende" der Freimaurer und anderer "Aufklärer" gegen die iberoamerikanische Kolonisation und schwärmt in Visionen von einer "Traumkirche der Zukunft" und Allversöhnung nach der Überwindung der "kompromittierten reichen hierarchisch-zentralistischen Kirche" durch eine spontane, freie, arme "Kirche von unten". Der Sühnepreis für die europäische Kollektivschuld müsse ein "Festjahr des Erlasses aller Auslandsschulden" sein, die aber vor allem durch sozialistische Mißwirtschaft, Bürgerkriege und Korruption verursacht sind.

Messori antwortet auf die "Welle der Kontestation" linkskatholischer Kreise gegen die geplanten Jubiläumsfeiern in Genua. So veranstaltet das "Recco-Institut" der Jesuiten in Genua einen internationalen Kongreß unter dem Titel "1492-1992" und anschließendem Protestmarsch zum dortigen Columbusdenkmal mit "humanitären" Organisationen, kommunistischen "Autonomen Arbeitergruppen" sowie Vertretern der (kommunistischen) Partei.

Die "heilige Wut" setzt sich fort in naiven Ausstellungen über die "Idyllische Welt der Pueblos", die in ihrer reglementierten freudlosen Tyrannei Aldus Huxley für sein Schreckbild der "Schönen Neuen Welt" dienten. Des weiteren werden mit Hilfe einiger importierter Indianer unter der Leitung des Publizisten und Priesters Ernesto **Balducci** Gegenkundgebungen vom nördlichen Treviso bis zum südlichen Terni unter der Devise angekündigt:

"500 Jahre Geschichte Amerikas: Ihr nennt sie Entdeckung, wir Invasion." Mit Recht nannte der Europaparlamentarier und (suspendierte) Priester **G. Beget-Bozzo** eine solche die Entdeckung Amerikas, die zur Integration der Völker gedient habe, reduzierende Relektur der Geschichte eine "idiotische Idee".

- Ein schlimmeres Urteil verdienten die wütenden Tiraden des als "Indianerbischofs" und Trägers des "Bruno-Kreisky-Menschenrechtspreises" auf den deutschsprachigen Vortragsrunden der katholischen Bildungswerke herumgereichten österreichischen Missionsbischofs **Erwin Kräutler**. Er verstieg sich zu der Behauptung:

"Wer den Genozid an den Ureinwohnern im heutigen Amerika, der mit der Conquista begonnen hat und bis heute andauert, in Abrede stellt, schlägt in dieselbe Kerbe wie jene, die die Ermordung von mindestens 5,5 Millionen Juden im Zuge der ‚Endlösung‘ leugnen."

Für die Indianer sei die "Öffnung des Tors zur Neuzeit" der "Anfang vom Ende" gewesen. Mit billiger Demagogie biedert er sich mit den üblichen Attacken gegen den "römischen Zentralismus" an.

In den katholischen Verbandszentralen, Bildungswerken und der Kirchenpresse sowie in den

Appellen der Funktionäre der deutschsprachigen katholischen Hilfswerke finden solche unverantwortlichen Äußerungen ein ebenso unkritisches wie kontraproduktives Echo. Im Essener "Ruhr Wort" vom 30.11.91 stand über dem Vortrag eines mittelamerikanischen Bischofs vor dem Zentral-Komitee der deutschen Katholiken, in dem er für Versöhnung der Eroberer und der Eroberten sowie die Anerkennung des "Geschenks des Glaubens unter dem einzigartigen und gleichen Kreuz des Erlösers" plädierte, die suggestive Balkenüberschrift:

"Evangelisierung Lateinamerikas - Gold, Silber und Zwangsarbeit." Dazu dann noch die Notiz unter dem Stichwort "Eroberung": Nach Ansicht von Pater **Joachim Piepke**, des Leiters des Anthropos-Instituts der Steyler Missionare in St. Augustin habe die Mission Amerikas vor allem zur Rechtfertigung der Unterwerfung, Unterdrückung und Ausplünderung der Ureinwohner gedient.

Dies habe er auf der Akademietagung des Katholischen Bildungswerks in Bonn erklärt. Diese Aussage ist ein Skandal angesichts instruktiven Beitrags seines Mitbruders, des argentinischen Bischofs Jorge Novak SVD über "Licht und Schatten auf dem 'Katholischen-Kontinent' - 500 Jahre Präsenz der Kirche in Lateinamerika" in der "Steyler Missionschronik 1991/92, S. 9-15. Es ist ein Hohn auf die "Lebenszeugnisse aus fünf Jahrhunderten" in dem Buch von Monsignore **Wilhelm Havers** über die "Christliche Befreiung in Mexiko" (Katholischer Pressebund, St. Augustin 1986).

In seinem Buch "Amerika - eine Hoffnung, zwei Visionen" (Verlag Busse-Seewald) beschämt der Hamburger Historiker Horst Pietschmann die modischen einäugigen oder blinden Manipulatoren und Agitatoren. Nach ihm ist die Sichtweise der "Conquista als monolithisches Höllen-Phänomen", nach der die "Eingeborenen Amerikas 500 Jahre lang lediglich Objekte der Ausbeutung und Unterdrückung gewesen seien, "nicht nur eurozentrisch, sondern auch falsch". Die Mahnungen des Missionsklerus "zur pfleglichen Behandlung der Indianer seien gegenüber der Konquistadoren-Gesellschaft politisch gerade recht gekommen. Die "demographische Katastrophe" könne heute nicht mit seriösen Zahlen belegt werden. Die Berechnungen wichen um das Zehnfache voneinander ab.

- Ebenso sachlich und fair ist der Beitrag von Hans Leuenberger im einschlägigen Merian-Heft (Jg. 24, Nr. 9, S. 80 ff.) über Mexiko. Die Gerichtshöfe und die Vizekönige hätten die Indianer gegen die Willkür der Konquistadoren geschützt, die Universität von Mexiko gegründet und die erste Druckerei eingerichtet. Der zweite Vizekönig Don **Luis de Velasco** habe Tausende von Indianern aus der Schuldknechtschaft befreit und auf bittere Vorwürfe erwidert: "Die Freiheit der Indianer ist mehr wert als alle Minen der Erde. Die Einnahmen der Krone dürfen nicht durch Verletzung der Menschenrechte erhöht werden." Die spanischen Missionare hätten neben ihrer kirchlichen arbeitwichtige Aufgaben in Schulen und Spitälern erfüllt.

Für eine umfassendere Beleuchtung der ganzen komplexen Wirklichkeiten sei das überaus anregende, reich dokumentierte Buch von Erik von Kuehnelt-Leddihn "Amerika im Zwielicht, Nord- und Südamerikanische Eindrücke" (Johannes Verlag, Einsiedeln 1971) empfohlen, besonders auch für die Beleuchtung der theologisch-philosophischen Hintergründe der spanisch-englischen Konfrontation, der Leyenda Negra und der "Sage von den "humanen Briten" und vom "grausamen Spanier", auf die **Messori** eindringlich hingewiesen hat.

Übersetzung aus dem Italienischen, Anmerkung und Nachwort von *Gerhard Fittkau*. ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHE" Nr. 5 – 1992 berichtete im Mai 1992 über das Buch "Die Invasion der Armen" des deutschen Autors Jan Werner (x853/...): >>**Gi-gantischer ruinöser Asylschwindel**

Das Problem der Asylanten und illegalen Einwanderer beschäftigt zusehends die Öffentlichkeit. Da kommt Jan Werners Buch wie gerufen. Gegenüber den selbsternannten Wortführern einer "multikulturellen Gesellschaft" hat es den Vorzug, sich nicht auf Ideologien zu verstei-

fen, sondern mit Fakten aufzuwarten. Dr. Hans-Werner Müller, so sein eigentlicher Name, ist als Gefolgsmann Helmut Schmidts sicher unverdächtig. Jahrelang war er Sprecher des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Leiter der Innenpolitischen Abteilung des Bundespresseamtes.

Er weist überzeugend nach, daß die komplexe Thematik meist völlig einseitig behandelt wird, wobei die negativen Aspekte weitgehend verschwiegen werden. So kamen allein 1990 knapp 200.000 Asylbewerber, die pro Jahr 1,64 Milliarden DM kosten.

Die geringe Anerkennungsquote von 3-5 % macht deutlich, daß es sich um Armutsflüchtlinge oder auch bloße Wohlstandsschmarotzer handelt (S. 70). Ähnlich wie in den USA, Frankreich und England stellen die ausländischen Jugendlichen ein besonders schwieriges Kapitel dar. Da sie häufig weder den Hauptschulabschluß noch eine berufliche Ausbildung schaffen, werden sie leicht zu "Gast-Arbeitslosen" und gleiten oft in die Kriminalität ab.

- Werner entlarvt die Idee einer "multikulturellen Gesellschaft" als ideologisches Geschwätz (S.41 ff.) Während es sich bei Ausländern aus der EG um nationale Ausprägungen einer umfassenden europäischen Kultur handelt, stammt die Masse der Asylanten aus der untersten, ungebildeten Unterschicht. Tatsächlich funktioniert die "multikulturelle Gesellschaft" nirgendwo in der Welt. Konkrete Beispiele sind u.a. die USA (vgl. die scharfen Gegensätze zwischen Weißen, Schwarzen, Lateinamerikanern), England, Frankreich, Belgien, Jugoslawien, die ehemalige Sowjetunion usw. Zudem lehnen Moslems/Türken jegliche Integration scharf ab (S. 255).

Sodann ist die Kriminalität der Ausländer viermal so hoch wie die der Deutschen. Tendenz steigend! (S. 101 ff.) Die zunehmende Straßenkriminalität ängstigt zusehends die Bürger. 1989 wurden 1.568.420 Fälle registriert. Nach dem Bericht des Verfassungsschutzes von 1989 sind knapp 100.000 Ausländer in der Bundesrepublik Mitglieder extremistischer Gruppen. (S. 122). Dagegen spielt die RAF keine Rolle. "Das Drogengeschäft ist voll in den Händen der Araber." (S. 132)

Jeder Asylbewerber kostet pro Jahr im Durchschnitt 16.000 DM (S. 77)

- Nach dem der SPD nahestehenden ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Professor Zeidler, ist die Bundesrepublik "das einzige Land der Welt, das sich ein solch umfassendes, gar nicht funktionsfähiges Asylrecht leistet." (S. 76) Und Helmut Schmidt stellte im Herbst 1981 fest: "Es war ein großer Fehler, so viele Ausländer ins Land zulassen." (S. 75) Seitdem nahm ihre Zahl um 900.000 zu! Grundproblem ist das Asylrecht. Ohne seine Änderung steuern wir auf ein Chaos zu. Die EG-Kommission rechnet in 10 Jahren mit Millionen "Asylbewerbern" (S. 75 ff.)

Zu Recht bezeichnete Engholm die Asylproblematik als "Existenzfrage für die Bundesrepublik und den ganzen Kontinent". (S. 79) Und Bundeskanzler Kohl forderte zu Beginn seiner Amtszeit, "die Zahl der hier lebenden Ausländer müsse halbiert werden." (S. 258)

Jedoch diesen richtigen Erkenntnissen folgten keine entsprechenden Taten. Die erste Quittung erhielten die Politiker bei den Landtagswahlen vom 5. April. Aber "wenn die Politiker nicht endlich handeln, steht zu befürchten, daß ihnen die Entwicklung entgleitet." (S. 258)

Mehr und mehr wehren sich die Bürger dagegen, daß die enormen Zahlungen von knapp 16 Milliarden pro Jahr an arbeitslose Ausländer andere Leistungen des Staates beeinträchtigen.

Dabei sind die Deutschen keineswegs hartherzig, vielmehr "Weltmeister im Spenden". (S. 78) So beträgt der jährliche Kulturretat insgesamt 7,7 Milliarden, das Kindergeld 11 Milliarden. Für Berufsschulen stellt der Staat 7,7 Milliarden, für Kindergärten 2,8 Milliarden zur Verfügung. Die hohe Staatsverschuldung von 1,5 Billionen = 1.500 Milliarden im Jahr 1991 macht deutlich, daß die Finanzierungsmöglichkeiten im Grunde bereits weit überschritten sind. Die Zeche werden unsere Kinder und Enkel zahlen müssen. (S. 91 ff.)

- Immer wieder fordern gesellschaftliche Gruppen das Wahlrecht für Ausländer. Jedoch hätte

dies verheerende Folgen. Inzwischen bestimmen schon wenige Stimmen knappe Mehrheiten. Geschlossen abstimmende Gruppen, etwa Moslems/Türken, könnten über die Zukunft unseres Landes entscheiden. Schon heute muß jeder Präsidentschaftskandidat in den USA ethnischen Minderheiten Zugeständnisse machen. (S. 256)

Fazit: "Wir werden früher oder später die Masse der hier lebenden Ausländer (aus Nicht-EG-Staaten) in ihre Heimatländer zurückschicken müssen." (S. 256)

- Man mag nicht mit allen Lösungsvorschlägen Werners einverstanden sein. Überdenken sollte man sie auf jeden Fall. Sein Buch ist Pflichtlektüre nicht nur für alle Politiker und politisch Interessierte. Auch politisierende Geistliche aller Ebenen, Sozialverbände sowie kirchliche Lobbyisten einer ideologisch verstandenen, von ihnen mit "evangelischem" Pathos und Moralin geheiligten Betreuungs- und Einwanderungspolitik sollten ruinöse Fakten nicht chronisch verdrängen.<<

Der deutsche Studienrat a.D. Wolfgang Reith (von 1973 bis 2009 Lehrer und Schulleiter einer Hauptschule im Duisburger Norden, einem sozialen Brennpunkt) berichtete später (x863/...):
>>**Die verdrängte Deutschenfeindlichkeit**

... Von 1973 bis zu meiner Pensionierung 2009 war ich erst Lehrer und schließlich Schulleiter an einer Schule im Duisburger Norden (dort, wo seit zwei Jahren die bislang größte Moschee Europas steht). In den siebziger und achtziger Jahren waren die türkischen Schüler und deren Eltern voll integriert, die Schüler waren fleißig und strebsam, sie waren im Deutsch-Unterricht manchmal sogar besser als einige deutsche Schüler, weder gab es Schülerinnen noch Schülermütter mit Kopftuch.

Das änderte sich Ende der 80er Jahre, als nach und nach eine türkische Infrastruktur und damit eine gewollte Ghettoisierung im Stadtteil entstand und sich eine Parallelgesellschaft bildete, in der bald eigene Gesetzmäßigkeiten herrschten. 1988 überschritt die Zahl der türkischen Schüler an unserer Schule die 50-Prozent-Marke, und da wurden die ersten Forderungen erhoben, nun mußten sich die Deutschen assimilieren. Türkische Schüler der 10. Klassen betonten, im Geschichtsunterricht hätten sie gelernt, Demokratie heiße "Herrschaft der Mehrheit des Volkes", und weil nun die Türken im Stadtteil die Mehrheit bildeten, sollten sich die Deutschen ihnen anpassen, und Türkisch sei als gleichberechtigte Sprache neben dem Deutschen zuzulassen.

Tatsächlich gab es plötzlich türkischsprachige Formulare im Rathaus und in den Banken, und ebenso tauchten erste zweisprachige Schilder in der Öffentlichkeit auf. Man wollte sich betont "ausländerfreundlich" geben, und die Ausländer ihrerseits sahen keine Notwendigkeit mehr, die deutsche Sprache zu lernen. Kaum stellten die Türken die Mehrheit, bestanden sie darauf, daß bei Konferenzen übersetzt würde. Natürlich hing das auch damit zusammen, daß ab Ende der 80er/Anfang der 90er Jahren verstärkt Ehefrauen aus der Türkei importiert wurden (im Gegensatz zu den hier aufgewachsenen türkischen Frauen waren jene wenigstens noch nicht von der westlichen Kultur "verdorben"), die auch hierzulande nicht die deutsche Sprache erlernten, weil sie von ihren Ehemännern isoliert wurden.

Übrigens ließen in den letzten Jahren Eltern, die als Kinder selbst unsere Schule besucht hatten und jetzt ihre eigenen Kinder zu uns schickten, ihre Aussagen von Dolmetschern übersetzen. Wenn ich erstaunt fragte, warum sie dies täten, denn schließlich hätten sie doch an unserer Schule einen deutschen Abschluß erreicht, dann erhielt ich oft in radebrechendem Deutsch die Antwort, man habe zwischenzeitlich alles verlernt.

Bald trug auch die Mehrheit der türkischen Mädchen und Frauen Kopftücher – selbstverständlich "freiwillig", wie immer wieder betont wurde –, und wer das nicht tat, dem wurde gelegentlich vom Hodscha (islamischer Religionsgelehrter) gesagt, daß dies nicht nur unislamisch sei, sondern daß man als "nackt herumlaufende Frau" auch keine Chance habe, nach dem Tode ins Paradies zu kommen. Oft waren die Eltern fortschrittlicher im Denken als ihre Kinder,

die nachmittags immer häufiger in die wie Pilze aus dem Boden sprießenden Koran-Schulen gingen.

Die türkischen Lehrer, die seit 1980 für den muttersprachlichen Unterricht an unserer Schule tätig waren – in der Regel modern, europäisch gebildet und durchweg aus der Westtürkei stammend –, wurden gerade deswegen von den rückständigen anatolischen Landsleuten nicht akzeptiert, sondern von vielen abgelehnt, weshalb mehr und mehr Eltern ihre Kinder vom Unterricht in der Muttersprache (!) abmeldeten.

Einen türkischen Lehrer, der in der Nähe von Izmir zu Hause war, meinten einige Schüler bei mir "anschwärzen" zu müssen, indem sie mir erklärten, der sei ja "halber Grieche" und deshalb nicht ernst zu nehmen. Eine türkische Kollegin wurde, weil sie kein Kopftuch trug, von den Eltern so unter Druck gesetzt, daß sie sich schließlich unter Tränen an eine andere Schule am Niederrhein versetzen ließ.

In den 90er Jahren kam es dann zu ersten antideutschen Handlungen. Es waren weniger körperliche Auseinandersetzungen, vielmehr wurden deutsche Schüler, aber auch manche Lehrerinnen wegen ihrer "unislamischen Lebensweise" als Schweinefresser, Schlampen (vor allem Mädchen, die bereits Freunde hatten), Ungläubige und schlimmstenfalls als Nazis beschimpft. Wenn ich bei Schulleiter-Konferenzen oder im Jugendausschuß der Stadt solche Probleme ansprach, wurde ich sofort ausgegrenzt, ja man bezichtigte mich einer offenkundig fremdenfeindlichen Haltung. Höchstens zwei oder drei weitere Schulleiter unterstützten mich, der große Rest hüllte sich in Schweigen.

In einer Nacht des Jahres 2002 wurde die Fassade der Turnhalle unserer Schule mit den Worten beschmiert: "Deutsche raus! Deutschland den Türken!" Wir benachrichtigten die Kriminalpolizei, die auch tatsächlich kam, doch erklärten mir die Beamten, es handele sich da um keine Straftat, und so gebe es auch keinen Anlaß zu ermitteln. Als ich Unverständnis bekundete, wurde ich belehrt, daß der Fall umgekehrt hätte laufen müssen: Wenn nämlich an der Wand die Worte "Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!" gestanden hätte, wäre dies ein Fall für den Staatsschutz gewesen.

Seit 2003 gab es in Nordrhein-Westfalen einen Schulversuch mit "Islamischer Unterweisung" (seit 2006 "Islamkunde"), einem islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, an dem auch unsere Schule teilnahm, weil wir dies nicht nur für sinnvoll erachteten, sondern darin zugleich ein Korrektiv zu den zahlreichen Koran-Schulen im Umfeld sahen. Anfangs war es noch Neugier, die viele (nicht die meisten!) islamischen Schüler dorthin "trieb". Doch schon nach zwei Jahren ließ das Interesse merklich nach, ältere Schüler und vor allem Schülereltern beschwerten sich über diesen Unterricht, weil der (moderne) Lehrer "keinen richtigen Islam" lehre.

Obwohl ich jedes Jahr einen Bericht über den Schulversuch und seine Erfolge (Nichterfolge waren nicht vorgesehen!) vorlegen mußte und meine Beobachtungen sehr deutlich zum Ausdruck brachte, reagierte man amtlicherseits überhaupt nicht darauf. Statt dessen nimmt der Zulauf zu den Koran-Schulen und den Moschee-Vereinen im Stadtteil zu, und was dort "gepredigt" wird, ist hinreichend bekannt.

Die jetzt begonnene Debatte um dieses bisherige Tabuthema ist dringend vonnöten, und sie darf auf keinen Fall "ergebnis-offen" diskutiert werden. Deutschenfeindlichkeit muß endlich als das gesehen werden, was sie ist, nämlich als diskriminierende und kriminelle Handlungsweise vor allem islamischer jugendlicher Machos und Rambos, die glauben (und das auch sagen!), in Deutschland gebe es ja keine Gesetze, weil eine Demokratie eben ein freier Staat sei, in dem man ungestraft alles tun und lassen dürfe. Dieser Einstellung gehört dringend ein Riegel vorgeschoben.<<

Der evangelische Pastor i.R. Eberhard Troeger berichtete später (während des 7. Europäischen Bekenntniskongresses vom 13.-15. Oktober 2004 in Freudenstadt) über den Islam (x917/...):

>>Der Griff des Islam nach Europa

Bei der Beschäftigung mit dem "**Griff des Islam nach Europa**" dürfen wir nicht übersehen: **Der Islam hat ein Programm für Europa**, und zwar nicht nur ein religiöses, sondern auch ein gesellschaftspolitisches und wirtschaftliches Programm.

Die Europäer haben weitgehend noch nicht verstanden, daß der Islam eine umfassende, fast totalitär zu nennende Lebensordnung ist. In diesem Sinne definierte der **Islamrat für Europa** 1980 in London in einer Erklärung den Islam folgendermaßen:

"Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

Universal Islamic Declaration, veröffentlicht am 28.4.1980 in der islamischen Zeitschrift **New Horizon** in London, deutsche Übersetzung abgedruckt im **Materialdienst der Ev. Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD** Nr.7 Stuttgart, 1.7.1980, S. 181-184. Hier wird klar ausgedrückt, daß der Griff des Islam nach Europa nicht nur religiös, sondern auch politisch zu verstehen ist.

Wer ist Träger des "Griffs nach Europa"? Der Islamrat für Europa spricht von einer "Bewegung", und das trifft die Sache recht gut. Der Islam ist keine Supraorganisation, vergleichbar etwa mit der römisch-katholischen Kirche. Nur unter den ersten vier Kalifen war der Islam ein einheitlicher religiös-staatlicher Herrschaftsraum, für den man auch den Ausdruck "**Haus des Islam**" verwendete. Im Laufe der Geschichte hat sich der Islam aber in eine Fülle unterschiedlich geprägter politischer Herrschaften, religiöser Sekten, theologischer und juristischer Institutionen und bruderschaftlich organisierter Basis-Bewegungen aufgesplittet.

Die werbemäßigen Aktivitäten gingen meistens vom nichtstaatlichen Islam aus. Das waren erstens die jeweiligen oppositionellen Gruppen, z.B. die schiitischen Absplittierungen; es waren zweitens die Bruderschaften, die zunächst ein religiöses Anliegen hatten, dann aber teilweise politisiert wurden. Inzwischen wurden auch moderne Organisationsformen übernommen. Weltweit werden Vereine, Verbände, Konferenzen usw. gegründet.

Es sind vor allem die nichtstaatlichen Organisationen, die Träger der islamischen Expansion sind. Es gibt aber einige wichtige Ausnahmen: Der iranische Staatsislam, der auf dem sog. Zwölfer-Schiismus basiert, und der staatliche Wahhabismus in Saudi-Arabien setzen sich weltweit mit viel Geld für die Ausbreitung des Islam ein. Auf der politischen Bühne geht zunehmender Einfluß von der **Islamic Conference Organisation (OIC)** aus, dem politischen Zusammenschluß der islamischen geprägten Staaten. Die **OIC** ist jedoch ein schwerfälliges Gebilde, während die nichtstaatlichen Organisationen sehr mobil agieren. Im Sinne des am Anfang Gesagten haben aber auch die nichtstaatlichen Organisationen eine politische Agenda.

1. Der Griff nach Europa ist ein genuin islamisches Anliegen.

Es ist verkehrt zu meinen, daß nur der moderne Islamismus ein islamisches Europa wolle. Das Ziel eines islamischen Europa basiert vielmehr auf dem **Koran**, nach dem der Islam die wahre Religion für alle Menschen ist. Bereits der Koran lädt auch Christen und Juden und natürlich alle sogenannten Heiden ein, Muslime zu werden. Am Überlegenheitsanspruch des Islam gibt es in keiner islamischen Richtung einen Zweifel. **Der moralisch dekadente Zustand Europas nährt diesen Anspruch.** Für viele Muslime ist Europa ins Heidentum zurückgefallen, und deshalb wird der Islam als Lösung für die Probleme Europas angesehen.

In diesem Zusammenhang sind die koranischen Konzepte von Dauwa und Dschihad zu nennen. Dauwa ist die Einladung, den Islam anzunehmen, und als solche ist sie ein Teil des Dschihad, d.h. des Einsatzes für Allah. Der Dschihad ist umfassend und meint sowohl den Einsatz für den Islam als Allah-Verehrung als auch für den Islam als öffentlich-politische Ordnung: Menschen, die den Islam nicht freiwillig annehmen, können und sollen durch wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Druck dazu bewegt werden. **Ziel des Dschihad ist es, politische Verhältnisse zu schaffen, in denen nichts mehr dem Islam entgegensteht.**

Früher eroberte man mit dieser Begründung riesige Gebiete - auch in Europa. Heute ist man sich darüber im klaren, daß eine militärische Eroberung Europas keine Option ist, aber man sieht eine Fülle anderer Mittel, dasselbe Ziel zu erreichen (s.u.).

Das Ziel ist also eindeutig, aber die Begründungen, die Erwartungen und die Methoden können bei den einzelnen muslimischen Gruppen sehr unterschiedlich sein. Ich will sie kurz skizzieren:

a. Im 'frommen Islam' geht man davon aus, daß Allah selbst Europa zum Islam bekehren werde, wenn und wann er es will, und daß es den Menschen nicht zustehe, das zu bewerkstelligen. Es ist dieser **quietistische Islam**, der die ganze Geschichte des Islam begleitet hat und der auch heute viele Muslime prägt. Er wird aus den mekkanischen Korantexten gespeist, aber auch aus vielen negativen Erfahrungen, da der Islam im Laufe seiner Geschichte bis heute von vielen Machthabern für ihre eigenen Belange mißbraucht worden ist.

b. Die entgegengesetzte Richtung ist der aktivistische Islam, der sich von den kämpferischen medinensischen Texten des Koran zu Dauwa und Dschihad inspirieren läßt. Er wurde oft durch Angriffe auf den Islam provoziert, z.B. durch die Kreuzzüge, durch die Vertreibung der Muslime aus Spanien, durch den Kolonialismus, durch die christliche Mission, durch den Kommunismus, durch die Verbreitung liberaler und dekadenter westlicher Kultur und nicht zuletzt durch die **Existenz Israels** im Herzen der arabischen Welt. Seit über 100 Jahren ist dieser Islam auf dem Vormarsch und prägt heute das Erscheinungsbild des Islam.

c. Es ist nötig zu sehen, daß der islamische Aktionismus bzw. der sog. Islamismus der Gegenwart viele Gesichter hat. Zwei möchte ich skizzieren. Erstens gibt es Islamisten, die grundsätzlich der Meinung sind, **daß alle Aktion von der islamischen Gemeinschaft und ihrer Leitung, d.h. möglichst vom islamischen Staat, ausgehen müsse.** Dieser **Islamismus** ist gekennzeichnet durch langfristige Ziele und einen langen Atem: Seine bevorzugten Mittel sind friedliche Werbung für den Islam, Durchdringung der Gesellschaft, wirtschaftliche Maßnahmen und politische Lobbybildung.

Die andere Variante des Islamismus nimmt ein Eigenrecht zum Handeln für sich in Anspruch, d.h. **ein Kämpfen für den Islam** unabhängig vom islamischen Staat. Man wirft den muslimischen Staaten und ihren Führern, aber auch den moderaten Gruppen und Verbänden Feigheit, Anbiederung an den Westen aus Eigennutz und damit Korruption vor. Diese radikalen Islamisten kämpfen also einen Zweifrontenkampf, einerseits gegen den aus ihrer Sicht korrupten Islam und andererseits gegen die Feinde des Islam. Vorbild ist ihnen - und das nicht zu Unrecht - Muhammad, der in Medina nach innen gegen die sog. "Heuchler" und nach außen gegen die Gottlosen in Mekka kämpfte.

Die Methoden dieser radikalen Islamisten sind Revolution und Terror, und sie begründen das damit, daß ihnen als kleiner Minderheit keine andere Wahl bleibt. Sie wollen also die Herrschaft in einem Land durch gewaltsamen Umsturz erreichen, oder, wo das nicht möglich ist, ein Land durch Terror einschüchtern und erschüttern.

d. In Europa agieren bis jetzt vor allem die friedlichen Aktivisten, aber die radikalen Islamisten sind präsent und jederzeit zum Zuschlagen bereit, wie die Terrorakte in Spanien gezeigt haben.

2. Die Ziele und Methoden von Dauwa und Dschihad in Europa.

a. Die islamische Dauwa stellt den Islam als die überlegene religiöse und gesellschaftliche Ordnung dar: Der Islam schaffe Frieden im Leben des Einzelnen und der Gesellschaft und löse die Probleme Europas. Das Christentum dagegen habe in Europa offenkundig versagt.

Diese Meinung wird in vielen Broschüren und Büchern auf den Markt gebracht. Man nützt Dialoge, Fernsehinterviews und Talkshows für die Dauwa. Islamische Radio- und Fernsehsender verbreiten diesen Islam, und man kämpft um Sendezeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten.

b. Die Dauwa kämpft gleichzeitig gegen das überwiegend negative Image des Islam in Presse, Fernsehen und Literatur. Man erhebt den Vorwurf der Unkenntnis und der böswilligen Fälschung und bekräftigt den Anspruch, daß nur Muslime das Recht hätten, den Islam darzustellen. Die kritische Darstellung des Islam wird als "Islamphobie" etikettiert, und man fordert Gesetze gegen die "Diskriminierung". Damit wird im Grunde eine Einschränkung der Meinungsfreiheit gefordert.

c. Die Dauwa-Gruppen arbeiten strategisch vgl. dazu das Strategiepapier von Khurram Murad, Islamic Movement in the West: Reflection on some Issues, The Islamic Foundation, Leicester 1981 und zielstrebig, indem sie Journalisten, Pädagogen und Juristen ausbilden, wobei ihnen große Geldsummen aus Saudi-Arabien und anderen Ländern zur Verfügung stehen. Man versucht, Medienunternehmen aufzukaufen und die öffentliche Meinung im Sinn des Islam zu beeinflussen. Natürlich ist es ein Ziel, die Eliten der Zukunft mitzuprägen.

d. Ein genuin islamisches Aktionsfeld ist der Kampf um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das praktische Ausleben des Islam, also das, was unter "islamischer Lebensweise" verstanden wird. Die europäischen Staaten sollen die islamische Kleiderordnung auch im öffentlichen Bereich erlauben, islamische Speisegesetze berücksichtigen, muslimische Feiertage als staatliche Feiertage zulassen sowie das rituelle Gebet während der Arbeitszeit, die Teilnahme am Freitagsgebet während der Arbeitszeit, den Muezzin-Ruf per Lautsprecher, den Bau von Moscheen im Stadtzentrum, das Zinsverbot im Bankwesen usw. genehmigen.

Die Liste ist lang, aber auf vielen dieser Gebiete gibt es eine Kollision mit der europäisch-christlichen Tradition, die den weltlichen Bereich und den geistlichen Bereich zwar nicht trennt, aber doch als unterschiedliche Sphären betrachtet. "Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist" (Matthäus 22, 21) - dieses Gebot Jesu lehnt der genuine Islam ab. Der Islam will vielmehr die Einheit von religiöser und weltlicher Ordnung. Dies kann konkret nur entweder die Islamisierung eines Staates oder die Schaffung einer islamischen Parallelgesellschaft innerhalb eines säkularen Staates mit dem Ziel der langsamen Ausweitung des islamischen "Herrschaftsbereiches" bedeuten. -

Meines Erachtens muß der säkulare Staat beidem widerstehen, um den Grundsatz der Gleichheit aller Bürger zu wahren. Denn sonst gibt es bald zweierlei Recht in einem Staat, und dies wäre eine Benachteiligung der Nichtmuslime. Dazu ein Beispiel: Würde das islamische Recht in einer muslimischen Subgesellschaft gelten, wäre es für Muslime verboten, den Islam zu verlassen. Das aber würde eindeutig dem Grundsatz der Religionsfreiheit widersprechen. Dieser Grundsatz gilt nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, in dessen Verfassung es heißt: "Jeder Mensch hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln ..."

Es ist klar, daß das Ringen des Islam um Islamisierung der europäischen Gesellschaften ein harter Kampf sein wird. Wir sind mitten in ihm drin, und er wird vermutlich Europa das ganze 21. Jahrhundert hindurch in Atem halten. Muslime überziehen unsere Gerichte mit einer Fülle von Gerichtsverfahren und haben bereits manche juristische Schlacht gewonnen. Dabei argumentieren sie mit der Religionsfreiheit und nutzen die liberale Ordnung für ihre eigene Belange aus. Im Grunde wird die liberale Ordnung benutzt, um diese langfristig abzuschaffen.

Es ist schon eine Ironie, daß Muslime gerade das instrumentalisieren, was sie weitgehend ablehnen. Manche Kenner sehen den Kampf schon als für das freiheitliche und christlich geprägte Europa verloren an. Es wird darauf ankommen, ob sich Europas nichtmuslimische Eliten der Geschichte Europas und seiner Werte besinnen und den geistigen, geistlichen und juristischen Abwehrkampf aufnehmen. Die Nichtmuslime dürfen sich nicht länger von den muslimischen Lippenbekenntnissen zu den europäischen Verfassungen täuschen lassen. Die in Europa lebenden muslimischen Intellektuellen haben längst begriffen, daß jede Verfassung sich

mit entsprechenden Mehrheiten ändern läßt.

e. Der Islam bemüht sich um wirtschaftliche Einflußnahme durch das immense muslimische Kapital aus den Erdöleinnahmen. Leider sind die Europäer im Allgemeinen so materialistisch geworden, daß sie um kurzzeitiger Vorteile willen das islamische Kapital in Anspruch nehmen und den damit verbundenen islamischen Einfluß akzeptieren.

f. Politischer Druck auf Europa wird heute vor allem im Rahmen der UNO durch die in der OIC zusammengeschlossenen islamischen Länder ausgeübt. Dabei arbeitet die Uneinigkeit der europäischen Länder und die Uneinigkeit des Westens den Muslimen in die Hände. Sie haben es leicht, nach der Methode "divide et impera" Keile zwischen Europa und Amerika und zwischen die Europäer zu treiben.

g. Diese Taktik wird auch erfolgreich auf die Christen und die Kirchen angewandt. "Gute Christen" sind aus islamischer Sicht solche, die den Islam unterstützen, den christlichen Glauben relativieren, auf die Gottessohnschaft Jesu und die Erlösung durch ihn verzichten, die Gemeinsamkeit der so genannten "abrahamitischen Religionen" fördern sowie den Islam als Heilsweg, Muhammad als Propheten und den Koran als Wort Gottes anerkennen. "Böse Christen" sind aus islamischer Sicht dagegen solche, die an Bibel und Bekenntnis festhalten, missionarisch denken und handeln und den Islam als Heilsweg ablehnen.

h. Schließlich nenne ich noch die demographische Katastrophe Europas als Folge seiner Abwendung von Gott. Der Geburtenüberschuß bei muslimischen Bevölkerungsgruppen und die stetige Zuwanderung von Muslimen lassen ihren Anteil an der europäischen Bevölkerung ständig wachsen.

3. Wird der Islam seine Ziele erreichen?

Prognosen können von Christen nur unter dem Vorbehalt gemacht werden, daß die Zukunft von Gott bestimmt wird und er es ganz anders fügen kann, als wir es ahnen oder befürchten.

a. Menschlich gesprochen, werden wir es in Zukunft in Europa mit einem **starken und selbstbewußten Islam** zu tun haben. Wir müssen davon ausgehen, daß die Muslime ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen und vereinheitlichen. Der Islam dürfte zu einer starken gesellschaftlichen und politischen Kraft in Europa werden.

b. Offen erscheint mir die Frage, **ob der Islam sein genuines Anliegen, d.h. die Einheit von Glaube und Staat**, langfristig mehrheitlich aufgeben und sich auf seine religiöse Seite reduzieren lassen wird. Viele europäische Politiker hoffen das und träumen von einem humanistischen Euro-Islam, wobei ihnen offensichtlich das weitgehend zu Humanismus gewordene europäische Christentum als Vorbild dient. Mir scheinen das aber trügerische Hoffnungen zu sein. So wie das Christentum sein Proprium nicht aufgeben kann und darf und wir eine Neubessinnung auf das biblische Christentum von Gott erwarten, so sollten Europäer auch nicht meinen, daß der Islam als eine politische Weltreligion so einfach sein Proprium aufgeben könnte und würde.

c. Ist der Islam attraktiv für Europäer? Bis jetzt werden viele Europäer von dem gesetzlichen und kämpferischen Islam abgestoßen. Dagegen wecken der religiöse Islam und seine Kultur, besonders aber der Sufismus, bei manchen Europäern eine nicht geringe Sympathie. Der Islam erscheint attraktiv für alle Menschen, die das Christentum mit seiner Lehre vom dreieinigen Gott, von der Verlorenheit des Sünders und von der Versöhnung durch Christus ablehnen und gleichzeitig sog. Spiritualität suchen, für Menschen also, die nur eine allgemeine Gottgläubigkeit und eine persönliche Religiosität wollen.

Leider müssen wir auch sehen, daß eine christliche Theologie, die den christlichen Glauben auf Humanismus und Spiritualität reduziert und dabei die alten Propria des christlichen Glaubens preisgibt, eine große Affinität zum Islam hat. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß der verunsicherte moderne Mensch in der Gesetzlichkeit des Islam einen inneren Halt finden kann. Der Islam hat also auch als Religion in Europa Chancen.

d. Es könnte aber auch sein, daß das alte Europa **starke Gegenkräfte** gegen den Islam entwickelt und sich (a) auf seine christlichen Wurzeln und Werte besinnt. Es könnte (b) zu einem Kampf um eine freiheitliche Gesellschaft gegen den islamischen Totalitarismus kommen. Es könnte auch im Blick auf die Kinderfreundlichkeit eine Wende geben. All das ist momentan nicht in Sicht, aber es kann von Gott erbeten werden.

e. Die Zukunft von Europa wird sehr davon abhängen, **ob es eine neue Reformation im biblischen Sinne** in den europäischen Kirchen geben wird, d.h. eine biblische Erneuerung der Theologie, eine geistliche Erweckung der Gemeinden und eine Neubesinnung auf die Mission in Europa. Wenn dies geschieht, könnten viele Muslime Christen werden, denn es gibt unter Muslimen durchaus Offenheit für das Evangelium und Enttäuschung am Islam. Der Islam hätte es dann wesentlich schwerer, seine Ziele zu erreichen.

HINTERGRÜNDE

4. Ist der Islam ein Bußruf Gottes für Europa?

Diese Frage ist nicht neu, sondern immer wieder gestellt worden, besonders auch von den Reformatoren. Vgl. dazu **Andreas Baumann, Der Islam - Gottes Ruf zur Umkehr?** Eine vernachlässigte Deutung aus christlicher Sicht, Basel/Gießen 2003. Hinter dieser Frage steht die Erkenntnis, daß Gott auch der Herr über den Islam ist und **der Islam einen Platz im Geschichts- und im Gerichtshandeln Gottes hat**. Er hat es zugelassen, daß die Iberische Halbinsel für fast 500 Jahre überwiegend muslimisch war. Er hat es zugelassen, daß der Balkan ab dem 14. Jahrhundert islamisiert wurde, er hat es aber auch gefügt, daß die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden. Was will Gott mit dieser Geschichte den europäischen Christen sagen? **Werden Europäer den Bußruf Gottes hören, der in dieser Geschichte liegt?**

Ist der neuerliche "Griff des Islam nach Europa" nicht ein neues Gericht Gottes und damit ein neuer Bußruf an die Europäer, aus ihrer Gottlosigkeit umzukehren? Ist das neue Vordringen des Islam aber nicht auch Gericht und Bußruf für eine Kirche, die den Boden des Evangeliums in vielen Bereichen verlassen hat? Der Synkretismus, die Reduktion der biblischen Botschaft auf das Diesseitig-Soziale und Persönlich-Individuelle, der moralische Zerfall bei Einzelnen und in Familien - all das macht ja vor der Kirche nicht Halt! - Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren? Nur so wird sich ein Gericht Gottes durch den Islam abwenden lassen!

5. Was ist konkret zu tun?

... **Jeder europäische Christ ist als Staatsbürger, d.h. in seiner Verantwortung für die Gesellschaft, gefordert**, mit dem Islam ist auch eine politisch-rechtlich Aufgabe. Der Staat muß den Islam, sofern er totalitäre Forderungen erhebt, in seine Grenzen weisen und die Gleichheit und Freiheit aller Bürger verteidigen. Um der Gleichheit aller Bürger willen darf der Islam keine Sonderrechte genießen. Um der Freiheit aller Bürger willen muß auch der Islam, wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, Einschränkungen seiner Freiheit akzeptieren. Um damit richtig umgehen zu können, brauchen wir islamwissenschaftlich geschulte christliche Politiker, Juristen, Journalisten, Pädagogen und Theologen. Wir brauchen Organisationen, die durch Stipendien bekenntnistreue Christen auf dem Gebiet der Islamwissenschaften ausbilden helfen.

b. Die geistliche Erneuerung der europäischen Kirche können wir nur erbitten. Aber wir können helfen, daß bekenntnistreue Theologen Islamwissenschaften studieren und sich der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen. Die theologische Apologetik im Blick auf den Islam ist nachhaltig zu fördern.

c. Die europäische Christenheit muß in einer Zeit der Auflösung aller ethischen Werte um die Formulierung ethischer Standards ringen. Es ist nötig, einen ethischen Konsens in einprägsame Formulierungen zu fassen, wie das Luther für seine Zeit im Kleinen Katechismus

getan hat. Muslime, die sich für den christlichen Glauben öffnen, müssen wissen, daß christlicher Glaube nicht nur Versöhnung mit Gott ist, sondern auch das Leben nach den Geboten Gottes.

d. Die christliche Mission unter Muslimen muß zu einer Aufgabe aller Gemeinden in Europa werden. Sie kann nicht nur Anliegen einiger Weniger sein, sondern muß ins Bewußtsein der europäischen Christenheit als fundamentale Aufgabe treten.

e. Die christlichen Gemeinden müssen offen werden für die Aufnahme bekehrter Muslime. Das erfordert Offenheit für Menschen aus anderen Kulturräumen und ein Überdenken der gottesdienstlichen Formen und des gemeindlichen Lebens. Dies wird die eigentliche Jahrhundertaufgabe für die europäische Christenheit sein. ...<<

Daniel Hecker (Institut für Islamfragen) berichtete später (im Jahre 2005) über den Islam (x918): >>>Das Kopftuch als Uniform

Das Kopftuch kann unter vielen verschiedenen Aspekten betrachtet werden, z.B. unter religiösen, politischen und soziologischen Aspekten. Häufige Fragen lauten: "Was sagt der Koran über das Kopftuch?", "Hat das Kopftuch politische Bedeutung?" oder "Warum verbietet ein Land wie die Türkei das Kopftuch in Schulen und Universitäten, während der Iran das Tragen eines Kopftuchs gesetzlich festlegt?"

Es gibt darüber hinaus aber auch noch andere Betrachtungsmöglichkeiten. Das Thema Kopftuch kann auch unter dem Aspekt der Uniform betrachtet werden, und auch aus diesem Blickwinkel ergeben sich interessante Aspekte:

1. Die lexikalische Bedeutung der Uniform

Abgesehen vom Aussehen einer Uniform haben alle Uniformen gemeinsame Eigenschaften, die schon in der lexikalischen Definition des Begriffs enthalten sind. Eine Uniform ist:

1. einheitlich, einförmig
2. eine Bekleidung, die nach Stoffart, Farbe, Schnitt und Aufmachung einheitlich getragen wird, um eine gewisse Zusammengehörigkeit zu demonstrieren (Militäruniform, Postuniform).
3. Eine einheitliche vorschrittmäßige Bekleidung ist besonders für Amtsträger (Soldaten, Polizisten usw.) von Bedeutung.

Zwei entscheidende Kennzeichen sind in diesen lexikalischen Definitionen enthalten:

- Der Wunsch, etwas gleich zu machen, indem Uniformträger einheitlich aussehen
- Der Wunsch, sich zu unterscheiden, indem zwischen einer uniformierten Gruppe und anderen Gruppen eine äußerliche Unterscheidung getroffen wird.

2. Verschiedene Gesichter der Uniform

a. Die Uniform des Kopftuches (oder: Übergewandes) im Koran:

Der Koran beinhaltet mehrere Verse, die offensichtlich eine Verschleierung (oder: Bedeckung) der Frau vorschreiben. Dabei sind der Wunsch, sich untereinander gleich zu machen und sich nach außen zu unterscheiden, die Basis der entsprechenden Koranvorschriften (s. Sure 33,59), um die Pflicht zum Tragen des Kopftuches bzw. des Übergewandes zu begründen:

- Sure 33,59 beginnt mit dem allgemeinen Befehl: "Sage, o Prophet, deinen Frauen und Töchtern und den Frauen der Gläubigen, daß sie ihr Übergewand (über ihr Antlitz) ziehen sollen, wenn sie ausgehen." Diese Anweisung betrifft alle Musliminnen; sie müssen alle ein Übergewand - die gleiche Uniform - tragen und auf diese Weise das gleiche Aussehen erhalten. Das macht sie äußerlich gleich, d.h. verwandelt sie in eine äußerlich gleich aussehende Gruppe.
- Der Vers geht weiter: "... damit man sie als ehrbare Frauen erkenne und sie nicht belästige." Durch eine äußerlich auffallende Aufmachung - Uniform - müssen sich Musliminnen von anderen Frauen, also nicht verschleierten Nichtmusliminnen, unterscheiden.

b. Die Uniform in utopischer Literatur

Die Uniformierung ist eine unentbehrliche Voraussetzung zur Gestaltung einer Utopie. Die Festlegung bestimmter standardisierter Maßnahmen soll ein besseres Leben ermöglichen, und zwar eine Utopie, ein Niemandsland. So gestaltet ein Schriftsteller eine "vollkommene Gesellschaft." Sie ist Ausdruck der Unzufriedenheit des Schriftstellers mit der Realität, so daß er eine bessere, perfekte Lebensform erfindet, die in der Realität nicht durchsetzbar ist oder doch nur mit der Schaffung unmenschlicher Lebensumstände durchsetzbar wäre.

Eine Utopie bleibt eine Gesellschaft mit streng verbindlichen Regeln, die von einem Diktator (dem Verfasser der Utopie - den Menschen aufgezwungen werden. Der Diktator entscheidet über uniforme Standards wie die Bauten der Stadt, die Arbeitsplätze und -zeiten, die Anzahl der Kinder, ihre Kleidung usw. Keiner der Beteiligten darf gegen diese Regeln verstoßen, sonst gilt er als Außenseiter; weil er sich den von oben verfüigten uniformierenden Regeln nicht unterwirft.

Auf der anderen Seite ist das Einhalten der uniformierenden Regeln keine freie Entscheidung. Wer in die Utopie hineingeboren wurde, muß sich den Regeln (Uniformen) des autoritären Schriftstellers unterwerfen oder sich auflehnen und strafbar machen.

Viele Schriftsteller lassen ihre Charaktere anhand äußerlicher Unterschiede zum Außenseiter werden, indem sie gegen die Uniformen verstoßen: Mike beschreibt sich in Robert A. Heinleins Fremder in einem Fremden Land: "Ich weiß, was los ist; ich bin weder ein Mensch noch ein Wesen aus März."

Weil er sich von den anderen unterscheidet, kann er weder im März noch auf der Erde integriert werden. In Aldous Huxleys Schöne Neue Welt hat John eine Haut, die zu weiß für die indischen Einwohner des Schutzgebiets ist, aber gleichzeitig sind seine Emotionen und sein Temperament im Welt-Staat unerwünscht. Er gilt in beiden Welten als ein Außenseiter. Und in William Goldings Herr der Fliegen ist Piggy dick und trägt eine Brille. Mit diesem äußerlichen Unterschied zu den anderen Kindern auf der Insel wird schon auf seine spätere Verfolgung und Tötung hingewiesen.

c. Die Uniform beim Militär

Als Soldat muß man sich anderen Leuten gegenüber entsprechend der Uniform, die sie tragen, verhalten. Menschen gelten in diesem Bereich aufgrund ihrer Uniform als Freunde, Feinde, Untergebene oder Vorgesetzte. Bestimmte standardisierte Symbole - Wappen, Sterne, Schwerter, Adler, Kronen o.ä. - zeigen den Rang eines Soldaten an. Die Persönlichkeit des uniformierten Mitsoldaten spielt keine Rolle bei Entscheidungen anderer Mitsoldaten ihm gegenüber, so z.B., ob ein anderer Soldat diesem gehorchen muß, ob er ihm befehlen darf, ihm helfen oder ihn gefangennehmen muß.

Entscheidend dafür ist die Kleidung des Uniformträgers, die seinen Rang und seine Gruppenzugehörigkeit angibt. Die Uniform symbolisiert den militärischen Rang, das Gesetz, das der Soldat vertritt oder auch die Haltung eines Staates einem anderen Staat gegenüber. Wer z.B. dem Befehl eines "höheren Uniformträgers" nicht gehorcht, macht sich damit strafbar. Die Uniform entscheidet letztlich über die Verhaltensweise des Soldaten anderen "Uniformierten" gegenüber.

Die Weigerung eines Soldaten, eine Uniform zu tragen, gilt fast in allen Armeen der Welt, insbesondere in Kriegszeiten, als strafbar, in manchen Ländern sogar als schweres Verbrechen. Solch eine gesellschaftliche oder staatliche Bestrafung beruht nicht darauf, daß die Uniform als eine Mode abgelehnt wird. Vielmehr wird die Ablehnung der Uniform als Weigerung aufgefaßt, das Gesetz des Landes zu respektieren, bzw. diesem Staat und seiner Gesellschaft einen wichtigen Dienst nicht zu leisten.

Im Großen und Ganzen erklärt sich ein Soldat durch seine Uniform dazu bereit, für den Staat - den Uniformgeber - zu kämpfen oder sogar zu sterben. Wer sich dagegen wehrt, erklärt damit seinen Protest gegen die Staatspolitik und Gesellschaftsnormen und muß mit Strafe rechnen.

Die Uniform beim Militär ist Pflicht. Ist man in einem Land geboren, in dem kein Zivildienst möglich ist, muß man in einer ganz bestimmten Uniform - und nur in dieser - seinen Militärdienst leisten.

3. Das Kopftuch (oder Übergewand) als Uniform im Islam

a. Was bedeutet "Kopftuch"?

Während dieser Ausdruck in westlichen Ländern nur die "**Kopfbedeckung**" einer Frau meint, hat er im Islam eine viel allgemeinere Bezeichnung. Im Arabischen wird oft das Wort "**Hidjab**" als Bezeichnung für das Übergewand einer Frau verwendet. Es bedeutet "Bedeckung" und bezieht sich nicht lediglich auf den Kopf, sondern auf den ganzen Körper einer Frau. Daher ist die zutreffende Übersetzung für "Hidjab" eher "Übergewand" als "Kopftuch". Deshalb wird in diesem Artikel überwiegend das Wort "Übergewand" anstelle von "Kopftuch" verwendet.

Es gibt keine einheitliche Auffassung unter muslimischen Gelehrten über die "richtige" Form eines Kopftuches oder Übergewandes. Während manche muslimische Geistliche, die für eine Modernisierung des Islam eintreten, Musliminnen vorschreiben, ihren Körper bis auf das Gesicht und die Hände zu verhüllen, bestehen andere darauf, daß ein "richtiges" Übergewand den gesamten weiblichen Körper verhüllen muß, Hände und Gesicht eingeschlossen. Zum Beispiel: Im Iran sind Mantel und Kopftuch vorgeschrieben (Hände und Gesicht dürfen unverschleiert bleiben), in Saudi-Arabien die totale Körperverschleierung (Hände und Gesicht eingeschlossen), in Afghanistan zur Taliban Zeit war die **Burka** Vorschrift (auch Verschleierung des ganzen Körpers).

Im Jemen darf eine Frau ihr Gesicht unverschleiert lassen, aber viele Frauen tragen Gesichtsmasken.

Beide Gruppen belegen ihre Meinung anhand des Koran, der Überlieferung und der Biographie Muhammads. Beide Gruppen behaupten, das richtige Verständnis des vorgeschriebenen islamischen Übergewandes zu besitzen. Deshalb kommt es häufig vor, daß die Verschleierung einer Muslimin in bestimmten islamischen Ländern als "islamisch richtig" angesehen wird, während diese in anderen islamischen Ländern für "islamisch nicht akzeptabel" gilt.

Prominente Vertreter aus beiden Gruppen:

Scheich Mohammed Bin Othaimen (einer der bedeutendsten islamischen Geistlichen des sunnitischen Islam im 20. Jahrhundert): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern, ihr Gesicht und Hände eingeschlossen. Diejenigen, die einer Frau erlauben, ihr Gesicht und ihre Hände unverschleiert zu zeigen, belegen diese Ansicht anhand von Vorschriften, die nicht mehr gültig, d.h. ausgetilgt worden sind." (Die islamische Koranwissenschaft geht davon aus, daß später offenbarte Koranverse früher offenbarte aufheben).

- Ibn al-Abbas (Mohammads Vetter, der den meisten Muslimen als der beste Erläuterer des Koran gilt): "Die Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Sie darf nur ein Auge unverschleiert lassen."

- Ubaida al-Salmani (ebenfalls ein wichtiger Erläuterer des Koran): "Eine Frau muß ihren ganzen Körper verschleiern. Nur ihr linkes Auge darf sie unverschleiert zeigen."

Scheich Abu Djihad al-Sughbi (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Theologe und Propagandist) führt folgende Eigenschaften des richtigen Übergewandes auf:

1. Es muß den ganzen Körper bedecken. Einige Rechtsgutachter haben die Hände (ab dem Handgelenk) und das Gesicht ausgeschlossen.
2. Es darf an sich kein Schmuck (nicht hübsch) sein.
3. Es darf nicht durchsichtig sein.
4. Es muß so breit sein, daß man die Konturen des Körpers nicht erkennen kann.
5. Es darf nicht parfümiert sein.
6. Es darf nicht der Kleidung der Männer ähneln.

7. Es muß sich von den Kleidern der gottlosen Frauen (Nichtmusliminnen) unterscheiden.

8. Es darf nicht aus Gründen der Berühmtheit getragen werden.

- Scheich Dr. Wahba al-Zuhaili (ein prominenter zeitgenössischer islamischer Propagandist und Theologe): Eine Frau darf ihr Gesicht unverschleiert zeigen. Dagegen ordnet die Rechtschule von Imam Ahmad Ibn Hanbal die Gesichtverschleierung an.

b. Müssen auch muslimische Männer sich verschleiern?

Obwohl es in vielen islamischen Ländern unter muslimischen Männern üblich ist, verschiedene Kopfbedeckungen zu tragen, sind dies keine vom Islam verordneten Kopfbedeckungen bzw. Übergewänder, sondern **traditionelle Trachten**, die aus vorislamischen Zeiten stammen. Der Islam ordnet die Verschleierung nur für Frauen an. Die Verschleierung ist für muslimische Frauen ein Bestandteil ihrer religiösen Pflichten Allah gegenüber. Ein Übergewand zu tragen, ist also keine freie Entscheidung, sondern religiöse Pflicht für jede Frau, die dem Islam angehört.

c. Welche Frauen müssen sich verschleiern?

Jeder Mensch, der in eine muslimische Familie geboren wird, wird automatisch als Muslim aufgefaßt. Er gilt sein Leben lang als Muslim, selbst wenn er sich zum Atheisten entwickelt oder sogar zu einer anderen Religion konvertiert. Es gab und gibt kaum ein islamisches Land, in dem man seine **"ererbte" Religion** - den Islam - offiziell im Paß ändern lassen darf.

Daher muß jede Frau, die in eine islamische Familie hineingeboren wird, sich verschleiern, sobald sie ihre erste Menstruation gehabt hat oder sogar davor, wenn sie für Männer als anziehend eingestuft wird. In islamischen Ländern mit "liberaler" Einstellung werden unverschleierte Frauen in der Öffentlichkeit geduldet. In islamischen Ländern mit strenger staatlicher Einstellung dem Islam gegenüber werden Frauen gezwungen, sich in der Öffentlichkeit zu verschleiern, ja manchmal bedroht, beleidigt oder bestraft.

4. Konflikte im Zusammenhang mit dem Übergewand

a. Soldaten marschieren gegen verschleierte Muslimas

Der Konflikt wegen des Kopftuchs hat nicht in Frankreich oder Deutschland begonnen, sondern in etlichen islamischen Ländern. Immer wieder haben Regierungen islamischer Länder versucht, das Kopftuch bzw. die Verschleierung abzuschaffen, z.B. das iranische Regime unter **Reza Shah** (1925-1941).

Am 29.09.1981 zwangen Tausende von syrischen Soldaten in mehreren Städte Syriens - vor allem in Damaskus - im Zuge der damaligen Politik verschleierte Frauen dazu, ihr Kopftuch bzw. Übergewand abzulegen. Frauen, die sich dagegen wehrten, wurden von den Soldaten geschlagen und ihnen das Kopftuch (Übergewand) abgerissen.

Einige Tage später beschrieb der damalige syrische Präsident **Hafez al-Assad** in einer öffentlichen Rede das Kopftuch als: "ein Kleidungsstück, das nur von älteren Frauen getragen werden darf." Nach diesen Worten schallte das Fußballstadion, in dem die Rede gehalten wurde, von dem Ruf der Soldatinnen wider: "Wir wollen keinen Rückschritt mehr. Wir wollen unverschleiert gehen!"

Der Präsident der Türkei, Ahmet Sezer, kritisierte am 08.03.2004 diejenigen, die Frauen dazu ermutigen, das Kopftuch zu tragen. Für ihn gelten sie als "Menschen, die durch das Kopftuch versuchen, das demokratische, säkulare System der Türkei zu vernichten."

Er konkretisierte seine Aussage mit den Worten: "Die Thematik des Kopftuchs wird im Namen der Demokratie zur Debatte gemacht. Sie hat aber zu nichts anderem beigetragen als zur Behinderung unserer demokratischen Entwicklung."

Ähnliche Worte ließen z.B. **Mustafa Kemal Atatürk** (Türkei) oder **Habib Bourkeba** (Tunesien) verlauten.

b. Gründe für eine Ablehnung des Kopftuches/Übergewandes

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, könnte man auch fragen: Was ist der Unterschied

zwischen dem Kopftuch oder dem Übergewand einer Muslimin und dem Gewand einer Nonne? Wieso protestiert kaum jemand, - selbst nicht in islamischen Ländern - gegen das Kopftuch einer Nonne, während es wegen des Kopftuches in nichtislamischen Ländern heftige Debatten gibt und in islamischen Ländern sogar islamischen Ländern z. T. sogar blutige Ausschreitungen.

Die Auseinandersetzung um das Kopftuch oder Übergewand ist kein Konflikt über unterschiedliche Geschmacksrichtungen, sondern ein Konflikt mit politischem, kulturellem, sozialem und religiösen Hintergrund.

Die Bedeckung versteckt nicht nur den Kopf oder Körper einer Muslimin, sondern **symbolisiert auch ihre Unterwerfung** den Lehren des Islams gegenüber. Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, hat damit erklärt, eine ganze Reihe von Vorschriften des Islam einzuhalten, die in nichtislamischen Ländern zu Konflikten führen können:

- Eine Muslimin muß prinzipiell ihre Rolle als eine von vier Ehefrauen ihres Ehemannes akzeptieren, denn der Koran erlaubt nach überwiegender Meinung die Ehe eines Mannes mit bis zu vier Frauen (Sure 4,3) (nur die Türkei und Tunesien haben die Vielehe gesetzlich verboten). Dagegen muß sie sich mit einem Ehemann begnügen. Da dieses islamische Recht der Vielehe in nichtmuslimischen Ländern nicht anerkannt ist, werden sich Musliminnen in solchen Ländern häufig ungerecht - nicht gemäß der islamischen Gesetze - behandelt fühlen.
- Eine Muslimin ist davon überzeugt, daß ihr Zeugnis vor Gericht nur halb so wert ist wie das Zeugnis eines Mannes (Sure 2,282). Daß ihr Zeugnis in nichtislamischen Ländern dem Zeugnis eines Mannes gleichkommt, muß für sie ungerecht und gegen Allahs Gesetz sein.
- Eine Muslimin, die ein Kopftuch bzw. Übergewand trägt, darf ihre Körperkonturen nicht sichtbar machen und ein Übergewand oder einen Mantel tragen. Damit kann sie manche Sportarten nicht ausüben, wie z.B. Schwimmen, Laufen, Gymnastik, alle Ballspiele etc. Muslimische Frauen sind damit von vielen olympischen Disziplinen ausgeschlossen. In nichtislamischen Ländern führt diese Haltung an Schulen zu Schwierigkeiten.
- Eine Muslimin muß damit rechnen, von ihrem Ehemann geschlagen zu werden, falls sie ihm gegenüber widerspenstig wird (Sure 4,34). Dagegen darf sie ihren widerspenstigen Ehemann nicht schlagen noch ihn schlagen lassen, falls sie ihm körperlich überlegen ist.

c. Andere mögliche Konfliktfelder

Hier könnten eine Reihe von Vorschriften, Lehren und Praktiken des Islam aufgezählt werden, die zum Konflikt mit Nichtmuslimen bzw. mit säkularen Regierungen in islamischen Ländern führen können:

- Der tägliche Ruf zum Gebet, mindestens fünfmal am Tag. Heutzutage benutzen die Moscheen in islamischen Ländern Lautsprecher, um möglichst im weiten Umkreis gehört zu werden. Dies ist für Nichtmuslime zumindest "gewöhnungsbedürftig", insbesondere, wenn es um den Ruf früh am Morgen vor Sonnenaufgang geht. In islamischen Ländern werden alle Nichtmuslime um diese frühe Tageszeit gemeinsam mit allen Muslimen aufgeweckt, obwohl sie - die Nichtmuslime - das islamische Gebet nicht verrichten müssen.
- Der Ruf zum Aufstehen mitten in der Nacht während des Fastenmonats Ramadan erschallt, um Muslimen zu ermöglichen, vor dem Sonnenaufgang noch einmal zu essen und trinken, bevor beides für den folgenden Tag bis zum Sonnenuntergang wieder verboten ist. Der Ruf muß früh genug vor dem Sonnenaufgang erschallen, damit Familien noch aufstehen und eine Mahlzeit zubereiten können.

Im arabischen Raum wird diese Aufgabe von Männern übernommen, die Misahhirati oder Musahher genannt werden. Diese Rufer werden staatlich angestellt und besoldet. Jeder von ihnen ist für ein bestimmtes Gebiet verantwortlich. Die Rufer gehen durch alle Straßen und Gassen des ihnen zugeteilten Gebietes, trommeln laut auf einer Trommel und rufen zum Aufstehen und zum Gebet. Oft geschieht das zwischen zwei und vier Uhr nachts.

Der Ruf muß so laut sein, daß Muslime, die im nächtlichen Schlaf liegen, aufgeweckt werden, aber natürlich wirkt sich das auch auf die nichtmuslimische Bevölkerung aus; abgesehen davon, daß im Fastenmonat das abendliche Mahl und die Besuche sich weit in die Nacht hineinziehen, also das gesellschaftliche Leben sich bis in die Nacht hinein abspielt.

- Ein Muslim soll sein Leben nur nach den Gesetzen des Islam ausrichten und darf eigentlich keinem staatlichen Gesetz gehorchen, das mit dem Islam und Allahs Geboten nicht übereinstimmt. In einer Publikation der islamistisch-extremistischen Partei "Hizbul Tahrir al-Islami" heißt es dazu:

"Demokratie beinhaltet die Trennung zwischen Religion und Leben d.h. zwischen Religion und Staat ... der Islam ist genau das Gegenteil. Er ist auf dem muslimischen Glauben gebaut. Dieser Glaube ordnet alle Angelegenheiten des Lebens und des Staates anhand der Gebote und Verbote Allahs. D.h. anhand des Shari'a, die im islamischen Glauben gründet. Der Mensch kann seine Ordnungen nicht selbst gestalten, sondern muß der Ordnung Allahs gehorchen."

5. Schwarzweißdenken

Mit dem Tragen der Uniform geht ein kollektives Zugehörigkeitsgefühl einher, Hingabe an ein höheres Ziel und Unterwerfung unter denjenigen, der die Uniform angeordnet hat, wie z.B. den Arbeitsgeber, Militärführer, Geistlichen.

Wenn ein Arbeiter seine Firmenuniform trägt, verdeutlicht er damit seine Bereitschaft, für diese Firma zu arbeiten und ihre Gesetze einzuhalten. Auch der uniformierte Soldat kämpft für seine Führer, die ihm die Uniform verordnet haben, für diejenigen, die an der Spitze der Hierarchie stehen und sein Verhalten bestimmen.

Ein Soldat fühlt sich stark unter seinen Mitsoldaten und Gleichuniformierten. Die kollektive Kleidung und seine kollektiven Pflichten (Übungen, Versammlungen, Marschieren usw.) machen deutlich, daß er der Gruppe der gleich aussehenden Mitsoldaten angehört. Sein eigenständiges Denken wird marginalisiert, sein Alltag und Verhalten werden nicht von ihm bestimmt, sondern von der "höheren Uniform". In Kriegszeit kämpft er auf Seiten der "gleichen Uniform" gegen die "andere Uniform".

Ebenso werden äußerliche Unterschiede bezüglich des Aussehens von Musliminnen durch das Kopftuch oder Übergewand verringert oder verwischt. Verschleierte Musliminnen haben die gleichen Silhouetten und keine Kopf- oder Körperkonturen mehr. Durch die Verschleierung können sie sich gegenseitig schnell als eine einheitliche muslimische Gruppe erkennen und ebenso schnell von anderen Frauen - Nichtmusliminnen - unterschieden werden.

Dieses kollektive Aussehen führt im Islam zur allgegenwärtigen Aufteilung in die Welt der Frauen der Verschleierten (Musliminnen) und der Unverschleierten (Nichtmusliminnen), was von vielen muslimischen Theologen und auch manchen Muslimen als Gruppe der "Gottesfürchtigen" und "Gottlosen" gleichgesetzt wird. ...

Der Autor:

Daniel Hecker wurde in einer traditionellen islamischen Familie geboren: Weder seine Familie noch die islamischen Geistlichen konnten seine Fragen über Gott überzeugend beantworten. Obwohl er sich zum Atheisten entwickelte, verrichtete er lange Jahre alle Pflichten des Islam. Er empfand tiefen Haß gegen alle Religionen und Gläubigen. Dennoch fing er an die Bibel zu lesen - die Lehre Jesu Christi schien ihm humaner als alles, was er in seinem Leben kannte. Dazu zeigte Jesus sich ihm deutlich durch mehrere Gebetserhörungen. ...<<

Die Bürgerbewegung PAX EUROPA e.V. berichtete später (am 24. Juli 2016) über die Opfer des Heiligen Krieges (Dschihad) des Islam (x931/...): >>Der Islam: 548 Schlachten – 278 Millionen Tote

Frage: Wenn es beim Islam wirklich um die Weltherrschaft geht, warum ist es dann so, daß wir immer viel mehr von ihnen getötet haben als sie von uns?

Antwort: Bis jetzt haben muslimische Krieger etwa 270 Millionen Menschen getötet. Das ist mehr als jeder Einzelne, jedes Land, jede Gruppe oder jedes Weltreich jemals in der Geschichte getötet hat. Bei weitem. An zweiter Stelle steht das kommunistische China, das 77 Millionen Menschen getötet hat.

Original: Tears of Jihad by Dr. Bill Warner Übersetzung von Europe News / 29 April 2011.

Diese Zahlen sind nur eine grobe Schätzung der toten Nicht-Muslime durch den politischen Akt des Dschihads.

Afrika

Thomas Sowell (Thomas Sowell, "Race and Culture, Basic Books", 1994, S. 188) schätzt, daß 11 Millionen Sklaven über den Atlantik verschifft wurden und 14 Millionen wurden zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Mittleren Osten geschickt. Für jeden gefangenen Sklaven mußten viel andere sterben. Schätzungen dieses Kollateralschadens schwanken.

Der namhafte Missionar David Livingstone schätzte, daß für jeden Sklaven, der eine Plantage erreichte fünf andere in einem vorausgegangenen Kampf getötet wurden, oder durch Krankheiten starben, oder durch Mangel im Verlauf der Zwangsdeportation (Missionsgremium presbyterianischer Frauen, David Livingstone, S. 62, 1888). Diejenigen, die zurückgelassen wurden waren sehr jung, schwach, krank und die Alten.

Sie starben bald, weil ihre Hauptversorger getötet oder versklavt wurden. Also, für 25 Millionen Sklaven, die auf dem Markt angeboten wurden haben wir eine geschätzte Todesrate von ungefähr 120 Millionen Menschen. Der Islam hatte das Monopol für Sklavenhandel in Afrika inne. **120 Millionen Afrikaner**

Christen

Die Anzahl der christlichen Märtyrer des Islams liegt bei 9 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-10). Eine grobe Schätzung von Raphael Moore in "Die Geschichte Kleinasien" liegt bei 50 Millionen Toten in Kriegen durch den Dschihad. Wenn man also die afrikanischen Christen mitzählt, die im 20. Jahrhundert getötet wurden, dann haben wir: **60 Millionen Christen**

Hindus

Koenard Elst schätzt in seinem Buch "Negationismus in Indien", daß 80 Millionen Hindus in dem totalen Dschihad gegen Indien getötet wurden. (Koenard Elst, "Negationismus in Indien, Voice of India", New Delhi, 2002, Seite 34.) Das Land Indien ist heute halb so groß wie das historische Indien, durch den Dschihad. Die hohen Bergketten Indiens werden Hindukusch genannt, das bedeutet der "Scheiterhaufen der Hindus". **80 Millionen Hindus**

Buddhisten

Die Buddhisten haben die Geschichte des Krieges nirgendwo aufgezeichnet und nachgehalten. Vergessen Sie nicht, daß es im Dschihad nur Christen und Juden gestattet war als Dhimmis (Sklaven des Islams) zu überleben; jeder andere mußte konvertieren oder sterben. Der Dschihad tötete die Buddhisten in der Türkei, in Afghanistan, entlang der Seidenstraße und in Indien. Die Gesamtzahl beträgt grob geschätzt 10 Millionen (David B. Barrett, Todd M. Johnson, "World Christian Trends AD 30-AD 2200", William Carey Library, 2001, S. 230, Tabelle 4-1). **10 Millionen Buddhisten**

Juden

Merkwürdigerweise gab es nicht genug getötete Juden im Dschihad um die Gesamtzahl der Großvernichtung signifikant zu steigern. Der Dschihad in Arabien war zu 100% effektiv, aber die Zahlen lagen in den Tausenden nicht Millionen.

Danach unterwarfen sich die Juden und wurden zu Dhimmis (Diener oder Bürger zweiter Klasse) des Islams und hatten keine geographische Macht mehr.

Dies ergibt nach grober Schätzung **etwa 270 Millionen Menschen**, die durch den Dschihad

getötet wurden.<<

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete später (am 22. März 2017): >>**Gott will Blut sehen**
Gewalt gehört zum Islam, sie ist im Koran angelegt und wurde von Mohammed vorgelebt. Das sagt der Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer.

Hamed Abdel-Samad wendet sich entschieden gegen die Entschuldigung, islamistische Gewalt habe nichts mit dem Islam zu tun, sondern sie bedeute einen Mißbrauch der Religion. Im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer und der politischen Philosophin Katja Gentinetta sagt er:

"Es ist kein Mißbrauch der Religion, sondern ein Gebrauch. Denn die Religion schreit förmlich danach, gebraucht zu werden für Gewalt, weil es ein Bestandteil der Religion ist." "25 Tötungsbefehle gibt es im Koran, direkte Tötungsbefehle, wo Gott den Tod sehen will. Gott will Blut sehen." Und: "Mohammed war ein Krieger, lebte von Kriegsbeute."

Islam und Islamkritik

Auftrag aus dem Koran

Der Koran ist für Gläubige ein Auftrag, eine Handlungsanleitung, die Gewaltanwendung ausdrücklich vorsieht:

"Das Buch hat eine ungeheure Macht. Der Koran wird von der Mehrheit der Muslime als die letzte direkte Botschaft Gottes für den Menschen betrachtet, mit einem politischen Auftrag, mit einem juristischen Manifest, mit einer Verfassung, wie die Menschen leben sollten. Wenn Gott zum letzten Mal spricht, dann hat das eine Macht. Viele Muslime, vor allem Islamisten, legen das so aus, daß sie diesen politischen Auftrag Gottes notfalls auch mit Gewalt in die Welt tragen müssen."

Hamed Abdel-Samad

Geboren 1972 in Kairo, war Hamed Abdel-Samad in Ägypten Mitglied der radikalislamischen Muslimbruderschaft. Mit der Auswanderung nach Deutschland kam der Sinneswandel. Heute gehört Abdel-Samad zu den resoluteiten Kritikern des Islamismus wie des Islams.

Abdel Samad fügt an:

"(Den) Auftrag, Gottes Wort in die Tat umzusetzen – das haben nicht moderne Islamisten erfunden. Das steht im Koran, das hat Mohammed so vorgelebt, das haben seine Nachfolger so gelebt."

Freiluftgefängnisse

Wenn der Auftrag Gottes gemäß dem Koran vollzogen wird, führt das zu Unfreiheit in muslimischen Ländern.

"Die Religion insgesamt und ganz besonders der Islam neigt dazu, sich einzumischen in die privaten Angelegenheiten des Menschen. Wenn man diese Einmischung nicht unterbricht, dann kann aus diesem System ein Unterdrückungssystem entstehen." "Überall in der islamischen Welt, wo der Islam die Hauptrolle in der Gesetzgebung spielt, haben wir Freiluftgefängnisse."

Verdammung der Ungläubigen

Die Unterdrückung von Nichtmuslimen ist im Koran angelegt:

"Die Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige, die Verdammung von Ungläubigen, das ist im Koran, das ist die islamische Geschichte seit dem Beginn."

"Der Islam geht davon aus, daß die Muslime eine erhobene Gruppe sind, die über der Menschheit steht. Es steht so im Koran. Es steht: Ihr seid die beste Gemeinschaft, die für die Menschheit je hervorgebracht wurde."

"Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen."

Die Folgen für das Zusammenleben:

"Hier beginnt das Faschistoide: daß man diese Ungläubigen verflucht, dämonisiert und ihre

Existenzberechtigung in Frage stellt."

"Wenn Ungläubige als schmutzig oder als Schweine oder Affen gelten, wie es im Koran steht, dann fällt es einem Gläubigen schwer, mit diesen Ungläubigen einen normalen Umgang zu haben."

Geburtsfehler des Islams

"Der Islamismus ist nur eine konsequente Umsetzung dessen, was im Koran steht. Die Haltung gegenüber Ungläubigen, die Haltung gegenüber Gewalt – das ist eine Umsetzung des politischen Auftrags des Islams. Der Islam ist mit diesem politischen Auftrag geboren. Es gibt einen Geburtsfehler des Islams, nämlich die Vermischung von Glaube, Politik, Wirtschaft und Gesetzgebung, und zwar seit der ersten Stunde."

Reformer haben Angst

Eine islamische Reform ist laut Abdel-Samad nicht in Sicht:

"Reform würde bedeuten, daß wir uns öffnen sollten, dem Westen gegenüber, vom Westen lernen sollten. Aber das würde aus islamistischer Sicht Selbstaufgabe bedeuten. Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen. Und wenn wir das nicht tun, durch Frieden oder durch gute Zusammenarbeit, dann geht der Plan Gottes nicht auf."

"Die Konsequenz muß sein, die Gewaltpassagen im Koran für ungültig zu erklären, zu sagen, sie spielen heute keine Rolle mehr für unsere Welt. ...<<

Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn (1909-1999) berichtete im Juni 1992 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHE" Nr. 6 – 1992 (x853/...): >>Die Gleichheit - auch ein theologisches Problem

Es dürfte ein Gemeinplatz sein, zu behaupten, daß die Menschen zwar nicht identisch, wohl aber "gleich", im Sinne von gleichwertig seien. Doch hüte man sich davor, wie uns schon Leon Bloy in seinem **Exegese des in lieux commung** gewarnt hatte, in Gemeinplätzen Wahrheiten oder Tatsachen zu sehen.

Doch sollte es eigentlich offenbar sein, daß wir eben nicht gleichwertig sind, da unsere Werke, die Produkte unserer Hirne und Hände, von einander sich sehr wohl qualitativ unterscheiden. Als Maler kann ich mich nicht mit Leonardo da Vinci messen und als Mechaniker sind mir meine Söhne überlegen. Auch hat meine Frau einen besseren Stil. Aber selbst dann, wenn man alle Talente, Fertigkeiten und Tugenden tatsächlich addieren könnte, wären die Endsummen verschieden, sogar oft sehr verschieden.

Da mag allerdings ein Flachkopf einwenden, daß dies zwar aus menschlicher Warte gesehen so sein möge, aber: "Vor Gott sind wir doch alle gleich: "Das aber sind wir, vom Kleinstkindstadium abgesehen, ganz und gar nicht.

Doch wie steht es da um die schönen al fresco gemalten Darstellungen des Jüngsten Gerichts in den mittelalterlichen Kirchen, auf denen man Päpste, Bischöfe, Fürsten, Bürger und Mönche sowohl himmelwärts gehend als auch in die Hölle versinkend sehen kann? "Soziale Unterschiede" werden da sicherlich keine gemacht, aber gerade vor Gott sind diese beiden Gruppen radikal ungleich. Steht das Gegenteil denn nicht in der Bibel? Keineswegs. Von *Isotes* im Sinne der Gleichheit hört man im Neuen Testament nichts (wohl aber von der Freiheit) und der Dominikaner R. L. Bruckberger nennt es sogar "eine Botschaft der menschlichen Ungleichheit."

Nun aber ist seit der Französischen Revolution die Gleichheit innerhalb unserer Zivilisation ein hohes Ideal geworden. Alles, was an eine größere menschliche Ungleichheit gemahnt, wird programmatisch verteufelt. Und da doch schließlich diesem Unsinn eine politische Ideologie zugrunde liegt, wird dieser unrealistische Gleichheitswahn in jeder Richtung aktiviert.

Es gibt heute keine politische, soziale, religiöse, wirtschaftliche, personale, ja animalische Domäne unserer Existenz, die nicht von der egalitären Manie erfaßt wird. (Es wird jetzt sogar von "Tierrechten" gesprochen, die aber noch nicht auf Bandwürmer, Spulwürmer und Zecken

ausgedehnt werden.) Wenn aber diese fixe Idee tatsächlich erfolgreich werden sollte, würde die Menschheit in einen Ameisenhaufen oder Termitenhügel verwandelt werden.

- Hier müssen wir uns vor allem daran erinnern, daß die verschiedenen Teile unserer politischen und sozialen Gesamtheit wie beim menschlichen Körper nicht nur verschiedene, sondern auch wichtigere und weniger wichtige Funktionen ausüben. Nicht jede Region des Gehirns ist genau so wichtig wie jede andere: Der Dünndarm spielt eine geringere Rolle als der Blinddarm, die Gallenblase als die Leber, der Magen als das Herz, die Finger als die Zehen. Dasselbe gilt für Staat und Gesellschaft, wo - sagen wir - die Verantwortung des Finanzministers größer ist als die des Kassierers eines Panoptikums in einem Vergnügungspark.

- Seien wir aber nun praktisch. Denken wir an die Familie. Vater, Mutter, Kinder werden "gleichgestellt". Gatte und Gattin können aber nicht unter sich wie in einem Parlament eine "Mehrheitsentscheidung" treffen. Einer wird den anderen "überstimmen". (Das aber erregt vielleicht schon ideologischen Unmut.) Kindern muß man Vorschriften machen und von ihnen Gehorsam verlangen.

Kein Unternehmen kann nicht hierarchisch geführt werden. Keine Fabrik kommt ohne Führungskräfte aus; keine Armee kann auf Gleichheit beruhen, ohne Autorität gibt es keine Schule, keine Klinik kommt ohne Leitung aus, keine Bank ohne Vorstand, kein Hotel, keine Eisenbahn, kein Klub, kein Theater ohne "Direktoren", also Personen, die, wie der Name sagt, eine Richtung festlegen.

Damit kommen wir auch zur Kirche. Natürlich glauben auch wir katholische Christen an ein allgemeines Priestertum. Selbst ein Laie mag taufen und in der Ehe dem Partner ein Sakrament spenden, also zwei Sakramente - wie der evangelische Pastor.

Aber Priester kommt von *Presbyteros*, d.h. der Ältere, und "der Ältere" ist bei allen Kulturvölkern der mit größeren Rechten ausgestattete; denn auch im nichtsakralen Sinn ist er der Wissendere, Erfahrenere und daher auch der Weisere. Das drückt sich auch sprachlich von Lissabon bis Tokio aus.

Der Priester kann 5 Sakramente spenden, auch die Firmung in Vertretung des Bischofs, der ein Nachfolger der Apostel ist. (Der verheiratete Priester in unseren Östern hat vor seiner Weihe geheiratet.) Es ist der Bischof, der das Vollpriestertum besitzt.

- Es versteht sich "von selbst" (und nicht nur aus Matthäus XVI, 18), daß eine Weltkirche ein Haupt haben muß, einen Nachfolger des Apostelfürsten, der diese auf Erden leitet. Anders steht es um die "Landeskirchen" der anderen christlichen Gemeinschaften. (So ist der Präses der EKD ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter.)

Doch diese verschiedenen handfesten Tatsachen bereiten allen möglichen Leuten, ja, einem ganzen Sektor des "Publikums" schlaflose Nächte. Man ist darüber sehr unglücklich und hofft auf "Lösungen". (Wie sagte doch Rivarol: "Das Publikum! Das Publikum!")

Wieviele Idioten braucht man, um ein Publikum zu bilden?") Aber warum verlangen heute wirklich so viele Menschen die Gleichheit? Woher kommt diese eigenartige Sucht?

Für diese Frage gibt es eine unmittelbare Antwort: Geschichtlich steht die Französische Revolution dahinter. Aber diese sollte uns nicht befriedigen. Der krankhafte Krampf der Gleichmacher ist nicht neu. Schon vor gut über 2.000 Jahren gab es den "Fall Sokrates", von dem man uns bereits im Gymnasium vormachte, daß dieser kritische Nörgler zum Tode verurteilt wurde, weil er die Jugend verführe und einen *Daimon(ion)* sein eigen nannte.

In diesem hochpolitischen Prozeß wurde jedoch der tragische Philosoph mit dem Tode bestraft, weil er die Vielherrschaft verdammt und die Monarchie gepriesen hatte. Die Demokratie Athens stand für die Gleichheit, und wer sich zu weit hinaufwagte, verfiel dem Scherbengericht, dem *Ostrakismos*.

Nein, die Ideen der Französischen Revolution zündeten, weil sie in Wirklichkeit nicht die Freiheit und die Brüderlichkeit förderten, sondern eben nur die Gleichheit. (Als Madame Ro-

land zum Schafott gebracht wurde, rief sie aus: "Freiheit, was für Verbrechen werden in deinem Namen verübt!" Und als Metternich von den Greueln in der Vendee hörte, sagte er: "Wenn ich einen Bruder hätte, würde ich ihn jetzt lieber Vetter nennen!").

Der Zündstoff war also schon vorhanden und der bestand in einer dauernden menschlichen Schwäche: im Unwillen, daß andere auf irgendeiner Weise - durch angeborene Eigenschaften und Talente, durch ererbtes oder erworbenes Vermögen, staatliche oder gesellschaftliche Strukturen "über" einem standen - mehr waren, mehr hatten, als mehr galten. Dieser Unmut, diese Entrüstung und Enttäuschung, das zu einem Beleidigtsein, einem Gefühl des Neids und manchmal auch der Eifersucht führt, manifestiert sich bei allen möglichen Gelegenheiten.

So kann sich jemand ärgern, wenn ein Bekannter (ja, selbst ein "Freund") größer ist als man selbst, eine bessere schulische Bewertung erhält, eine schnellere Beförderung im Dienst, ein größeres Einkommen, eine deutlichere Bevorzugung beim anderen Geschlecht wenn nicht gar eine allgemeine Beliebtheit genießt, aber vor allem dann, wenn ein Mitmensch dadurch zu einer dominierenden Stellung gelangt.

Man kann sich da lebhaft vorstellen, wie provokant anno 1789 ein gut aussehender, reicher, von Frauen umschwärmter Aristokrat in hoher Stellung gewirkt haben muß. Daß man a) selbst zur Heiligkeit *berufen* ist, und b) der Beneidete nach seinem Tod vielleicht sehr zu leiden hätte, kam natürlich einem Ungläubigen gar nicht in den Sinn. Alle Ungleichheit mußte ihm als "unmoralisch" erscheinen, und der Ruf nach Gleichheit fand in ihm ein starkes Echo. Also Kopf ab! Die Guillotine wartete schon ...

Dieser Protest gegen alle Ungleichheit geht dann so weit, daß man große Vorteile eines anderen Menschen als wahren "Skandal" empfindet, auch wenn einem dadurch nicht der geringste Nachteil entsteht. So hat auf einer Berliner Straße während der roten Hochkonjunktur nach dem Ersten Weltkrieg ein Mann (vielleicht ein "Spartakist?") eine sehr schöne, ihm unbekannte Dame mit den Worten: "Nein, so schön darf man ganz einfach nicht sein!" geohrfeigt. Dabei konnte bei ihm doch das (unausgesprochene) idiotische Argument einer persönlichen Benachteiligung nicht ins Gewicht fallen. Ihre Schönheit ging doch gar nicht auf seine Kosten.

Das ist allerdings "normalerweise" das alte linke Argument jener Besitzlosen, die, überzeugt und moralisch entrüstet über den Reichtum anderer, der festen Überzeugung sind, daß deren materieller Wohlstand nur auf ihre eigenen Kosten gehen könne. Diesem Unsinn huldigte auch Marx - und daher auch der Siegeszug seiner primär so wirtschaftlich ausgerichteten Ideologie; denn die Massen fallen bekanntlich immer auf die "falschen, aber klaren Ideen" herein, vor allem aber in der Volkswirtschaft, die komplizierteste und kniffligste aller Wissenschaften.

II

Wenn man die ungeheuren persönlichen wie auch kollektiven Qualitätsunterschiede der Menschen vor Augen hat, kann man vernünftigerweise nicht von einem Durchschnittsbürger verlangen, daß er sich im Labyrinth der Volkswirtschaft auskennt oder auch in den Gefilden der Politik, einem Wissensgebiet, das mit einem ganzen Dutzend anderer Disziplinen im engsten Zusammenhang steht und genau wie die Volkswirtschaft isoliert überhaupt nicht verstanden werden kann ...

Nun aber leben wir seit zwei Jahrhunderten im Bann der Französischen Revolution, die eine *Civitas Humana* und nicht eine *Civitas Dei* angestrebt hatte. (Daher auch 1789 und 1793 die wiederholte "Erklärung der Menschenrechte" im Schatten der Guillotine!) Der Mensch sollte nicht mehr unter der Herrschaft "von oben" stehen - war das Schlagwort -, sondern "sich selbst" regieren.

Das erhoffte man sich entweder durch Beschlüsse von Volksversammlungen (wie in einigen kleinen Schweizer Kantonen) oder doch wenigstens durch frei gewählte Parlamente. Wer aber durfte, wer sollte wählen? Natürlich die "freien Bürger"! Anfänglich beschränkte man deren

Anzahl, und so hatten in den jungen Vereinigten Staaten von den dreieinhalb Millionen Einwohnern nur etwas mehr als 60.000 Bürger das Wahlrecht.

Doch wurde es zunehmend klar, daß alle Wahlbeschränkungen willkürlich waren. Bis zum Jahre 1907 (1908) gab es im alten Österreich (und in Preußen bis zum Oktober 1918) ein "Klassenwahlrecht", das sich nach der Höhe der Steuern richtete. Frauen durften damals nirgends wählen - außer im Großfürstentum Finnland, wo sie dank des von Nikolaus II unterschriebenen Dekrets schon 1906 ihre Stimme abgeben konnten - lange vor England oder den Vereinigten Staaten.

Mit dem Ende des Klassenwahlrechts kam der Sieg der Formel "*One Man: One Vote*", ein Mann - eine Stimme und bald auch eine zunehmende Herabsetzung des Wahlalters, denn Qualifikationen sollten nunmehr keine Rolle mehr spielen. Damit siegte auch die politische Gleichheitsideologie, die sich aber nicht bloß auf das Gebiet der Politik beschränken sollte; denn Ideologien haben einen dynamischen wie auch totalitären Charakter und wollen unbedingt in alle Lebensbezirke eindringen.

So empfand es der demokratisch gesinnte Sozialist (oder der sozialistisch gesinnte Demokrat) bald beschämend, daß der reiche Fabrikant in seiner teuren Equipage zum Wahllokal fahren durfte, der hungrige Arbeiter mit löchrigem Schuhwerk aber zu Fuß hinwanken mußte. Die Menschen waren doch alle "gleich" und wenn sie nicht wirklich als Gleiche leben konnten, so mußte dies durch Gesetze verwirklicht, und wo die Gesetze fehlten, dann durch Gewalt, also nicht durch den Stimmzettel, sondern durch Barrikadenkämpfe erreicht werden.

Heute aber gibt es kaum noch einen Existenzbereich, in dem man die Gleichheit nicht verwirklichen möchte, obwohl in Wirklichkeit immer noch die Verordnungen "von oben" her kommen.

Auch in den extremsten Wahldemokratien wird "von oben her" regiert, was freilich eine radikale Minderheit stört, wie z.B. die APO, die "Außerparlamentarische Opposition".

Man muß sich da aber vor Augen halten, daß "Herrschaft" erst durch die Erbsünde in die Welt gekommen ist - angefangen mit dem Vorrang des Mannes vor der Gattin. (Hierbei erwähnt die Heilige Schrift mit den Worten Gottes an Eva zum erstenmal eine Herrschaft: "Nach dem Mann wird dein Verlangen sein und er wird über dich herrschen!")

Zwar behaupten die meisten unserer Theologen, daß es auch ohne Erbsünde den Staat und nicht nur die Gesellschaft gegeben hätte, doch zählten wir in unserem Buch *Freiheit oder Gleichheit?* (Salzburg, 1953) die Gründe für den Dissens auf. So wie der Einzelne Eltern hat, hat er auch eine Regierung - eine rein existentielle Tatsache. Die illusorische "Selbstregierung" ist bestenfalls die Regierung einer Mehrheit über eine Minderheit und man gehört (zufällig) zur einen oder zur anderen. Wie "gut" ist aber eine solche "Selbstregierung"?

Sir Henry Campbell-Bannerman, britischer Premierminister und Gefangener einer Ideologie, erklärte allen Ernstes: "Eine Selbstregierung ist besser als eine gute Regierung." Das hieße aber auch, daß im Falle einer schweren Krankheit das eigenwillige quacksalbern besser wäre als die Behandlung durch erfahrene Ärzte.

Doch für moderne Wahlen mit dem "Ein Mann - eine Stimme" - Prinzip braucht man heute die Fiktion der menschlichen Gleichheit. Die neunzehnjährige Geheimprostituierte hat in geheimen Wahlen dasselbe "Gewicht" wie der 59-jährige Geheimrat und Jurist. Eine Alternative im Einklang mit den herrschenden Ideologien gibt es nicht. Doch, wie wir schon sagten: Beim Wählen (wie auch bei der parlamentarischen Abstimmung) bleibt das Gleichheitsprinzip nicht stehen.

III

Schon in einem früheren Artikel erwähnten wir Bestrebungen, auch die Kirche "egalitär" umzugestalten. Vielleicht gäbe es schließlich in diesem Wunschbild Nonnen, die Beichte hören, Bischöfe, die von Pfarrern oder von Laien gewählt werden, Damen, die die Messe feiern,

Mesner, denen die Firmung obliegt und schließlich sollte man womöglich "beim Papst" zum Kaffeeklatsch eingeladen werden. Ich könnte mir vorstellen, daß es Linkskatholiken gibt, denen solche "Reformen" nicht unerwünscht wären.

Doch bei den Hochschulen, die einst eine Art "weltlicher Kirche" bildeten, hat man in dieser Richtung bedeutende "Erfolge" erzielt, ja selbst in Spitälern, Fabriken und dergleichen mehr gibt es heute ein "Mitspracherecht", wobei - was für unsere Gleichmacherei bezeichnend ist, die Eignung, also das Wissen und die Erfahrung außer acht gelassen werden. Will ja der Egalitarismus primär alle "Herrschaft" beseitigen und den früher einmal "Beherrschten" das Gefühl geben, daß er an der Herrschaft beteiligt werde, wobei ihm aber verschwiegen wird, daß er nunmehr für alle Entscheidungen irgendwie auch verantwortlich ist.

Doch gerade diese, wenn auch "mikroskopische" Verantwortung sollte vor der Öffentlichkeit durch den geheimen Charakter der Wahl aufgehoben werden. (Daher konnte man das NSDAP-Mitglied, nicht aber den NSDAP-Wähler bestrafen!) So ist dann das Ganze eine delikate Spielerei mit Ziffern und Zahlen, weshalb Jorge Luis Borges uns sagen konnte, er glaube nicht an die Demokratie; denn sie wäre doch nur ein kurioser Mißbrauch der Statistik.

IV

Wenden wir uns nun aber zum Schluß dem Gleichheitswahn theologisch zu; denn er ist ein religiöses Problem. Im alten katholischen Kulturkreis wußte man, daß man hier auf Erden einem "Stand" angehörte (der keine Kaste war) und auch verändert werden konnte, meistens durch eigene Entscheidungen oder eigenes Zutun. Man war ein Bauer, konnte aber in die Stadt ziehen; denn "Stadtluft und Bürgersein machte frei". Der Bürger konnte ein Priester oder Mönch oder auch geadelt werden.

Aber was immer man war oder wurde, man versuchte, es "ganz" zu sein - ein Bauer, ein bürgerlicher Handwerker, ein Mann der Kirche, ein Adeliger, und das Ganz-Sein hieß dienen, vor allem Gott und hier auf Erden einem Berufsideal und einem Berufsethos wie auch der Allgemeinheit, was praktisch auch einem Herrn zu dienen bedeutete.

Vergessen wir da nicht, daß ein Minister (also "Dienender") einen sehr hohen Rang hatte, daß die "aufgeklärten" absoluten Monarchen sich als "höchste Diener des Staates" betrachteten und daß selbst der Heilige Vater "*servus servorum Dei*", also "Diener der Diener Gottes" ist. Da gab es Kirche, Staat und Gesellschaft und darin füllte man als *Person* (und nicht als "Individuum", was fast ein Schimpfwort geworden ist) eine spezifische Rolle aus. (Erinnern wir uns daran, daß *persona* vom etruskischen *phersü* kommt, von der Maske des Schauspielers, der eine spezifische "Rolle" zu spielen hat!)

- Es versteht sich da von selbst, daß wir da auf Erden mehr oder weniger wichtige, persönliche Aufgaben oder "Rollen" haben. Wie im Theater gibt es da Hauptrollen, Nebenrollen und Statisten, wobei freilich selbst ein Statist ein Stück böswillig oder aus Dummheit völlig zerstören kann. (Der Generaldirektor einer Eisenbahn kann ein hochwichtiger Mann sein; aber der Weichensteller, der versagt, kann zahllose Menschenleben auf dem Gewissen haben!) "Diener" sind wichtig - für uns und auch vor dem HERRN.

So hatte auch der heilige Paulus nur Worte der Aufmunterung für Dienende wie auch für Sklaven in seinen Episteln, sie zur Treue gemahnt und nicht etwa zu einer lächerlichen "Selbstverwirklichung". (I. Korinther 7, 20-24, Epheser, 5, 8 Kolosser, 3, 22 bis 4, 1)

Doch der moderne ungläubige Mensch wiederholt das satanische *Non serviam* und beruft sich auf seine "Gleichheit", denn er leugnet die Ewigkeit und beschränkt seine Existenz auf das Erdenwallen.

Daher ist ihm seine radikal verkürzte Existenz *unter* einem Mitmenschen völlig unerträglich. Bezeichnend war da für mich im Jänner 1960 die Klage eines schwarzen Medizinassistenten in dem damals noch kolonialen Kongo. Er gestand mir, daß im nächsten Jahr die ersten schwarzen Ärzte promovieren werden. "Und dann," sagte er bitter, "wird mir einer dieser Leu-

te Vorschriften machen können - dabei ist er aber genau so ein Schwarzer wie ich!"

- Nun lebt aber der moderne Ungläubige (wie wir alle) in einem horizontal ausgerichteten Universum, gefüllt mit angeblich "gleichen" Nebenmenschen, und nicht mehr in einer Ordnung, in der Gott-Vater im Himmel, der Heilige Vater in Rom, der Monarch als Vater des Vaterlands und der Vater als König in der Familie "vertikal" herrschten.

Wie weit der egalitäre Horizontalismus in unserem Jahrhundert gehen kann, beweist die Aussage des ansonsten klugen Sozialistenführers und "Friedensmärtyrers" Jean Jaures, der gesagt hatte: "Wenn sich Gott in sichtbarer Gestalt manifestieren würde, dann sollte sich der Mensch weigern, ihn als Autorität anzuerkennen, und mit ihm lediglich als Gleichem unter Gleichen diskutieren."

Auch wenn die menschlichen Ungleichheiten bei Gruppen einen eher statistischen Charakter haben, sind sie in der Regel recht deutlich vorhanden, doch für den modernen Menschen auch aus ideologisch-politischen Gründen inexistent oder "unerträglich".

Interessanterweise waren auch Marx, Engels und Trotzki überzeugt, daß alle Menschen alle erdenklichen Talente hätten. (Bei den Internationalen und Nationalen Sozialisten gibt es eine besondere Gleichheit und wegen des "Anderssein" wird jeweils eine andere Kategorie verfolgt und vernichtet.) Es ist zwar offensichtlich, daß der Watussi (Durchschnittsgröße 1 Meter 85) und der Bambuti (Durchschnittsgröße 1 Meter 50) im Laufen verschiedene Rekorde erzielen, auch daß Frauen und Männer, Weiße und Schwarze, Ostasiaten und Maoris jeweils andere Talente, andere Intelligenzquotienten, andere Stärken und Schwächen besäßen, diese aber zum Teil kulturell, zum Teil aber auch biologisch bedingt sind. Das wird auch von den neuesten Hirnforschungen bestätigt.

Doch wer diese nackten Tatsachen heute aufs Tapet bringt, ist ein Nationalist, Rassist oder "Sexist". Eigentlich müßte man auch den Vertreter der Max Weberschen These von der "Protestantischen Wirtschaftsethik" als engen, sektenhaften Fanatiker abkanzeln.

- Doch ist die Gleichheit, die offiziell mit allen Mitteln gefördert, finanziert, erzwungen, vorgeschrieben wird, praktisch doch immer nur Norm und Gesetz geworden, wie z.B. bei den Wahlen. Wenn es auf Leben und Tod, um wirtschaftlichen Erfolg oder Bankrott, um Sieg oder Niederlage geht, hört sich der Spaß auf.

Wer das Geld hat, wird sich im Falle einer schweren Krankheit den besten Arzt leisten, der sich auftreiben läßt. Er wird keinen Kassierer zum Bankdirektor ernennen oder die Armee vor einer Entscheidungsschlacht von einem Rekruten befehligen lassen. Chancengleichheit?

Ein leeres Schlagwort; denn man müßte dann bei der Erbmasse und der Erziehung innerhalb der Familie anfangen. Gleichheit vor dem Gesetz? Sollte der Hungerige, der in seiner Verzweiflung für seine Familie Lebensmittel stiehlt, genauso vom Richter behandelt werden, wie der Playboy, der stiehlt, um seine Spielschulden zu begleichen? Nicht Gleichheit ist Gerechtigkeit, sondern der Grundsatz: "Jedem das Seine."

Doch der nicht wirklich Glaubende leidet durch den Mangel an Gleichheit. Es schmerzt ihn wahrhaftig, unter der Kontrolle von Leuten zu stehen, die man als ihm überlegen betrachtet. Er ist darüber erbost, daß er sich nicht alles leisten kann wie sein Nachbar. Das heutige politische Modell schwebt ihm als Ideal vor.

In den Vereinigten Staaten ist man dem Beispiel Indiens nachgefolgt und läßt nunmehr auch Analphabeten wählen. So soll es aber überall im Leben sein; denn "wir sind ja alle gleich". Der Trost, daß mit dem Tod die Rollen völlig neu verteilt werden, ist für ihn nicht vorhanden. Somit ist für ihn auch das Leben sinnlos und "ungerecht" - alle Ungleichheiten sind doch Ungerechtigkeiten, oder nicht?

Was ihn da dauernd quält und peinigt sind die Mitmenschen, die ihn - so fühlt, ahnt und glaubt er - ein wenig verachten, hassen, übervorteilen, ihn verlachen, ihn übertreffen und in den Schatten stellen und dabei ist er "gerade so gut" wie alle anderen.

Gott ist für ihn tot, und so schaut er immer nur gebannt auf seine Nebenmenschen - nach rechts, nach links, nie aber "hinauf" oder in die weite Ferne. Bei dieser totalen Abhängigkeit triumphiert er zwar manchmal in diesem Tale der Tränen, doch meistens leidet er sinnlos bei dieser Konkurrenz mit den angeblich so "gleichen" Mitmenschen; denn was sie von ihm denken, ist doch unwesentlich.

Nur was Gott von ihm denkt, ist entscheidend. All dies erinnert so sehr an Sartres Drama *Huis-clos*, das in der Hölle spielt, und in dem der traurige Held die verzweifelten Endworte spricht: **"Die Hölle - das sind die Andern."**<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1992: >>Neue Berechnung bestätigt Zahl der ermordeten Juden

Die Nationalsozialisten haben mindestens 5,29 Millionen und höchstens knapp mehr als 6 Millionen europäische Juden ermordet. Zu diesem Schluß kommt eine neue Studie des angesehenen "Instituts für Zeitgeschichte" in München.

Bei dieser Berechnung sei bereits mit berücksichtigt, daß im Vernichtungslager Auschwitz nicht - wie lange Zeit angenommen wurde - 4, sondern etwa 1,5 Millionen Menschen ermordet wurden.

Eine entsprechende Inschrift im Vernichtungslager war, wie berichtet, jüngst geändert worden. Die korrigierten Zahlen für Auschwitz seien dem Institut schon seit vielen Jahren bekannt und seitdem schon immer in die Berechnungen der Gesamtopferzahlen eingeflossen, sagte ein Wissenschaftler.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtete später über die korrigierten Opferzahlen des Vernichtungslagers Auschwitz (x046/181-182): >>... Im April 1990 hatte der Direktor des Staatlichen Museums in Auschwitz, Dr. Franciszek Piper, der überhaupt mehr zu wissen scheint, als er manchmal zu erkennen gibt, die auf 19 Gedenksteinen in 19 Sprachen angebrachten Inschriften zur Erinnerung an die Auschwitz ermordeten vier Millionen Juden heimlich entfernen lassen. Doch auch die von ihm nunmehr genannte Zahl von 1-1,2 Millionen sollte nur kurzen Bestand haben und wurde bald auf 800.000 reduziert. ...<<

Die Stadtverwaltung der sächsischen Landeshauptstadt Dresden berichtete in einem Schreiben vom 31. Juli 1992, daß aufgrund von "gesicherten Angaben" bei den anglo-amerikanischen Luftangriffen wahrscheinlich 250.000-300.000 Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, umgekommen sind (x046/327).

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 31. Juli 1992": >>... Die Enthüllung des Denkmals für den britischen Luftmarschall Harris im Frühjahr hat die Diskussion über die Terrorbombardements im Zweiten Weltkrieg wieder aufleben lassen. Das Beispiel der Zerstörung Hamburgs im Juli 1943 zeigt, wie sich der strategische Bombenkrieg auswirkte.

Die Entscheidung fiel am 14. Februar 1942: An diesem Tage wurde das Bomber Command der Royal Air Force (RAF) angewiesen, künftig seine Operationen gegen "die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, insbesondere der Industriearbeiter" zu richten. Damit hatte die britische Regierung unter Winston Churchill gegen starke Bedenken von Armee und Marine dem Drängen der Luftwaffe stattgegeben, dem, wie es inoffiziell deutlich und richtig hieß, "Terrorbombenkrieg" Priorität einzuräumen.

Denn man hoffte zu einem Zeitpunkt, da England über keine andere Offensivwaffe als das Bombergeschwader verfügte, den Feind "schnell und vernichtend" schlagen zu können, wenn man den Krieg durch wahlloses Bombardement in die am dichtesten bebauten Wohngebiete des Feindes trug. Das versprach der wenige Tage danach zum Befehlshaber des Bomber Command ernannte Luftmarschall Arthur T. Harris (später Sir Arthur) dem in der Klemme steckenden Premier.

Harris hatte nach dem Ersten Weltkrieg in Indien, im Irak und schließlich – während des englisch-jüdisch-arabischen Konflikts – in Palästina und Transjordanien Bombereinsätze geleitet,

um, wie er sich später ausdrückte, "der britischen Armee die Vorzüge und den Rebellen die Effektivität der Air Force beizubringen", das hieß, Aufstände niederzuschlagen und "Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen.

Die Entscheidung zur "strategischen" Luftoffensive gegen Deutschland war aber gerade umgekehrt – ein Widerspruch, der Harris nicht störte – mit der Erwartung verknüpft, unter der Zivilbevölkerung Hysterie und Panik und sogar einen Aufstand gegen das Naziregime auszulösen.

Hatten nicht die Deutschen selber – ihre Politiker, Militärs und Historiker – immer wieder warnend und anklagend darauf hingewiesen, daß der Erste Weltkrieg durch den moralischen Zusammenbruch der Heimatfront, durch den "Dolchstoß" in den Rücken der Armee, verloren wurde? Warum sollte man dem Dolchstoß nicht durch Bomben nachhelfen können?

Unbestritten wären ohne die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch Hitler-Deutschland unsere Städte nicht zerstört worden. Allerdings wurde die englische Strategie des Luftkrieges schon Jahrzehnte vorher entwickelt. Diese Erkenntnis wird freilich dadurch erschwert, daß es Deutschland war, das mit massiven Bombenangriffen begann und somit den Briten den Vorwand lieferte, "die Handschuhe auszuziehen".

Die internationale Luftkriegsforschung ist sich aber darin einig: Die Bombardierung Coventrys im November 1940, der 554 Menschen zum Opfer fielen, war trotz blutrünstiger Reden Hitlers und trotz der englischen Kriegspropaganda kein Angriff im Sinne einer strategischen Terrorisierung der Bevölkerung.

Die englische Doktrin des "area bombing" läßt sich bis auf den Sommer 1917 zurückverfolgen, als deutsche Gotha-Bomber und Zeppeline über London erschienen und auf die unverteidigte Hauptstadt ihre Sprengladung abwarfen, wobei insgesamt mehr als 200 Menschen getötet wurden. England reagierte mit der Gründung einer von Armee und Marine unabhängigen Luftwaffe (Independent Air Force), welche die Voraussetzungen für Vergeltungsschläge schaffen sollte. Im Jahre 1923, als sich das englisch-französische Verhältnis rapide verschlechterte, wurde die Strategie der Städtebombardierung weiterentwickelt.

Die nach dem damaligen Stabschef der RAF, Lord Hugh Trenchard, genannte Doktrin ging von dem Gedanken aus, daß es infolge der Erfindung des Flugzeuges zum erstenmal in der Kriegsgeschichte möglich schien, einen Krieg zu gewinnen, indem man der gegnerischen Streitmacht auswich und die "feindliche Nation" direkt attackierte.

Wenn das militärstrategische Ziel war, möglichst viele Zivilisten möglichst auf einen Schlag zu töten, dann schien es schon aus Gründen moralischer Selbstrechtfertigung geboten zu behaupten, im modernen, durch die Technik bestimmten "totalen Krieg" gebe es keine Zivilisten mehr. In der Wirklichkeit wurde erst durch diese gedankliche Entgrenzung der totale Krieg möglich.

Da in der Trenchard-Doktrin die Strategie des wahllosen Bombardements mit der Unabhängigkeit der Luftwaffe eng verknüpft war, wurden auch solche Offiziere der RAF, die den Krieg gegen die Zivilbevölkerung ablehnten, immer wieder in die Loyalität mit den Hardlinern gezogen, um die Handlungsfreiheit der Air Force nicht aufs Spiel zu setzen. Darüber hinaus verhinderte und behinderte die Doktrin technische Entwicklungen für die Präzisionsbombardierung, so daß dieser Mangel später als (selbstinduzierter) Sach- und Entscheidungszwang zugunsten der Terrorbombardierung wirkte.

Im Grunde entsprach die Doktrin dem Minderwertigkeitsgefühl, das manche RAF-Offiziere vor den Kameraden der beiden älteren Teilstreitkräfte empfanden. Dies trifft besonders für Arthur Harris zu, dessen Bedürfnisse nach psychischer Kompensation sich wie ein roter Faden durch seine 1947 erschienenen Memoiren ziehen.

In Arthur Harris fand man den Mann an der Spitze des Bomberkommandos, der eine extreme Theorie der Destruktivität ohne Wenn und Aber in die Wirklichkeit umsetzte. Im Sommer

1943 schlug seine Stunde, die des "Schlächters", wie Harris von seinen Untergebenen genannt wurde: "Ich hatte schon immer den Wunsch gehabt, Hamburg einmal wirklich und direkt aufs Korn nehmen zu können. Es war die zweitgrößte Stadt Deutschlands, und ich wollte dort einmal wirklich etwas Ungeheures veranstalten".

Sonntag, 25. Juli 1943, ein Uhr nachts: Beginn der "Operation Gomorrha". 600 britische Maschinen werfen eine Stunde lang in laufenden Wellen Brand- und Sprengbomben vor allem auf die Stadtteile Hoheluft, Altona, Eimsbüttel und die Innenstadt. 1.500 Menschen kommen ums Leben, soviel wie bei den 137 Luftangriffen auf die Stadt zusammen seit Ausbruch des Krieges. Doch ist dies nur der Auftakt zu dem Inferno, das zwei Tage später über Hamburg hereinbricht:

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch, am 27./28. Juli 1943, greifen 800 britische Maschinen Hamburg von allen Seiten an. Innerhalb einer halben Stunde verwandeln sich die Stadtteile Rothenburgsort, Hammerbrook, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Eilbek und zum Teil Barmbek und Wandsbek in ein Flammenmeer. 35.000 bis 40.000 Menschen sterben allein in dieser Nacht: verbrannt, erstickt, durch Rauch vergiftet, durch Trümmer erschlagen – auf den Straßen, in den Schutzräumen. In den folgenden Stunden fliehen 900.000 Menschen, mehr als die Hälfte aller Einwohner, aus der Stadt.

Aus einem Bericht des Polizeipräsidenten: "Der über viele Quadratkilometer tobende Feuersturm hatte unzählige Menschen rettungslos eingeschlossen. Nur die entkamen dem Tode, die rechtzeitig eine Flucht gewagt hatten oder sich so nahe am Rande des Feuermeeres befanden, daß eine Rettungsmöglichkeit überhaupt bestand.

Nur wo die Wege zu rettenden Gewässern oder genügend großen freien Plätzen kurz waren, konnte jetzt noch eine Flucht gelingen, denn längere Wege in den glühend heißen, flammendurchloderten Straßen waren unmöglich.

Viele dieser Flüchtlinge kamen auch dann noch durch die Hitze ums Leben. Sie fielen um ... oder rannten tiefer ins Feuer hinein. Angehörige verloren sich, der eine konnte sich retten, die anderen sind verschollen ...

Unzählige sprangen in die Kanäle und Fleete und warteten hier schwimmend oder bis zum Halse im Wasser stehend durch Stunden hindurch das Abflauen der Hitze ab. Selbst diese aber trugen Brandwunden am Kopf davon. Der Feuersturm fegte mit Glut und Funkenregen über das Wasser, so daß selbst dicke hölzerne Pfähle und Pfahlgruppen bis zur Wasseroberfläche herunterbrannten. Manche dieser Unglücklichen ertranken. Viele sprangen aus den Fenstern ins Wasser oder auf die Straße und kamen so ums Leben."

Bis zum 3. August haben rund 3.000 englische und amerikanische Kampfflugzeuge insgesamt sieben Angriffe geflogen – die Engländer bei Nacht, die Amerikaner ergänzend mit Präzisionsabwürfen auf Werften und Raffinerien bei Tag – und große Teile der Stadt in Schutt und Asche gelegt.

Die Bilanz: mindestens 42.000 Tote (mehr als bei den Terrorangriffen auf Dresden am 13./14. Februar 1945; dort kamen 35.000 Menschen um), über 100.000 Verletzte, mehr als 40.400 Wohnhäuser zerstört, rund 225.000 Wohnungen schwer beschädigt, dazu 24 Krankenhäuser, 277 Schulen, 580 Industrie- und Rüstungsbetriebe, 3.000 gewerbliche Betriebe und Kontorhäuser. ...

Der Krieg aber ging weiter und war noch lange nicht zu Ende. Der britische Luftmarschall hatte sich geirrt. Doch Arthur Harris wäre nicht Arthur Harris gewesen, wenn er sich dadurch hätte beirren lassen: "Wir bomben weiter, eine Stadt nach der andern". Bis Dresden. Dieser Angriff im Februar 1945 war Harris' Idee. Churchill stimmte zu.

Aber schon am 28. März 1945 ließ der Premierminister Harris fallen und begann, eigene Spuren zu verwischen: "Mir scheint der Moment gekommen, wo die Frage der Bombardierung deutscher Städte einfach zur Steigerung des Terrors, jedoch unter anderem Vorwand, zu über-

prüfen wäre. Die Zerstörung Dresdens hinterläßt ernste Zweifel an der Art der alliierten Bombardierung."

Harris dagegen versteckte sich später hinter einem "höheren Befehl", also den Churchills, hinter ungenannten militärischen Experten und hinter einer Ethik des Bombenkrieges, der zufolge es "human" war, die Jugend der eigenen Nation vor dem Verbluten in den Schützengräben zu bewahren und zunächst die Alten, die Schwachen, die Frauen und Kinder des Feindes zu töten. In früheren Kriegen sei es bei Belagerungen und Hungerblockaden nicht anders zugegangen.

Der Mann, der die gewaltigsten Feuerstürme der Kriegsgeschichte inszeniert und die meisten seiner Altersgenossen überlebt hatte, beschwerte sich 1981 – er war jetzt 89 Jahre alt – in einem Brief an den "Daily Telegraph" über die Bauern, daß sie die Stoppeln auf den Äckern abbrannten und den Sommer verdarben.

Der kanadische Luftkriegsexperte Alexander McKee bemerkt dazu: "Er erhielt von niemandem die passende Antwort."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 1992: >>**Ein schwarzes Kapitel jugoslawischer Geschichte**

Massenhinrichtungen in Kroatien unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg

In Kroatien wird jetzt ein schwarzes Kapitel der jugoslawischen Geschichte aufgedeckt, dessen wahres Ausmaß noch gar nicht absehbar ist. Mit der Demokratisierung des Landes bricht eine Mauer des Schweigens in der Bevölkerung über das Schicksal Tausender von Menschen, die den kommunistischen Machthabern unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg unbequem waren. ...

Allein in den dichten Wäldern von Macelj nördlich von Zagreb an der Grenze zu Slowenien wurden bisher 28 Massengräber entdeckt, in denen rund 2.000 Skelette vermutet werden. Nach den Worten des Vorsitzenden der Sonderkommission, Florijan Boras, werden allein in diesen schwer zugänglichen Wäldern mindestens 20.000 Opfer der Massenhinrichtungen durch Sondereinheiten der Tito-Partisanen vermutet.

Tausende von Soldaten der deutschen Wehrmacht waren auf ihrem Rückzug vom Balkan nur wenige Kilometer vor der rettenden Grenze durch den Kapitulationsbefehl am 8. Mai 1945 in Gefangenschaft geraten. Andere wiederum waren von den alliierten Besatzern in Österreich an Jugoslawien ausgeliefert worden. Aber auch Zehntausende von Kroaten - Soldaten des damaligen faschistischen Staates, Angehörige der Bürgerwehr, Familienangehörige - und Slowenen mußten den Weg aus dem vermeintlichen Schutz hinter der österreichischen Grenze in die Lager der neuen kommunistischen Machthaber antreten. Ein kurzfristiger Vorstoß der jugoslawischen Partisanen nach Kärnten trug zusätzlich zu der Racheaktion bei.

Nach den bisherigen Erkenntnissen wurden Männer, Frauen und Kinder von den Mitgliedern des 13. "Schwarzen" Bataillons der damaligen Geheimpolizei Dozna aus den Lagern rund um die Stadt Krapina, in denen die Menschen zuvor wochenlang dahinvegetieren mußten, geholt und in den Wäldern umgebracht.

Augenzeugen, die Jahrzehnte aus Angst vor Verfolgung geschwiegen hatten, berichten jetzt über die Ereignisse: "Die meisten Menschen mußten sich am Rand der Schluchten hinknien und wurden durch Schuß in den Hinterkopf getötet - die weniger glücklichen wurden mit Steinen, Äxten oder Spitzhacken erschlagen."

Die Untersuchungen der Experten scheinen diese Aussagen zu bestätigen.

Die Massengräber in den Wäldern von Macelj offenbaren aber wohl nur einen Teil der schrecklichen Wahrheit. Boras verfügt über Informationen, nach denen es auch in anderen Teilen Kroatiens Massengräber aus der Nachkriegszeit geben soll.

"Die Gräber sollen in Istrien, Dalmatien, bei Zagreb und auch in Slawonien liegen", berichtete er. Seine Kommission könne aber nur exhumieren und dokumentieren, nicht identifizieren.

...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. August 1992: >>>**Traum von der Wolga-Republik ist geplatzt**

Das Projekt der Wiedererrichtung einer Wolga-Republik ist nach Einschätzung des Verbandes der Rußlanddeutschen gescheitert.

"Die Wolga-Republik, dieser Traum ist geplatzt", sagte der Chef der Gesellschaft "Wiedergeburt", Heinrich Groth, am Donnerstag in Moskau. In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl und Rußlands Präsident Boris Jelzin schreibt Groth, es bleibe den fast 2 Millionen Rußlanddeutschen nur noch die Aussiedlung nach Deutschland.

... "Deutsche Steuergelder sollten nicht länger in den Sand der Wolga-Ufer gesteckt werden", forderte Groth. Etwa 1,5 Millionen Deutsche in der GUS säßen auf gepackten Koffern.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums wies die Äußerungen Groths zurück. Erst am 10. Juli sei von der deutschen und russischen Regierung ein Dreistufenplan zur Wiedererrichtung einer autonomen Republik unterzeichnet worden.

... Die Bundesrepublik hat im übrigen in den vergangenen 2 Jahren mehr als 150 Millionen DM an Aufbauhilfe geleistet. ...<<

Die "Thüringer Allgemeine" berichtete am 29. August 1992: >>>**Die Wismut – der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte**

Radioaktive Abfälle der Uranproduktion bleiben Milliarden Jahre gefährlich

Die ehemalige DDR war einer der größten Uranproduzenten der Welt. Das ist inzwischen bekannt. Welche Schäden dieser jahrzehntelange Raubbau an der Natur verursacht hat und welchen Gefahren die Bewohner der Wismut-Region ausgesetzt sind, wird jetzt erst langsam offensichtlich.

Wolfen, Bitterfeld, Wismut-Region ... Die Liste ökologischer Katastrophengebiete auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ließe sich fortsetzen. Ob Silbersee oder Absetzbecken, der Uranaufbereitung – im Osten Deutschlands ticken ökologische Zeitbomben. Die einen lauter, die anderen leiser. In der Wismut-Region lautlos. Strahlung sieht man nicht. Also ist da auch keine Gefahr. Eine Einstellung, die in einem der einst weltgrößten Uranabbaugebiete der Welt, der sächsisch-thüringischen Wismut-Region häufig anzutreffen ist: "Es wird schon nicht so schlimm sein".

Doch die Schäden, die 40 Jahre Uranförderung und Uranaufbereitung hinterlassen haben, sind immens. Milliarden von Kosten, Milliarden Jahre Verseuchung sind die Bilanz eines strahlenden Abenteuers, das 1946 mit der Gründung der Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut begann. "Uranabbau um jeden Preis, um das Atommonopol der USA zu brechen", lautete die Devise. Einziger Abnehmer war bis zum 31. Dezember 1990 die UdSSR. Für die in 45 Jahren produzierten 220 Kilotonnen Uran mußten rund 50 Millionen Tonnen Erz aus dem Boden geholt werden. 90 % davon waren Abfall. ...

Besonders die Absetzbecken geben Anlaß zu Sorge. In ihnen lagert ein hochbrisantes Gemisch aus Resten der Erzaufbereitung wie Uran 238 oder Uran 235 mit Halbwertszeiten von etwa 4 Milliarden bzw. 700 Millionen Jahren. Daneben finden sich auch giftige Begleitmetalle wie Arsen und Reste von Schwefelsäure.

Die größten Absetzanlagen befinden sich in Culmitzsch mit etwa 80 Millionen Tonnen Erzschlamm und in Helmsdorf mit etwa 50 Millionen Tonnen. Im Sommer, wenn der Wasserspiegel sank, erhoben sich schwarze Staubwolken. Diese Gefahr ist im Augenblick gebannt. In einer Sofortaktion wurden die Strände mit undurchlässigen Materialien abgedeckt, so daß der mit dem radioaktiven Edelgas Radon kontaminierte Staub nicht mehr durch die Luft weht.

Die Umgebung der Absetzanlagen wurde nicht nur durch den Radon-Staub belastet. Ein bislang unveröffentlichtes Gutachten stellt fest, daß "die Teiche bei Trünzig und Seelingstädt ohne Basisabdichtung konstruiert wurden".

Freie Bahn für hochtoxisches Sickerwasser. Die Wismut schätzt nach Angaben der Gutachter die Sickerwasserrate für das gesamte Gebiet auf 138 Millionen Kubikmeter pro Jahr – aufgefangan wurden 1991 ganze 2 Millionen Kubikmeter. Einige Fachleute gehen inzwischen davon aus, daß die in diesem Jahr festgestellte Arsenbelastung einiger Trinkwasserbrunnen im Kreis Stadtroda eine erste Auswirkung dieser unkontrollierten Ausbreitung ist.

Beseitigen läßt sich die Gefahr, die von den strahlenden Seen ausgeht, nicht. Einige Substanzen werden noch in Milliarden Jahren ihre tödliche Strahlung abgeben. Deshalb müssen die Anlagen im Rahmen der Wismut-Sanierung so gesichert und abgedichtet werden, daß sie in ihrer Umgebung so wenig wie möglich Schaden anrichten. Wie das geschehen soll, darüber scheiden sich im Moment noch die Geister.

Schneller dürfte es bei der Sanierung der Halden vorangehen. Der Abraum, der noch Uranerz enthält, wurde über Jahrzehnte auch in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten abgekippt. Auf Halden des jahrhundertealten Silberbergbaus in der Region, die zu einem großen Teil auch Uranerze enthalten, wurden Häuser gebaut – oft gar mit dem Haldenmaterial selbst. Besonders diese Halden sollen so schnell wie nur irgend möglich abgetragen oder abgedichtet werden.

Die Sanierung der gesamten Wismut-Region wird bis ins nächste Jahrtausend dauern. Expertenschätzungen zu den Kosten haben sich bei rund 15 Milliarden Mark eingependelt. Zur Zeit wird neben zaghaften Sanierungsversuchen, erst einmal festgestellt, welche Flächen überhaupt belastet sind.

Die Wismut hat bereits Teile eines Umweltkatasters für ihre Flächen vorgestellt. Das Bundesamt für Strahlenschutz erarbeitet ein Altlastenkataster für Flächen, die seit 1962 nicht mehr zur Wismut gehören. Dafür steht 1992 gerade eine Million Mark zur Verfügung.

Unabhängig von diesen Meßergebnissen sehen Arbeitsmediziner schon heute die Wismut-Region, was die Zahl der Geschädigten angeht, nach Hiroshima und Tschernobyl als den dritten Strahlenschaden der Welt.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. September 1992: >>**Vertriebene dringen auf Entschädigung auch in ehemaliger DDR**

... Die mehr als 100.000 Mitglieder des Bundes der Vertriebenen (BdV) in den neuen Bundesländern fühlten sich zu "Menschen zweiter Klasse degradiert", sagte der stellvertretende Bundes- und thüringische Landesvorsitzende der Organisation, Paul Latussek, am Wochenende in Dresden beim "Tag der Heimat", einer Großveranstaltung des sächsischen Landesverbandes. Nach seinen Worten ist der BdV "schwer enttäuscht" von Bonner Politikern aller Parteien, weil noch immer keine angemessene Form des Lastenausgleichs für die Vertriebenen in der ehemaligen DDR gefunden worden sei. ...

Während die Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach 1949 in der Bundesrepublik eine differenzierte Entschädigung für ihren verlorenen Besitz in der Heimat erhalten hatten, wurde ihren Leidensgenossen in der DDR eine Erfassung oder gar Wiedergutmachung verweigert. Der Einigungsvertrag von 1990 klammerte das Thema aus. Der BdV verlange "keine Almosen, sondern eine Korrektur des Unrechts", meinte Latussek in Dresden. ... Angesichts des hohen Alters der Anspruchsberechtigten sei eine weitere Verzögerung unzumutbar ...

Die Haltung der BdV-Führung zur Anerkennung der deutschen Ostgrenze an der Oder und Neiße bleibt undurchsichtig. Latussek sagte in Dresden, sein Verband nehme die Ostverträge zur Kenntnis, "gibt aber die Mühe um eine Verbesserung nicht auf". Gleichzeitig warnte er davor, "die Rechtsposition des BdV aufzugeben". Die Vertriebenenorganisation beharrt bislang darauf, die an Oder und Neiße gezogene Grenze entspreche nicht einwandfreiem Völkerrecht und sei deshalb auch nicht hinzunehmen. "Wir müssen diese Haltung wahren, bis unter Beteiligung der Vertriebenen als Betroffenen neues Recht geschaffen wurde", meinte Latussek.

Herbert Hupka, seit langem Sprecher der Schlesischen Landsmannschaft wurde in Dresden deutlicher: "Die Oder-Neiße-Grenze ist eine von Stalin gewaltsam gezogene Linie. Jetzt ist das Sowjetimperium zusammengebrochen - warum muß die Grenze jetzt fortbestehen?" Bisher sei noch nicht in Freiheit über die Zukunft der Ostdeutschen jenseits von Oder und Neiße entschieden worden, betonte der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete, der 1972 aus Protest gegen die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel von der SPD zur CDU gewechselt war.

Hupka bemängelte das Verhalten vieler deutscher Politiker, die heute zwar die Vertreibung von Bosniern durch die Serben anprangerten, jedoch "nach wie vor zur Vertreibung der Deutschen schweigen".

In Polen, wo in den oberschlesischen Gebieten nun auch wieder deutsch als Muttersprache zugelassen werden soll, gebe es eine "Kampagne gegen eine drohende Germanisierung". Anders als in der sächsischen und brandenburgischen Oberlausitz, wo der Minderheit der Sorben die Zweisprachigkeit auf Ortsschildern zugestanden werde, fehle so etwas für die 800.000 Deutschen in Oberschlesien noch immer.

Vom "Recht auf Heimat und auf Eigentum" hätten auch die Repräsentanten der Tschechoslowakei noch nicht gesprochen, obwohl die Vertreibung der Sudetendeutschen nach 1945 dort inzwischen immerhin beim Namen genannt werde, meinte Hupka.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (40/1992) berichtete am 28. September 1992 über das Buch "Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. Dokumentation, Zeugenberichte" des deutschen Journalisten Michael Klonovsky und des deutschen Historikers Jan von Flocken:

>>**Straflager: Vorhöfe zur Hölle**

In Ostdeutschland werden Massengräber freigelegt: Zehntausende von Deutschen fielen Stalins Gulag in der Sowjetischen Besatzungszone zum Opfer.

Oberstleutnant Jochen Kindermann, 51, machte eine grausige Entdeckung. Bei Grabungen in der Nähe der berüchtigten Haftanstalt Bautzen stieß der Offizier auf Überreste eines menschlichen Schädels. Es sei "bedrückend", klagte Kindermann, wie man "unserer jüngsten Geschichte auf die Spur" komme.

Auf Spurensuche ist Oberstleutnant Kindermann vom Verteidigungsbereichskommando 76 aus Dresden, gemeinsam mit 13 Bundeswehrsoldaten, seit einigen Wochen. Geforscht wird, wie vielerorts in Ostdeutschland, mit Unterstützung von Häftlingskomitees und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, nach Opfern aus Massengräbern sowjetischer Internierungslager.

Nach zufälligen Skelettfunden im Frühjahr 1990 barg, bei systematischen Grabungen, der Suchtrupp in Bautzen vor zwei Wochen weitere Gebeine. Das eigentliche Massengrab mit bis zu 16.000 Toten liegt vermutlich in unmittelbarer Nähe der Gefängnismauer und wird demnächst gehoben.

Im ehemaligen KZ Sachsenhausen bei Oranienburg wurde das Panzerbataillon 801 fündig - nicht weit entfernt von der KZ-Gedenkstätte. Das Ergebnis, vergangenen Mittwoch bekanntgeworden: 50 Massengräber. Daß es sich um Tote aus den Jahren 1945 bis 1950 handelt, ist so gut wie sicher. 1.000 Skelette, so das brandenburgische Innenministerium, das die Grabungen veranlaßt hatte, seien bereits untersucht worden. Eindeutiger Befund: "Alles Häftlinge aus der sowjetischen Lagerzeit." Die meisten seien verhungert oder an Krankheiten gestorben; einige sind, wie die Knochenanalyse ergab, auch gewaltsam umgekommen.

Aus den Gräbern, jeweils sieben Meter lang und dreieinhalb Meter breit, förderten Bundeswehrsoldaten bis zu fünf Meter tiefe Gebeinschichten zutage. Mindestens 12.500 Opfer stalinistischer Gewaltherrschaft wurden auf dem Gelände verscharrt; andere Schätzungen reichen bis 20.000.

Jahrzehntelang wurden in der DDR diese Relikte des sowjetischen Schreckensregiments tot-

geschwiegen. Noch in der Gorbatschow-Ära lehnte Moskau jede Verantwortung für die Greuel ab.

Von einer "zielgerichteten physischen Massenvernichtung von Häftlingen", hieß es lapidar in einer Denkschrift des sowjetischen Innenministeriums im Sommer 1990, könne nicht die Rede sein. In den Lagern hätten vielmehr, so die offizielle Lesart, "erträgliche Haftbedingungen" geherrscht. Zu dieser Zeit waren die ersten Gräber schon entdeckt.

Die Massengräber werfen immer längere Schatten über die Gründungsjahre der DDR. Sie dokumentieren das düsterste Kapitel Moskauer Besatzungszeit in Ostdeutschland: die Lagerherrschaft der sowjetischen Geheimpolizei NKWD.

Sachsenhausen und Bautzen waren zwei von elf Speziallagern, die das NKWD gleich nach Kriegsende 1945 einrichtete. Skrupellos machten die roten Herrscher dabei vom NS-Erbe Gebrauch und nahmen soeben befreite KZ wie Sachsenhausen und Buchenwald für ihre Zwecke in eigene Regie.

Zehntausende von Deutschen gingen in den Internierungslagern an Seuchen, Kälte und Hunger jämmerlich zugrunde. Allein in Bautzen sollen es nach Schätzungen 16.000 gewesen sein. Insgesamt fielen, bis zur Auflösung der letzten Lager 1950, rund 60.000 der 180.000 Häftlinge dem importierten Gulagsystem zum Opfer. Die ganze Wahrheit liegt noch in sowjetischen Archiven.

Angst und Schrecken der Speziallager wirkten: Die Bevölkerung wurde eingeschüchtert und für die politischen Ziele der Besatzungsmacht gefügig gemacht.

In die Lager kamen nicht nur Nazis und Handlanger des Hitler-Regimes, eingesperrt wurde willkürlich. Wer den sowjetischen Machthabern und ihren SED-Genossen politisch im Wege stand, mußte jederzeit mit seiner Verhaftung rechnen.

"Unter dem Deckmantel der Entnazifizierung", schildern die Autoren Jan von Flocken und Michael Klonovsky den Lagerterror, zielten die "politisch motivierten Säuberungen" auf die kommunistische Machteroberung.

Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - das Kontrollratsgesetz Nr. 10 ("Bestrafung von Kriegsverbrechern") - und Maßnahmen gegen diejenigen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind"; vage Bestimmungen, die nach Gutdünken ausgelegt werden konnten.

So traf es zwar zahllose kleine Nazis, Mitläufer und Büttel des braunen Regimes. Hinter Stacheldraht landeten aber ebenso Sozialdemokraten, bürgerliche Oppositionelle und aufmüpfige Kommunisten, wie etwa der Ost-Berliner Stadtrat Ewald Pieck, Bruder des späteren ersten DDR-Staatspräsidenten. Tausende von Jugendlichen wurden interniert, weil sie angeblich im "Werwolf" gekämpft hatten, Hitlers letztem vergeblichem Kamikaze-Aufgebot.

Sogar Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus saßen, etwa Justus Delbrück, ein Mitverschwörer beim Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944, und Horst von Einsiedel, der dem oppositionellen "Kreisauer Kreis" angehört hatte und 1946 in Sachsenhausen umkam.

Viele wurden Opfer von Denunziationen oder Verwechslungen. Wenn ein Gefangenentreck "durch Flucht oder Erschöpfungstod geschrumpft war", schilderte ein Augenzeuge, "wurden beliebige Passanten gewaltsam eingegliedert".

Geständnisse, oft mit Prügel und anderen Torturen erzwungen, genügten zur Verhängung drakonischer Strafen. "In der Regel fanden Vernehmungen in der Nacht von 20 Uhr bis gegen 5 Uhr morgens statt", berichtete der frühere Bautzen-Häftling Manfred Wächter. "Oftmals wurden die Verhörten so zugerichtet, daß sie sich kaum noch allein fortbewegen konnten." Einem Kriegsversehrten mit Beinprothese "hatte man beim Verhör den Stumpf so bearbeitet, daß er nur noch ein Blutklumpen war".

Zwar verübten die Sowjets, anders als die Nazis in den KZ, keinen systematischen Massentod; aber Unterernährung, Frost und katastrophale hygienische Verhältnisse sorgten für massenhaftes Sterben. Bei 300 Gramm Brot täglich und Wassersuppe magerten die Gefange-

nen zu lebenden Skeletten ab, so daß die "Mütze beim Herabrutschen an den Backenknochen hängenblieb", wie ein ehemaliger Häftling sich erinnert.

"Andere", so ein Überlebender aus Sachsenhausen, dem größten NKWD-Lager, "wurden immer dicker und füllten sich mit Wasser." Als es bis in die Lungen hochstieg, ertranken sie "unter tagelangem Röcheln".

Wie "Knüppelholz" habe es geklungen, "wenn die froststarrten toten Körper entkleidet auf den Wagen geworfen wurden", beschreibt Kurt Noack, der drei Jahre Lager-Odyssee durchlitt, den Leichentransport zu den Massengräbern, in denen die Opfer verscharrt wurden. Von den Häftlingen der Beerdigungskommandos, lästigen Mitwissern, wurden die meisten in Arbeitslager in die Sowjetunion deportiert oder erschossen.

Nicht nur physisch, auch psychisch richteten die "Vorhöfe zur Hölle" (Noack) die Insassen zugrunde. Ohne jeglichen Kontakt selbst zu nächsten Verwandten - Post, Radio und Zeitungen waren ebenso verboten wie Arbeit - dämmerten die Häftlinge, isoliert von der Außenwelt, jahrelang apathisch vor sich hin.

Erst im Sommer 1948, nachdem die Sowjets in ihrer Zone die Entnazifizierung für beendet erklärt hatten, kam Hoffnung auf. Die Lager wurden nach und nach, bis auf Buchenwald, Sachsenhausen und Bautzen, aufgelöst, die Hälfte der Gefangenen, rund 28.000, entlassen.

Doch etliche hatten noch ein jahrelanges Martyrium vor sich. 1950, als die letzten sowjetischen Lager geschlossen wurden, übergaben die Besatzer rund 15.000 Häftlinge den DDR-Behörden. Fast 3.500 davon gerieten - "zur Untersuchung ihrer verbrecherischen Tätigkeit und Aburteilung durch Gerichte der DDR" - ins Räderwerk der Waldheimer Willkür-Prozesse (SPIEGEL 37/1992).

Moskaus Erfüllungsgehilfen wußten, was sie ihrer Schutzmacht schuldig waren. Eilfertig demonstrierten sie äußerste Härte und verhängten hohe Freiheitsstrafen. Im 15-Minuten-Takt wurde über die Angeklagten, die nie ein schriftliches Urteil sahen, schnellgerichtet. Ein Opfer über die SED-Richter: "Die lachten."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Oktober 1992: >>**Jelzin übergibt Katyn-Akte**

... Der russische Präsident Boris Jelzin hat Polen bisher geheimgehaltene Dokumente der sowjetischen Parteiführung zur Ermordung von 14.700 polnischen Offizieren und etwa 11.000 polnischen Zivilisten 1940 in den Wäldern von Katyn und anderen westlichen Gebieten der damaligen UdSSR übergeben. ...

Walesa nahm am Mittwoch die Papiere mit den Worten entgegen: "Wir sind Zeugen der Übergabe der wichtigsten Dokumente, die das grausamste Verbrechen gegen die polnische Nation betreffen. Meine Knie zittern."<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (43/1992) berichtete am 19. Oktober 1992 über das Buch "Stella" des US-Journalisten Peter Wyden (1923-1998): >>**Was hätte ich getan?**

Ein jüdischer Emigrant bricht mit einem Tabu der Holocaust-Forschung

Goebbels war entrüstet, sein Ehrgeiz, die Reichshauptstadt endlich "gänzlich judenfrei" zu machen, noch nicht befriedigt. Die "Fabrik-Aktion", bei der am 27. Februar 1943 SS und Gestapo 7.000 jüdische Zwangsarbeiter direkt aus den Rüstungsbetrieben holten und nach Auschwitz deportierten, hatte sich in seinen Augen als "Schlag ins Wasser" erwiesen.

Für den Reichspropagandaminister stand fest: "Unsere Aktion ist vorzeitig verraten worden, so daß uns eine ganze Menge von Juden durch die Hände gewischt sind." Aber, so notierte er in sein Tagebuch: "Wir werden ihrer doch noch habhaft werden."

Die Jagd auf die letzten Juden in Berlin begann.

Von den etwa 175.000 Juden, die 1933, zu Beginn der Nazi-Herrschaft, in Berlin gelebt hatten, waren kaum mehr als ein Zehntel übriggeblieben. Etwa 5.000 davon fristeten eine äußerst bedrohte Existenz im Untergrund. Nicht einmal die Hälfte dieser sogenannten U-Boote tauch-

te nach Kriegsende wieder aus der Illegalität auf.

Wer es damals geschafft hatte, sich den Nazi-Häschern zu entziehen, war angewiesen auf die Unterstützung nichtjüdischer Helfer und lebte unablässig in der Angst, entdeckt zu werden. Die Juden im Berliner Untergrund waren ständig auf der Suche nach "Adressen", nach Dachböden und Kellerräumen, nach Werkstätten oder Gartenhäusern, wo sie Unterschlupf finden konnten. Geplagt von Verzweiflung und Hunger, mußten sie Geld für etwas Eßbares und gefälschte Ausweispapiere auftreiben. Polizei- und SS-Streifen waren hinter den "U-Booten" her, Kontrolleure suchten die Luftschutzbunker nach ihnen ab, habgierige oder fanatische Denunzianten verrieten sie an die Behörden.

Bei der Jagd nach den Untergetauchten bediente sich die Gestapo auch deutscher Juden, die, gerade noch selbst als Schattenmenschen im Untergrund, nun als Spitzel und "Greifer" ihre Haut zu retten versuchten. Greifer hofften, durch ihre Zusammenarbeit mit den Henkern der Deportation in die Vernichtungslager im Osten zu entgehen. Sie genossen Privilegien, die anderen verwehrt blieben, und lebten fast wie normale Bürger. Einige von ihnen trugen Waffen, besaßen spezielle Ausweispapiere und erhielten Extra-Prämien für jeden Fang.

Auch jüdische Frauen wurden von der Gestapo zu diesem Verräterhandwerk gepreßt. Eine von ihnen war auffallend hübsch und schrecklich tüchtig. Sie ist die Hauptfigur eines Buches, in dem der amerikanische Journalist und Sachbuchautor Peter Wyden, 70, den Leidensweg der Berliner Juden während der Nazi-Jahre beschreibt - "Stella". Es ist die Geschichte der in Berlin-Wilmersdorf aufgewachsenen Stella Goldschlag. Das Buch, aus dem der SPIEGEL in einer neuen Serie vorab Auszüge druckt, erscheint im November bei Simon & Schuster in New York (384 Seiten; 23 Dollar).

Wydens "Stella" bricht mit einem Tabu in der Holocaust-Forschung. Raul Hilberg, Autor des Standardwerks über "Die Vernichtung der europäischen Juden", bestätigt ihm: "Es ist das erste Buch über dieses dunkle Kapitel in der jüdischen Geschichte."

Die Aktivitäten der jüdischen Gestapo-Greifer, die mit den perfiden Methoden ihrer Auftraggeber gegen die eigenen Leute vorgingen, sind bislang, soweit überhaupt bekannt, verschämt in Fußnoten versteckt oder als Marginalien behandelt worden. Die Zurückhaltung ist verständlich, die Furcht vor Beifall von der falschen Seite nicht ganz unbegründet.

Die Vorhölle der deutschen Juden hatte bereits 1933 begonnen. Vom Anfang der Nazi-Herrschaft an wurden sie systematisch schikaniert, entrechtet, erniedrigt, was auch Jugendliche wie Stella Goldschlag und Peter Wyden zu spüren bekamen. Sie wurden nicht länger als "Mitbürger" behandelt, sondern als Aussätzige. Die "Nürnberger Gesetze" von 1935 stellten "die blutsmäßig bedingte klare Scheidung zwischen Deutschtum und Judentum" auf eine "gesetzliche Grundlage".

Dennoch wollten viele der deutschen Juden in dem Land bleiben, das sie noch immer als ihre Heimat betrachteten. Bis Mitte 1938 wanderten nur etwa ein Drittel der jüdischen Bürger ins Ausland ab. "Bleiben oder gehen" - wer genügend Geld und gute Verbindungen hatte, der ließ vielleicht, wie Peter Wydens Familie, Deutschland hinter sich. Wem beides nicht zur Verfügung stand und wer auch noch, wie Stellas Vater, in dem Irrglauben lebte, ihm könne als Frontkämpfer für das deutsche Vaterland schon nichts passieren, der blieb.

Erst der Pogrom vom November 1938, die "Reichskristallnacht", nach der über 20.000 Juden in Konzentrationslager verschleppt wurden, markierte den Wendepunkt. Nun hieß das Gebot: "Rette sich, wer kann." Eine panikartige Massenflucht setzte ein.

Aber gleichzeitig wurde klar, daß kein Land bereit war, noch mehr jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Die internationale Flüchtlingskonferenz von Evian im Juli 1938, initiiert von der US-Regierung, entpuppte sich als Fehlschlag. Wyden erinnert ausführlich an dieses Fiasko und zitiert bitter eine schadenfrohe Schlagzeile aus einer Berliner NS-Zeitung zum Konferenzverlauf: "Juden zu verkaufen - Wer will sie? Keiner!"

Wyden: "Keine Regierung war gewillt, die Juden in Deutschland zu retten, sie waren alle für vogelfrei erklärt, einschließlich Stellas und ihrer Familie."

Im Oktober 1941, wenige Monate nach dem Einmarsch der Hitler-Truppen in die Sowjetunion, wurde die Ausreise für Juden generell verboten. Kurz davor war der gelbe Judenstern eingeführt worden, ohne den sich keiner der Geächteten auf die Straße wagen durfte. "Wer dieses Zeichen trägt, ist ein Feind des Volkes", verkündete ein Plakat, das in allen Behördenstuben und Postämtern hing.

"Die Feinde des Volkes" durften gar nichts mehr. Sie wurden aus ihren Wohnungen vertrieben und in Sammellager gepfercht, Fahrräder und Elektrogeräte waren ihnen verboten, auch Haustiere wie Hunde und Katzen. Sie konnten nur noch warten, bis Transportkapazitäten frei wurden, um sie in die Todeslager zu deportieren. Theresienstadt, das Vorzeige-Ghetto der Nazis, war bei den Berliner Juden weniger gefürchtet als Auschwitz, über das die schlimmsten, der später enthüllten Wahrheit nahekommenden Gerüchte kursierten.

Wer in solchen Zeiten zu überleben verstand, ohne den Verfolgern willfährig zu sein, mußte besondere Fähigkeiten entwickeln. Bei seinen Gesprächen mit 67 jüdischen "Survivors", die im Berliner Untergrund den Todeslagern entkommen waren, fiel Wyden auf, daß alle die Gabe hatten, sich anzupassen und das Leben von der positiven Seite zu nehmen. Viele sahen in ihrer Jugend wie blonde Germanen aus. Gerd Ehrlich, einer von ihnen, meint, ein Teil der U-Boote hätten dem Stürmer mit seinen antisemitischen Karikaturen ihre Rettung zu verdanken. Denn die Deutschen glaubten offensichtlich, alle Juden sähen so aus wie die schwarzhaarigen Krummnasen in dem Nazi-Hetzblatt.

Wydens eigene Biographie ist auf vielfältige Weise mit dem Schicksal seiner Hauptfigur verwoben. In den dreißiger Jahren besuchte er mit der blonden Stella, einem damals besonders attraktiven Mädchen, dieselbe jüdische Privatschule im Berliner Grunewald. Er hat zudem als Schuljunge die Anfänge der Judenverfolgung noch miterlebt. Aber während er mit seiner Familie 1937 in die USA emigrieren konnte und so den Todeslagern entkam, blieben Stellas Familie wie auch einige nahe Verwandte des Autors in Berlin zurück.

Da saßen sie dann, als es nach Kriegsbeginn für eine Ausreise zu spät war, in der tödlichen Falle. Stella versuchte alles, ihre Eltern vor dem Abtransport in die Vernichtungslager zu bewahren. Wirklich alles. Von der Gestapo schwer gefoltert und zugerichtet, wechselte sie die Seite. Zusammen mit Rolf Isaaksohn, auch er ein jüdischer Greifer, streifte sie im Auftrag des Gestapo-Führers Walter Dobberke durch die Cafes in der Nähe des Kurfürstendammes, beobachtete die Kino-Eingänge und überwachte auf den Friedhöfen die Begräbnisse, stets auf der Jagd nach untergetauchten Juden. Das "schöne Paar" war in seinem Revier im Berliner Westen bekannt und berüchtigt.

Aus Wydens jahrelangen Recherchen ist eine detailgespickte Studie über menschliches Verhalten in Extremsituationen entstanden. Einige Namen der zahlreichen Zeitzeugen, mit denen er sprach, hat er in seinem Buch verändert, weil die Befragten es so wünschten.

Er machte auch Stella ausfindig, die nach dem Krieg von einem sowjetrussischen Militärtribunal zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden war und heute, unter anderem Namen, völlig zurückgezogen, in der Bundesrepublik lebt. Sie bestreitet noch immer, auch gegenüber ihrem alten Schulfreund, jegliche Schuld, ungeachtet der mannigfaltigen, gerichtlich bestätigten Beweise.

Wydens Buch ist eine auch von Selbstzweifeln geprägte Auseinandersetzung mit Fragen nach Schuld und Gewissen. Wie weit darf einer gehen, ohne seine Seele zu verspielen? Dürfen Menschen mit dem Teufel paktieren, wenn sie dadurch ihr Leben oder das von Verwandten zu retten vermeinen? Und: "Was hätte ich in Stellas Situation getan? Ist es nur ein glücklicher Zufall, daß ich nicht vor dieselbe Entscheidung gestellt worden bin?"

Wyden zeichnet die Alptraumwelt von damals, bevölkert mit erschreckend realen Zombies -

akkurat Listen führenden Massenmördern, raffinierten Menschenjägern, verzweifelte Flüchtlingen, gewinnsüchtigen Kollaborateuren, aber auch Helden, die den Tod dem Verrat und der Mittäterschaft vorzogen. So ist ein Porträt entstanden, das, weit über die Person Stellas hinaus, die Hölle vor Augen führt, die den Juden von den Nazi-Deutschen in Berlin bereitet wurde.<<

Der polnische Journalist und Schriftsteller Włodzimierz Kalicki veröffentlichte am 21./22. November 1992 in der Zeitschrift "Gazeta Wyborcza" einen Artikel über das "Arbeitslager Lamsdorf" in Oberschlesien (x152/49-50): >>Die Dokumente des Arbeitslagers in Lamsdorf im Oppelner Land, wo man nach dem Krieg die vor allem zur Aussiedlung nach Deutschland bestimmten Personen zurückhielt, wurde unter archivalischen Sammlungen des Standesamtes in Falkenberg (Woiwodschaft Oppeln) aufgefunden. Bis gestern wurde diese Tatsache geheimgehalten.

Das Arbeitslager in Lamsdorf wurde im Juli 1945 in der Nähe eines Komplexes von Nazilagern für Kriegsgefangene eingerichtet. Bis zum Herbst 1946 wurden verschiedene Gruppen der Verhafteten dorthin verbracht. In der Mehrheit waren das die Autochthonen (nach polnischem Verständnis germanisierte Polen) aus den naheliegenden Dörfern, die später nach Deutschland ausgesiedelt werden sollten.

Infolge der schlechten Verhältnisse und Schikanen starben im Lager zumindest 1.000 Menschen. Edmund Nowak, der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung im Zentralen Museum der Kriegsgefangenen in Lamsdorf, behauptet auf Grund bisheriger Untersuchungen, daß mindestens 100 Verhaftete von Wachmännern ermordet wurden. Nach manchen deutschen Quellen sollen es insgesamt 5.600 Opfer sein.

Eine in den Jahren 1956-1957 wegen der Morde an Verhafteten durchgeführte gerichtliche Untersuchung wurde gegenüber der Mehrheit der Verdächtigen eingestellt, die im Prozeß in den Jahren 1958-1959 angeklagten Lagerfunktionäre freigesprochen. Die jetzt im Standesamt Falkenberg gefundenen Dokumente suchte der Woiwodschaftsstaatsanwalt, der die Anklageschrift gegen die Lagerfunktionäre vorbereitete, schon in den Jahren 1956-1957 erfolglos. Jetzt wurden sie nach Hinweisen von Dr. Nowak gefunden, der sie seit drei Jahren in Pfarrarchiven und Standesämter des Oppelner Landes suchte.

Die Dokumente des Lagers in Lamsdorf umfassen 4 Hefte mit den Aufzeichnungen, die die Verhaftete betreffen. Einen Teil von ihnen bilden die Namensverzeichnisse mit den Daten von Ankunft, Verlassen oder Tod. Die Dokumente sind in einem schlechten Zustand und brauchen eine konservatorische Bearbeitung.

Wie wir inoffiziell erfahren: Die Tatsache der Wiederauffindung der Dokumente wurde durch die Woiwodschaftsverwaltung in Oppeln bis gestern streng geheimgehalten. Erst das Begehren unserer Redaktion um Zugang zu den Lagerdokumenten führte zur Veröffentlichung der Wiederauffindung. Die Lagerbücher werden nach einer konservatorischen Bearbeitung in die Oppelner Abteilung der Hauptkommission für die Untersuchung der Verbrechen gegen das Polnische Volk überführt, die seit einem Jahr eine Untersuchung gegen ehemalige Funktionäre des Kreisamtes für Staatssicherheit in Falkenberg führt, die der Folterung und Tötung von Verhafteten im Lager in Lamsdorf und in den Gebäuden vom UB (Staatssicherheit) in Falkenberg verdächtigt werden.<<

Der deutsche Schriftsteller Ernst-Edmund Keil schrieb im Jahre 1992 in der Einführung des Buches "Vertrieben ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung" über die fehlende Vergangenheitsbewältigung der "Flucht- und Vertreibungsverbrechen" (x035/10-11): >>Es ist im übrigen auffallend, daß ein beträchtlicher Teil der literarisch relevanten Vertreibungsliteratur von Frauen geschrieben wurde; ... das, scheint mir, hat seinen tieferen Grund; Frauen, Kinder und Greise waren – die Opfer und Leidtragenden von Flucht und Vertreibung, sie haben das Grausige erlebt, erlitten und verarbeitet, während die schreibenden Männer es vorzo-

gen, das Thema des Frontkrieges, an dem sie beteiligt waren, aufzuarbeiten ...

Und der Nationalsozialismus, gegen den sie, nach der Rückkehr aus Gefangenen- und Arbeitslager, literarisch zu Felde zogen. Gegen ihn und die Nachtseiten der Schreckensherrschaft, vor allem gegen den Holocaust. Ein Kapitel Vergangenheitsbewältigung, das, im Unterschied zur Vertreibungsliteratur, öffentlich diskutiert wurde und Literaturgeschichte machte.

Diese Bewältigung, die ein Schuldbekenntnis war gegenüber den an Fremden verübten Verbrechen, verdeckte den Blick auf das von Fremden an den eigenen Frauen und Kindern verübte Unrecht, als wenn diese Menschen kein Anrecht darauf hätten, daß man ihnen hilft, ihren Schmerz und ihre Trauer aufzuarbeiten, denn nur in der geistig-kreativen Aufarbeitung des Erlebten liegt doch die Chance, die einzige, sich vom Trauma des Erlebten zu befreien und, gereift und gewachsen an erfahrenem Leid, Verständnis zu zeigen für die Vertreiber, Schuld zu vergeben und so zum Werk der Versöhnung mit dem östlichen Nachbarn und damit zu einem dauerhaften Frieden in Europa beizutragen.

Nun, einige der Betroffenen haben sich das Recht genommen, ... sich die Trauer von der Seele zu schreiben, nicht um Rache zu nehmen, sondern aus Not und Überlebenswillen, aus dem Wunsch, den Schmerz zu verwinden und zu überwinden. Nichts anderes als die männlichen Schreiber der Kriegsbücher auch aus dem Gefühl, sich erinnern zu müssen, damit das Entsetzliche nicht vergessen werde und sich nicht noch einmal wiederhole. ...<<

Die Allensteiner Zeitung "Borussia" veröffentlichte im Jahre 1992 einen Artikel des polnischen Historikers Janusz Jasinski über das Verhältnis von Polen und Deutschen in Allenstein sowie die polnische Geschichtsbetrachtung (x152/41-48): >>Vor 26 Jahren gab der polnische Episkopat in einem Brief an die deutschen Bischöfe eine Erklärung bekannt, in der wir den jederzeit aktuellen Satz lesen. "Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung."

Dies war ein Schock, nicht nur für die damalige Regierung und alle Kommunisten, sondern auch für eine enorme Mehrheit unseres katholischen Volkes, wenn wir auch täglich beten "... wie auch wir vergeben unseren Schuldigern." ...

Vor allem ist die Tatsache wichtig, daß eine junge Generation heranwächst, die imstande ist, die großen, jedoch unterschiedlichen Tragödien der beiden Völker aus größerem Abstand einzuschätzen. Trotz allem sind die Fragen immer noch aktuell. Heute können wir endlich unsere Meinungen und Gefühle äußern, der Zugang zu den polnischen Archiven und der deutschen wissenschaftlichen Literatur und Publizistik ist viel leichter geworden, und wir treffen uns öfter mit den Deutschen, die ihre alte Heimat besuchen. Das Problem der polnisch-deutschen Beziehungen verlangt heutzutage eine neue Analyse.

Wie könnten wir, wenn wir einen älteren Herrn sehen, der vergebens das Grab seiner Eltern sucht oder traurig die Ruinen seines seinerzeit gutgehenden Bauernhofs betrachtet, unsere Augen und Herzen verschließen? Selten erzählt er den polnischen Bekannten oder Freunden von den schlimmen Erinnerungen aus den Jahren 1945 bis 1947. Übrigens welcher Pole möchte schon etwas über deutsche Erlebnisse hören, wenn er sich noch so gut an die eigenen unter deutscher, ukrainischer, russischer Herrschaft erinnert?

Im allgemeinen ist bei uns die Meinung entstanden, daß wir immer Opfer bringen mußten selbst aber niemandem Unrecht und Leid angetan haben. Wenn sich doch jemand daran erinnert, sucht man schnell eine Ausrede von der polnischen Staatsraison, und gleich wird auch die Frage nachgeschoben: Wozu über diese Kleinigkeiten überhaupt noch reden?

Das ist nicht nur ein historisches, sondern auch ein moralisches Problem, welches immer wieder auf uns zurückschlägt. Der deutschen Seite fehlt immer noch eine deutliche polnische Erklärung und Entschuldigung für die Vertreibung aus Schlesien, Ost- und Westpreußen. Rührend ist für mich persönlich die Aussage des Bischofs Georg Sterzinsky (heute Kardinal) aus Berlin, der seine Kindheit in Jomendorf verbracht hat, wo auch ich zu Hause bin.

Der Bischof erinnert sich: "Im Jahre 1945 erlebte ich den Einmarsch der Roten Armee. Sehr

genau kann ich mich an das Jahr 1946 erinnern, als die Polen einzogen und uns mit Gewalt vertrieben, genauer gesagt mit Knüppeln rausjagten. Ich muß sagen, daß ich mich 20 Jahre lang vor den Polen fürchtete."

Wie schrecklich sind solche Worte! Im Brief polnischer Bischöfe wird zwar das Leid von Millionen deutscher Flüchtlinge und Übersiedler erwähnt, das geschieht jedoch nur als Absicherung für den Fall, daß doch ein Pole einem Deutschen Unrecht getan hat und das nachgewiesen wird, und nicht aus Überzeugung. In Wirklichkeit hat kaum ein Pole es für nötig befunden, bei den Deutschen um Vergebung zu bitten.

Majdanek, Auschwitz und das zerstörte Warschau wurden immer wieder der Vertreibung gegenübergestellt. ("Wir wurden auch vertrieben ..."). Eine solche Gegenüberstellung kann nur zu falschen Schlußfolgerungen führen.

Mit der Zeit hat sich jedoch die polnische Ansicht in bezug auf die Vertreibung geändert. Nicht nur der bekannte Artikel des vor kurzem verstorbenen Josef Lipski, "Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen", sondern auch andere Aussagen deuten auf eine Meinungsevolution des polnischen Episkopates (Gesamtheit der Bischöfe). Bei dem deutsch-polnischen Bischofstreffen in Gnesen im Jahre 1990 erregte die Aussage des deutschen Bischofs Joseph Homeyer große Aufmerksamkeit.

Die Polen seien lange Zeit bereit gewesen, ihre eigene Schuld den vertriebenen Deutschen gegenüber zu bagatellisieren (als unbedeutende Kleinigkeit zu behandeln). Das Unrecht, das die Polen den Deutschen angetan haben, habe Millionen von unschuldigen Menschen tief verletzt und verbittert. In der Schlußerklärung der Bischöfe wurde empfohlen, das Problem der Vertreibung der deutschen Bevölkerung weiter zu erforschen und zu erläutern.

In diesem Sinne äußerte sich im August 1991 der Oppelner Bischof Alfons Nossol in seinem Hirtenbrief, in dem er überzeugt nicht nur von Leiden und ungerechter Verfolgung der deutschen Bevölkerung in Schlesien, sondern auch von gewalttätiger und unmenschlicher Vertreibung sprach, die Menschen zu Heimatlosen gemacht habe.

Ein großes Versäumnis, vielleicht sogar eine Schuld der Polen ist die Tatsache, daß die polnische Öffentlichkeit jahrzehntelang nicht richtig über die Situation der ostpreußischen Bevölkerung gegen Kriegsende und in den ersten Nachkriegsjahren informiert war. Das geht sicherlich auf eine strenge Zensur zurück, aber auch auf Desinteresse und Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid, das nicht unmittelbar Polen betroffen hat.

Es wurde – und zwar auf Befehl – an die Hunderttausende von russischen Soldaten erinnert, die bei der sogenannten Befreiung Polens ihr Leben verloren haben. Demgegenüber wird über die Deutschen statistisch und trocken berichtet, wobei man nur den Zeitpunkt des Geschehens und die Zahlen der aus Polen ausgesiedelten Menschen angab, ohne natürlich davon zu sprechen, unter welchen Umständen dieser Exodus geschah.

Erst später folgten Untersuchungen zur Geschichte ethnisch polnischer Bevölkerung, d.h. der Masuren und polnischen Ermländer. Bei diesen Untersuchungen bemühte man sich, eine Antwort auf die Frage zu geben: Warum ist es eigentlich nicht gelungen, die masurische und ermländische Bevölkerung für den polnischen Staat zu gewinnen (wie man damals sagt: zu repolonisieren)? Und nur in diesem Kontext polnischer Staatsräson wurden die Ungerechtigkeiten interpretiert. Man vergaß, daß man nicht aus christlichen, sondern vor allem aus allgemein menschlichen Gründen einen Deutschen genauso wie einen Masuren gerecht behandeln sollte.

Erinnern wir uns kurz an die Lage der ostpreußischen Bevölkerung im Jahre 1945. Die befohlene Evakuierung und die spontane Flucht vor der Roten Armee fielen zeitlich zusammen. Es geschah in strenger Kälte um den 20. Januar 1945. Alle Wege nach Norden und Nordwesten waren total mit Fuhrwerken, Schlitten, Fahrrädern und Fußgängern verstopft. Sowjetische Panzer und Infanterie waren schneller, sie überrollten und zermalmten die Menschen. Ein Teil

der Zivilbevölkerung wurde in die Gräben gestoßen. Manche wurden mit Maschinengewehren erschossen. Frauen wurden massenweise vergewaltigt.

Das waren keine einzelnen Exzesse, das war gang und gäbe. Auf diese Art und Weise wurde Rache für den grausamen Krieg in der Sowjetunion genommen, Ilja Ehrenburg und andere Hetzer hatten dazu aufgerufen.

Die Rote Armee verhielt sich den Deutschen gegenüber ganz anders als zu den Polen (wenn wir die Verfolgung der Angehörigen der Heimatarmee (AK) und des sog. Klassenfeindes ausklammern). ... Ergänzend sollte noch gesagt werden, daß zu den Opfern russischer Verbrechen auch französische, italienische und polnische Gefangene zählten. Viele Kinder starben vor Hunger und Kälte. Manche verirrt sich in diesem Chaos. Die Bevölkerung, die nach Norden strebte, erlebte schreckliche Dramen. Viele Menschen ertranken in der Weichselmündung. Andere, die in Pillau auf ein Schiff gelangten, wurden aus der Luft beschossen und bombardiert.

Es war die Hölle auf Erden, die an Napoleons Rückkehr aus Moskau und besonders an das dramatische Überqueren der Beresina erinnert. Es gibt jedoch einen wesentlichen Unterschied. Die Napoleonische Armee, die aus erwachsenen Männern bestand, kehrte ausgehungert, frierend und als Kriegsverlierer zurück, während die Rote Armee im Jahre 1945 ihre mörderische Wut an der hilflosen Zivilbevölkerung ausließ.

Nach den ersten Konfrontationen mit den Einheimischen nahmen die Greuelthaten kein Ende. Auch später erschossen russische Soldaten Menschen, zündeten Scheunen an, warfen Granaten in die Wohnungen, plünderten, schlachteten Vieh, nahmen Maschinen mit und zerstörten sehr oft gezielt Hab und Gut. Die meisten Städte Ermlands und Masurens wurden dem Erdboden gleichgemacht. Nicht während der Kriegsoperation, sondern nach der "Befreiung".

Nachdem die Front zusammengebrochen war, fing die Aktion des Volkskommissariats des Innern (NKWD) an. Die Bevölkerung wurde massenweise in die Sowjetunion deportiert, wo sie in Straflagern arbeiten mußte. Tausende von Menschen fanden dort den Tod. ... Diejenigen, die sich retten konnten und nicht nach Rußland verschleppt wurden, waren monatelang gezwungen, für die Rote Armee schwer zu arbeiten. Frauen waren besonders gefährdet und wurden brutal vergewaltigt.

Auf diese Art und Weise handelten russische Soldaten in Westpreußen. Wir Polen sollten uns dieser Wahrheit bewußt sein. In diesem Zusammenhang wäre die Ausarbeitung einer gründlichen Monographie über dieses Thema erstrebenswert. Die deutsche Zivilbevölkerung wurde jedoch nicht nur von den Russen, sondern auch von den Polen, die gleich hinter den Russen kamen, gequält. Dabei schneiden wir ein sensibles Thema an, zu dem es uns Polen schwerfällt, ein objektives Urteil abzugeben. Leider stehen uns keinerlei wissenschaftliche Vorarbeiten zur Verfügung. Aus diesem Grunde können meine Anmerkungen zahlreiche Diskussionen hervorrufen.

Aus Sicht der Deutschen besteht die größte Schuld der Polen in den Plünderungen, der brutalen Vertreibung aus den Häusern und der Nötigung zur Zwangsarbeit. ... Fast in allen deutschen Tagebüchern wird von Raubzügen berichtet. Dazu zitieren wir ein paar Aussagen aus der wertvollen Arbeit des Allensteiner Historikers B. Lukaszewicz ("Polnische Volkspartei im Ermland und in Masuren in den Jahren 1945-1947", Allenstein 1991): "Die Polen aus den kurpischen Landkreisen Chorzele, Mokow, Przasnysz usw. wüteten auf unseren Grundstücken. Sie jagten Masuren mit Beschimpfungen, Drohungen, Stöcken und Ästen von ihren Höfen und bewohnten sie selbst. Sie schlugen und folterten die Masuren."

Noch eine weitere ähnliche Erinnerung: "Es tauchte die erste polnische Macht und mit ihr die Bevölkerung aus Zentralpolen auf. Das Land wurde mit Siedlern überflutet. Bei diesen Menschen herrschte ein starkes Verlangen nach Land und Hof. Die Siedler aus den Zentralgebieten gingen mit besonderer Brutalität gegen die Einheimischen vor. Sie stahlen, raubten, besetzten

Bauernhöfe und warfen ihre Besitzer hinaus. Sie kannten keine Gnade."

... Die Deutschen erinnern sich besonders an die Ausreise nach Deutschland bei Kälte und Hunger, an die Zeit, als sie auf den Bahnhöfen von Osterode, Deutsch Eylau sowie in Posen von den polnischen Horden gnadenlos ausgeraubt wurden. All diese Beschreibungen liest man wirklich mit schwerem Herzen. Mit was für einer Dankbarkeit nahmen die ausreisenden Deutschen einen Teller warmer Suppe, den ihnen ein Landrat aus Deutsch Eylau anbot!

Es kommt einem jedoch vor, als fehlte bei den deutschen Erinnerungen eine gewisse Reflexion. Die eigene Tragödie wird nicht im Kontext der Kriegs- und Nachkriegsgeschehnisse gesehen. In diesem Kontext frage ich mich: Was und wieviel wußte ein einfacher, fleißiger und gutmütiger deutscher Bauer oder Handwerker von der deutschen Okkupation in Polen?

An dieser Stelle möchte ich mich bei den deutschen Lesern dafür entschuldigen, daß ich auf die schrecklichste Nacht der Jahre 1939 bis 1945 zurückkomme, an die ich mich noch recht gut erinnere. Die Okkupation Polens ist nicht mit jener der Tschechoslowakei oder Frankreichs zu vergleichen. Für ein Kilogramm Schweinefleisch kam man nach Maidanek, für einen getöteten Deutschen verloren 30 unschuldige Gefangene ihr Leben.

In Lublin haben wir die Aussiedlung ganzer Straßen und Wohnviertel erlebt, ganz zu schweigen von der bekannten Tragödie der Kinder aus der Region Zamojsk. Die Gendarmerie liquidierte Behinderten- und Siechenheime. Die Verbrechen begingen nicht nur Gestapo und die SS, sondern auch die Wehrmacht. Wie viele hatten wie Otto Schimkow den Mut, den Schießbefehl gegen gefangene Partisanen zu verweigern?

Die Bevölkerung aus dem nördlichen Masowien, die im Jahre 1945 so stark der autochthonen Bevölkerung Zeichen gesetzt hat, erinnerte sich recht gut an grausame Gendarmen, die aus Masuren stammten und oft polnisch sprachen. Hinzu kam das vom Krieg verwüstete Gebiet, für das man sich im Jahre 1945 in Ostpreußen "bezahlen ließ". Was man heute als eine Anweisung bezeichnet, war in Wirklichkeit Plünderung und Banditentum.

Mit Schrecken hörte ich die Erzählung über einen polnischen Siedler, der im Kreis Heilsberg einen ermländischen Deutschen vor den Pflug gespannt hat. Allerdings erzählte mir ein Bekannter aus Thorn im August 1991, daß während der Okkupation in der Nähe von Znino ein Deutscher seinen polnischen Nachbarn auf die gleiche Art behandelt hat. Wir erinnern uns an das Schicksal polnischer Zwangsarbeiter, deren Zahl in Ostpreußen im Herbst 1944 etwa 150.000 erreichte. Sie mußten ein erniedrigendes "P"-Zeichen tragen. Der Umstand, daß sie von Bauern erworben werden konnten, erinnert an den Sklavenhandel. Wenn man manchmal mit Arbeitern auch relativ normal umgegangen ist, war doch der Fakt, sich einer Sklavenarbeit zu bedienen, durchaus verwerflich.

Wie wir in mehreren Memoiren lesen, begrüßte das ganze Ostpreußen Polens Niederlage im Jahre 1939 mit großer Euphorie. Es fällt mit schwer, ältere Männer zu verstehen, wenn sie noch heute erklären, daß sie nur ihre Soldatenpflichten nachgekommen sind. Sie identifizierten sich doch ideologisch mit dem Ziel von Hitlers Krieg. Waren das wirklich ganz "unschuldige Menschen" wie der Bischoff Homeyer behauptet?

Nach dem, was ich über die Okkupation geschrieben habe, könnte man denken, daß ich die polnische Bevölkerung von ihrem Verbrechen gegen die ostpreußischen Bewohner freispreche. Ich versuche zwar, ihre Verhaltensweise den Deutschen gegenüber von der psychologischen Seite zu verstehen, doch bin ich der Meinung, daß sie in keinem Fall ein Recht auf derartige Verhaltensweisen hatten. Das war sehr oft mit Gier verbundene Lynch- und Rachejustiz. In der Regel galt bedauerlicherweise das Rache- und Vergeltungsprinzip, entgegen den Grundsätzen der christlichen Lehre, zu welcher wir uns offiziell bekennen.

Dies waren Reaktionen des einfachen Volkes. Vielleicht hat sich die Intelligenz, die gebildete Schicht besser verhalten? Selbstverständlich ist es schwer, diese Frage ohne eine wissenschaftliche Untersuchung zu beantworten. Jedoch scheint es mir, daß die feindliche Gesin-

nung den Deutschen gegenüber nach dem Jahre 1945 bei diesen Teilen der polnischen Gesellschaft allgemein vertreten war.

Wir zitieren die Erinnerungen der Soziologin Professor Hanna Swidy-Ziemby, die ihre Ansichten nach dem Krieg zu rekonstruieren versucht hat: "Ich erinnere mich, daß niemand in Breslau, wo mein Vater einen Lehrstuhl an der Universität innehatte, sich ernsthafte Vorwürfe wegen der Deutschen machte. Wir waren ja Vertriebene, von allen Seiten zerstört. Alles, was wir erhielten, betrachteten wir als vom Schicksal bestimmt. Die Polen unterschieden sich nur dadurch, daß manche die Deutschen nicht gleich hinauswarfen, während andere ihnen bis zur Abfahrt erlaubten, ihre Wohnungen zu benutzen. Das Schicksal der Deutschen interessierte uns wirklich nicht."

Das Haßgefühl des polnischen Volkes dem Deutschen gegenüber wurde bewußt durch die Presse hochgespielt. Wir entnehmen den "Masurischen Nachrichten" ("Wiadomosci Mazurskie") einige Beispiele. Hier lesen wir über den Abtransport von 1.750 Deutschen aus Braunsberg um die Jahreswende 1946/47: "Wir glauben, daß in Kürze wir Polen allein in diesem uralten polnischen Gebiet leben werden, das wir den Krallen der deutschen Bestie entrisen haben."

Ein Angestellter vom Staatsamt für Umsiedler (PUR): "Er trägt heiße Suppe und Kaffee, der an den schwarzen Abgrund der deutschen Seele erinnert."

Andere polnische Staatsangestellte: "Sie zählen die lange Kette fremder rauher Namen, die unangenehmen Vornamen."

Bei nächster Gelegenheit erfahren wir, daß Bischof Kaller "ein Vertreter des Mördervolkes" ist. Hier sollte man jedoch hinzufügen: Das war die typische Sprache der damaligen Zeit. Mit dieser Art von Beschimpfungen streute man auch den Haß gegen den Regierungsblock (Vorkriegspolens), die Armee Mikolajczyk und allgemein gegen die Opposition.

Um nicht verdächtigt zu werden, daß ich mich ausschließlich auf Berichte aus deutschen Quellen stütze, habe ich Dokumente aus dem Staatsarchiv in Allenstein geprüft. Hier läßt sich diese Problem nur skizzieren, es erfordert jedoch noch weitere Untersuchungen. Es wurde ein damals übliches Verfahren angewandt, um die Deutschen aus ihren Wohnungen zu entfernen. Polen (oft waren es Funktionäre der Sicherheitsbehörde) schrieben an die Dienststelle für deutsche Angelegenheiten, um eine konkrete Einwilligung für eine Wohnung, die von Deutschen bewohnt war, zu bekommen. Solche wurden in der Regel wohlwollend erteilt.

Als Beispiel zitiere ich eine dieser vielen Entscheidungen. "Die Dienststelle für Deutsche Angelegenheiten der Stadt Allenstein befiehlt Else B., deutscher Nationalität, die von ihr bewohnten Räume binnen einer halben Stunde zu verlassen, mit dem Recht, die allernötigsten persönlichen Sachen für den täglichen Gebrauch sowie Lebensmittel mitzunehmen. Die gesamte Wohnungseinrichtung muß in unbeschädigtem Zustand bleiben."

Eine andere Art und Weise der harten Ausnutzung der Deutschen war Beschäftigung bei den schlimmsten öffentlichen Arbeiten. Sie säuberten die Straßen von Schutt und Müll, begruben Verstorbene, verscharften Kadaver und sammelten Kartoffeln. Sehr viele von ihnen arbeiteten bei der Bahn. Sie erhielten (offiziell) für den Arbeitstag 20 Zloty sowie Brot und Verpflegung. Zu dieser Zeit kosteten 1 Kilogramm rote Rüben 30 Zloty, 1 Kilogramm Brot 31 Zloty usw. Hierin rivalisierten Polen mit der Roten Armee, die die Deutschen auf Landgütern beschäftigte, wo diese bessere Bedingungen hatten, denn sie mußten wenigstens nicht hungern.

Einige Einrichtungen in Allenstein übergingen den Dienstweg und nahmen sich Deutsche zur Arbeit. Der Leiter des Amtes für deutsche Angelegenheiten Z. Tatarkiewicz erregte sich sehr: "Kerle der Polnischen Arbeiterpartei schickten drei deutsche Frauen für privaten Bedarf in eine bestimmtes Restaurant in Allenstein". ...

Wenn wir die Politik des Okkupanten (der deutschen Besatzungsmacht) gegenüber der polnischen Bevölkerung verurteilen, dürfen wir sie als Vorbild oder Muster nehmen? Anstatt das

eigene Volk von Racheakten abzuhalten, hat die kommunistische Regierung es zu diesen noch ermutigt, ja sogar befohlen.

Die moralische Bewertung der Aussiedlung oder, nach deutschem Sprachgebrauch, Vertreibung hat verschiedene Dimensionen. Eine große Mehrheit der deutschen Gesellschaft beurteilt die Beschlüsse der Siegerkoalition und die polnische Argumentation entschieden negativ. Sie werden als Verbrechen gegen Menschenrechte und internationales Recht verurteilt. Versuchen wir aber dieses Problem im Kontext des Jahres 1945 zu betrachten.

Es ist unvorstellbar, daß zwei so verschiedene Völker nach der schrecklichen Okkupation friedlich miteinander hätten leben können. Die allgemeine Meinung der Polen war, und sicher zu Recht, daß das deutsche Volk nicht loyal gegenüber dem neuen polnischen Staat sein würde. Man konnte sich noch sehr gut an die Rolle der berühmten "5. Kolonne" von 1939 erinnern, ebenso das Verhalten verschiedener Deutscher den Polen gegenüber. Es interessiert nicht, daß nicht das ganze deutsche Volk den polnischen Soldaten in den Rücken geschossen hatte. Die polnische Gesellschaft glaubte im Jahre 1945 an die aktive antipolnische Haltung aller Deutschen während des Krieges von 1939 bis 1945.

Das zweite wichtige Argument, welches in Potsdam Verständnis fand, war das der Übersiedlung von Millionen Polen aus dem zerstörten Warschau sowie aus den Ostgebieten. Irgendwo mußten die Menschen eine neue Wohnstätte finden. Die Deutschen entgegneten bei dieser Gelegenheit oft, sie hätten nicht über die Enteignung der polnischen Ostgebiete zu entscheiden gehabt. Schließlich war aber aufgrund des deutsch-sowjetischen Vertrages von 1939 der Weg zur Enteignung der polnischen Ostgebiete im Jahre 1944/1945 offen. ... Ich zitiere nur die Worte von Kardinal Döpfner zu diesem Thema:

"Es ist bekannt, daß nach dem Verlust der Ostgebiete, falls zu dieser Zeit noch die westlichen Gebiete verlorengegangen wären, die Existenz des polnischen Staates bedroht gewesen wäre."

... Wenn wir von der Aussiedlung sprechen, sollten wir das ganze Problem betrachten.

Hinzuzufügen wäre auch, daß die Potsdamer Beschlüsse zur Völkerverschiebung durch frühere Aussiedlungsaktionen favorisiert wurden. Diese Aktionen wurden schon während des Krieges durch die Deutschen an jüdischer, polnischer oder sogar eigener, d.h. deutscher Bevölkerung angewandt. In Ostpreußen wurden u.a. Balten- und Wollhynien-Deutsche angesiedelt. Im Jahre 1945 waren Stalins Verbrechen (z.B. Zwangsumsiedlung von Minderheiten) in der Welt noch nicht bekannt. Das einzige "Muster" für die radikale Art der Lösung von Problemen hatten die Deutschen geliefert.

... Wie schon erwähnt, konnte man nicht auf ein friedliches Miteinander zwischen Deutschen und Polen hoffen, ganz im Gegenteil, es war zu erwarten, daß es im damaligen Ost- und Westpreußen sowie in Schlesien zu Unruhen kommen würde. Außerdem hatte man damit zu rechnen, daß die deutsche Bevölkerung die Abtrennung dieser Gebiete von Polen anstreben würde.

Sicher schulden wir dem Schicksal von Millionen Menschen, die ihre Heimat, ihr Hab und Gut von Generationen sowie Gräber der Vorfahren verlassen mußten, ein tiefes Mitgefühl, denn ihre Wurzeln wurden aus der Scholle gerissen. Diese Menschen haben zum großen Teil keine so harte Strafe verdient, um so mehr wollen wir unsere Trauer äußern. Was mit ihnen geschah, kam einer Ächtung gleich. Dennoch war man damals wie schon erwähnt, überzeugt, daß es keine andere Lösung gibt.

Es ist unsere Pflicht, den Deutschen eine eindeutige Entschuldigung für die Plünderungen, Diebstähle, die - seltenen - Morde, die ungerechte Vertreibung aus dem eigenen Haus noch vor der Aussiedlung, für unbezahlte Arbeit, für Arbeitslager, für Beschimpfungen, die ständige Erniedrigung, die Verweigerung der Menschenrechte und letztlich auch für die harte, unbarmherzige Art der Aussiedlung auszusprechen.<<

1993

Am 1. Januar 1993 trat in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger konnte sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hat und krankenversichert war.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 20. Januar 1993: >>6,8 Milliarden weg

Die Bundesregierung bringt ein neues Gesetz auf den Weg, das Verfolgung und Betrug bei der Währungsunion vereinfacht. Ermittlungen laufen gegen 10.000 Firmen und Bürger: DDR-Guthaben z.B. über DDR-Strohänner 2:1 statt der erlaubten 3:1 in Mark getauscht zu haben. Schaden: mindestens 6,8 Milliarden DM.<<

Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schrieb am 8. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (x268/186-187): >>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<

Der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg (1912-2011, 1982-1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament) schrieb am 10. Februar 1993 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/204): >>Die größte Belastung für die Arbeit als Europapolitiker sind die allzu zahlreichen deutschen Politiker, die tief gebeugt durch die Gegend schleichen und die Welt ununterbrochen dafür um Verzeihung bitten, daß sie überhaupt leben. ...<<

Der deutsche Publizist Arno Lustiger (1924-2012) berichtete am 15. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (7/1993) über die Holocaust-Forschung des nordamerikanischen Historikers Raul Hilberg: >>Täter, Opfer, Zuschauer

Im Jahre 1961 veröffentlichte in Chicago der damals 35jährige, aus Wien in die USA emigrierte Politologe Raul Hilberg sein Buch "The Destruction of the European Jews". Es ist das bis heute wichtigste und materialreichste Standardwerk über den Holocaust und übertrifft an Umfang und Bedeutung alle anderen Bücher und Publikationen zur Vernichtung der europäischen Juden. Hilbergs neues Buch "Täter, Opfer, Zuschauer" ist eine Ergänzung und ein Epilog zum Hauptwerk. Wer verstehen will, wie es zu dem Massenmord kommen konnte und warum er gelang, muß diese beiden Studien kennen.

Das jüngste Buch Hilbergs läßt sich wegen seiner systematischen Struktur, seines dramatischen Inhalts und seines brillanten, doch unpräntiösen Stils sehr gut lesen. Es vermittelt in kompakter Form viele bisher kaum oder wenig bekannte Fakten. Die verantwortlichen Akteure des tragischen, in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen und einmaligen Geschehens werden in konziser Form geschildert. Hilberg holt sie aus der bisherigen Anonymität ins Rampenlicht der Zeitgeschichte.

In den ersten acht Kapiteln beleuchtet der Wissenschaftler sowohl die Haupttäter, mit Hitler an der Spitze der Pyramide von Funktionären, Fanatikern, sadistischen Massenmördern, Ärzten und Juristen, als auch die ausländischen Hilswilligen und deren Regierungen. Sieben Kapitel widmet er den Zuschauern, von denen viele eigentlich Wegschauer waren. Es werden auch die christlichen Helfer und die ohnmächtigen jüdischen Retter gewürdigt, ebenfalls die verspätete und deshalb fast folgenlose Rettungspolitik der westlichen Alliierten. In knappen Zügen werden die versuchten und unterbliebenen Interventionen und Maßnahmen der neutralen Regierungen und der Kirchen analysiert.

Im Teil Opfer werden Gruppen von Verfolgten dargestellt, die bei Hilberg bisher zu kurz gekommen sind: Flüchtlinge, Frauen und Kinder, christlich getaufte oder in "Mischehen" lebende Juden, die zeitweilig Privilegierten, wie die Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges. Nur 6 Seiten des 367 Seiten starken Buches widmet Hilberg den überlebenden Juden, etwa den KZ-Häftlingen, die, wie der Autor dieser Zeilen, die Todesmärsche des Winters und des Frühjahrs

1945 überstanden haben.

Im nachfolgenden wollen wir uns mit dem Thema der unangepaßten Juden unter den Opfern beschäftigen. Zum besseren Verständnis der Problematik muß ich auch auf das Hauptwerk Hilbergs eingehen. In der Einführung zur Ausgabe von 1961 versprach Hilberg: "In diesem Buch werden wir uns hauptsächlich mit den Tätern befassen."

Doch - zwangsläufig - richtete sich Hilbergs Blick, wenngleich nur am Rande, auch auf das Schicksal der Opfer. Fatal allerdings, daß der Autor vornehmlich die Akten der Täter akribisch auswertete. So stammen die meisten Informationen über die Opfer von den Tätern. Hilberg unterließ es dagegen, sich mit den Aussagen der jüdischen Zeitzeugen zu befassen.

Des Autors vernichtendes Pauschalurteil über die Passivität der Juden im Laufe ihrer Geschichte, das ihr Verhalten während des Holocaust erklären soll, hält einer kritischen Überprüfung nicht stand. Er doziert: "Vorbeugende Angriffe, bewaffneter Widerstand und Racheakte kamen in der Geschichte des jüdischen Exils so gut wie nie vor."

Hilberg entgingen offenbar viele Ereignisse der jüdischen Geschichte. Einige Beispiele: die jüdische Selbstverteidigung während der Kosaken-Massaker Chmielnickis im 17. Jahrhundert und der Pogrome in der Ukraine Ende des 19. Jahrhunderts oder etwa die Kämpfe der "Jüdischen Legion" während des Ersten Weltkrieges. Hilberg weiß offenbar auch nichts über die 6.000 jüdischen Freiwilligen im spanischen Bürgerkrieg, die dort sogar in der eigenen Einheit "Botwin" kämpften.

Zu den schmerzlichsten Fehlurteilen Hilbergs zählt seine Behauptung, daß es keinen jüdischen Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gegeben habe. Es finden sich bei ihm fragwürdige Aussagen: "Während der Katastrophe von 1933 bis 1945 waren die Fälle aktiven Widerstands rar und ohne Bedeutung. Vor allem aber waren sie, wann und wo immer sie auftraten, Aktionen des letzten (niemals des ersten) Augenblicks."

Die Negierung von Fakten über den jüdischen Widerstand, die in Hunderten von Publikationen und Büchern, in Abertausenden von Dokumenten belegt sind, ist eine schwerwiegende Unterlassung, die einem so renommierten Forscher wie Hilberg nicht unterlaufen sollte. Bereits im Jahre 1960 wurde in Jerusalem unter der Redaktion von Philip Friedman eine Bibliographie mit 1.246 Titeln von Werken über den Holocaust veröffentlicht, darunter 151 Publikationen über den jüdischen Widerstand. Seitdem erschienen Hunderte Monographien, aber auch Gesamtdarstellungen zu diesem Thema in allen Ländern Europas. Ganz wenig davon finden wir in Hilbergs Werken.

Für die Aufstände in den Ghettos und in den Vernichtungslagern stellt Hilberg eine Kosten/Opfer-Nutzen-Rechnung auf. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß sich diese Aktionen nicht lohnten, weil sie den Mördern zu wenig geschadet hätten. Wie nun? Erstens gab es also keinen Widerstand, und wo es ihn gab, war er unbedeutend und dazu zu teuer. Was uns Raul Hilberg nicht mitteilt: Nach den jüdischen Aufständen in Treblinka und Sobibor wurden diese Vernichtungslager liquidiert, Sonderkommandos nicht wieder aufgestellt. Wochen später wurden die Krematorien dort stillgelegt.

Die mächtige jüdische Gegenwehr in Frankreich, mit Tausenden von Kämpfern in eigenen Organisationen und im gaullistischen und kommunistischen Widerstand erledigt Hilberg mit einem einzigen Satz: "So lebten in Frankreich junge jüdische Männer - teils zionistische Pfadfinder, teils Kommunisten - illegal im Untergrund und wirkten aus Überzeugung, auf gut Glück oder der Not gehorchend in der Partisanenbewegung mit."

Diese Schilderung verschlägt uns den Atem, denn die Juden stellten zeitweise 15 Prozent des operativen militärischen Widerstandes bei lediglich 1 Prozent an der Gesamtbevölkerung in Frankreich. Es gab rein jüdische Kampfgruppen sowie vorwiegend aus Juden bestehende Formationen wie Liberte, Carmagnole, 35. Brigade, FTP-MOI und viele andere.

Jacques Bingen kam illegal aus London nach Frankreich, wo er den gaullistischen Widerstand

im Norden kommandierte. Eine Briefmarke ehrt sein Andenken. Der polnische Jude Joseph Epstein befehligte die Pariser Region. Er wurde postum zum Oberstleutnant der französischen Armee und Ritter der Ehrenlegion ernannt. Marcel Langen stand in Südfrankreich an der Spitze der Resistance. Sie alle fielen im Kampf. Die meisten Agenten der Organisation "Rote Kapelle" in Frankreich und Belgien mit ihrem Chef Leopold Trepper waren Juden.

In einem Schauprozess der Nazis gegen den französischen Widerstand in Paris wurden 23 Antifaschisten, darunter 12 Juden, zum Tode verurteilt und am 21. Februar 1944 hingerichtet; unter ihnen als einzige Frau Golda Bancic, die in Rumänien als Nationalheldin geehrt wird. Die Nazis ließen Tausende von großen roten Plakaten drucken, die die Hingerichteten und ihre "Terrorakte" als warnendes Beispiel zur Schau stellten. Die 23 Helden vom "L'Affiche Rouge" sind der Stolz der französischen Resistance. Ihnen sind mehrere Bücher, Dokumentarfilme und ein Gedicht von Louis Aragon gewidmet.

Es gab 20.000 jüdische Partisanen in Polen, Litauen, in Weißrußland, in der Ukraine; aber auch in Belgien, Italien, Bulgarien, Griechenland und Jugoslawien. 350 sowjetische Juden erhielten die höchste Auszeichnung "Held der Sowjetunion", 50 polnische Ghetto-Aufständische wurden mit dem Tapferkeitsorden "Virtuti Militari" geehrt, darunter Pinkus Kartin, ehemaliger Offizier in Spanien, der per Fallschirm über Warschau abgesetzt wurde, um den Kampf gegen die deutschen Besatzer zu organisieren.

Wo immer es im besetzten Europa entsprechende Bedingungen gab, wie eine günstige Topographie und positive Einstellung der Bevölkerung, haben sich die Juden gewehrt.

Die meisten von ihnen hatten keinen Staat, der sie unterstützen konnte. Weder Moskau noch London haben ihnen Waffen geliefert. Sie mußten sich diese auf abenteuerliche Weise selbst besorgen.

Kein jüdischer Widerstandskämpfer wiegte sich je in der Illusion, daß er und seine Waffenbrüder das mächtige Dritte Reich besiegen könnten. Das Credo der meisten von ihnen war: Wir kämpfen und sterben für die Ehre des jüdischen Volkes, für einige Zeilen in den Geschichtsbüchern. Hilberg radiert diese Zeilen aus und verbannt alle Opfer, ob Widerstandskämpfer oder nicht, ins anonyme Grab des Verschweigens und Vergessens. Er deckt sie mit Tonnen von Akten der Mörder zu und schüttet auf die Gräber Tausende von Fußnoten seiner Bücher. Er beschwert mit seinen Behauptungen die ohnehin von Überlebens-Schuldkomplexen schwer beladene Existenz der wenigen am Leben gebliebenen Kämpfer gegen Hitler, anderer Überlebender und die ihrer Familien.

Hilberg hat sein großes Werk mehrfach überarbeitet und aktualisiert. Aber nach Durchsicht aller Ausgaben, der von 1961, 1982 und 1990, stellen wir fest, daß er zumindest eine These nie abgeändert hat. Der letzte Absatz des Kapitels "Die Opfer" blieb 29 lange Jahre in allen Ausgaben unverändert. Wir müssen deshalb diesen Satz als sein "ceterum censeo" betrachten: "Zum ersten Mal auch stürzten sich die jüdischen Opfer - gefangen in der Zwangsjacke ihrer Geschichte - physisch und psychisch in die Katastrophe. Die Vernichtung der Juden war somit kein Zufall."

Die Juden hatten selber schuld! Das ist die Quintessenz seiner Werke. Trotzdem sei die ungeheure Bedeutung seiner Forschungen für die Zeitgeschichte und für uns, die Überlebenden, hervorgehoben. Hilberg hat die Nazi-Mörder ans Licht gezerrt und die Auseinandersetzung mit dem Nazi-Regime erst ermöglicht. Diese seine Lebensleistung bleibt unvergessen. Es bleibt nur zu hoffen, daß er auch bald seinen dreißigjährigen Krieg gegen den jüdischen Widerstand beenden wird.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. April 1993: >>**Bonn fördert deutsche Landkreise in Rußland**

Bei der Förderung der Rußlanddeutschen in den Staaten der früheren Sowjetunion setzt die Bundesregierung jetzt auf die Unterstützung der deutschen Landkreise in Sibirien. Die Wie-

derherstellung einer autonomen deutschen Wolga-Republik bleibe zwar weiterhin als Fernziel auf der Tagesordnung, sagte der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung ...

Die Bundesregierung wird in diesem Jahr allein für die Deutschstämmigen in Rußland 73 Millionen Mark direkt und weitere 48,3 Millionen über Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung stellen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. April 1993: >>... Japan plant eine Neuausrichtung seiner Rußlandpolitik, die die fernöstliche Wirtschaftsmacht binnen kurzer Frist zu einem Hauptträger westlicher Wirtschaftshilfe für Moskau machen würde.

Das plötzliche Einlenken der Tokioter Regierung stellt die erste deutliche Korrektur in der japanischen Rußlandpolitik seit Ende des Kalten Krieges dar. Demnach stellt Tokio der russischen Regierung 10 Milliarden Dollar, bisher nicht veranschlagter Hilfgelder aus dem G-7-Kreis in Aussicht. Davon könnte Japan den Löwenanteil übernehmen.

Das neue Geld soll vor allem russischen Kleinunternehmen und der Privatisierung von Staatsbetrieben dienen. Besondere Maßnahmen sind außerdem zum Wiederaufbau der russischen Energiewirtschaft vorgesehen. ... Beamten des Tokioter Außenministeriums sagten voraus, daß Japan mehrere Milliarden Dollar Hilfe leisten werde und damit neben Deutschland zum führenden Geberland von Rußlandhilfe avanciere.

Unmittelbarer Auslöser für den japanischen Regierungsentscheid war der Gipfel in Vancouver. US-Präsident Bill Clinton stellte sich dort erstmals hinter die japanischen Territorialforderungen an Rußland und erfüllte damit die zentrale Bedingung für die Tokioter Kooperationsbereitschaft.

Bisher waren alle Annäherungen zwischen Moskau und Tokio am Streit um 4 kleine Fischerinseln der Kurilengruppe nördlich von Hokkaido gescheitert. Stalin hatte die Inseln 1945 nach Ende des Krieges annektiert. Seitdem besteht Japan auf der Rückgabe der Kurilen und weigert sich deshalb, einen Friedensvertrag mit Moskau zu unterzeichnen.

Sowohl in Tokio wie in Moskau wird der Kurilenkonflikt inzwischen als kurzfristig nicht lösbar betrachtet. Derweil war Japan unter immer stärkeren Druck des Westens geraten, an der Kurilenfrage die Beziehungen zu Rußland nicht scheitern zu lassen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. April 1993 über Entschädigungen für ehemalige NS-Zwangsarbeiter aus Rußland, Weißrußland und der Ukraine: >>**Bonn zahlt sowjetischen NS-Opfern eine Milliarde**

Die Bundesregierung will den NS-Opfern in der früheren Sowjetunion eine Milliarde Mark zur Verfügung stellen. ... Das Geld, das vor allem für ehemalige Zwangsarbeiter bestimmt ist, soll in noch zu gründende Stiftungen in den drei Ländern eingebracht werden.

Die drei Regierungen akzeptierten ihrerseits in der Vereinbarung, daß sie über diesen einmaligen deutschen Betrag hinaus keine weiteren finanziellen Ansprüche stellen. Die Gründung der Stiftungen geht auf eine Zusage von Bundeskanzler Helmut Kohl gegenüber Präsident Boris Jelzin vom Dezember zurück.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. April 1993: >>**Havel fordert "symbolische Entschädigung" für Nazi-Opfer**

Zum Abschluß seines dreitägigen Deutschlandbesuchs ist der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel am Montag in Bonn mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl zusammengetroffen. ...

Havel hatte sich am Morgen vor Journalisten dafür eingesetzt, daß tschechische Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von Deutschland "symbolisch" entschädigt werden. Eine solche "Geste der Versöhnung" sei nützlich und wünschenswert. Er würde die Form einer Stiftung zur Entschädigung der NS-Opfer bevorzugen, sagte Havel, doch könne man auch über andere Modelle nachdenken.

Entschädigungen über eigens dafür gegründete Stiftungen leistet Deutschland bereits an NS-

Opfer in Polen sowie in Rußland, Weißrußland und der Ukraine. Die polnische Stiftung ist mit einem Kapital von einer Milliarde Mark ausgestattet worden; bei den anderen soll ebenso verfahren werden.

In diesem Zusammenhang schloß Havel tschechische Entschädigungsleistungen an vertriebene Sudetendeutsche aus.

Die demokratische Regierung der ehemaligen Tschechoslowakei habe den wagemutigen Schritt unternommen, Unrecht, das der Kommunismus zwischen 1948 und 1989 begangen habe, zu korrigieren. Die Korrektur von Unrecht aus der Zeit davor sei "weder möglich noch realistisch".

Havel war zuvor in Stuttgart für sein Engagement für Menschen- und Bürgerrechte als erster Ausländer mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet worden.<<

Die polnische Schriftstellerin Maria Podlasek veröffentlichte am 15. Mai 1993 im polnischen Nachrichtenmagazin "Polityka" folgenden Artikel über die Vertreibung der Deutschen (x152/-5-20): >>... Hitler, der den Deutschen "neuen Lebensraum" versprochen hatte, entfesselte einen völkermordenden Krieg, in dessen Ergebnis Deutschland ein Fünftel seines Territoriums verlor und 14 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden, in der sie seit Generationen wohnten - aus Schlesien, Ostpreußen, Pommern, Tschechien, den baltischen Ländern, Siebenbürgen usw.

In Polen ist eine Ära der Entdeckung der "weißen Flecken" angebrochen, und die Frage der Vertreibung der Deutschen gehört zweifellos zu ihnen. Für gewöhnlich stellte man sie fragmentarisch dar, wobei man zugab, daß in der Tat so etwas stattgefunden habe, doch die Einzelheiten übergang man mit Schweigen.

Als man in den Jahren 1953 bis 1962 in Deutschland eine umfassende "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa" vorbereitete und sich dabei auf Tausende Berichte von Augenzeugen stützte, da wurde sie in Polen als Dokument des westdeutschen Revisionismus und als Teil einer Kampagne des westdeutschen Revisionismus angesehen.

Die Folge ist, daß die junge Generation der Polen - einschließlich derer, die in den Westgebieten ("Wiedergewonnenen Gebieten") heranwachsen - kaum etwas über diese Tragödie weiß, die sich dort abgespielt hat. Im Laufe von einem knappen halben Jahrhundert vermochte man die Spuren zu verwischen, es verschwanden die deutschen Aufschriften, und dort wo das Lager Lamsdorf (Lambinowice) war, wächst ein Wald.

Die polnische Sicht jener Ereignisse unterscheidet sich grundsätzlich von der deutschen Warte. Nicht nur die Vorfälle selbst werden anders benannt. Polen, die 1945 hierher kamen, um sich in den ehemaligen deutschen Gebieten anzusiedeln, haben kein Gefühl, etwas Böses getan zu haben.

Die Übernahme dieser Gebiete betrachtete man als Ausgleich für den verlorenen (polnischen) Osten, und die Aussiedlung der Deutschen sah man einerseits als natürliche Strafe für Hitlers Völkermord, für die Jahre des Terrors, der Erniedrigung und des Unrechts an, welche das polnische Volk erleiden mußte, sowie als unvermeidliches "Platzmachen" für die (polnischen) Vertriebenen von jenseits des Bug. In ihrem Bewußtsein funktionierte ein Mechanismus der allgemeinen Schuld und kollektiven Verantwortung der Deutschen für den entfesselten Krieg; schuld war jeder, der die Sprache des verhaßten Feindes sprach.

"Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" ...

Im Zusammenhang damit erhebt sich die Frage, ob es im polnischen Bewußtsein – auch der Nachkriegsgeneration, die sich ja so mit der Geschichte ihres Landes identifiziert – überhaupt ein Gefühl der Verantwortung für die Mißbräuche gibt, die mit der Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen zusammenhängen. Hat man sich die Botschaft der polnischen Bischöfe aus dem Jahre 1965 mit dem bezeichnenden Signal "Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" zu eigen gemacht?

Bei der Lektüre der Zeitzeugenberichte von deutscher Seite – also in diesem Falle von Opfern – erhebt sich im übrigen der gleiche Zweifel. Die Deutschen im Osten, die das Ende des Krieges zu Hause erreichte, konnten für gewöhnlich nicht verstehen, wofür sie soviel Unglück traf. In ihren Berichten taucht äußerst selten eine Reflektion über die Hitlerische Todesmaschinerie gegenüber den unterworfenen Völkern auf. ...

Es ist Zeit, daß wir Berichte der anderen Seite kennenlernen – derer, die die von uns im Jahre 1945 eingenommenen Gebiete verlassen haben, denn ihr Schicksal ist auch ein Teil unserer Geschichte, so wie das Schicksal der Polen, Russen oder Tschechen ein Teil der deutschen Geschichte ist. Natürlich muß man bei der Lektüre ausgewählter Ausschnitte aus deutschen Berichten daran denken, daß sie Anfang der fünfziger Jahre geschrieben wurden, daß man in ihnen eine gewaltige emotionale Erregung und – manchmal – eine ausdrückliche Feindseligkeit gegenüber der anderen Seite spürt. Es gibt jedoch keinen Grund, die Glaubwürdigkeit dieser Berichte in Frage zu stellen.

Bis zum Sommer 1944 waren die östlich von Oder und Neiße gelegenen deutschen Provinzen eine Oase der äußeren Ruhe. Die Einwohner Ostpreußens, Pommerns und Niederschlesiens – dieser Kornspeicher Deutschlands – sowie Oberschlesiens – dieser deutschen Waffenschmiede – kannten den Krieg "aus zweiter Hand". Zwar fielen die Männer an den Fronten, und zur Produktion zog man immer mehr Zwangsarbeiter aus den unterworfenen Gebieten heran, aber die Bombenteppiche erreichten die ostdeutsche Städte nicht, und die offiziellen Meldungen ließen die Menschen noch immer an den Endsieg glauben. Unruhe erweckten die immer zahlreicheren Todesanzeigen und die wachsende Zahl von Flüchtlingen aus den bombardierten Städten West- und Mitteldeutschlands.

Doch am 22. Juni 1944 begann die Offensive, und binnen einiger Wochen drang die Sowjetarmee, nachdem sie 30 deutsche Divisionen zerschlagen hatte, in die Nähe Ostpreußens und Oberschlesiens vor. Vom Oktober an kam die Front zum Stehen, und die Russen begannen, sich auf die entscheidende Winteroffensive vorzubereiten.

Der Schrecken von Nemmersdorf

Diese Offensive begann am 12. Januar 1945, und im Laufe von zweieinhalb Monaten besetzten die Russen fast das ganze Gebiet östlich von Oder und Lausitzer Neiße. In dieser Zeit spielte sich die größte Tragödie der deutschen Zivilbevölkerung ab, die in Panik vor dem heranziehenden Feind floh.

Das Hauptmotiv, weshalb Frauen mit Säuglingen, alte Menschen und Kranken und Invaliden sich entschlossen hatten, Heim und Herd zu verlassen und sich bei 28 und 30 Grad Frost auf das Wagnis der Flucht einzulassen, war der Schrecken von Nemmersdorf, eines grenznahen Dorfes in Ostpreußen, das zuerst (am 20. Oktober 1944) in die Hände der Russen gefallen und danach von den Deutschen wiedererobert worden war. Die Meldungen darüber, was in Nemmersdorf geschehen war, ließ Goebbels über das ganze Land verbreiten, um in den Deutschen einen verzweiferten Willen zu verbissenem Widerstand aufrecht zu erhalten. ...

Nach Durchführung einer Obduktion stellte sich heraus, daß alle Frauen vor dem Tod vergewaltigt worden waren. In dem Pogrom sind ca. 60 bis 70 Menschen umgekommen.

Das, was sich in Nemmersdorf ereignete, war kein Einzelfall, es wiederholte sich später in verschiedenen Varianten in anderen Ortschaften Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens. Die Rache der Russen traf jene, die sie auf dem besetzten Gebiet erreichen konnte – Frauen, Alte und Kinder.

Die Stoßkraft der russischen Armee, die schnelle Offensive, machte eine organisierte Evakuierung der Bevölkerung aus den Gebieten nahe der Front unmöglich. Zudem hat die NSDAP bis zum letzten Moment die Evakuierung verzögert, und diejenigen, die flüchteten, wurden wegen "Defätismus" bestraft. Wenn sie (die Evakuierung) begann, war es zu spät (zur Flucht). Die Wagen der Flüchtenden gerieten zwischen die kämpfenden Einheiten, wurden durch Pan-

zer von der Straße abgedrängt und von Flugzeugen beschossen. ...

Makabre Szenen

... Der russische Ring wurde immer enger, auch um Danzig. Anfang März begann die russische Armee die große Offensive gegen die Weichselmündung und Ostpommern und schnitt dadurch den Landweg nach Westen ab. Als letzter Ausweg blieb der Seetransport. ...

Die Flucht der Deutschen aus Schlesien verlief weniger dramatisch als in anderen Regionen des Reiches, die Menschen mußten nicht über das Meer setzen oder wochenlang auf den Transport warten. Trotzdem waren der Marsch der Zivilbevölkerung aus dem umlagerten Breslau und der Kampf um einen Platz in den letzten Zügen, die aus der Stadt gingen, ebenso dramatisch. ...

Krepiere, deutsches Schwein

Viele Schlesier wurden in Böhmen und Mähren auch ein Opfer der Selbstjustiz durch die tschechische Bevölkerung, die zum Kriegsende in grausamer Weise sowohl auf die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 durch Hitler und die Führer der deutschen Minderheit als auch auf die eigene Fügsamkeit in der Zeit des Protektorats reagierte.

Erika A., eine Lehrerin aus Krummhübel, beschreibt ihre Erlebnisse in Pardubitz nach Einmarsch der sowjetischen Armee:

"Man jagte uns mit Schlägen von den Wagen und zwang uns, in einer sechsstufigen Kolonne anzutreten. Wir haben schon nichts mehr, was zu tragen wäre, die Tschechen haben alles 'aufgeräumt'. Unsere russischen Wächter sind alle verschwunden. Den Zug begleitet tschechische Miliz in Zivil mit roter Armbinde. Ich dränge mich in die Mitte des Zuges. Mein Nachbar wird gezwungen die verhaßte Fahne zu tragen. Nach wenigen Metern hat man schon aus den Fenstern auf ihn gezielt. Er fällt, wir gehen weiter. Ich weiß nicht, über wieviele sterbende bzw. Tote wir schon gegangen sind, 10 oder 15? Wer zählt sie überhaupt?

Wir ducken (uns) zwischen den Steinen zusammen, mit denen uns die tschechischen Weibsbilder haßerfüllt bewerfen. 'Krepiere deutsches Schwein!' Auf den Katzenköpfen fahren sie uns hin und zurück. In jeder Ortschaft drohen sie uns mit Fäusten, fliegen die Steine, werden Flüche ausgestoßen!

In den Straßengräben Leichen, hunderte Leichen mit verrenkten Armen und Beinen. An den Straßenbäumen hängen Leiber von Frauen und Kindern. ... Viele werden mit den Köpfen nach unten aufgehängt und sterben langsam. In jeder Ortschaft lärmende Radiomusik – unterbrochen von aufpeitschenden Parolen, die von den Tschechen begierig gehört werden: 'Deutschenmord ist nicht strafbar' – 'Tötet, Tötet!'

Als wir zurückmarschieren, verlangt die Miliz, Gleichschritt zu halten. Wir gehen an der Kirche vorbei, aus der man die Stimme des Priesters hört: 'Tötet die Deutschen, wo ihr sie nur erwischt. Die Schuld wird euch vergeben.'

Nicht einmal, sondern stundenlang, diese Stimme tröpfelt den Haß in die Ohren der Menschen hinein. Sogar die Orgelmusik verhüllt diesen Haß nicht, mit dem der Diener Gottes seine Landleute zum Mord auffordert."

Diese Exzesse – und sie waren keine Seltenheit – waren nicht nur der Ausbruch blinder Wut, sondern auch das Ergebnis einer geplanten Propagandaaktion, die aus blutiger Rache eine Tugend machte. So war es an der Ostfront, wo eine entsprechende Aktion in den sowjetischen Truppeneinheiten lange vor dem Vordringen auf das ehemalige Reichsgebiet durchgeführt wurde.

"Die Deutschen sind keine Menschen", lautete eines der Kriegsflugblätter, die von Ilja Ehrenburg unterzeichnet waren:

"Von heute ist das Wort 'Deutscher' für uns der schlimmste Fluch. Von heute bewirkt das Wort 'Deutscher', daß wir automatisch die Waffe entsichern. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht empören. Wir werden töten.

Wenn Du glaubst, daß statt von dir der Deutsche von einem Nachbarn getötet wird, dann hast du die Gefahr nicht erkannt. Wenn du den Deutschen nicht tötest, so tötet der Deutsche dich. Er wird die Deinigen festnehmen und sie in seinem verfluchten Deutschland foltern. Wenn du den Deutschen nicht mit einer Kugel töten kannst, töte ihn mit dem Seitengewehr.

Wenn in deinem Abschnitt Ruhe herrscht und kein Kampf stattfindet, so töte den Deutschen vor dem Kampf. Wenn du den Deutschen am Leben läßt, wird der Deutsche den russischen Mann aufhängen und die russische Frau schänden.

Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten – für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen! Töte den Deutschen!"

So sahen die Flugblätter aus, die den (sowjetischen) Soldaten zur Rache befähigten, seine psychischen Blockaden enthemmen sollten. Und sie waren wirksam, besonders im Fall der zweiten Frontlinie. Die Soldaten der Panzereinheiten, die gewöhnlich als erste die deutschen Dörfer und Städte einnahmen, warnten nicht selten die örtliche Bevölkerung: "Jene, die nach uns kommen, sind böse, nach uns kommen die wirklichen Schüler Stalins."

Das brutale Vorgehen der Armee in den deutschen Gebieten hatte die stille Billigung Stalins. Im Gespräch mit Milovan Djilas erzählte Stalin von einem Major, den man für versuchte Vergewaltigung zum Tode verurteilt hatte. Auf die persönliche Intervention Stalins ließ man den Major frei und schickte ihn an die Front, wo er sich mit Heldentaten hervorgetan habe.

Stalin sagte dabei: "Stellt euch einen Menschen vor, der auf dem ganzen Weg von Stalingrad nach Belgrad Tausende Kilometer durch sein zerstörtes Land gezogen, über die Leichen von Kameraden und der liebsten Angehörigen gestiegen ist! Wie kann so ein Mensch noch normal reagieren! Und was ist daran schrecklich, daß er sich nach allen Schrecklichkeiten mit einer Frau vergnügt?"

Ihr stellt euch die Rote Armee als ideal vor. Aber sie ist nicht ideal und kann nicht ideal sein, selbst wenn in ihren Reihen nicht ein gewisser Prozentsatz Verbrecher wäre. Wir aber haben ja die Tore unserer Zuchthäuser geöffnet und diese Menschen in die Armee geschickt."

Vergewaltigungen auf Befehl

Neben "wildem" Vergewaltigungen spielten sich gezielte Vergewaltigungen auf Befehl ab, als Form gezielter Verletzung des Selbstwertgefühls der deutschen Frauen und um dasselbe zu brechen. Erinnerungen von Erika A. aus ihrem Bericht:

"Ich vergesse nie diesen Blick. Ängstlich an die Wand gedrückt hunderte deutscher Frauen und Kinder. Im scharfen Licht erkenne ich die Mädchen mit Zöpfen, die Mütter halten Säuglinge in den Armen, alte Frauen mit Kopftüchern. Plötzlich ein Befehl – und hinter unserem Auto stürmt eine ungezählte Schar von Russen hervor. Sie greifen an die Gürtel, laufen mit aufgeknüpften Hosen, manche stolpern, aber stehen schnell auf – und nach einer Weile ertönen von jenseits der Mauer her Wehschreie, Weinen, Flehen und Winseln. Unvorstellbar! Vergewaltigung auf Befehl. Mit russischer Disziplin organisiert. ..."

Durch massenhafte Vergewaltigungen blieben bei den Frauen dauerhaft psychische Schäden zurück, viele nahmen sich das Leben, andere verfielen in tiefe Depressionen und erlitten seelische Zusammenbrüche, Geschlechtskrankheiten verbreiteten sich, denen man nicht entgegenwirken konnte und gegen die es keine Medikamente gab. ...

Erst nach der Überschreitung der Oder und Lausitzer Neiße führte das sowjetische Kommando die scharfe kasernenartige Disziplin ein. Trotzdem behandelten die Soldaten nicht nur die Frauen als "jagdbares Wild", in den russisch besetzten Gebieten gab es fast keinen Widerstand, denn jeder Deutsche muß damit rechnen, festgenommen und als Mitglied des "Wehrwolfes" erschossen zu werden.

Als Schuldbeweis konnte eine aufbewahrte Wehrmachtsuniform, eine versteckte Pistole oder ein nicht rechtzeitig genug fortgeworfenes Exemplar von "Mein Kampf" ausreichen. Deutsche

Historiker schätzen, daß infolge der Lynchjustiz in den ersten Wochen nach dem Einmarsch der Russen 75.000 – 100.000 Menschen getötet wurden.

Außerdem wurde die einheimische Bevölkerung systematisch ihres mehr oder weniger wertvollen Besitzes beraubt. Es geschah beispielsweise, daß die Einwohner eines Dorfes oder einer Stadt zusammengetrieben und dann einige Tage in die Umgebung verjagt wurden, um einfacher die verlassene Habe plündern zu können. Das, was den plündernden Soldaten unbrauchbar schien, wurde sinnlos zerstört. Auf diese Weise wurden große Teile der schlesischen und pommerschen (sowie westpreußischen) Städte noch nach Ende der Kampfhandlungen verwüstet, unter anderem 80 % Danzigs.

Gefangenschaft und Deportation

Gleichzeitig mit Einrichtung der sowjetischen Verwaltung wurden Deportationen der zivilen Bevölkerung bis tief in die UdSSR aufgenommen, schon im Dezember 1944 begann man mit dem Abtransport tausender Angehöriger der deutschen Minderheit aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien. Seit Januar 1945 traf die Deutschen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien das gleiche Schicksal. Stalin hat sich um Legalisierung dieser Praktiken durch die Alliierten bemüht und in Jalta (4.-11. Februar 1945) die Zustimmung der Verbündeten zum Einsatz der Deutschen als Arbeitskräfte erhalten, sozusagen als eine Art Wiedergutmachung für die von den Deutschen verursachten Zerstörungen.

Erste Etappe der Verbannung waren Übergangslager – unter anderem in Ciechanów, Posen, Sikawa, Beuthen, Krakau und Przemyśl. Die Häftlinge dieser Lager wurden von Funktionären des NKWD verhört, die mühelos deren "Schuld" nachwiesen. ...

Etwa fünf Millionen Deutsche erlebten den Einmarsch der Sowjetarmee in den Ostgebieten des Reiches. Bald mußten auch sie die Heimat verlassen. Bevor es jedoch dazu kam, lebten die Deutschen mehrere Monate, manchmal Jahre, zuerst unter russischer und dann unter polnischer Verwaltung. Die Beziehung zwischen Polen und Russen in den Westgebieten gestalteten sich nicht zum besten.

Dies resultierte nicht nur aus den historischen Gegensätzen, die beide Völker trennten. Es ging auch um die Konkurrenz bei der Beherrschung der eingenommenen Gebiete. Die Russen wollten möglichst viel aus diesen Gebieten herausholen, die Polen möglichst viel behalten. Ununterbrochen gingen demontierte Industrieeinrichtungen nach Rußland, und was sich nicht herausschleppen ließ, wurde oft absichtlich zerstört.

Die polnische Verwaltung übernahm also von den Verbündeten ein zerstörtes, verbranntes und fast vollständig ausgeraubtes Land.

Ihrerseits machte sich die polnische Verwaltung an eine hastige Polonisierung, d.h. sie machte sich daran, die Spuren des Deutschtums in den Westgebieten zu verwischen. In Oberschlesien, das wegen seiner starken katholischen Tradition bekannt ist, verbot man sogar in den Kirchen die Messe in deutscher Sprache. ...

Das Recht auf Rache

Nach der (deutschen) Besatzungszeit erschienen Rache und Vergeltung an den Deutschen für den Terror und den Völkermord wie ein Naturgesetz. In den (polnischen) Staatssicherheitsdienst UB nahm man im übrigen häufig junge Menschen auf, die noch nicht einmal zwanzig Jahre alt und durch den Krieg demoralisiert waren, sie lebten oft auf eigene Faust ihre Macht aus - als Herren über Leben und Tod.

Zwar wurden nach der Kapitulation Deutschlands offiziell Gewalttaten verboten und sogar – wie in Greifenberg in Pommern – Prozesse gegen Beamte des Staatssicherheitsdienstes veranstaltet, welche sich Unrechtstaten gegen Deutsche zuschulden hatten kommen lassen, dennoch waren Verfolgungen und Schikanen gegenüber der deutschen Bevölkerung an der Tagesordnung.

In Niederschlesien wurden nach russischem Muster "Adolf Hitler-Gedenk-Märsche" veran-

staltet, wobei man die Menschen kilometerweit trieb.

Eine andere Form der "Reedukation" (Umerziehung) – die in physische und psychische Torturen überging – war die Exhumierung von den sterblichen Überresten der von Gestapo, SS oder Wehrmacht erschossenen KZ-Opfer.

Es folgt der Bericht von M. W. aus Landeshut in Niederschlesien. Sie wurde auf der Straße festgenommen, man drückte ihr einen Spaten in die Hand und trieb sie zum Friedhof: "Mäntel ausziehen, kam der Befehl. Dann: 'Hinein in die Grube und mitschaufeln'. Mit Erleichterung stellten wir fest, daß es ganz harter, alter Boden war, also ein neu zu schaufelndes Grab. ...

Dann erschien ein Milizionär oben am Rand und suchte 4 junge Mädchen aus. 'Mitkommen!' Wir kletterten hastig und ängstlich hinauf. Wir wurden auf die andere Seite des Friedhofes geführt, wo ebenfalls Männer am Schachten waren. Aber hier waren es Gräber mit Leichen gefüllt, wie wir an dem üblen Geruch merkten. Und hier klatschte es schon mit Gummiknüppeln und Stöcken auf die Rücken der emsig arbeitenden deutschen Männer, hier wurden immer wieder unterdrückte Schreie laut.

Wir mußten eine Tragbahre anfassen und bekamen etwas draufgelegt – einen Toten? Wir schauten nicht hin, rannten nun mit der Bahre auf Befehl los bis zum Rasenplatz in der Mitte des Friedhofes. 'Absetzen!' Dann rannten wieder zwei Männer herbei, die unsere Last abnehmen und auf den Rasen betten mußten. Wir ahnten das alles mehr, wir schauten noch immer nicht hin, da war dieser fade, süßliche Geruch, der sich immer mehr verbreitete und einem in der Kehle würgte. Wieder im Laufschrift zurück zum Grab und nun: 'Packt selbst an, los!' Jetzt mußten wir schauen.

Da unten lagen halbverfaulte Leichen, wohl ein bis zwei Jahre unter der Erde, mit gestreiften Kleiderfetzen angetan – KZler. Wie sollten wir zupacken? 'Mit den Händen, Ihr deutschen Schweine.' Wir stiegen halb in die Grube hinab und zerrten zu zweit eine Leiche nach oben. ... Und dieser pestartige Gestank! Wir keuchten wieder zum Rasenplatz und legten nun selbst unsere Last neben die anderen Leichen. ... Wir wollten uns die schmierigen, schwarzen Hände im Gras abwischen. Es wurde nicht gestattet. Weiter!

Auf der Friedhofsmauer, in der Nähe des Grabes, hatten sich die Schaulustigen der polnischen Bevölkerung eingefunden. Das Taschentuch vor der Nase hockten sie stundenlang da, überschütteten uns mit wüsten Schimpfereien und feuerten die Miliz zu immer wilderen Hieben an. Uns wurde der Atem immer kürzer, die Leichen immer schwerer; wir kriegten sie nicht mehr hoch. Ein "ich kann nicht mehr!" entschlüpfte meinen Lippen; da spürte ich einen derben Schlag und noch einen und noch einen.

... Wir konnten nicht mehr. Ein 'Ich kann nicht mehr!' entschlüpfte meinen Lippen; da spürte ich einen derben Stockschlag und noch einen und noch einen.

Nun war mir alles gleich. Ich schleifte die Leiche an den Strümpfen, an meinem Rock, an meinem weißen Pullover hoch, ich mußte sie um jeden Preis auf die Bahre bringen. Es gelang. Ich roch nun selbst wie eine Leiche, es grauste mir vor mir selbst."

Die brutale Rache an den Deutschen traf nach dem Krieg – nach dem Prinzip der Kollektivverantwortung – Schuldige und Unschuldige am Nazismus, und die vom Krieg und von der Macht demoralisieren jungen Menschen eigneten sich nicht sehr zur "Reedukation" vor irgend jemandem, sondern höchstens zur Rache.

Der Status der Deutschen in Polen unmittelbar nach Kriegsende wurde durch einen ganzen Komplex von Dekreten bestimmt, unter ihnen auch durch das Dekret vom 31. August 1944 über die Strafzumessung für faschistische und Naziverbrecher, deren Tätigkeit – insbesondere auf den 1939 dem Reich angegliederten Gebieten – natürlichen Personen oder der polnischen Nation Schaden zugefügt hatte. Ein Zusatz vom 11. Dezember 1946 erweiterte den Kreis der Verräter um Mitglieder aller "verbrecherischen Organisationen".

Diese Verordnung bewirkte eine Welle von Massenverhaftungen. Wer bist zu dieser Zeit der

Verhaftung durch die Russen entgangen war, fiel in die Hände der (polnischen) Miliz. Opfer waren selten Naziprominente, denn diese waren schon längst nach Westen geflohen. In die Gefängnisse und Lager gerieten die einfachen Mitglieder der NSDAP, der deutschen Polizei, der Jugend- und Frauenorganisationen des Dritten Reiches.

Wer unschuldig war, bekannte sich unter Schlägen und Folterungen ebenfalls zu einer Schuld. Auf diese Weise füllten sich die Gefängnisse in Fordon, Graudenz, Koronowo, in Lodz, Warschau und vielen anderen Städten mit Deutschen. Die "Verhöre" in den Kellern des Sicherheitsdienstes blieben vielen deutschen Zeugen ebenso tief im Gedächtnis wie den damals verhafteten Polen.

Die Deutschen saßen in polnischen Gefängnissen mehrere Jahre. Die ersten Prozesse der sogenannten Außerordentlichen Strafgerichte begannen Ende 1946/Anfang 1947. Nachdem die Deutschen ein dreijähriges Urteil abgesessen hatten, kamen sie jedoch selten hinaus in die Freiheit, die nächste Etappe waren Arbeits- und Internierungslager.

Schatten der Hölle von Lamsdorf

Besonders grausigen Ruhm hat das Lager Lamsdorf, etwa 40 km von Oppeln, erlangt. Fast ein halbes Jahrhundert seit Kriegsende versuchen deutsche und polnische Historiker, Juristen und Publizisten die Wahrheit über dieses Lager zu ergründen. ...

Am 4. Oktober 1945 brach im Lager ein Feuer aus. Die Ursachen sind unklar, jedoch behauptet die Mehrzahl der Zeugen, die Baracke mit den Häftlingen sei absichtlich angezündet worden. Einer der Zeugen hat sich erinnert:

"Wir waren kaum auf die Straße getreten, (da) begegnete uns der Mörderling Ignaz. Er ließ uns halten, griff sich Emmanuel M. aus Gruben heraus und legte dreimal mit der MP auf ihn an, aber es war jedesmal ein Versager. Ignaz steckte die Patrone wieder ins Magazin und ließ uns weitergehen. Wir waren kaum 20 Schritte gegangen, da ließ er uns wieder halten. Als er herankam, fragte er jeden nach der Parteizugehörigkeit. W. aus Karbischau meldete sich als einziger. Er mußte an den Straßenrand treten. Es krachten 2 Schüsse, und W. brach sterbend zusammen.

Als wir auf den Brandplatz kamen, lagen bereits mehrere Tote um die brennende Baracke. Ich mußte die Toten wegschaffen lassen. Es herrschte ein wüster Lärm. Die Menschen, auch Frauen wurden gehetzt und gejagt, zu Boden geschlagen und erschossen. Wasser zum Löschen war nicht vorhanden. ... Ein Teil der Männer mußte Sand auf die Dächer der nebenstehenden Baracken tragen, damit die Teerpappe nicht Feuer fing. Die restlichen Männer und Frauen mußten den Brand bekämpfen. Den Boden mußten sie mit Händen in Eimer kratzen. Dann mußten sie den Sand in die Flammen schütten.

Jeder, der nicht nahe genug an das Feuer ging, wurde in die Flammen gestoßen. Viele fielen dabei in den Flammen zu Boden. Die Stehenbleibenden wurden erschossen. Solche Opfer mußten aber gleich von Kameraden herausgeholt werden. Einige von diesen Opfern lebten noch, als sie aus dem Feuer herauskamen. Wenn sie Schmerzensschreie ausstießen, wurden sie zu Boden getreten."

Dem Autor dieses Berichtes zufolge hat der Barackenbrand etwa 40 Opfer gefordert. ...

"Heuschrecken in den Wiedergewonnenen Gebieten"

Die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung in der ersten Phase der Übernahme der Westgebiete waren völlig unkontrolliert. In diese Gebiete strömten alle möglichen Arten von Dieben, die "Heuschrecken der Wiedergewonnenen Gebiete", welche leichte Beute witterten.

Ein Teil von ihnen ging später in die Miliz, andere kehrten nach Ausplünderungen der noch in diesem Gebiet verbliebenen Deutschen nach Zentralpolen zurück.

Zusammen mit der systematischen Aussiedlung der Polen aus dem ehemaligen Ostpolen begann die systematische Aussiedlung der Deutschen aus den Westgebieten. Die Repatrianten von jenseits des Bugs besiedelten zuerst die Dörfer, wobei sie die besten Höfe der Deutschen

erhielten. Die bisherigen Eigentümer konnten noch eine gewisse Zeit in ihren Häusern verbleiben, dennoch hatten sie auf diese keinerlei Rechte.

Unterschiedlich gestaltete sich das Zusammenleben der wegziehenden Deutschen und der hereinstömenden Polen. Meistens dominierte Feindseligkeit und Haß. Ihrer Habe beraubt, zur Rolle von nicht einmal Lohnarbeitern degradiert, denn der Lohn für die Arbeit bestand oft nur in einem Teller Suppe, wurden die Deutschen zu Vertriebenen, bevor sie überhaupt den Ausreisebefehl nach Deutschland erhalten hatten. Viele nahmen in dieser Situation den Transport über die Oder mit Erleichterung an. ...

Die Deportationen der Deutschen aus den in Jalta und Potsdam an Polen angeschlossenen Gebieten vollzogen sich in mehreren Phasen. Zuerst kam eine Welle wilder Aussiedlungen, damit vollendete Tatsachen geschaffen würden. Später aber, im Herbst 1945, wurden die Transporte im Einverständnis mit den Alliierten organisiert, die die Aussiedler in ihren Zonen aufnahmen. Die Deutschen wurden zunächst in Übergangslagern zusammengetrieben, wo sie wochenlang auf den Transport warteten. ...

In vielen Erinnerungen wird geschildert, wie während der "Gepäckkontrolle" den Ausgesiedelten die letzten Wertgegenstände genommen wurden, wie die Züge auf dem Weg nach Westen von Räuberbanden überfallen wurden, nicht selten in Absprache mit der Eskorte.

Hans P., evangelischer Pastor aus Bad Polzin bei Belgard, erinnert sich: "... Nachts kam dann ein Transportzug aus Viehwaggons. Als wir mit diesem abfuhr, ging gleich das Plündern los. Polnische Banditen waren überall mit eingestiegen, blendeten uns mit ihren Stabtaschenlampen, durchsuchten und zogen uns zum Teil aus. Der Begleitposten des Waggons stand hohnlachend dabei und hielt den jeweils Behandelten die Maschinenpistole auf die Brust, daß keiner sich wehrte. ...

Jedesmal, wenn der Zug hielt, stiegen die Banditen aus, und neue stiegen an ihrer Stelle ein. Die ganze Strecke war in Plünderungsbezirke eingeteilt, und die Posten steckten mit den Raubkolonnen unter einer Decke. Bei manchen Waggons sollen die Insassen gesammelt und den Posten bestochen haben. Wenn die gesammelte Summe groß genug war, hat er die Plünderer nicht hereingelassen. In unserem Waggon hatte aber keiner größere Summen polnisches Geld bei sich. Deutsches Geld nahmen sie nicht.

Als wir gegen 6.00 Uhr morgens am 15. Dezember in Scheune bei Stettin den Zug verlassen mußten, stand ich ohne Mantel, Rock und Weste, ohne Schuhe, auf Strümpfen, in Hose und Strickjacke, meine Frau auch ohne Mantel und ohne Schuhe auf dem Bahnsteig unter freiem Himmel bei 15 Grad Frost. Kurz nach uns wurde ein zweiter Transportzug ausgeladen.

Und alle 3.000 Menschen waren wie wir mehr oder weniger leicht gekleidet. Nur ganz wenige waren noch vollständig angezogen. Manche waren verwundet oder zusammengeschlagen. Aus unserem Zug sind etwa 20 erschossen worden, weil sie sich gegen die Ausplünderung gewehrt hatten. Und da standen wir und warteten auf Züge, die uns das letzte Stück über die Oder bringen sollten. Bahnbeamte sagten uns, manchmal dauerte es mehrere Tage."

Damit könnte man den Bericht vom "Abschied aus dem alten deutschen Osten" aus deutscher Sicht beenden. Die deutsche Sicht ist zwar eine andere als die polnische, aber nicht anders als die polnischen Erfahrungen aus den Kriegsjahren. Man kann sagen, die Deutschen haben nach dem Krieg manche Repressions- und Terrorformen am eigenen Leib erfahren wie zuvor die Polen. Aber das genügt nicht.

Viele Historiker suchen heute "die Schuldigen" der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Ostmitteleuropa, die den Tod von 2 Millionen Menschen nach sich gezogen hat. Die Westmächte haben die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei beschuldigt. Diese haben sich auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens berufen, die die Ausweisung der Deutschen legalisiert haben.

Die Bundesrepublik hat jahrzehntelang auf die Friedenskonferenz gewartet, die die rechtsgül-

tige Regelung der westlichen Grenze Polens bringen sollte. Gleichzeitig konnte kein vernünftiger Mensch davon ausgehen, daß infolge einer solchen Konferenz der Stand aus der Zeit vor dem Jahre 1945 wiederhergestellt wird und der Kreis sich gleichsam schließlich würde.

Heute ist es trotz des Niedergangs des Kommunismus und trotz der riesigen Veränderungen, die in Europa seit 1989 vor sich gehen, noch weit bis zu einem endgültigen Abschluß der Folgen des Zweiten Weltkriegs.

Deswegen ist das Prinzip dignitas humana von so großer Bedeutung, um, wie der Amerikaner Alfred Maurice de Zayas schreibt, in künftigen Jahrzehnten die Idee der Menschenwürde – auch des eigenen Feindes - und das Gerechtigkeitsprinzip gegenüber jedem zu verteidigen. Der erste Schritt in dieser Richtung ist der gerechte Blick in die Vergangenheit, auf die eigene und auf die fremde Schuld. Es geht hierbei nicht darum, das Unrecht gegeneinander aufzurechnen. Unrecht bleibt Unrecht, unabhängig davon, wer es wem und weshalb und unter welchen Umständen auch immer zugefügt hat. Stets hat das Leiden des anderen die gleiche Dimension wie unser eigenes.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Mai 1993: >>**Jahrhundertlang hat Feindschaft Polen und Ukrainer getrennt**

... Der Zweite Weltkrieg war schon fast vorbei, als in der Ukraine immer noch gekämpft wurde. Antikommunistische Partisanen lieferten sich dort sogar noch bis in die fünfziger Jahre hinein Gefechte mit der Sowjetarmee. Und im vorübergehenden Machtvakuum der Endkriegszeit beglichen sie auch lange ausstehende Rechnungen mit der polnischen Bevölkerung in Wolhynien. Mindestens eine halbe Million Polen soll bei den Massakern der "Ukrainischen Aufstandsarmee" OPA ums Leben gekommen sein.

Viele Polen flohen damals nach Zentralpolen; eine große Zahl von ihnen wurde in die ehemals deutschen Westgebiete umgesiedelt. Dort ist das Wolhynien-Trauma bis heute lebendig, manche Menschen reagieren in dieser Region sogar schon auf das Wort "Ukraine" mit Wutausbrüchen oder Erbleichen. Wolhynien war der vorläufige Endpunkt einer jahrhundertelangen Nachbarschaft, die im Bewußtsein von Ukrainern und Polen bis heute nicht als freundschaftlich und gewaltfrei, sondern als blutig und haßerfüllt gilt.

Jahrhundertlang lebten Ukrainer und Polen zusammen in den gleichen Gebieten, zunächst in der polnisch-litauischen Adelsrepublik, später im habsburgischen Galizien und dann unter dem polnischen Zwischenkriegsregime. Erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges trennten sich ihre Siedlungsgebiete, die Polen wurden aus der Sowjetukraine ausgesiedelt und vertrieben, die Ukrainer in Polen "repatriiert" oder von der polnischen Armee in die Westgebiete ausgesiedelt, in Arbeitslager gesperrt oder schlicht erschossen.

Im Jahre 1990 entschuldigte sich Polens Senat offiziell für diese Säuberungsaktionen. Seither warten die Polen auf ähnliche Worte der Ukraine für die Wolhynien-Morde, während die ukrainische Minderheit auf Entschädigungen für die damals enteigneten Güter in Südostpolen hofft - beides bisher vergebens. ...<<

Der CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1972-1998 Mitglied des Bundestages) erklärte am 26. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/191-192): >>... Unsere Mitbürger sind empört, wenn sie von manchen Politikern und Medien der Ausländerfeindlichkeit verdächtigt werden, während sie doch lediglich versuchen, sich aus ihren handgreiflichen Erfahrungen ein Urteil zu bilden. Das verstört und verletzt die Menschen. Manchmal entsteht bei ihnen sogar der Verdacht, daß das undifferenziert ausgesprochene Wort "Ausländerfeindlichkeit" von der Politik als Kampfbegriff zur Ruhigstellung des eigenen Volkes verwendet wird.

Ich kann nur warnen, meine Damen und Herren. Es wäre besser, wenn wir zugeben würden: Nicht das deutsche Volk hat in der Asylfrage versagt, sondern die deutsche Politik hat in der Asylfrage versagt.<<

Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärte am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

Der Moskauer Generalstaatsanwalt (Hauptverwaltung zur Überwachung der Durchführung der Gesetze in den Streitkräften) der Russischen Föderation schrieb am 22. Juni 1993 (x170/193): >>**Rehabilitierungsbescheinigung**

Hiermit wird bescheinigt, daß der deutsche Staatsbürger Martin R., geb. 1894 in Leipzig, am 28. März 1946 grundlos verhaftet und am 12. Dezember 1946 durch das Kriegsgericht des Bundeslandes Sachsen nach Artikel 58-2 des UK der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zum höchsten Strafmaß – zum Tode durch Erschießen, ohne Einziehung des Besitzes aus Mangel desselchen, verurteilt wurde.

Das Urteil wurde am 17. Januar 1947 in Dresden vollstreckt.

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes der Russischen Föderation über die "Rehabilitierung der Opfer politischer Repressivmaßnahmen" vom 18. Oktober 1991 ist Martin R. rehabilitiert.

gez. N. S. Wlasenko, Militärstaatsanwalt

Abteilung Rehabilitierung<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Juli 1993: >>**Tschechen lehnen Verhandlungen ab**

Die Mehrheit der Tschechen lehnt Verhandlungen mit den Sudetendeutschen ab und hält ihre Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg für richtig.

Dies geht aus einer am Montag in Prag veröffentlichten repräsentativen Umfrage des tschechischen Instituts für Meinungsforschung unter 857 Tschechen hervor. 49 Prozent halten die Vertreibung demnach für richtig. 27 Prozent für eher richtig. Als eher falsch sehen 7 Prozent und als falsch 3 Prozent der Tschechen die Ausweisung von rund 3 Millionen Deutschen aus der damaligen Tschechoslowakei an.

Die Forderung der Sudetendeutsche nach Verhandlungen über ein Heimatrecht mit Rückkehranspruch lehnen 39 Prozent der Tschechen ab. Von weiteren 23 Prozent werden solche Gespräche verneint, eher bejaht werden sie von 20 Prozent. 6 Prozent der Tschechen setzen sich entschieden für die Verhandlungen ein. Drei Viertel aller Tschechen glauben der Umfrage zufolge, den Deutschen gehe es nur um die Rückgabe ihres Eigentums.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. August 1993: >>... Die Japaner trauen ihren fünf Sinnen nicht mehr. Da steht ihr Regierungschef vor dem Parlament und sagt "Invasion", als er von den japanischen Eroberungskriegen im Zweiten Weltkrieg spricht. Er nennt die Zeit "Kolonialherrschaft", in der ihre Väter über Korea, Taiwan und China herrschten.

Die zwei Begriffe vom neuen Premierminister Morihiro Hosokawa, nunmehr zur offiziellen Vergangenheitserklärung eingesetzt, reichen völlig, um Japans eigener Geschichtsversion des 20. Jahrhunderts die Grundlage zu entziehen. Japan, vielleicht die modernste Wirtschaftsmacht der Welt, erlebt einen Vergangenheitsschock.

Kaum faßbare Lügenmärchen werden den Japanern seit 48 Jahren aufgetischt. Schon die Potsdamer Erklärung von 1945, die Japans bedingungslose Kapitulation forderte, wurde nie für die Öffentlichkeit übersetzt. Statt dessen einigten sich amerikanische Besatzer und japanische Bürokraten nach dem Krieg im Sprachgebrauch auf "Kriegsende" und "Truppenstationierung" an Stelle von "Niederlage" und "Besatzung".

Noch heute sprechen japanische Schulbücher vom "Truppenbesuch" der japanischen Armeen in China. Statt Klarheit zu schaffen, verschleierte die Japaner ihre Rolle in der Weltgeschich-

te. Intellektuelle sprachen von asiatischem Schamgefühl, wo von Schuld die Rede sein mußte.

...

Schon 1964 beschwor der einflußreiche Historiker Fusao Hayashi das Schicksal des westlichen Imperialismus, welches Japan die angebliche historische Bürde auflegte, Restasien vom Kolonialismus zu befreien. Japans eigene Kolonialrolle erwähnten von da an nur noch Sozialisten und Kommunisten. ... Währenddessen blieb der Völkermord japanischer Truppen 1937 im chinesischen Nanking, eine der grausamsten Kriegshandlung des Zweiten Weltkriegs, nicht nur an Schulen unerwähnt. ...

Gegen diese Geschichtsfälschung mit der Wahrheit anzutreten, setzt die Einsicht voraus, daß Japan mit seiner auf dem Inselmythos ruhenden Ideologie von der gesellschaftlichen und historischen Einzigartigkeit in der heutigen Welt scheitern muß.

Japans Zukunft im 21. Jahrhundert liegt in Asien. China und Südostasien bieten die neuen Weltmärkte, die allein noch den Wohlstand mehrten können. Sie zu erobern, verlangt nach einer moralischen Kehrtwende.

Nicht einmal die unendlich große konfuzianische Duldsamkeit so vieler Asiaten machte die japanischen Greuelthaten erträglich. Südkoreaner und Japaner, die auf amerikanischen Befehl zu Verbündeten wurden, blieben sich innerlich immer fremd. Nichts konnte die Südkoreaner zuletzt mehr erregen, als das Schicksal der Frauen, die von den japanischen Truppen systematisch vergewaltigt wurden.

Erst in den neunziger Jahren hatten sich einige der betroffenen Frauen in die Öffentlichkeit gewagt und die Sexskandale der kaiserlichen Armeen ans Licht gebracht. Schnell solidarisierten sich die Opfer von Seoul bis Singapur, von Manila bis Kuala Lumpur. Ganz Asien erhob sich moralisch gegen die neureichen Herren in Tokio.

Der Glaube an eine japanische Bekehrung wird den Asiaten nicht leichtfallen. Viele fordern nun auch Entschädigung. Auf 16 Milliarden Mark haben japanische Rechtsanwälte die allein aus der Kolonialzeit in Korea und Taiwan ausstehenden Entschädigungssummen für die noch lebenden Opfer hochgerechnet.

Auch der Streit um die japanischen Schulbuchtexte, der bereits in den achtziger Jahren zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Tokio und Peking führte, ist längst nicht beendet.

...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. September 1993 über die "Katyn-Morde": >>**Polen will Katyn-Morde vor Gericht bringen**

Gut 50 Jahre nach dem vom einstigen sowjetischen Geheimdienst NKWD verübten Massenermord an polnischen Offizieren hat die polnische Justiz eigene Ermittlungen begonnen und will 3 ehemalige NKWD-Offiziere in Polen vor Gericht stellen. ... Rund 15.000 polnische Offiziere waren nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 der nach Ostpolen einrückenden Roten Armee in die Hände gefallen, in Lager verschleppt und vom NKWD erschossen worden.<<

Die "Welt am Sonntag" berichtete am 5. September 1993 (x268/193): >>Auch Ausländer äußern sich zunehmend ausländerfeindlich. Dabei handelt es sich vielfach um Gastarbeiter, die schon lange in Deutschland leben und gegen jüngst zugewanderte Asylbewerber Front machen, weil diese angeblich das Ansehen von Ausländern generell schädigten. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. September 1993: >>**Weiter Streit um Kreuz für deutsche Opfer**

Der Streit um die vorgesehene Errichtung eines Kreuzes für deutsche Nachkriegsopfer in dem ostböhmischen Kurort Johanniskirchen (Janske Lazne) hat einen weiteren Höhepunkt erreicht. Wie die amtliche Prager Nachrichtenagentur CTK ... meldete, will eine anonyme Organisation aus Pilsen das geplante Denkmal mit einer "Höllenmaschine" in die Luft sprengen. Die Einwohner von Johanniskirchen hatten Anfang September in einer Volksbefragung der Aufstellung

eines Kreuzes mit der Inschrift "Den Opfern des Frühlings von 1945" zugestimmt, das an 12 von tschechischen "Roten Garden" ermordete deutsche Zivilisten, darunter drei Jungen und ein Mädchen, erinnern soll.

Am Dienstag hatte eine Prager Stadtorganisation des tschechischen Verbandes der Freiheitskämpfer empört gegen das Vorhaben protestiert.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 1993 über ein Treffen der Siebenbürger Sachsen bei Schäßburg: >>... Immer mehr Siebenbürger Sachsen sehen eine Zukunft in ihrer rumänischen Heimat und wollen der Auswanderungswelle nach Deutschland nicht folgen. ... Im Festgottesdienst sagte der Bischof der Evangelischen Kirche in Rumänien, Christoph Klein, dieses beeindruckende Zusammenkommen mache Mut und Hoffnung für einen neuen Anfang der immer kleiner werdenden Gemeinschaft, in neuen Formen und Strukturen eine sinnvolle und lebensfüllende Existenz zu finden. ...

Die Zahl der in Rumänien verbliebenen Deutschen in Siebenbürgen wird auf knapp 35.000 geschätzt.<<

Das Bundesverfassungsgericht (BVG) wies am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden. Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Oktober 1993: >>**Boris Jelzin entschuldigt sich**

... Als erster Moskauer Politiker hat sich der russische Präsident Boris Jelzin für den Tod Zehntausender Japaner entschuldigt, die nach dem Zweiten Weltkrieg in sowjetischen Arbeitslagern ums Leben kamen. ... Seine Gastgeber äußerten Genugtuung über die Geste Jelzins. Bei einem Mittagessen mit führenden Vertretern der Wirtschaft sagte Jelzin, er habe im Namen der russischen Regierung beim Kaiser und bei Hosokawa (Ministerpräsident) für den Tod vieler Kriegsgefangener um Verzeihung gebeten. ...

Stalin hatte ungeachtet eines Neutralitätspaktes Japan im August 1945 den Krieg erklärt. In Nordasien waren nach der Kapitulation Japans schätzungsweise 600.000 Japaner - zumeist Soldaten, aber auch Zivilpersonen - in Gefangenschaft der Roten Armee geraten und nach Sibirien geschickt worden. Mehr als die Hälfte wurde nie wieder gesehen. ...

Bei seinen Äußerungen über die Einhaltung der internationalen Verträge der Sowjetunion ging Jelzin nicht ausdrücklich auf die Kurilenfrage ein. ... Hosokawa forderte Jelzin auf, die 4 Inseln zurückzugeben. 1956 hatte Moskau versprochen, nach einem Friedensvertrag mit Japan 2 der Inseln herauszugeben.

Jelzin sagte zu, den im vergangenen Jahr angekündigten Truppenrückzug von den Kurilen zu vollenden. ...

Das Hauptinteresse Jelzins gilt japanischer Wirtschaftshilfe. Tokio hat bisher Kredite im Umfang von 5 Milliarden Dollar zugesagt, von denen erst 10 % ausgezahlt worden sind. ...<<

Am 1. November 1993 trat der Maastrichter Vertrag in Kraft. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war der Maastricht-Vertrag angeblich eine Entscheidung über Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet später (am 25. Mai 2014) über den deutschen CDU-Politiker Helmut Kohl, von 1982-1998 Bundeskanzler: >>... Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten. ...<<

Während der polnisch-deutschen Konferenz "Zwangsaussiedlung, Deportation und Aussied-

lung als gemeinsame Erfahrung" meinte die polnische Historikerin Prof. Krystyna Kersten im Dezember 1993 in Posen (x152/31): >>... In Anbetracht der Naziverbrechen, Konzentrationslager, Gaskammern und Hinrichtungen müsse die Aussiedlung der Deutschen als fast humanitäre Aktion gewirkt haben ...<<

Włodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der Deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schrieb später über die polnische Aufarbeitung der "Umsiedlung" der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/109-111): >>... Erst nach 1989, mit dem Zerfall des Systems und der Entstehung einer pluralistischen Öffentlichkeit, rückte die Frage nach der Geschichte der heutigen polnischen Nord- und Westgebiete in den späten vierziger Jahren in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Arbeit und publizistischer Auseinandersetzungen. Die Historiker produzierten Dutzende von Büchern: über die Lager und die "Verifizierung" der "Autochthonen" über Zwangsaussiedlung und Minderheitenpolitik des entstehenden kommunistischen Polen.

Das Fazit dieser Arbeiten läuft darauf hinaus, daß weder das alte polnische Bild von historischer Gerechtigkeit und ordnungsgemäßer Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse noch das alte deutsche Bild der "Vertreibung" als Kette von Racheakten "der Polen" an ihren deutschen Opfern zutreffen.

Anders formuliert: Die Umstände der Aussiedlung der Deutschen und die Behandlung der Verbliebenen sind gewiß kein Ruhmesblatt der polnischen Geschichte. Sie lassen sich nicht alleine mit den 1945 bis 1947 bereits erkennbaren stalinistischen Zügen der neuen Staatlichkeit erklären; es war nicht nur die aus der östlichen Despotie importierte Gewalt, die hier einschlug. Freilich wäre jeder Erklärungsversuch, der den Nationalsozialismus und die deutsche Besatzung in Polen außer Acht läßt ebenso falsch.

... Das Dritte Reich hatte die Grundlagen der europäischen Zivilisation zerstört und trägt daher die ursächliche Verantwortung für das Schicksal der Deutschen wie der anderen gleichzeitig vertriebenen und umgesiedelten Völker. Die Alliierten übernahmen in Potsdam die völkerrechtliche Verantwortung für die Ausweisung indem sie den entsprechenden Beschluß faßten. Die Polen bleiben aber verantwortlich für die Art der Durchführung – und auch das ist nicht wenig.

Ende der neunziger Jahre, mochte man geglaubt haben, daß die heftige – vor allem innerpolitische – Diskussion dem Stichwort "Vertreibung" endlich seine für die deutsch-polnischen Beziehungen zerstörerische Potenz genommen hat. ...

Der Eindruck, Deutsche und Polen hätten auch diese Kapitel ihrer dramatischen Vergangenheit abgearbeitet, verflog indessen schnell, nachdem die Idee eines "Zentrums gegen Vertreibungen" als bundesdeutsche Gedenkstätte aufgekommen war. In der polnischen Öffentlichkeit rief das vom Bundestag 2002 gebilligte Programm all die alten Befürchtungen wach, ... daß die Deutschen sich zu Opfern umkodieren und ihre Verbrechen in Polen – wie schon in der sogenannten Wehrmachtausstellung passiert – mit Schweigen übergehen. ...

Auf den Punkt brachte diese Ängste ein Krakauer Publizist, der sich die offiziellen Berliner Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September 2039 vorzustellen versuchte. Der Bundespräsident, so die Vision, legt zu Beginn der Veranstaltung einen Kranz am Mahnmal des Holocaust nieder. Zum Schluß tut er dasselbe vor dem "Zentrum gegen Vertreibungen", wo er der deutschen Opfer gedenkt; der Rest bleibt Schweigen. ...<<

1994

Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Januar 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 (x853/...): >>Der Todes-schlaf Europas

"Europa" ist - ohne große Überlegung - positiv besetzt. Wer ist nicht dafür? Dagegen zu sein, erscheint "unmöglich". Aber was ist Europa, woher kommt es? Was ist aus ihm geworden?

Was kann, was sollte es (wieder) sein oder werden?

Auf solche naheliegenden Fragen bekommt man - wenn überhaupt - die allerunterschiedlichsten Antworten. Offenbar fehlen sowohl geschichtliche Kenntnisse und von geistigen Gehalten genährtes Interesse und Erinnern wie auch konzeptionelle Vorstellungen und Bewertungsmaßstäbe. Schön frei reisen und "multikulturell" herumschnuppern und abschmecken, scheint doch ziemlich oberflächlich.

Nachdem der Kriegstreiber Roosevelt und der imperialistische Churchill sich Stalin zum Bundesgenossen nahmen, erlaubten sie ihm, sein kolossales Zwangs- und Blut-Imperium bis ins Herz Deutschlands und Europas auszudehnen, mit den hohlen Phrasen der Atlantik-Charta und der heuchlerischen Kreuzzugs-Propaganda im Rücken. Teheran, Jalta, Potsdam waren Verrat an Europa.

Der "kalte Krieg" bescherte, begünstigt durch die Interessen der Großen, befördert durch das Interesse der ehemaligen Komplizen am Niederhalten von Wahrheit, Recht und geistigem Abwehrwillen, jenen Todesschlaf Europas, der noch anhält und der in so makabrem Gegensatz steht zu den völlig geschichtsvergessen "Europa" genießenden Touristen.

Seit der 68er Kulturrevolution hat sich insbesondere die Jugend für den "Osten" - wozu für sie auch der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands zählte - kaum interessiert - viel mehr für Rot-Vietnam, Rot-China, Persien, Guatemala, Chile, Südafrika. Auch für viele katholische Abendländer schlug das Herz im "Westen". Die später einsetzende würdelose, rechtsenthobene, Deutschland, Europa und die Völker Mittel- und Osteuropas verratende, konspirative Methoden (Wehner, Bahr, Brandt) nicht scheuende Verzichts- und sog. Entspannungspolitik tat ein übriges.

"Todesschlaf" kennzeichnet den Zustand. Man könnte auch sagen: geistige Absenz (Abwesenheit) mit gebrochenem Rückgrat (das meint u.a. den anerkannten Bruch und dann den Verzicht auf das Natur- und Völkerrecht als des Fundaments Europas).

Auch ideologische Vergiftung wäre eine treffende Charakterisierung, hatte sie doch jene geistig-ethische Lähmung zur Folge, für die grenzenloser Pragmatismus (z. B. in den makabren Ost-Verträgen, auch noch im Einigungsvertrag), ein abwärts vorauseilender Gehorsam gegenüber dem Zeitgeist, sowie eine Pervertierung von Recht und Sitte zur totalen Libertinage (Gottlosigkeit) unter dem Flitterkleidchen der "Selbstverwirklichung" kennzeichnend sind. Ein mit wirren, illusionär-utopischen oder niedrigrangigen Wunsch-Träumen parasitär durchwirkter und gefährlicher Schlaf zum Tode.

Prof. Dr. Dr. Ivo Höllhuber (Innsbruck) schreibt:

"Wir haben in diesem Werke ("Der Todesschlaf Europas") und auch anderen Ortes darauf hingewiesen, daß Europa letzten Endes eine reale Idee ist und nicht erst durch den Zusammenschluß fragwürdiger Staatsverträge errichtet werden muß, sondern bereits besteht und solange, jedoch nur solange fortbestehen wird, als die Grundlage seiner Einheit, die sich auf durch demokratische Mehrheitsbeschlüsse nicht abänderbare Prinzipien objektiven Normencharakters stützt, weiter voll und bedingungslos anerkannt werden; es wird geographisch somit stets soweit reichen, als es von Völkern besiedelt ist, die diese Prinzipien respektieren wollen und respektieren können. Der Weckruf aus dem weltanschaulichen und sittlichen Schlummer steht an erster Stelle.

... Solange nicht die weltanschauliche und sittliche Rückkehr zu den Grundlagen europäischer Kultur mit der Anerkennung naturrechtlich verwurzelter objektiver Wahrheiten und Werte vollzogen ist, wird Europa der Spielball des jeweiligen weltpolitischen Wellenschlages bleiben und die verzweifelte Anstrengungen einer pharisäischen Kulturpolitik vergeblich erscheinen lassen.

Zum politischen Erwachen ist nötig, die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, frei sowohl von politischem Chauvinismus als auch - und dies gilt vor allem für das deutsche Volk -

von nationalem Masochismus, gründlich zu revidieren. Erst mit dem Falle des Dogmas von der Alleinschuld des deutschen zur "Verbrecher-Nation" gestempelten Volkes wird auch die künstliche Sandschicht ins Wanken kommen, auf der man vergeblich versuchte, in einem künstlich geteilten Herzen Europas eine zweifelhafte "Vierte Weltmacht" zu errichten. ...<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 berichtete im Januar 1994 über das Buch "Stella" des US-Journalisten Peter Wyden (1923-1998) (x853/...): >>**Neben-**

einander von Bosheit und Güte
... Peter Wyden, früher Weidenreich, schrieb ein ungemein fesselndes Buch über seine ehemalige Klassenkameradin Stella Goldschlag, das durch seine Ehrlichkeit besticht. Stella ist Jüdin, obwohl sie "arisch" aussieht. Sie war so attraktiv, daß sie alle Jungen ihrer Schule in ihren Bann zog: "Sie war die Marilyn Monroe unserer Schule." Zugleich war sie intelligent und vielseitig begabt. Aber sie haßte es, Jüdin zu sein, und trug, für Juden ganz ungewöhnlich, ein goldenes Kreuz an ihrem Hals. Wie nicht wenige Juden, um nur Karl Marx zu nennen, wurde sie Antisemitin.

Stella genoß in der Weimarer Zeit die Annehmlichkeiten eines verwöhnten Einzelkindes. Mit der Machtergreifung der Nazis wurde das Leben für Juden mehr und mehr erschwert, bis es zum Pogrom vom 9. November 1938 und schließlich zur gezielten Massenvernichtung kam. Aber in den ersten Jahren der braunen Herrschaft war dies noch so wenig vorhersehbar, daß die Mehrzahl der in Deutschland lebenden Juden sich der Hoffnung hingab, mit den Nazis sei ein *modus vivendi* (eine erträgliche Form des Zusammenlebens) möglich.

So kam es zu einer Zeit, da es nicht nur möglich, sondern seitens des Regimes durchaus erwünscht war, daß möglichst viele Juden Deutschland verließen, zwischen 1934-37 im Durchschnitt nur zu 20-25.000 Auswanderungen pro Jahr. Nur 27.000 Juden machten von den 130.000 Genehmigungen Gebrauch, in die USA auszuwandern. So versäumten es auch die Eltern Stellas, sich rechtzeitig um die Ausreise zu Verwandten in den Vereinigten Staaten zu bemühen. Als sich Stellas Vater schließlich doch zur Ausreise entschloß, war es zu spät.

- Im Juli 1938 fand in Evian die von Präsident Roosevelt einberufene internationale Konferenz zur Lösung der Flüchtlingsfrage statt. Obwohl die Lage der Juden inzwischen immer prekärer wurde, gaben die Delegierten lediglich wohltonende Phrasen von sich. Kein einziges der 32 vertretenen Länder war bereit, Juden aufzunehmen.

Spätestens seit diesem Zeitpunkt wußten die Nazis, daß es dem Ausland völlig gleichgültig war, wie sie mit ihren Juden verfahren. Churchill erklärte dem Danziger Gauleiter Forster in einem Gespräch im Juli 38, die antijüdischen Gesetze seien kein Hindernis für die deutsch-britische Verständigung. Die "humanitäre" Schweiz und England drangen bei der Reichsregierung darauf, dem Strom jüdischer Flüchtlinge in ihre Länder vorzubeugen.

Und es war kein perverser SS-Mann, sondern der Chef der Eidgenössischen Polizei, der den Vorschlag machte, die Ausweise der Juden durch ein großes rotes "J" zu kennzeichnen. Eine Denkschrift der französischen Regierung vom Oktober 1938 betonte, kein Staat "streite der deutschen Regierung das uneingeschränkte Recht ab, gegen bestimmte Staatsangehörige Maßnahmen zu ergreifen, die allein unter die Ausübung ihrer Souveränität fallen."

Präsident Roosevelt beschränkte schließlich die Zahl der jüdischen Immigranten derart drastisch, daß nur Prominente eine Chance hatten, in das gelobte Land der Freiheit zu kommen. Der Senat entrüstete sich über die "Verletzung der Einwanderungsbestimmungen."

- Ein Seitenblick auf die Gegenwart läßt diese Haltung in besonders grellem Licht erscheinen. Während das überbevölkerte Deutschland, in dem 223 Menschen auf einem qkm leben, über 6 Millionen Ausländer, Flüchtlinge und Asylanten aufgenommen hat, protestierte der Senat der Vereinigten Staaten gegen 1.000 jüdische Flüchtlinge, obwohl das Land überaus dünn besiedelt war.

Laut Großem Brockhaus lebten 1930 ganze 16 Menschen in den USA auf einem qkm. Die

Roosevelt-Administration war allerdings bereit, ihre "Erschütterung" über das Los der deutschen Juden auszudrücken - so wie man heutzutage in "Betroffenheit" macht - jedoch nicht ihre Grenzen für jüdische Flüchtlinge zu öffnen oder später im Krieg die Vernichtungsstätten der Nazis zu bombardieren.

Im Oktober 1939 heiratete die neunzehnjährige Stella einen Gleichaltrigen, der gleich ihr blond und blauäugig war und seine jüdische Identität ebenfalls ablehnte. Beide wurden jetzt als jüdische "Rüstungsjuden" zur Fabrikarbeit eingezogen. Im Lauf der kommenden Monate verschärften sich die Maßnahmen gegen die Juden und ab Oktober 41 rollten die ersten Züge mit Deportierten Richtung Osten.

Die Gestapo hatte jüdische "Ordner" rekrutiert, die ihr beim Zusammentreiben der Juden helfen mußten. Wer sich weigerte oder Juden zur Flucht verhalf, wurde erschossen. Einige jüdische Funktionäre verweigerten die Mitwirkung zur Selbstvernichtung und begingen Selbstmord. Aber nicht wenige waren in die Verbrechen der Nazis verstrickt, um ihre eigene Haut zu retten.

Der jüdische Überlebende von Theresienstadt, H. G. Adler, schreibt in seiner Monographie "Theresienstadt": "Die Gemeinschaft der Juden war nicht schlimmer, aber auch nicht besser als (die) der sie umgebenden Welt." (S. 738)

Nach dem Krieg fragte man Überlebende der Shoah: "Wie konntet ihr euch dazu hergeben?" Selbst der berühmte Oberrabbiner Leo Baeck, das geistige Oberhaupt der deutschen Juden, hat sich bei der Deportation von der Gestapo einspannen lassen. Er erklärte nach der Befreiung: "Ich stellte mich auf den Standpunkt, daß es besser wäre, wenn sie (die jüdischen Funktionäre) es täten, weil sie zumindest freundlicher und hilfsbereiter sein würden als die Gestapo und die Schicksalsprüfung erleichtern würden. Es stand kaum in unserer Macht, uns den Befehlen erfolgreich zu widersetzen."

Die Tragödie dieses auch im Ausland hochgeschätzten jüdischen Gelehrten macht deutlich, wie unentrinnbar die Menschen der Diktatur der damaligen Machthaber ausgeliefert waren. Wenn von "den Deutschen" heroischer Widerstand gegen die Nazis gefordert wird, hätte man dies gewiß in erster Linie von denen erwarten dürfen, für die ohnehin der Tod vorgesehen war.

- Eines Tages wurde Stella verhaftet. Die Gestapo vermutete, daß sie das Versteck eines von ihr gesuchten Juden kenne, der zahlreiche Pässe und Personalausweise so gekonnt gefälscht hatte, daß er mit ihnen zahlreichen Juden das Entkommen ermöglichte. Stella wurde wochenlang auf das schwerste gefoltert. Schließlich gelang es der Gestapo, sie mit dem Versprechen "umzudrehen", sie selbst wie auch ihre Eltern würden von der Deportation ausgenommen, wenn sie sich bereit erkläre, versteckte Juden aufzuspüren.

Natürlich ist das Verhalten Stellas nicht zu billigen. Sie hat zahlreiche Juden ans Messer geliefert. Immerhin hat sie mildernde Umstände, denn wer der Gestapo in die Hände fiel und ihren "verschärften Verhören" unterworfen wurde, mußte schon weit übermenschliche Seelenstärke besitzen, wenn er nicht zu nahezu allem bereit war, um den fürchterlichen Torturen zu entgehen.

Schon der berühmte Hexenanwalt, Friedrich v. Spee, der die gefolterten "Hexen" zum Scheiterhaufen begleitete, gestand, er würde alles gestehen, um nur der Folter zu entgehen. Manche Scharfrichter hätten sich gerühmt "daß noch jeder Angeklagte unter seinen Händen schließlich habe reden müssen."

Aus den Prozessen gegen KZ-Schergen wird uns dasselbe berichtet. General v. Tresckow, einer der herausragenden Verschwörer des 20. Juli 1944, setzte nach dem Mißlingen des Attentats auf Hitler seinem Leben ein Ende, weil er befürchtete, unter der Folter Kameraden zu verraten. Der österreichische Außenminister Alois Mock sagte bei der Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des "Anschlusses":

"Nur wer weiß, wie es sich in Diktaturen lebt, hat ein Recht, heute selbstgerecht Schuld zuzuweisen, wo etwas mehr Demut am Platz wäre."

- Stella wurde in den kommenden Monaten eine der erfolgreichsten "Greiferinnen". Bald war sie in Berlin mehr gefürchtet und verhaßt als die Gestapo, zumal sie viele Juden persönlich kannte und auch um ihre Gewohnheiten und Verstecke wußte. Dennoch konnte sie letzten Endes ihre Eltern nicht vor der Deportation bewahren, sondern nur ihr eigenes Leben retten. Nach dem Krieg mußte sie schwer büßen.

Ein russisches Gericht verurteilte sie zu 10 Jahren Zwangsarbeit. Nach der Entlassung kam sie vor ein deutsches Gericht, das nochmals 10 Jahre Haft verhängte, die dann aber durch die zehnjährige Zwangsarbeit als verbüßt galten. An ihrem Schicksal wird aber wieder einmal exemplarisch deutlich, daß man die Kleinen hängt, die Großen aber laufen läßt oder doch mit Samthandschuhen anfaßt.

- 1949 mußte sich der ehemalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt unter Hitler, Ernst v. Weizsäcker, im Wilhelmstraßen-Prozeß verantworten. Der berühmte Eichmann, "Beauftragter für die Endlösung", fragte an, ob Bedenken gegen die Deportation von Juden aus Frankreich nach Auschwitz bestünden. Staatssekretär v. Weizsäcker gab grünes Licht und erhob keinen Einspruch. Dabei hätte er dies ohne jegliche Gefährdung der eigenen Person tun können. Der amerikanische Hauptankläger beantragte die Todesstrafe.

Von Weizsäcker wurde am 14. April 1949 zu lediglich 7 Jahren verurteilt - nach damaliger Rechtsprechung ein ungewöhnlich mildes Urteil. Im Dezember des gleichen Jahres wurde die Strafe auf 5 Jahre reduziert, wobei die Verurteilung wegen "Verbrechens gegen die Menschlichkeit" ausdrücklich bestätigt wurde (Mitwirkung an Judendeportationen). Bereits am 16. Oktober 1950 wurde er aufgrund eines "Gnadenaktes" aus dem Zuchthaus entlassen.

Wydens Buch liefert einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Juden in der Zeit der Weimarer Republik und unter dem Terrorregime der Nazis. Es wird deutlich, daß die Gleichung: hier gute Juden, dort böse Nichtjuden nicht aufgeht. Ein Überlebender, der bis zum Ende eingesperrt war, erinnerte sich an Stella: "Sie ist eine tragische Figur. Sie dürfen nicht vergessen, in welcher Lage sie sich befand. Sie lebte auf Messers Schneide! Sie und ich würden genau dasselbe getan haben."

- Glücklicherweise gab es in der damaligen Zeit nicht wenige unbekannte Helden, die trotz persönlicher Gefährdung verfolgten Juden geholfen haben. Gerhard Löwenthal berichtet hierüber in seinem Buch "Ich bin geblieben".

Auch der einst so beliebte Hans Rosenthal erinnert sich in Dankbarkeit in "Zwei Leben in Deutschland" der Menschen, die mit ihm weder verwandt noch auch nur gute Bekannte, die einfach "gute und gerechte Menschen" waren.

Am intensivsten befaßte sich mit den Geschehnissen jener Zeit der jüdische Historiker und Theologe Pinchas E. Lapide in seinem Werk "Rom und die Juden". In einem Interview mit der "Welt" erklärte er am 25.3.86:

"Als Mitleid ein Verbrechen in Deutschland war und der Nächstenhaft zum Staatsgesetz erhoben wurde, gab es Tausende von Deutschen, die ihr Leben riskierten, um Juden zu retten. Wir waren Zeugen eines unglaublichen Nebeneinanders von teuflischer Bosheit und unglaublicher Güte.

Es ist an der Zeit, auch diese Helden endlich zu Wort kommen zu lassen, die das liefern können, was jede Jugend in allen Ländern und zu allen Zeiten will: Vorbilder zur Nachahmung und Leitbilder für eine bessere Zukunft."<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 25. Februar 1994 über die bisher einzige gelungene Volksinitiative im Land Niedersachsen (x303/236): >>... Die erste Volksinitiative Niedersachsens ist erfolgreich.

Die Initiative für einen Gottesbezug in der Landesverfassung hat mehr als die gesetzlich er-

forderlichen 70.000 Unterschriften erhalten.

Die Initiative will die Verantwortung vor Gott und den Menschen als letzte Richtschnur und Bindung für alles staatliche Handeln in der Verfassungspräambel festschreiben.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. April 1994 über den Abschied des BdV-Präsidenten Herbert Czaja (1914-1997): >>**Die Ostgrenzen will er nicht akzeptieren**

... Dem Bund der Vertriebenen (BdV) steht ein Richtungswechsel bevor. Nach 24jähriger Amtszeit als Präsident des Verbandes stellt sich Herbert Czaja, der sich stets rigoros gegen die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen ausgesprochen hat, heute bei der Bundesversammlung der Vertriebenen in Berlin nicht wieder zur Wahl. ...

... "Um Ungewissheiten der Zukunft des Verbandes entgegenzuwirken, habe ich bei der Wahl 1992 das Schiff noch nicht verlassen", sagte der Präsident rückblickend. Er habe befürchtet, daß sich der BdV zu einer "kulturellen Traditionsvereinigung" verändere und in der Deutschland- und Ostpolitik künftig keine eigenen Akzente mehr setze. Czaja, der immer eine fundamentalistische Politik betrieben hatte, akzeptierte es nicht, daß sich in den eigenen Reihen ein Lager bildete, das gewillt war, die politischen Realitäten anzuerkennen und von dieser Basis aus in die Zukunft zu schauen.

Von den Verträgen, die geschlossen worden sind, will der 79jährige am liebsten nichts hören. "Der Grenzbestätigungsvertrag, der Nachbarschaftsvertrag mit Polen und der Zwei-plus-Vier-Vertrag sind staats- und völkerrechtlich nicht verbindlich." ... Der gebürtige Oberschlesier, der seit 1946 in Baden-Württemberg lebt und von 1953 bis 1990 dem Bundestag angehört hat, hält strikt an seinen Überzeugungen fest. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hält er "nicht für den Schlußpunkt der deutschen Geschichte".

Die Frage der Ostprovinzen sei durch die Einheit Deutschlands noch nicht geklärt. ... In der Grenzfrage, die seiner Meinung nach wie vor ungeklärt ist, setzt Czaja auf die Zeit. "Man kann der Geschichte nicht vorgreifen, aber es muß nicht immer so bleiben, daß dieses Land das kleinste Deutschland seit 1.000 Jahren bleibt. ..."

Die deutsche Einheit und die damit verbundenen Verträge haben unter den Vertriebenen für eine Auseinandersetzung über die Anerkennung der deutschen Ostgrenzen gesorgt. Zugleich haben sie dem BdV einen gewissen Aufwind gegeben. Während in den alten Bundesländern die Mitgliederzahlen seit Jahren stagnieren, nahm der Verband um 200.000 Mitglieder aus den neuen Bundesländern zu, davon allein 100.000 aus Thüringen, wie BdV-Sprecher Walter Stratmann mitteilt. Er sorgt sich deshalb nicht, daß der BdV als Interessenvertreter der Vertriebenen eines Tages seine Funktion und Daseinsberechtigung verlieren könnte.

"Das Thema Vertreibung wurde 40 Jahre lang in der DDR totgeschwiegen, deshalb ist der Nachholbedarf bei vielen Betroffenen und Enkeln groß, sich mit ihrer Geschichte auseinanderzusetzen." Interessiert seien, berichtet Stratmann, besonders junge Menschen, die auf der Suche nach den eigenen Wurzeln die neue politische Situation in den östlichen Nachbarstaaten nutzten, um die Heimat ihrer Eltern und Großeltern etwa in Schlesien oder Pommern zu besuchen.

... Der Verband, der sich nicht nur um die Vertriebenen und Aussiedler im Lande kümmert, will sich auch für Minderheitenrechte der Volksdeutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten stark machen. ... "Vordringlich ist es zur Zeit, den Minderheiten zu helfen - aber die Grenzfrage", betont Stratmann, "ist nach wie vor nicht vom Tisch."<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (22/1994) berichtete am 30. Mai 1994 über den deutschen Historiker Ernst Nolte und die "Relativierung der Vergangenheit": >>**Der doppelte Außenseiter**

Daß die Leute an ihm nur das Negative wahrnehmen, bekümmert Ernst Nolte durchaus. So aufrecht, korrekt und scheinbar bieder präsentiert sich der 71jährige Professor in seinem ordentlichen Ferienhaus bei Lübeck, Mund und Blicke schmal und gerade, wie am Lineal ge-

richtet, die Hände disziplinierend zwischen die Beine geklemmt, daß man leicht dazu verführt werden könnte, diesen Kummer zu überschätzen.

Der hält sich aber in Grenzen. Denn wichtiger als ein positives Echo ist dem Historiker Beachtung schlechthin. Mag dieser Mann auch auf irreführende Weise so aussehen wie der stille Gelehrte, der er jetzt, nach seiner Emeritierung, sein könnte - das ist aus Gewohnheit gewachsene Tarnung.

Ernst Nolte ist ein eifernder Kämpfer. Effektgierige Blicke und eine aggressive Attitüde triumphierender Bescheidenheit zeigen ihn schnell als einen Mann, der ein Heldenleben führt an der historischen Front.

Tatsächlich hat sich Ernst Nolte, je älter er wurde, desto stürmischer, einen Namen gemacht als Zeithistoriker, der offenbar von dem provozierenden Drang getrieben wird, Adolf Hitler und den Nationalsozialismus "verstehbar" zu machen in ihrer verkannten "Größe" und "Tragik" und in ihrer historischen Berechtigung als präventive Reaktion auf Stalins "asiatischen" Bolschewismus. Auschwitz mag "schlimmer" gewesen sein, der Gulag aber war "ursprünglicher". Ein "kausaler Nexus" lasse sich "schlechterdings nicht bestreiten".

Polemisch zugespitzte Thesen dieser Art, an denen sich 1986 der Historikerstreit um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung entzündete, produziert der rüstige Ruheständler inzwischen mit einem eitlen Kalkül, das sich öffentlicher Empörung traumwandlerisch sicher weiß.

Die Aufregung, die seine Beiträge auslösen, erlebt der Professor als "adäquat". Ihn verwundert es kaum, daß die Resonanz immer rabiater ausfällt. Mögen Gegner seinen Wagen anzünden, mögen "Gruppen selbsternannter Antifaschisten" ihn mit Reizgas besprühen und an Vorträgen hindern; mag ihn sogar, nach einem Fernsehauftritt von monströser Gefühllosigkeit, sein eigener Sohn protestierend anrufen - Ernst Noltens dogmatischer Panzer ist robust.

Der Haß der Gegner "erreicht mich innerlich nicht". Das Erschrecken der anderen "berührt mich nicht". Den Vorwurf der "Herzlosigkeit" empfindet er als terminologisch verfehlt: "Herzlosigkeit ist kennzeichnend für den wissenschaftlichen Diskurs." Begegnet er "diesem ergriffenen Tremolo" in deutschen Stimmen nicht immer nur bei der Erwähnung von Auschwitz? Was ist mit den Opfern Stalins? "Herz-Einseitigkeit" macht er bei denen aus, die ihm "Herzlosigkeit" vorwerfen.

Dagegen begehrt er auf - eisig. Ernst Nolte, "ein denkender Historiker", hat eine Sendung zu erfüllen. Er kann die Wahrheit nur als Ganzes sehen, muß Zusammenhänge ausweisen, Vergleiche vornehmen, heikle Themen behandeln. Könnte denn, wer sich mit diesem Anspruch der deutschen Vergangenheit zuwendet, dem öffentlichen Streit ausweichen, selbst wenn er wollte?

Ernst Nolte fragt das so unneugierig, als wolle er bloß seinem inneren Computer eine Vorzeige-Antwort entlocken: "Notwendigerweise nein", kommt denn auch prompt die Antwort. Monoton variiert er: "Ich sage, der Streit ist unvermeidlich."

Unbewegt sitzt Ernst Nolte da, ein grimmer Greis. Anders als in absichtsvoll ausgewählten Gruppen, wie etwa unlängst bei Erich Böhmes "Talk im Turm" in Sat 1, wo er - wie er genau weiß - im Gespräch über "Schindlers Liste" isoliert werden sollte, empfindet Ernst Nolte in Zweiergesprächen keine Feindseligkeit.

Er doziert. Schnell verfällt er dem Sog seiner eigenen, in sich geschlossenen Redeweise, die Einspruch nicht ermutigt und Emotionen eintrocknet. Ein intelligenter Mann, kenntnisreich und gebildet. Kritische Zuhörer müssen schon viel Beherrschung aufbringen, um nicht unwillkürlich auch noch zu nicken zu seinen geschichtsphilosophischen Verstiegenheiten, die zwingend klingen in ihrer abstrakten Logik. Doch sind die Sätze zwanghaft von Wirklichkeits- und Gefühlsresten gesäubert. Klinische Semantik.

Und dennoch - die Anstrengung wird spürbar, mit der Ernst Nolte sich auf intellektuellem

Abstand zum Thema hält. Spannung vibriert im Unterton. Wie sollte es auch anders sein? "Daß der Nationalsozialismus auf überaus starken Emotionen beruhte", gehört zu Noltes "grundlegenden Annahmen". Und er ist auch überzeugt, "daß diese Emotionen überwiegend einen negativen und abwehrenden Charakter hatten".

Trifft das denn nicht auch auf ihn zu - den deutschen Zeitgenossen, der 10 Jahre alt war, als die Nazis zur Macht kamen, und über 20, als ihre Führer sich umbrachten oder gehenkt wurden? "Daß bestimmte Erfahrungen für diese Emotionen maßgebend und daß alle 'weltanschaulichen' Aussagen mit diesen Erfahrungen und Emotionen aufs engste verknüpft waren", muß ja ebenso für philosophierende Historiker gelten.

Tatsächlich räumt der Sohn eines katholischen Volksschullehrers aus Hattingen an der Ruhr "eine zwar unabenteuerliche, aber dennoch ungewöhnliche Lebensgeschichte" ein. Ein bißchen resigniert und ein wenig verschämt ringt sich Ernst Nolte den Satz ab: "Ich bin vom Kriege unberührt."

Auf knapp zwei von Tausenden Buchseiten - in "Streitpunkte", veröffentlicht 1993 - in seinen dickleibigen Werken läßt sich Ernst Nolte über seine persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse während der Nazizeit aus. Seine ganz offenkundig als Kränkung, wenn nicht gar als Demütigung empfundene Zurückstellung vom soldatischen Dienst begründet er im Text mit einem geheimniskrämerischen Hinweis: "Ein zufälliger Umstand physischer Art" habe ihm die Kriegsteilnahme erspart.

Im Gespräch kommt Ernst Nolte der Nachfrage zuvor. Mit fast verächtlicher Gebärde hält er dem Besucher seine linke Hand unter die Augen, an der die drei mittleren Finger verstümmelt sind. "Hier: ein Geburtsfehler. Ich war AV-Mann - arbeitsverwendungsfähig." Seinen Schimpf erhält diese Nazi-Kategorisierung aus ihrem Gegensatz zu kv - "kriegsverwendungsfähig".

Kv waren Noltes Mitschüler, "von denen viele bei Stalingrad und anderswo fielen, während ich studieren konnte. Das hat mir immer auf dem Gewissen gelegen". Ernst Noltes Stimme zittert, während er redet. Als er später auf den Tod seines jüngeren Bruders zu sprechen kommt, der 1944 als 17jähriger gefallen ist, ersticken ihm Tränen die Rede.

Plötzlich bleibt nichts mehr von der hochfahrenden Rechthaberei seiner wissenschaftlichen Diktion. Nolte klammert sich an seine im Buchtext vorformulierten kargen Selbstaussagen wie an Rettungsringe. Darin tut er so, als habe er sich in einem heldenhaften Entscheidungsprozeß zu der Erkenntnis durchgerungen, daß eine "konstitutionelle Unvereinbarkeit" zwischen den jungen Männern der Nazi-Bewegung und ihm bestehe. Hier die Jugend des "Führers", die er mit dessen Propaganda-Spruch vorstellt: "Flink wie Windhunde, zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl". Dort er, "eine, wie man damals sagte, künftige Intelligenzbestie".

In Wahrheit aber hat sich der junge Katholik Ernst Nolte nicht einmal verstecken können vor den Herrenmenschen der HJ, denn seinem Vater war vom Vorgesetzten "nahegelegt" worden, den Sohn zu den Pimpfen zu schicken. Nolte: "Ich mußte ins Jungvolk und in die HJ, ich war aber immer nur ein sehr einfaches Mitglied." Vor allem war der körperlich behinderte Knabe wohl nie ein vollwertiges Mitglied - am wenigsten vor sich selbst.

Die ambivalente Gefühlswelt jener Jugendjahre liegt plötzlich bloß. Unter der glatten philosophischen Sprache pulsiert bis heute ein kindlicher Emotionsbiotop aus Scham und Schmach, Wut und Ohnmacht. Der damalige Triumph des Überlebens und die haßerfüllte Selbstverachtung, der Drang, es trotz allem allen zu zeigen, brechen fast ungefiltert hervor, wenn der alte Mann aus dieser Zeit erzählt.

So gerät er unvermittelt ins Schwärmen über Geländespiele, während er über das Erbe der HJ aus der Jugendbewegung belehrt. Mit bitterer Selbstironie beschreibt er sich im Jargon des Marburger Psychologen Erich Jaensch als "Gegentyp" zu den nordischen Recken der Nazis, "ein dürftiges Bürschlein mit eingesunkener Brust und Brille auf der Nase".

Im schroffen Wechsel zwischen Stolz und Selbstverhöhnung schwankt Noltes Ton, wenn er

aus seiner Freiburger Studentenzeit erzählt: etwa, daß er 1944 im Seminar Martin Heideggers "der nahezu einzige männliche Student" gewesen sei. Oder wie er sich - unter Berufung auf sein Examen und auf ausgebombte Eltern - in den letzten Kriegswochen auch noch erfolgreich um die Einberufung zum Volkssturm drückte. War das pfiffig? War das feige?

Nichts spricht dafür, daß der Historiker sich ein halbes Jahrhundert später mit seiner persönlichen Vergangenheit versöhnt hat. Statt dessen umkreist er unermüdlich - in philosophischer Höhenlage zwar, aber immer an der Schmerzgrenze entlang - die Katastrophen und das Scheitern seiner jungen Jahre. Verbissen läßt er die nicht vergangene persönliche Geschichte "in wissenschaftlichem Geist" wieder aufleben - mit dem herausfordernd vorgetragenen Ziel, die Vergangenheit endlich vergehen zu lassen.

Sind Noltes zeithistorische Arbeiten also eine Art Buß-Ritual? Nolte bietet diese Erklärung an. Die "Last" der Bevorzugung, die ihn gegenüber den Gefallenen seiner Generation drückt, "war nicht dadurch abzuwerfen, daß ich mir den Haß oder den Stolz der wirklich Betroffenen zu eigen zu machen versuchte, sondern, daß ich der nächsten Ursache der Katastrophe, dem Nationalsozialismus, zwar in Abneigung, aber ohne Haß gegenübertrat".

So, sagt Ernst Nolte, sei seine "wissenschaftliche Haltung" gegenüber dem Faschismus entstanden. Von seiner Zeitzeugen-Rolle bis zum höheren Auftrag ist es dann nur noch ein Schritt. Hatte ihn nicht der Chef des Freiburger Wehrmeldeamtes 1945 vom Volkssturm freigestellt mit den Worten: "Es müssen ja auch ein paar intelligente Leute übrigbleiben"? War nicht sein geliebter Bruder, kurz vor dem Tod, mit den tröstenden Worten von der Mutter gegangen: "Hauptsache, Ernst bleibt über, von dem ist noch viel zu erwarten"?

So - "als Zivilist unter lauter Soldaten" - scheidet Ernst Nolte aus Hitlers Deutschem Reich. Ein Fremdling, ein Auserwählter. Und ebenso einzelgängerisch gestaltet sich später sein Einstieg in die Universitätslaufbahn der Bundesrepublik. Nolte: "Ich bin von Anfang an in der Zunft ein Außenseiter gewesen."

Auf Vorschlag des Historikers Theodor Schieder wird der Bad Godesberger Gymnasiallehrer 1964 an die Universität Köln berufen, damals eine akademische Sensation. Denn nicht nur ist Nolte ein reiner Zeitgeschichtler, dem der Nachweis erlassen wird, ob er sich wohl auch im 16. Jahrhundert auskennt. Er schreibt auch nicht eigens eine Habilitationsschrift, sondern er legt ein schon gedrucktes Buch vor, das von der Öffentlichkeit mit Respekt aufgenommen worden ist: "Der Faschismus in seiner Epoche".

Doch die Genugtuung, die Ernst Nolte bei der Schilderung seiner akademischen Karriere unverhüllt zur Schau stellt, birgt schmerzhaftes Enttäuschungen. Nicht, daß seine Laufbahn fortan ungewöhnlich gewesen wäre: Nach seiner Berufung zum ordentlichen Professor in Marburg (1965) ist er von 1973 bis zu seiner Emeritierung 1991 Ordinarius für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin gewesen.

Dennoch werden Vorbehalte spürbar. Empfindet der intellektuelle Perfektionist Nolte seine mangelnde formale Hochschulqualifikation trotz allem noch als Makel? Hat er nicht verwunden, daß eine ihm von Martin Heidegger versprochene Dissertation nicht zustande kam?

Nolte, der im Februar 1945 sein Studium nach sieben Semestern mit einem Not-Examen im Freiburger Bombenkeller abschließt, findet im Schuldienst Anstellung. Die Universität bleibt ihm versperrt, "weil man zu Beginn der fünfziger Jahre nicht Professor werden wollen konnte in Deutschland, man mußte von einem Professor aufgefordert werden". Doch schon 1950 scheidet er abrupt aus der Gymnasiallaufbahn aus. Denn aus Freiburg meldet sich Martin Heidegger: "Ich bin wieder da."

Bis 1952 hört Nolte den verehrten Philosophen, dem er sich schon 1944 "nähergekommen" glaubt, ohne indes bei ihm zu promovieren. Heidegger, damals schon Emeritus, nimmt keine Promotionen mehr an - "eine Enttäuschung" für Nolte bis heute, selbst wenn er sich zu überzeugen versucht, daß diese Entscheidung auf einer "allgemeinen Maxime" Heideggers beruht

habe und nicht gegen seine Person gerichtet gewesen sei.

Statt des Meisters betreut Eugen Fink Noltes Dissertation "Selbstentfremdung und Dialektik im Deutschen Idealismus und bei Marx". Anschließend wird der junge Mann wieder Lehrer.

So hat sich sein Lebensmuster verfestigt: Durchhalten gegen fast unüberwindliche Widerstände, Dasein unter dem Dauerjoch der vorzeigbaren Leistung, Einzelgängertum. Ernst Nolte, der sich als "doppelter Außenseiter" erlebt, hat mittlerweile der Welt seine Bedeutung bewiesen. Sich selbst aber muß er stets aufs neue überzeugen.

So hat Ernst Nolte den Sonderweg, den ihm das Leben aufnötigte, diese Mischung aus Defekten und Begabungen, Zuverlässigkeiten und Zufällen, zur Erfolgslaufbahn ausgebaut. Er hält auf seinen Einzelgängerruf, genießt es, etwa vom Kollegen Walter Laqueur, als "einsamer Wolf" gefeiert zu werden.

Einordnungen widersetzt er sich. "Ich bin heute kein Rechtsintellektueller", hat er unlängst in einer Polemik gegen Ignatz Bubis behauptet, der ihn beschuldigt hatte, Auschwitz zu relativieren und durch den Historikerstreit das gegenwärtige Hetzklima gegen Ausländer und Juden mit vorbereitet zu haben. Ist er nicht - höhnt Nolte dagegen - auch schon einmal als "Wegbereiter" der Linksinтеллектуellen betrachtet worden? Tatsächlich galt sein Buch "Der Faschismus in seiner Epoche" auch und gerade bei neomarxistischen Faschismusforschern als Standardwerk.

Ernst Nolte hat sich aber schon damals gesträubt, einer Strömung oder Richtung zugerechnet zu werden. Mit den 68ern, von denen ihn manche zunächst als einen ihrer Apostel betrachteten, bricht er früh. Er weigert sich 1967, eine Protestschrift gegen die Erschießung des Berliner Studenten Benno Ohnesorg zu unterschreiben. 1973 und 1974 wird seine Vorlesung an der Freien Universität boykottiert. Zwei Semester lang liest Nolte in Berlin vor leeren Bänken. Zugleich verdirbt er es sich aber auch mit den Amerikanern, deren Fachkollegenschaft er die harschen Verrisse seines Werkes "Deutschland und der Kalte Krieg" verübelt. ...

Nicht nur sind Noltes einfühlsame Faschismustheorien in Rom inzwischen wieder regierungsfähig. Hier stieß auch - während einer Urlaubsreise - der Studienrat Nolte 1959 auf ein philosophisches Jugendwerk Benito Mussolinis, das sich mit Marx und Nietzsche befaßte. Das elektrisierte ihn, legte Brüderschaft im Geiste nahe. "Donnerwetter", habe er gedacht, sagt Ernst Nolte, der oft "Donnerwetter" denkt: "Ein Politiker, der sich mit denselben Denkern beschäftigt wie du." Weil Mussolini zuerst Marxist war und dann Faschist wurde, habe er ihn schon früher für "die interessanteste Persönlichkeit des 20. Jahrhunderts gehalten". Das sei der Ausgangspunkt gewesen für sein erstes Faschismus-Buch.

Ein knappes Dutzend Bücher und drei Dutzend Jahre später kann niemand mehr sicher sagen, wohin ihn sein Denken geführt hat. Längst ist es nicht mehr nur die Sprache, die sich bei der "Ausschau nach dem Ganzen" in scholastischer Begriffshuberei auflöst. Auch der Standort des Historikers, seine ethischen und humanen Maßstäbe, scheinen verwischt bei den zwanghaften Anstrengungen, "die Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar zu machen".

Die Bilder des Films "Schindlers Liste" hätten ihn schon deshalb wenig beeindruckt, sagt Ernst Nolte, weil er ja aus den Akten weiß, daß alles noch viel schlimmer war. Das leugnet er nicht. Er "versteht" es. Rechtfertigt er es auch? Verzeiht er es?

Eher hat es den Anschein, als bemühe sich der deutsche Historiker Ernst Nolte darum, die realen Greueltaten der Nazis - ganz so wie die eigenen Erfahrungen von Schuld, Ohnmacht und Scheitern - zu entwirklichen, um sie aufgehen zu lassen in philosophischen Welt-Bürgerkriegs-Theorien.

Daß bei diesem gigantischen Ringen zwischen den Ideologien seit 1917 am Ende die westlichen Demokratien gesiegt haben, enthält der Historiker allerdings seinen Lesern vor. Auch hat sich Noltes Nationalsozialismus auf wundersame Weise aus fast allen deutschen Traditionen

und konkreten Bezügen verflüchtigt. Als wäre Auschwitz nur eine symbolische Chiffre. In Auschwitz ist der Historiker Ernst Nolte nie gewesen. Im vergangenen Dezember hatte er fest vor, dorthin zu fahren. Er wollte einen Vortrag halten. Aber dem denkenden Historiker blieb auch diesmal die Konfrontation mit der Wirklichkeit erspart: "Ich bekam eine Magenblutung."<<

Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Mai 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 (x853/...): >>Europa – "das gemeinsame Haus"?

... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen (360 oder 630 Mio.) Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:

"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expresß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasia-land."

Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.

Andere sehen in dem konstruktivistisch-gnostischen Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expresß ohne Wiederkehr in die Heimat.

Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen.

Da die Zeit drängt und der Expresß schon an Geschwindigkeit zunimmt, hat sich eine volkspädagogische Euro-Lyrik und Integrations-Semantik über die Lautsprecheranlagen eingespielt, mit denen Fragen übertönt und Antworten gegeben werden, die nicht erfragt wurden.

Die Werbe-Slogans für das "Phalansterium Euro 2000" (Phalanstere, frz.: ist die Produktiv- und Konsumgenossenschaft und zugleich Lebensgemeinschaft der Frühsozialisten), von verschleiender Lyrik befreit, lauten etwa wie folgt: ...

1. Europa wird "christlich" sein?

Die Devise "Europa - christlich", die von den ersten drei Baumeistern (K. Adenauer, A. de Gasperi, R. Schuman) in den Umlauf gebracht wurde, wird an den Meinungsbörsen der Metropolen nur noch lustlos gehandelt, dementsprechend niedrig ist ihr Kurs. ...

Eine Weltreligion soll es werden, die den Weltfrieden garantiert. Plakative Werbung unterscheidet allerdings oft nicht, ob die Trommel für die "Stadt Gottes" oder die "City of Man", für die "Stadt Babylon" oder das "Neue Jerusalem" gerührt wird. ...

- Der Euro-Staat in Errichtung hat bisher weder eine Verfassung mit Menschen-, Grund- und Bürgerrechten noch eine Verfassungsgebende Versammlung der besten Fachleute Europas.

Auch der Maastrichter Vertrag enthält in Art. B (Ziele der Union) keine ideellen, kulturellen oder religiösen Ziele.

- Das "Gemeinsame Haus Europa" - Haus ohne Hausordnung - ist nicht auf christlichem Fundament errichtet, ein Super-Staat ohne Verfassung ist ein monströses Konstrukt ...

2. Europa wird "multikulturell-multinational" sein

... Ob man sie kauft oder anbietet, sie ist da, die gemischte Gesellschaft. Auch der multinationalisierte Staat ist Realität. Die sogenannte doppelte Staatsbürgerschaft macht Ausländer zu Inländern. Seit 1993 leben 7 Mio. Nicht-Deutsche unter 80 Mio. Deutschen und verlangen/erhalten Gruppen-Rechte von ihren Gastgebern (Art. 20b GG, neu), die den Deutschen jegliche Integrationsanstrengungen untersagt.

- Menschen aus 60 (!) Nationen/Kulturen werden in deutschen Haftanstalten "resozialisiert", bevor sie sozialisiert werden konnten. Wer nach Dunkelziffern fragt, ist unhöflich, wer die Vermutung artikuliert, neben den 7 Mio. registrierten könnten noch weitere 7 bis 10 Mio. Ausländer "illegal" bei uns eingewandert sein, wird kurzerhand der "ausländerfeindlichen Gesinnung" verdächtigt und ausgegrenzt. "Überfremdung" war das "Unwort", das negativste, unaussprechlichste Wort des Jahres 1993.

Wo beginnt Überfremdung, bei 7 %, bei 21 %, bei?

- Den einen bedeutet "Multikultur" soviel wie Öffnung, Weite, Modernität, wie gegenseitige Bereicherung durch Austausch von Folklore, Backrezepten, Moden und Lebensformen, wie schieblich-friedliches Zusammenleben auf den Etagen und Korridoren des "Gemeinsamen Hauses", jeder nach seiner Fassung, aber in unlimitierter Toleranz und Solidarität gegenüber den Mitmenschen (H. Geißler, D. Oberndörfer, R. Scholz/CDU, P. Glotz/SPD, J. Fischer, D. Cohn-Bendit/Grün-Alt., J. Trittin/ehem. KBW).

- Für Informierte und Wissende hingegen ist "Multikulti" der Code für Auflockerung, Vermischung, Integration der Religionen, Weltanschauungen, Lebenswelten, der Sprachen, Bewußtseinsinhalte, Wertmaßstäbe.

So erklärt z.B. der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels György Konrad am 13.10.1991 selbstgewiß:

"Der Nationalismus, aggressiv von Grund auf, ist eine Ideologie des Hasses und eine Europäische Krankheit. Der Nationalismus hindert die Menschen Europas, Europäer zu werden. Das Zusammenwachsen zu einer europäischen Nation unter einem Weltrecht, muß das Ziel der gegenwärtigen Nationen sein. Das Europa von Morgen ist nur als eine multikulturelle, multi-nationale Einheitskonstruktion (!) vorstellbar".

Dieser Appell ist an die Menschen in Deutschland und Europa gerichtet: das Zusammenwachsen muß durch Einheitskonstrukteure beschleunigt und befestigt werden. G. Konrad scheint fest überzeugt, daß seine private Nationalismus-Theorie keine Ideologie und frei ist von Haß. Gegenwärtig können die Nationen Europas ihre Ziele noch selbst bestimmen.

Walther Leisler Kiep/CDU hält mit G. Konrad jedes Europa für "illusorisch", das an der Oder-Neiße-Grenze endet, das nicht alle Kulturen und Nationen zwischen Atlantik und Ural/Pazifik einbezieht und "integriert", ob sie wollen oder nicht. Was nicht zusammenwächst, wird zusammengeschmiedet mit Hilfe des Weltrechts und des ECU.

Bedenkenträger gegen diesen Kulturimperialismus/Internationalismus halten "Multikultur" für eine Absage an die christliche Kultur, an die gemeinsame Kultur Alt-Europas (Jerusalem - Athen - Rom). Lebenswelten, Lebensziele, Lebensführung sind eben kulturabhängig, und zwischen der Kultur der Briten, Franzosen, Italiener und Deutschen bestehen gewisse qualitative Unterschiede zu der der Kosovo-Albaner, Azeris, Tschetschenen, Muslime. Die Überformung und Einebnung dieser Unterschiede führt zum Kulturverfall, nicht zu einer neuen, integriert-angereicherten Kultur.

- R. Baader ("Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt"), der die lebendige Alltagssprache liebt und vor Verschleierungsdeutsch warnt, sieht in "Multikultur" ein "sozialistisches Zersetzungsinstrument, mit welchem das nihilistisch-emanzipatorische Polit-Gesindel des Westens die europäischen Kulturen je einzeln - und somit auch die "Europäische Kulturnation" als Gesamtheit - auflösen und politisch 'entsorgen' will". (Baader, S.

22). "Multikultur" gefährdet die Offene Gesellschaft, ist "Sprengsatz" für die politische Union Europas (Baader, S. 25).

- Nach B. Bandulet ("Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform") kommt unausweichlich mit der "Multikultur", mit dem "Haus der offenen Tür", mit der Ent-Grenzung des Staates die Multikriminalität, die Explosion der Gewalt, das faktische Zurückweichen des Rechts vor der Gewalt, die Re-Barbarisierung der Gesellschaft ins Gespräch.

- J. Rothkranz ("Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa") hält "Multikultur" für ein Instrument zur Auswechselung des "Volkes" - die rassistisch-völkisch-nationale Uniformierung des "Volkes" Pan-Europas (Rothkranz, S. 553/55) stehe auf dem Programm der Bauherren eines konstruktivistischen Europas. Dieses Programm sei in der Charta von Paris für ein neues Europa am 21.1.1990 festgeschrieben. Dabei geht es weniger um das Zusammenwachsen als um das Zusammenschmieden der 12/16 Nationen unter einem "Europa-Recht".

- Vor dieser Illusion und Ideologie "Multikulturalismus" glaubt auch Bassam B. Tibi, Göttingen die Europäer und Deutschen warnen zu müssen: Multikultur bedeute "Abschied Deutschlands von der europäischen Zivilisation" und Verlust der "kulturellen Identität" der Deutschen. (FAZ, 11.1.1994)

- In ähnlich eindeutiger Weise äußert sich auch die Tageszeitung "Israel-Nachrichten", Jerusalem (Nr. 64/93) zum Einwanderungsthema:

"Schuld an diesem Problem ist auch das Ausland, das von den Deutschen Dinge verlangt, die in anderen Staaten nicht praktiziert werden. Kein Land hält seine Grenzen schrankenlos offen", und weiter "die deutschen Politiker reagieren weltfremd, heuchlerisch und feige" und schließlich "1993 war auch ein Jahr der großen Angst. Die Unsicherheit im täglichen Leben wächst ständig. Man traut sich nachts nicht mehr aus dem Haus. Soweit hat es dieser Staat mit seiner gefühlsdusseligen (!) Nachsicht gegenüber Rowdies und Gewaltverbrechern gebracht." Wie gesagt, die von deutschen Juden in Israel herausgegebenen "Israel-Nachrichten", nicht die deutsche "Nationalzeitung" äußern sich so.

Die geschichtlichen Erfahrungen mit konstruktivistischen Vielvölker-Unionen (SU, Balkanstaaten, Libanon, Los Angeles) sind unheilsverheißende Zeichen auf der Wand und warnen die Euro-Illusionisten, die Spekulation in die "Aktie EUropa multikultura" weiter anzuheizen. Mit dem Papier könnten die Spekulanten selber abstürzen.

Weltfriedensreiche für 100 oder 1.000 Jahre zu errichten, ist Aufgabe von Propheten, Religionsstiftern und Missionaren. Politiker sollten sich damit bescheiden, die Inflations-, Arbeitslosigkeits-, Kriminalitäts-, Staats- oder Abgabenquote um 2 % zu senken.

Nach Karl Popper, dem Verteidiger der "Offenen Gesellschaft" gegen ihre "Feinde", ist von allen Ideen der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle. Der aufgeklärt-mündige Bürger setzt sein Vertrauen auf Realpolitik, nicht auf "gefühlsdusselige" Politikabstinenz oder nationalmasochistische Einebnungsbemühungen der gerade Herrschenden. Keiner auf der Welt wird reicher, wenn die Deutschen ärmer gemacht werden, damit der Chimäre Nationalismus keine Hörner wachsen.

3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?

Bundeskanzler H. Kohl, der 1991 die europäische Einigung als das "Herzstück der Politik" seines Kabinetts bezeichnete, konnte sich ein geeintes Europa nur als ein "demokratisches" Europa vorstellen, in dem Demokratie und Rechtsstaat unauflöslich mit der europäischen Idee verbunden bleiben. Bei Verleihung des Bayerischen Verdienstordens bekräftigte er, daß er keinen Euro-Zentral-Staat wolle: "Dieses Europa wird 'föderal' sein oder es wird nicht sein." (24.1.1994)

Zwei Jahre lang hatte der Bundeskanzler Zeit, den Vertragstext von Maastricht zu lesen und

nach "demokratisch-föderalen" Spurenelementen darin zu suchen. Was er den Bayern referierte, gehört in die Rubrik "Mythen, Sagen und Legenden aus dem Brüsseler Schatzkästlein". Der Kanzler selbst hat mit den anderen elf Regierungschefs für die Deutschen den Vertrag von Maastricht ausgehandelt. ...

Der Minister-Rat wird nicht gewählt, sondern von den 12/16 Mitgliedsstaaten gestellt. Bundeskanzler Kohl entsendet Herrn Kohl und Herrn Waigel in den Minister-Rat. In Bonn gehörten der Kanzler und der Finanzminister zur Exekutive, in Brüssel zur Legislative. Zu legislativen Kompetenzen ist der Minister-Rat demokratisch nicht legitimiert. Die "feierlichen Beschlüsse" entbehren zumeist der Legitimation, in der rechtsstaatlichen Demokratie haben Regierungschefs und Kabinettsmitglieder nichts zu "beschließen" (Rothkranz, S. 16), es sei denn, sie beschließen zurückzutreten.

- Die Europäische Kommission als zweites Gesetzgebungsorgan und gleichzeitig als Spitze der EU-Verwaltung (Exekutive) besteht aus derzeit 17 Kommissaren, die von den 12 EU-Regierungen "ernannt" werden (Art. 158 MV). "Ernennung" ersetzt in der Euro-Demokratie die demokratische Legitimation.

Auf gleich schwachen demokratischen Füßen steht die "Autonomie" der Europäischen Zentralbank und die "Unabhängigkeit" des Europäischen Gerichtshofes. Die Judikative des Euro-Staates (13 Richter und 6 Generalanwälte) wird von den 12/16 nationalen Regierungen "ernannt" (Art. 167 MV), nicht von Richterwahlausschüssen gewählt.

Zur "Unabhängigkeit" der Europäischen Zentralbank hat Ministerpräsident Mitterand zu verstehen gegeben, daß die EZB ausführendes Organ der Regierung sein werde, daß er und seine Regierung sich an Art. 7 des Protokolls über die EZB nicht gebunden fühlen. Frankreich hat eben ein anderes Verhältnis von Demokratie und "Autonomie".

Die 12/16 Regierungschefs erscheinen als absolutistische Herrscher mit fast schrankenloser Machtvollkommenheit ausgestattet. Aber auch dieser Eindruck täuscht. Über dem Parlament, das nichts zu sagen hat und über Minister-Rat und Euro-Kommission, die viel zu sagen, aber keine demokratische Legitimation vorzuweisen haben, "thront" als Super-Legislative der Europäische Rat der 12/16 Regierungschefs, der zweimal jährlich beschließt, was der Minister-Rat zu beraten und zu beschließen hat (Art. J. 8 MV).

Der Europäische Rat, so beschreibt es eine Informationsbroschüre 1990, "berät ohne feste Regeln", "locker", in "absoluter Vertraulichkeit" und "ohne förmliches Protokoll", er "unterrichtet" danach das Europa-Parlament über Ergebnisse der Beratung.

- Die Beratungs- und Beschlußvorlagen erhält der Europäische Rat von COREPER, dem "unbekanntesten Wesen" Europas, das nach R. Baader neben der Europäischen Kommission die Spitze der bürokratisch-zentralistischen Euro-Diktatur darstellt. ...

Das Europa-Parlament in Straßburg/Brüssel ist als "Vertretung der Völker Europas" gedacht. Es übt Beratungs- und gewisse Kontrollbefugnisse aus und ist am Rechtssetzungsprozeß "beteiligt", heißt es in den 28 Mio. DM verschlingenden Werbeprospekten für EUropa "wie es swingt und lacht".

- Richtig ist, daß dieses "Parlament" kein Parlament ist und bei der Rechtssetzung nichts zu sagen hat. Es kann insbesondere keine Gesetze einbringen, beraten, verhindern, es kann die Regierung (Kommission/Minister-Rat) nicht abwählen (Art. 160), und es kann nicht über die Einnahmen des EU-Etats befinden.

- Richtig ist auch, daß die Sitzverteilung im "Parlament" extrem ungerecht (undemokratisch) zu Lasten der Deutschen vorgenommen wurde:

1 Abgeordneter Luxemburgs vertritt 60.000 Luxemburger

1 Abgeordneter Belgiens vertritt 410.000 Belgier

1 Abgeordneter Frankreichs vertritt 700.000 Franzosen

1 Abgeordneter Deutschlands vertritt 1.000.000 Deutsche

Ein Wahlkreis in Deutschland ist also 16mal größer als in Luxemburg, 2 1/2mal größer als in Belgien und um ca. 40 % größer als in Frankreich oder England. Um des Friedens willen gibt sich "Michel" mit dieser diskriminierenden Sitzverteilung zufrieden, hat er doch den 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen und verloren - und "Marianne" hat immer Recht.

Noch ist nicht gesichert, ob den Deutschen nach der Vereinigung mit Mitteldeutschland weitere 18 Sitze im Straßburger Parlament zugewilligt werden. Deutschland ist nämlich um 17 Mio. Einwohner größer geworden, während England, Frankreich u. Italien bei rd. 57 Mio. stehen geblieben sind.

Frankreich läßt sich dieses Zugeständnis mit deutschen Millionenbeträgen für die Miete des Straßburger Parlamentsgebäudes "bezahlen", Demokratie hat eben ihren Preis. ...

Richtig ist weiter, daß diese "Vertretung der Völker" in zwei repräsentativen Parlamentsgebäuden tagt, aber nicht aus zwei Beschlußorganen wie etwa Oberhaus/Unterhaus oder Bundestag/Bundesrat besteht, daß sie also ein erhebliches Maß an Demokratiedefizit aufzuweisen hat. Zum Abbau dieses Defizits an Demokratie und zur Förderung der Politischen Union wurde in Maastricht die Gründung des "Ausschuß der Regionen" als "tragende Säule der Europäischen Union" beschlossen. Dieses neue Organ konstituierte sich am 8./9. März 1994 in Brüssel.

Vereinbart wurde, daß Deutschland in diesem Ausschuß 24 von 189 Sitzen erhält, also ein Stimmgewicht von 12,7 % bei einer Zahllast von rd. 30 % der Kosten für Europa bekommen soll. Die "Region Bayern" ist in diesem tragenden Organ mit einem, höchstens zwei Abgeordneten vertreten, um Interessen der Bayerischen Motoren- oder Brau-Werke zu vertreten. Der geplante Beitritt weiterer Staaten Ost-Europas verringert das Stimmgewicht und erhöht die Zahllast der deutschen "Region".

Sir R. Dahrendorf, Oxford hält den Vertrag von Maastricht nicht für einen Einigungs-, sondern für einen Spaltungsvertrag, gegen den sich in England und überall Widerwille erregt. Zumindest den desillusionierenden Terminus "irreversibel" möchte R. Dahrendorf aus der Euro-Semantik gestrichen sehen.

Sein Appell "Europa muß (!) demokratisch sein - oder es hat keine Zukunft" (SPIEGEL, 3.1.1994, S. 28/9) wird durch zahlreiche Wissenschaftler gestützt, z.B. durch die "European Constitutional Group" (13 Wissenschaftler aus europäischen Forschungseinrichtungen), die 10 erhebliche verfassungsrechtliche "Webfehler" am Maastrichter Vertrag, speziell an der Politischen Union entdeckt hat (FAZ, 28.8.1993).

4. Europa wird eine "Union der Vaterländer" sein - oder wird es die "Vereinigten Staaten" sein?

Von einem "Europa der Vaterländer" (Ch. de Gaulle) ist von Europolitikern aller Couleur nichts mehr zu hören, seit Maastricht entwickelt sich der Euro-Staat zu einem zentralistischen Bundesstaat ohne Einfluß des Euro-Parlaments, des "Ausschuß der Regionen" und der noch bestehenden Parlamente der Nationen. Der Ausstieg Dänemarks und Englands und die äußerst schlappe Zustimmung der Franzosen zum Maastrichter Vertrag (bei einer Wahlbeteiligung von 70,6 % votierten 51 % für Maastricht = 36 % der wahlberechtigten Franzosen) hat den Trans-Europa-Expres nicht zum Halten, eher schon zu einer Beschleunigung der Geschwindigkeit gebracht, nicht zuletzt durch Drängen Bundeskanzler Kohls.

Bundespräsident R. v. Weizsäcker umriß beim Empfang des Diplomatischen Corps die gegenwärtige Europa-Politik mit folgenden Worten: "Das außenpolitische Ziel Deutschlands sei das vereinte Europa." Dieses Europa sei die "Einigung unseres Kontinents", nicht "saturierter Zustand", sondern "dynamischer Prozeß".

Die Deutschen haben sich auf die lange Reise, nicht auf das Ziel einzustellen, denn, so der Bundespräsident, "Europa muß 'mehr' werden als ein Europa der Vaterländer" -. Alle Völker sollen daran Anteil haben.

Unser Bundespräsident hat Sinn für Visionen. Die Vision deutscher Außenpolitik nach Maastricht ist ein Kontinental-Europa ohne Grenzen, ein grenzenloses Groß-Friedens-Reich gemäß der Euro-Hymne "Seid umschlungen Millionen ... Brüder".

Nach der Überwindung der alten Trennungslinie durch den Kontinent dürfe es keine neuen Gräben geben. Vielmehr müsse deutsche Außenpolitik Kontinental- und Globalpolitik werden und die Versorgung bzw. die Lebenschancen für "alle" Erdbewohner zum Ziel haben. (Bulletin 18.1.1994, S. 27)

"Mehr" als ein "Europa der Vaterländer" ist ein Bundesstaat Europa oder ein Welt-Staat für alle Erdbewohner, in dem sich deutsche Politik um die Versorgung und Verbesserung der Lebensqualität "aller" 6 Mrd. Erdbewohner verantwortlich fühlt. ...

5. Das "Haus Europa" wird im "sozialen Wohnungsbau" errichtet, sonst ziehen die "sozial Schwachen" nicht ein

Das Ziel der europäischen Sozial-Union ist es, den "sozialen Fortschritt durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu fördern", die "Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken" und "dem relativen Wohlstand der Mitgliedsstaaten Rechnung zu tragen". (EU-Vertrag Protokolle, S. 237 ff.)

Weiterhin aber auch "Hebung der Lebenshaltung" in den Mitgliedsstaaten, insgesamt also die "Verbesserung und 'Angleichung' der Lebensbedingungen". (Art. 117 EG-Vertrag)

"Angleichung" wird so verstanden, daß den unterdurchschnittlich Wohlhabenden dazugegeben, was den überdurchschnittlich Wohlhabenden weggenommen wird - ganz sozial - sozialistisch.

Der EU-Vertrag schafft die Voraussetzungen eines gigantischen Umverteilungskarussells von Norden nach Süden. Zur Erreichung dieses "Sozialziels" werden in Brüssel Umverteilungsfonds in großer Anzahl als "Struktur- oder Kohäsionsfonds" errichtet.

Aus diesen Fonds erhalten die "schwächeren" Staaten, Regionen, Wirtschaftszweige jährlich Euro-Subventionen (vgl. Art. 123 EG-Vertrag) in großem Umfange (rd. 22 Mrd.) als Geschenk.

Als "schwach" wurden solche Länder definiert, die ein Pro-Kopf-Sozialprodukt von weniger als 90 % des durchschnittlichen EU-Pro-Kopf-Sozialprodukts erreichen. Wer also 10,1 % weniger Wohlstand hat als der EU-Durchschnitt, ist "arm", wer mehr als 1 % über dem Durchschnitt liegt, ist "reich".

Nach den natürlichen, historischen, ökonomischen oder politischen Ursachen dieser relativen Unterentwicklung und Ungleichheit wurde dabei nicht gefragt.

Das bedeutet aber für die wohlhabenderen Mitgliedsstaaten eine höhere "Besteuerung" ihrer Leistung. Die Bestrafung der Leistungsfähigen, so wird unterstellt, wird ihre Solidarität mit den "Schwachen" nicht schwächen.

- Die "schwachen" Länder und Regionen der EU sind zufällig auch die, die dem leistungsfeindlichen Sozialismus/Kommunismus frönen, nämlich Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Italien und Frankreich. ...

Im 20-Jahresdurchschnitt streikten die italienischen Arbeitnehmer 26mal so viel und die spanischen Arbeitnehmer 17mal so viel wie die deutschen Kollegen.

Wer in der EU wenig leistet und oft streikt, erhält viel Strukturbeihilfen aus Brüsseler Fonds, wer in die "Hände spuckt und das Sozialprodukt hebt", erzeugt unerwünschte Wettbewerbsverzerrungen und wird Nettozahler auf dem Umverteilungskarussell. Auf diese Weise will der Minister-Rat die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten stärken, die Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen und die Streikfreude "vergolden".

Zu den "starken" Staaten zählen Deutschland, England, Frankreich und Italien. Diese sind Nettozahler, jene Nettoempfänger aus den Fetttöpfen der EU.

Im Jahre 1992 hatte die EU rd. 137 Mrd. DM Ausgaben; bis 1999 sollen diese verhältnismä-

ßig moderat auf 165 Mrd. DM, also um ca. 22 % (in 7 Jahren) steigen, nach zweistelligen Wachstumsraten in den vorausgegangenen Jahren.

Von den 137 Mrd. Ausgaben zahlte Deutschland alleine 36 Mrd. = 26 % (brutto).

- Nach dem Bundesbankbericht Nr. 11/93 war Deutschland 1992 mit 19,4 bis 22 Mrd. DM größter Nettozahler - Zahlmeister der EU. Großbritannien erhält auf die Euro-Fahrkarte einen Sozialrabatt von 60 % und zahlt statt 10,7 nur 4,7 Mrd. DM, Frankreich ist Nettozahler von 2,8 Mrd. und Italien von 1,0 Mrd. DM.

Deutschland zahlt also rd. 30 %, mit der Tendenz zu 38 % der EU-Ausgaben

Deutschland zahlt das 6 1/2fache von Frankreich

Deutschland zahlt (netto) 2 1/2mal mehr als Frankreich, England und Italien zusammen zahlen

Deutschland zahlt 1,5 Mrd. DM mehr, weil England 6 Mrd. DM Preisnachlaß durchsetzen konnte.

Diese Lastenverteilung soll die "Solidarität zwischen den Mitgliedern der EU stärken", die Lebensbedingungen angleichen und die Lust auf Europa verstärken.

Im gleichen Jahr erhielten

Irland rd. 4 Mrd.

Portugal 4 Mrd.

Spanien 5 Mrd.

Griechenland 7 Mrd. = insgesamt 20 Mrd. DM aus dem EU-Haushalt.

Damit sollen Verkehrswege, Rohr- und Kabelnetze in den sozialschwachen Staaten gebaut werden, um so die Produktivität und das Einkommensniveau dieser Staaten und die "Lebenshaltung" der Griechen, Südtaliener, Spanier und Portugiesen zu "heben".

Dafür werden in den nächsten 6 Jahren 800 Mrd. DM benötigt - davon 33 % von Deutschland aufzubringen.

Deutschland "exportierte" also allein in 1992 zwischen 38.000 und 44.000 Arbeitsplätze ans Mittelmeer, wenn man unterstellt, daß ein deutscher Arbeitsplatz 1/2 Mio. DM kostet.

- Schließlich drängt sich die Frage auf, warum Deutschland den vier "schwachen" Ländern die 19-22 Mrd. DM nicht direkt überweist, erst Brüssel dazwischenschaltet. Das könnte erstens die Solidarität der vier Beschenkten mit dem Schenker erhöhen, das könnte zweitens einige von den 25.000 Umverteilungsplanstellen in der Brüsseler Beamtenhierarchie einsparen, und das könnte schließlich die Empfängerländer daran gemahnen, daß auch bei der Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik (Art. K 1 EU-Vertrag) Solidarität, Zusammenarbeit und gerechte Lastenverteilung zur "Erreichung der gemeinsamen Ziele der Union" gefordert sind. Auf diesem Gebiet besteht zwar kein Demokratie-, wohl aber ein Gerechtigkeitsdefizit und großes Sozialdefizit.

Deutschland hat bis 1992 insgesamt 177 Mrd. DM in die Euro-Fonds eingezahlt und wird bis 1999 weitere 200 Mrd. einzahlen müssen, rd. 100 Mrd. DM mehr als ihm im Versailler "Vertrag" aufoktroziert wurden. B. Bandulet: "Maastricht, das ist Versailler Vertrag ohne Krieg". In den Augen prominenter französischer Politiker (Ph. Seguin, M. Rocard) ist die Europäische Union ein Instrument, um Deutschland zu fesseln. ...

Für Europa darf es keine "neuen Gräben", keine Grenzen geben, jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Union zu werden" (Art. 0 MV). Bei den "Beitrittsprämien", die in Aussicht stehen, ist es gar nicht verwunderlich, daß Norwegen, Schweden und Finnland, Litauen, Estland und Lettland, Polen, Ungarn, Tschechien und Ukraine, Österreich, Türkei und Malta ihre Beitrittsbereitschaft bekunden oder den Antrag schon gestellt haben, wie die Schweiz. Zwei wahrscheinlichen Nettozahlern (Österreich und Schweden) stehen mindestens zehn Nettoempfänger gegenüber, die alle gleiches Stimmgewicht, aber höchst unterschiedliche Zahllasten erhalten, zweimal zu Lasten der Deutschen.

Die Umverteilung von West nach Ost geht jetzt richtig los. Es bleibt die Hoffnung, daß mit diesen ECU-Geschenken die Freundschaft, die Demokratie und die "Partnerschaft für den Frieden" trotz der Kriege auf dem Euro-Kontinent gestärkt werden. In Bankenkreisen nennt man diese Politik "Cash gegen Hoffnung".

In der Demokratie entscheiden nicht Herr Schmidhuber oder Herr Schmidbauer, die davon leben, sondern der mündige Bürger und Steuerzahler, die dafür arbeiten und Verzicht leisten, ob der deutsche Solidaritätsbeitrag zum Euro-Staat gerecht oder ausbeuterisch ist. Ist es gerecht, wenn Irland für jeden eingezahlten ECU 6 ECU zurückerhält und Deutschland für 6 eingezahlte ECU einen zurückbekommt?

Gegen Schmidhubers (CSU) These von der "angemessenen Beteiligung Deutschlands an den Kosten der EU" sprechen folgende Zahlen.

Deutsche Zahlungen an die EU (in Mrd. DM)

...

Die deutsche Bruttozahlung hat sich von 1978 bis 1991 verdreifacht, von 1983 bis 1991 verdoppelt und von 1988 bis 1991 um 30 % erhöht.

Demgegenüber hat sich die deutsche Nettozahlung an die EU von 1978 (2,3 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) verachtfacht (!) von 1983 (6,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) mehr als verdreifacht von 1988 (13,0 Mrd. DM) bis 1991 (19,0 Mrd. DM) um 50 % erhöht.

Haushaltsausgaben der EU (in Mrd. DM)

1981: 44,7

1983: 55,4 = 23 % + in 2 Jahren

1985: 62,7 = 13 % + in 2 Jahren

1987: 73,1 = 16 % + in 2 Jahren

1989: 85,6 = 17 % + in 2 Jahren

1991: 113,3 = 32 % + in 2 Jahren

1992: 128,8 = 6 % + in 2 Jahren

...

Die Haushaltsausgaben der EU haben sich von 1983 bis 1991 verdoppelt, von 1988 bis 1991 sind sie um 43 % gestiegen. Das Haushaltsvolumen der EU von 1981 bis 1994 expandierte exzessiv um 300 %, die deutsche Nettozahlung 78/91 explodierte um 800 %.

Das ist ungerecht und Ausbeutung der Deutschen, weil deutsche Politiker in Brüssel Euro-Interessen gegen deutsche Interessen durchsetzen, ganz im Gegensatz zu französischen, englischen, spanischen, griechischen Politikern.

Deutsche Euro-Politiker sollten das auch den deutschen Bürgern ehrlich eingestehen. Halbwahrheiten und Unwahrheiten desinformieren und desorientieren den Bürger.

Ernsthaft zu bezweifeln ist schließlich die Beschwichtigungsformel, die der EU geschenkt 20 Mrd. jährlich, die der GUS geschenkt und geliehenen 80 Mrd. und die den Polen erlassenen 12,5 Mrd. würden ja doch "irgendwie" als Exportaufträge an die Bundesrepublik "zurückfließen". ...

Die deutschen Verhandlungsführer (Kohl, Genscher, Kinkel, Waigel u.v.a.) sind gehalten, ihr politisch-soziales Gewissen an Art. 56 GG zu überprüfen:

"Wohl und Nutzen des deutschen Volkes" müssen nicht ganz und gar der europäischen Idee und dem Sozialsozialismus des Euro-Wohlfahrtsstaates, der Demokratisierung Kontinentaleuropas und der Weltfriedensstiftung geopfert werden.

6. Europa wird eine "irreversible" Wirtschafts-Einheit und eine "unkündbare" Währungsgemeinschaft sein

Bevor die Europäische Union von 12 auf 16 oder 24 Mitgliedsstaaten erweitert wird, soll sie über die Wirtschafts- zur Währungs- und zur Politischen Union vertieft werden.

Nach Art. B des Maastrichter Vertrages gehört die "Errichtung einer Wirtschafts- und Wäh-

rungsunion, die auf längere Sicht auch eine 'einheitliche' Währung nach Maßgabe dieses Vertrages umfaßt", zu den zentralen Zielen der europäischen Einigung.

An der Frage: Bleibt das Modell der sozialen Marktwirtschaft Leitbild der Wirtschafts-Union oder wird dieses Modell durch französische Vorstellungen von "Industriepolitik" ausgewechselt, entzündet sich die Diskussion zwischen den Befürwortern und den Bedenkenträgern. Bei Durchsicht des Vertrages (Titel XIII Industrie, Art. 130 bis 130p) fällt auf, daß der Terminus soziale Marktwirtschaft nicht erscheint, es wird durchgehend von den Kompetenzen des Minister-Rates und der Kommission gegenüber den Industrieunternehmen und den Industrieregionen gesprochen.

Der Euro-Staat setzt Ziele, er verpflichtet die Mitgliedsstaaten, ihre Wirtschaftspolitiken den Zielen unterzuordnen, die Kommission überprüft, ob die Ziele erreicht wurden, Regionalfonds fördern die "rückständigen Gebiete", der Staat fördert die "bessere Nutzung des industriellen Potentials".

- Alle Initiativen gehen von der EU-Kommission aus, sie macht dem Rat Vorschläge, der Rat gibt diesen Gesetzeskraft, die Kommission überwacht und fördert (mit Geld) die Durchführung. Alle Entscheidungen sind in Brüssel zentralisiert, den selbstregulierenden Kräften des Marktes wird offenbar wenig Bedeutung beigemessen. Der Euro-Staat (Kommission und Rat) initiiert, fördert und kontrolliert, aber den Staat kontrolliert niemand. ...

Der Wirtschaftsprofessor J. Starbatty (FAZ 15.1.1994) kritisiert,

- daß im gemeinsamen Markt alle (natürlichen, historischen, politischen) Unterschiede als Wettbewerbsverzerrungen interpretiert und egalisiert werden,
- daß durch Euro-Gesetze und -Verordnungen neue Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU oder im Welthandel entstehen, wie z.B. bei den europäischen und südamerikanischen Bananen, bei den französischen und deutschen LKW-Steuern, bei den deutschen, italienischen und französischen Stahlstandorten,
- daß kein unabhängiges Amt für europäischen Wettbewerb vorgesehen ist, daß mit jedem Schritt in Richtung Zentralismus, Staatsdirigismus, Staatsinterventionismus ein Stück soziale Marktwirtschaft und bürgerliche Freiheit abgeschafft wird.

... Die "Unwiderruflichkeit" der Währungs-Union wurde auf "deutschen Antrag" hin in den Maastrichter Vertrag aufgenommen (Fr. Mitterand). Die Währungs-Union der 11 Mitgliedsstaaten begann am 1.1.1994 mit der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), Sitz Frankfurt/M. Dieses Institut soll die Voraussetzungen für die Währungs-Union schaffen und ab sofort die "Koordinierung der Geldpolitiken" der Mitgliedsstaaten verstärken, verschiedenste Konsultationen durchführen, die technische Einführung der Euro-Währung (ECU) vorbereiten und die Währungsreserven der nationalen Notenbanken schrittweise übernehmen und verwalten. Damit erhält Brüssel direkten und unkontrollierbaren Zugriff auf deutsche und andere nationale Währungsreserven.

Zwischen 1997 und 1.1.1999 wird das EWI durch die Europäische Zentralbank, wird die DM durch den ECU abgelöst, wird die autonome Bundesbank zur Filiale der EZB, nachdem sie zuvor die deutschen Währungsreserven (DM 120 Mrd., wahrscheinlich aber sehr viel mehr) auf die EZB übertragen (internationalisiert) und je 2,- DM in 1 ECU umgetauscht hat. Ob dann 1 ECU dieselbe Kaufkraft hat und behält wie vor dem Stichtag 2,- DM hatten, weiß niemand zu sagen, das wird sich herausstellen.

Am 1.1.1999 sollen dann, so wird versprochen, aus vielen auch schwachen nationalen Währungen mit Inflationsraten zwischen 3 % und 18 % (1993), wie durch ein Wunder, eine starke, europäisch-internationale Währung entstehen, die "mindestens" so stabil ist, wie die DM in den vorausgehenden 50 Jahren war. Von dieser dritten Stufe an bestimmt die EZB "autonom", welche Geldmenge, welcher Diskontsatz, welcher Wechselkurs für Europa "gut" ist. Und was gut ist für EÜropa, ist auch gut für Deutschland.

- Aber nicht nur die Währungsreserven (120 bis 200 Mrd.) sondern auch die Schuldengebirge der 12/16 Mitgliedsstaaten werden internationalisiert. Die Mitgift der Deutschen 200 Mrd. Reserven und 2.000 bis 3.600 Mrd. Schulden, von der Mitgift Griechenlands, Belgiens, Italiens gar nicht zu reden.

Im "Zentralbankrat" der EZB hat Deutschland eine oder zwei Stimmen von 12, 16 oder 24 - formal ganz demokratisch: one man, one vote. ...

- 60 deutsche Wirtschaftsprofessoren der ordo-liberalen Schule halten die Maastrichter Beschlüsse zur Wirtschafts- und Währungsunion in "entscheidenden 11 Punkten" für ungeeignet, das "konfliktarme Zusammenwachsen in Europa" zu erreichen.

Was im August 1993 begann - die praktische Aufgabe des Europäischen Wechselkurssystems (EWS) mit relativ festen Wechselkursen unter dem Leitkurs des ECU - könnte 6 Jahre später oder früher den Kontinent in eine schwere Geld-, Währungs-, Wirtschafts- und Sozialkrise stürzen.

Auf dem Internationalsozialismus lassen sich keine "gemeinsamen Häuser" errichten, weil bald alle durchschnittlich arm sind und nichts mehr umzuverteilen ist. Wo bleibt eigentlich die sozialdemokratische Euro-Opposition, die vor hastigen Schritten der "illusionistischen" Regierung und der Euphoriker warnt, wenn sie als Partei der kleinen Leute die "Sorge der Bürger um die Stabilität der DM für nicht unberechtigt" hält? ...

Man muß es ihnen lassen, die Europa-Architekten haben Sinn für Symbole und Zufälle, denn die Architektur ist "für das Europa des 21. Jahrhunderts" ersonnen worden, wie der Professor für politische Bildung P. Fontaine, Paris in "Zehn Lektionen" (Mai 1992) doziert:

"Die Europäische Union ist ein einmaliges Gebilde, das zwischen der Regierungszusammenarbeit und der Föderation angesiedelt ist", "die Union hat die Aufgabe, langfristig sämtliche demokratischen Länder des Kontinents(!) zusammenzufassen. Aber dieser Prozeß wird selbstverständlich schrittweise vonstatten gehen" und schließlich "die gegenwärtige Gemeinschaft" soll in der Architektur Europa 2000 "die Rolle des föderalistischen Motors des ganzen Kontinents spielen" (S. 36-7).

Die Architekten und Baumeister des "Gemeinsamen Hauses" sind sich darin einig, daß alle Länder des Kontinents vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik, vom Nordpol bis zum Äquator unter einem Staat, unter einer Regierung, einer Verfassung, einem Recht zusammengefaßt werden sollen.

Auch Bundespräsident R. v. Weizsäcker will die "Einigung unseres Kontinents", will aus Europa "mehr" machen als ein "Europa der Vaterländer", will allen Völkern daran Anteil geben und will mit der Europapolitik und mit Europa die Lebenschancen "aller Erdbewohner" verbessern.

Daher stellt sich die Frage, wie EUropa aussehen wird, wenn sich die "europäische Idee" im 21. Jahrhundert, in 6 Jahren also, verwirklicht hat, schrittweise versteht sich.

7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Welt-Religion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein

Diese These vertritt natürlich kein Politiker, sie könnte den Bürger verschrecken und wird deshalb nur in volkspädagogisch bekömmlichen Häppchen vorgetragen, zuerst von den Baumeistern, dann von den Maurern und Handlangern.

In der Ansprache des Bundespräsidenten am 12. Januar 1994 wird das Ziel der "langen Reise" wie folgt angedeutet:

"Auch im vergangenen Jahr habe ich auf zahlreichen Reisen Länder in Afrika, Asien und im Pazifik, in Amerika und Europa besucht", "diese Reisen dienen nicht allein dem politischen Dialog, sondern auch den 'Signalen nach Hause'. Wir sind als Deutsche nicht nur Europäer. Wir leben gemeinsam auf unserem Planeten Erde. Unsere gegenseitige Abhängigkeit wächst

von Jahr zu Jahr."

So wird aus deutscher Außenpolitik planetarische, globale oder Weltwohlfahrtsstaatspolitik als "neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Idee" nach Maastricht. Diese These 7 vertritt J. Rothkranz (S. 514).

- Für Bundeskanzler H. Kohl ist Maastricht-Europa eine Wahlentscheidung über Krieg oder Frieden im 3. Jahrtausend christlicher Zeitrechnung.

Aus der Sicht des Kritikers an sozialistischen Ideen und gnostischen Weltfriedensreich-Utopien ist diese Art Kontinentaleuropa die vielleicht gefährlichste Idee nach der Wende.

Mit Karl Popper und Wolf Biermann wissen wir: "Wer immer den Himmel auf Erden sucht, wird in der Hölle landen. Und wer (wie H. Heine und K. Marx) das Paradies verspricht, der bereitet uns auf eine Karriere als KZ-Opfer oder als KZ-Aufseher vor. Traurig, aber wahr? Nein. Das ist nicht traurig, denn das ist die Wahrheit." (W. Biermann, in „Israel-Nachrichten“ v. 31.12.1993)

Die Wahrheit über Europa?

Die Bewohner des "Haus Europa 2000" sind aufgerufen, "in Verantwortung vor Gott und den (Mit-)Menschen" von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer die drei oben genannten Titel gelesen hat, weiß, was zur Wahl ansteht und weiß, wen er wählt, wenn er wählt. Er weiß auch v.a., was und wen er unter keinen Umständen freiwillig wählen darf.<<

Die deutsche Publizistin Inge M. Thürkauf berichtete später über das Christentum und die Neue Weltordnung (x939/...): >>Die christliche Botschaft in den Fängen der Neuen Weltordnung

Die **Neue Weltordnung** ist ein Begriff, der mit Beharrlichkeit als "Verschwörungstheorie" zur Seite geschoben wird, obwohl führende Politiker immer öfter in ihren Reden Formulierungen wie "die eine Weltregierung", "Globalisierung" oder "global governance" einflechten lassen - nicht selten in Zusammenhang mit der Agenda zur Dezimierung der Macht souveräner Staaten und der **Einen-Welt-Religion**. Die Neue Weltordnung ist mit Sicherheit keine Verschwörungstheorie, sondern das politisch korrekte Zukunftsprogramm der zurzeit mächtigsten Organisation der Welt: der **UNO** mit ihren übergeordneten Ratgebern.

Der britische Historiker Anthony Sutton wird deutlich, wenn er schreibt: "Die Gesellschaft soll verändert werden, die Welt soll verändert werden, um eine Neue Weltordnung hervorzu- bringen. Dies wird eine geplante Ordnung sein, mit einer strikten Einschränkung der individuellen Freiheit, ohne verfassungsmäßigen Schutz (constitutional protection), ohne nationale Grenzen oder kulturelle Unterschiede." Er spricht hier also in aller Offenheit vom Anachronismus nationaler Grenzen und kultureller Mannigfaltigkeit, und zwar global.

Erste Anzeichen einer fortschreitenden Veränderung der Gesellschaft **war das Programm der New Age Bewegung**, die Menschen und Völker zu einer universalen kommenden Weltgemeinschaft aus allen Rassen, Kulturen, Religionen und Ideologien zusammenführen sollte. Zur Entkernung christlich-abendländischer Werte gab es Angebote, Praktiken und Methoden, die darauf abzielten, die herkömmlichen Denkweisen der Menschen umzuformen. Es waren nicht nur die verschiedenen Bausteine im Zeichen des Wassermanns, wie Esoterik, Magie, Okkultismus, Selbsterlösung, östliche Philosophie, Geistheilung, etc., die die Grundrezepte lieferten, sich vom abendländischen Denken loszusagen.

Das neue Zeitgeistgefühl brach sich auch Bahn mit neuen durch Werbung und Medien indoktrinierte Gebräuche und Handlungen, denen die Gesellschaft Jahrzehnte hindurch freiwillig und mit Eifer gefolgt ist. Weltweit werden Jeans getragen, von Männern wie von Frauen. Kaugummi, Coca Cola, McDonalds sind kaum mehr wegzudenken, wir grüßen von Hammerfest bis Sizilien im gleichen Sing-Sang-Ton mit Tschüüü, machen Lärm à la Hard Rock oder Heavy Metal und nennen es Musik.

Die Anglizismen in unserer Sprache werden zu Zeichen unseres post-modernen Fortschritts,

wir mailen die news, wir suchen einen Job etc. Die Faszination der Filme à la Hollywood sowie das Fernsehen mit seinen ungezählten Kanälen haben das Denken und Fühlen einiger Generationen von Kindesbeinen an besetzt. Dies alles waren Vorboten der Neuen Weltordnung, die wir ohne große Überlegungen übernommen und zum Teil verzückt verteidigt haben: es ist doch "in", und "man" denkt eben heute so, denn die Zeiten haben sich geändert.

Können wir uns der Sogwirkung dieser alles gleichschaltenden, kulturauflösenden und sich am Banalen ergötzenschen Scheinwelt überhaupt noch entziehen? Für eine Welt ohne Grenzen sind diese neuen Wertvorstellungen notwendige Gradmesser und vor allem im Interesse der Globalisierer, die sich mit ihren Plänen kaum mehr zurückhalten. Sie enttarnen sich selbst.

Am 14.5.1947 verriet Winston Churchill in einer Rede in London einige angloamerikanische Ziele in Bezug auf die Zukunft Europas: "Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. **Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben.**

Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. **Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles.**"

"Frieden" auf Erden Dank der Neuen Weltordnung

Der Gedanke einer neuen Weltordnung ist für amerikanische Präsidenten ein alter Traum. **George H. W. Bush erklärte am 11. September 1990** (auf den Tag genau elf Jahre vor dem magischen Datum 9/11) vor dem amerikanischen Kongreß: **"Wir haben vor uns die Möglichkeit, für uns selbst und für die zukünftige Generation eine Neue Weltordnung zu schaffen.** ... Eine Ordnung, in der eine glaubwürdige UNO ihre friedenserhaltende Rolle anwenden kann, **um das Versprechen und die Vision der UN-Gründer zu erfüllen.**"

Dabei wird der Schwerpunkt bei der Etablierung der Neuen Weltordnung auf die Sicherung des Weltfriedens gelegt. Bei seiner jährlichen "State of the Union-Ansprache" im Februar 1991 entfaltete Vater Bush seine Vision: "Es ist eine großartige Idee: eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen in gemeinsamer Sache zueinander gezogen werden, um die universellen Bestrebungen der Menschheit, Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzesordnung zu verwirklichen. ...Nur die Vereinigten Staaten haben beides: das moralische Stehvermögen und die Mittel, sie zu unterstützen."

Während er dies verkündete, war der zweite Golfkrieg in vollem Gange.

Auch Woodrow Wilson, Präsident von 1913-1921, strebte eine globale Ordnung unter der Führung Amerikas an, um den Frieden in der Welt zu sichern. Der Erste Weltkrieg hat diesen Friedensplan verhindert. Ebenso brachten die Bemühungen Franklin D. Roosevelts (1882-1945), den globalen Frieden mit Hilfe Amerikas zu errichten, durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in den Amerika eingetreten ist, offensichtlich nicht das gewünschte Resultat.

Atome für den Frieden

Ein Ereignis aus der Biographie meines Mannes beschreibt anschaulich und aufschlußreich die globalen Friedensziele Amerikas. In den 1950er Jahren propagierte der damalige Präsident General Eisenhower ein weltweites Projekt mit dem Schlagwort: "Atome für den Frieden". Alle Länder der Erde sollen in den Genuß von Atomenergie gelangen. Verfügten erst sämtliche Regierungen über genügend Energie, würden Kriege damit ausgeschaltet werden. Was für den Bau der Atomkraftwerke noch fehlte, war das schwere Wasser.

Unter der Leitung meines Mannes wurde am physikalisch-chemischen Institut der Universität Basel eine Anlage gebaut und betrieben, mit der es gelang, das schwere Sauerstoffisotop 18 auf eine Konzentration anzureichern, die damals in der ganzen Welt nirgends zur Verfügung

stand. 1959 beauftragte ihn eine Schweizer Firma, in Frankreich im Atomreaktorzentrum Saclay bei Paris den Bau einer Anlage zur Herstellung von schwerem Wasser zu leiten. Die Franzosen waren bereit, eine solche Anlage in großem Stil zu bauen.

Ende 1959 wurde sie fertiggestellt, und einige Monate später, im Februar 1960, zündeten die Franzosen in der damals noch französischen Sahara eine Plutoniumbombe, denn das schwere Wasser benötigt man nicht nur für Atomkraftwerke, sondern auch für Plutoniumbomben. Es ist unwahrscheinlich, daß Amerikas Regierung nichts von dieser weit sichtbaren Explosion wußte.

Soviel zu "Atome für den Frieden". Bei den amerikanischen Friedensbemühungen scheint immer wieder etwas vehement schiefzulaufen.

Die Wurzeln der Neuen Weltordnung

Die Wurzeln der NWO sind beim Aufkommen des neuen Finanzsystems und der Industrialisierung zu suchen. **Abraham Lincoln hat vor einer despotischen Machtergreifung aufgrund der Usurpation des Geldsystems gewarnt:** "Ich sehe in naher Zukunft eine Krise heraufziehen. ... In Friedenszeiten schlägt die Geldmacht Beute aus der Nation und in Zeiten der Feindseligkeiten konspiriert sie gegen sie. Sie ist despotischer als eine Monarchie, unerschämter als eine Autokratie, selbstüchtiger als eine Bürokratie. Sie verleumdet all jene als Volksfeinde, die ihre Methoden in Frage stellen und Licht auf ihre Verbrechen werfen. ...

Die Geldmacht des Landes wird danach streben ihre Herrschaft zu verlängern, indem sie die Vorurteile des Volkes ausspielt, bis der Reichtum in den Händen von wenigen angehäuft und die Republik vernichtet ist."

Es gibt zwei amerikanische Präsidenten, die es wagten, sich gegen das Geldsystem aufzulehnen: Abraham Lincoln und John F. Kennedy, beide wurden ermordet.

An der Wiege der NWO steht folglich das moderne Geldsystems, die Banken und die Kontrolle über die Zentralbanken, sowie die ganze Zinsproblematik. Der Tenor der neuen Führer lautet: Wir brauchen weder Nationen, noch Regierungen, noch Grenzen, weder nationale noch territoriale Sonderinteressen, keine natürlich gewachsenen kulturellen, religiösen und sittlichen Wertvorstellungen. **Auch ist es gleichgültig, welche Marionette amerikanischer Präsident oder deutscher Bundeskanzler(in) spielt.** Was wir benötigen, ist ein weltweites Geldeinheitssystem, das automatisch Macht über die Völker und Nationen übernimmt, die letztendlich auch keine Rolle mehr spielen werden.

Nathan Mayer Rothschild, Sohn des Gründers der Rothschild-Dynastie, Mayer Amschel Rothschild, fand zu diesem Thema drastisch deutliche Worte: "Ich kümmere mich nicht darum, welche Puppe auf den Thron von England gesetzt wird, um dieses Empire zu regieren, auf dem die Sonne niemals untergeht. **Der Mann, der die britische Geldversorgung kontrolliert, kontrolliert das British Empire, und die britische Geldversorgung kontrolliere ich!"**

Außer des Geldsystems der Rothschilds und Rockefellers steht am Beginn der Globalisierung die Industrialisierung. Eine Beschreibung der modernen Industriegesellschaft, die deutlich macht, daß Globalisierung, Industrialisierung und das moderne Geldsystem ein natürlicher Feind von Religion, Nation und Kultur ist, finden wir im Kommunistischen Manifest. Dort wird gefordert, daß die Welt nicht von den Proletarier aller Länder, sondern von der Geld- und Industriemacht beherrscht werden soll. Auch hier wird die Behauptung aufgestellt, daß allein diese Konstellation der Garant wäre für den Frieden in der Welt.

Das Imperium der US-amerikanischen Macht sieht eine globale Strategie vor: die Welt muß zu einem einzigen grenzenlosen Markt umgewandelt werden, in dem alle Kulturen, Religionen, Sprachen, Sitten und Gebräuche gleichgeschaltet werden sollen.

Das 20. Jahrhundert ist voll von Ideen von einem Welteinheitsstaat. Graf **Coudenhove-Kalergi**, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, nannte in seinem Buch

"Praktischer Idealismus" als Kenner der Szene hinter den Kulissen die **Demokratie "eine Fassade der Plutokratie" (Herrschaft des Geldes)**. Staatsmänner in republikanischen wie in monarchischen Demokratien seien Marionetten, während die Kapitalisten die Drahtzieher sind, die die Richtlinien der Politik diktieren und durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, in geschäftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen die Minister beherrschen. Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen. Dazu ein Wort eines unbekannten Propheten, das die heutige Situation treffend beschreibt: "Wer in der Demokratie schläft, erwacht in einer Diktatur."

Versetzen wir uns nun in die Zeit der 1940er Jahre.

The City of Man

Gegen Ende des Jahres **1940** erschien in den USA und in Kanada ein schmales Bändchen von 113 Seiten mit dem Titel: "**The City of Man. A Declaration on World Democracy - Die Stadt des Menschen. Eine Erklärung zur Weltdemokratie**". Es handelte sich dabei um ein Grundsatzprogramm für den **Welteinheitsstaat** oder die **Weltdemokratie** mit der dazugehörenden **Weltreligion**, auch hier ging es um nichts Geringeres als um die Etablierung des Friedens. Das Bändchen fand rasche Verbreitung und wurde an alle größeren Bibliotheken in den USA, Kanada, aber auch in Europa verteilt.

Offensichtlich war man daran interessiert, die "Stadt des Menschen" in großem Stil bekannt zu machen. Doch plötzlich war die Schrift nirgend mehr erhältlich, offiziell bis heute nicht und in den Bibliotheken hieß es: der Titel sei unauffindbar. Was war der Anlaß für dieses eigenartige Vorgehen? Es ist zu vermuten, daß die Globalisierer beim Ausbruch des II. Weltkriegs den lange erhofften Zeitpunkt zur Gründung des geplanten Weltstaates sahen.

Vielleicht waren es die militärischen Anfangserfolge der Nazi, die zum Rückzug der Propaganda für den einen Weltstaat bliesen. Die Tatsache aber, daß von dieser Schrift nach kurzer Zeit nirgends ein einziges Exemplar mehr aufzutreiben war, weist darauf hin, daß hinter dieser Publikation eine mächtige Organisation gestanden haben muß, um ein fast weltweit wirksames Ausleihe- und Verkaufsverbot bis heute zu befehlen.

Worum handelt sich nun bei diesem Werk **The City of Man**? Es ist mehr oder weniger das vollständige Programm zur Verwirklichung einer endgültigen **Vernichtung aller Nationalstaaten**, in erster Linie aber der **Vernichtung der Religion**, unter dem hehren Vorwand ewigen "Frieden auf Erden" schaffen zu wollen.

Der Plan enthält fünf Punkte:

1. Es soll ein erdumspannender einziger Staat entstehen.
2. Dadurch werden künftige Kriege ausgeschaltet. Einzige Herrschaftsform ist die Demokratie.
3. Die Demokratie muß zugleich die alleinige und allgemeine Weltreligion werden, die Religion des Humanismus.
4. Alle derzeit noch bestehenden verschiedenen Religionen müssen in diese humanistische Religion integriert werden. Religionen aber, die sich nicht integrieren lassen, weil sie allzu starr auf einem wortwörtlichen Verständnis ihrer Dogmen beharren, werden ausgemerzt, weil sie die Demokratie und damit den Menschen selber bedrohen.

Erinnert sei an Alice Bailey, die "Hohepriesterin" von New Age, der Bewegung des Neuen Zeitalters, das ja bekanntlich einen Messias erwartet, der sich "Maitreya" nennt und Herrscher einer neuen Weltreligion sein wird. Die New Ager haben jenen, die nicht zur Zusammenarbeit mit Maitreya und der neuen Weltreligion bereit sind, Gewalt, sogar Säuberungsaktionen und Vernichtung angedroht. Diejenigen, "die falsche Lehren über den Christus verbreiten" (z.B. gläubige Christen), würden in Zukunft verschwinden, sie werden "aus der physischen Verkörperung befreit und in eine andere Dimension außerhalb jeder physischen Inkarnation gesandt"

werden. Mit anderen Worten, sie würden umgebracht.

5. der Welt-Humanismus kann nur mittels einer Ausdehnung des Amerikanismus auf alle übrigen Länder der Erde durchgesetzt werde. Die Errichtung des Weltstaats muß daher von den Verneigten Staaten ihren Ausgang nehmen.

Am Schluß der Erklärung setzen die Verfasser den von ihnen angezielten Welt-Humanismus dem Amerikanismus gleich und betonen damit die Führungsrolle der Vereinigten Staaten bei der Errichtung des Welteinheitsstaates, denn **Globalisierung, so Henry Kissinger, ist nur ein anderes Wort für US-Herrschaft**. Mit einem Aufruf an die amerikanische Nation, vor allem an die amerikanische Jugend und an alle Europäer, sich für die Erneuerung der Welt entschlossen einzusetzen, endet das Dokument The City of Man.

Krieg um des Friedens willen?

Gehen wir nun einmal der Frage nach, was hinter der so auffällig zur Schau getragenen Liebe zum Frieden steckt, denn dies ist letztlich der zentrale Punkt in der Propaganda um die Neue Weltordnung. Die Verfasser von **The City of Man** sagen es an einer Stelle sehr offen: "Sinn und Ziel des menschlichen Lebens, des individuellen wie des kollektiven, ist Fortschritt und Wachstum in Verstand und Tat, und Friede, allgemeiner Friede, ist die Vorbedingung für Fortschritt und Wachstum."

Hier wird der reine Humanismus zum letzten Sinn und Ziel erklärt, der Friede hingegen zur bloßen, wenngleich notwendigen, Vorbedingung. **Friede ist also nicht das letzte Ziel, weil alle Staaten sich dem Gesetz des Weltstaates unterwerfen müssen**, "wenn es in der Welt von morgen Frieden geben soll."

Also zuerst Unterwerfung, dann erst kann Friede sein. Unterwerfung kann aber möglicherweise nur durch Krieg geschehen. Hier zitieren die Herausgeber von **City of Man** Präsident Woodrow Wilson, der damit den Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg begründet hatte:

"Ungeachtet der (wohlverdienten) Fehlschläge dieser letzten Jahrzehnte wird ein Krieg, um den Krieg zu beenden, erneut das Los unserer Generation sein - und der unsrigen allein, falls sie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigt - oder anderer, die noch kommen werden, bis der Totalitarismus des Todes oder die Universalität des Friedens auf der Erde errichtet ist".

Mit anderen Worten: wenn die Vereinigten Staaten die Schaffung der Weltdemokratie jetzt (also im II. Weltkrieg) in die Wege leiten kann, dann wird das der letzte Weltkrieg gewesen sein. Wenn aber nicht, werden andere Menschen, die noch kommen werden, nochmals einen Krieg führen müssen, um den Krieg zu beenden, sie werden also einen dritten Weltkrieg führen müssen bis zum "Totalitarismus des Todes" oder bis der Frieden auf Erden endlich errichtet ist, meines Erachtens das Friedensreich des Antichristen.

1950 erklärte der Großbankier und Rothschild-Agent **James Warburg**:

"Wir werden eine Weltregierung haben, ob es uns gefällt oder nicht. Die einzige Frage ist, ob die Weltregierung durch Eroberung oder Einwilligung erreicht wird."

Die folgenden Zitate bestätigen das Dokument "The City of Man" durch den internationalen Konsens zur Vorbereitung einer Neuen Welt-Demokratie, sprich Weltregierung:

Am 2. April 2009 trafen sich in **London** die Finanzminister und Zentralbankchefs aus 20 Ländern einschließlich der sieben großen Industrienationen zum G20-Gipfel. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank waren ebenfalls Teilnehmer dieses Treffens. **In einer programmatischen Rede bekräftigte Premierminister Gordon Brown die Entstehung einer Neuen Weltordnung**:

Vor 200 Jahren, so sagte er, habe eine neue Welt die alte abgelöst. 1990 war das Ende einer durch den Kalten Krieg bestimmten alten Welt. Man habe damals von einer politischen neuen Ordnung gesprochen. Was nicht habe vorausgesehen werden können, sei die Schnelligkeit der Globalisierung. Heute nun begannen wir zu verstehen, daß die Weltordnung,

die durch die Globalisierung vorangebracht wird, nicht durch militärische Stärke wie noch im Kalten Krieg, sondern durch ökonomischen Einfluß entstehe.

Die Länder, die in Zukunft erfolgreich sein werden, seien jene, die Flexibilität, freie Marktwirtschaft, freien Handel, Innovation und Förderung der Bildung miteinander verbinden könnten. Abschließend konstatierte **Brown**:

Eine neue Welt sei im Kommen. Es sei eine Neue Weltordnung mit ganz anderen und radikal neuen Herausforderungen für die Zukunft.

Strobe Talbott, Vize-Außenminister der USA von 1993 bis 2000, sprach bereits 1992 Klartext: **"Im nächsten Jahrhundert (dem 21. Jh.) werden Nationen, wie wir sie kennen, obsolet sein; alle Staaten werden eine einzige globale Autorität anerkennen. Nationale Souveränität war letztendlich keine so gute Idee."**

David Rockefeller sah die Welt schon 1994 am Rande einer globalen Umwälzung. Er war überzeugt, daß es nur noch einer Krise großen Ausmaßes bedürfe und die Nationen würden die neue Weltordnung annehmen. In einer Ansprache vor der **Trilateral Commission** 1991 dankte er "der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen Publikationen, deren Direktoren an unseren Treffen teilgenommen und beinahe 40 Jahre ihre **Versprechen zur Geheimhaltung** eingehalten haben. Es wäre für uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, wenn wir während dieser Jahre Gegenstand der breiten Öffentlichkeit gewesen wären. Aber jetzt ist die Welt aufgeklärt und vorbereitet genug, um einer **Weltregierung** entgegenzugehen."

Ein Beweis, daß in der Politik nichts zufällig geschieht, und wenn etwas geschieht, man sicher sein kann, daß es auch auf diese Weise geplant ist. (Franklin D. Roosevelt.)

Die "Lügenpresse" ist offensichtlich nicht lediglich eine Erfindung der Pegida-Demonstranten. **Völlig unmißverständlich drückte sich** die deutsche Bundeskanzlerin **Angela Merkel** auf dem Kirchentag in Dresden 2011 aus: **"Wenn man eine wirkliche Weltordnung haben will, eine globale politische Ordnung, dann wird man nicht umhin können, Souveränität, Rechte, an andere abzugeben."**

Ein friedliches Zusammenleben, so beteuerte sie, sei nur mit einer globalen Ordnung möglich, denn diese Welt könne keine friedliche Welt sein, wenn wir nicht zu mehr globaler Ordnung und mehr multilateraler Zusammenarbeit finden.

Frau Merkel sieht in der Globalisierung Chancen und "ein Schlüssel zur Zukunft und ... auch zur Toleranz, weil sie eine weltweite Öffnung politischer, wirtschaftlicher und kommunikativer Grenzen mit sich bringt ... Ich bin sehr froh, daß der Begriff der Toleranz nun auch Teil der Grundrechts-Charta im neuen EU-Reformvertrag ist", bekräftigte sie in einer Rede am 11. Juli 2007 an der Universität Heidelberg.

Ein Blick in den EU-Vertrag klärt uns über die seltsame Art der Toleranz von Frau Merkel auf: Obwohl EU-weit die Todesstrafe abgeschafft ist, lesen wir in den Erläuterungen zu diesem Vertrag in Artikel 2 Abs. 2 EMRK: "Eine Tötung wird nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet, wenn sie durch eine Gewaltanwendung verursacht wird, die unbedingt erforderlich ist, um zum Beispiel einen Aufruhr oder Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen." Und Artikel 2 des Protokolls Nr. 6 EMRK wird noch deutlicher: **"Ein Staat kann in seinem Recht die Todesstrafe für Taten vorsehen, die in Kriegszeiten oder bei unmittelbarer Kriegsgefahr begangen werden. ..."**

Es ist sicher nicht abwegig sich darüber Gedanken zu machen, inwiefern die beiden Artikel greifen werden, wenn der Widerstand im Volk gegen die Zerstörung europäischer Kultur und Geschichte, gegen den Austausch von Ländern und Völker im Namen der Neuen Weltordnung wächst.

Die Weltordnung der Päpste

Was besonders schmerzt, sind die Bekenntnisse der letzten Päpste zur neuen Weltordnung. In

seiner Enzyklika "Pacem in terris" **entwarf Papst Johannes XXIII. das Bild eines Weltstaates.** Als seine Vorboten nannte er die Organisation der Vereinten Nationen und vor allem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948, also zwei ausgesprochen weltliche Institutionen.

Schwerwiegend sind die Schlußworte von **Papst Paul VI.** am 4. Oktober 1965 vor der Vollversammlung der UNO: "Diese Begegnung ... ist von Einfachheit geprägt, denn der zu Ihnen spricht, ist ein Mensch genau so wie sie. **Ihr Bruder ist er,** und sogar der Geringste unter Ihnen."

Das Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche bezeichnete sich in geradezu peinlicher Unterwürfigkeit einer der Kirche feindlich gegenüberstehenden Organisation als "geringster Bruder". Doch der Papst fuhr fort: "Als Experten sozusagen für die Menschlichkeit tragen Wir Ihrer Institution in diesem Augenblick die Unterstützung Unserer letzten Vorgänger, die aller katholischen Bischöfe und Unsere persönliche an. Wir sind gewiß, daß diese Organisation den angemessenen Weg zur zeitgerechten Zivilisation und zum Weltfrieden öffnet. ...

Sie haben ein Gebäude errichtet, das niemals in Trümmer gehen darf. Es muß vervollkommen und dem Lauf der Geschichte dieser Welt angeglichen werden. Sie vertreten eine Entwicklungsstufe der Menschheit. Von nun an ist es nicht mehr möglich, zurückzuweichen. Man muß voranschreiten."

"Entwicklungsstufe der Menschheit" ist ein Terminus des Evolutionisten Pierre Teilhard de Chardin, für den sich der Mensch in einer Entwicklung hin zum Punkt Omega befindet, um dort aus sich selbst zur Vollendung zu gelangen.

Das folgende Zugeständnis von Papst Paul VI. gegenüber der UNO reflektiert die Teilhard-sche Philosophie des Einswerdens:

"Man wäre fast versucht zu sagen, daß Ihr Wesensmerkmal in der zeitlichen Ordnung gewissermaßen das widerspiegelt, was unsere katholische Kirche in der geistlichen Ordnung sein will: einmalig und universal. ... Nichts Höheres kann man im ideologischen Bereich auf natürlicher Ebene erdenken. Ihre Berufung ist es, nicht nur einige, sondern schlechthin alle Völker zu verschwistern."

"Sehr geehrte Herren, Sie haben ein Werk begonnen. ... Sie lehren die Menschen, den Frieden zu erkennen. Die Vereinten Nationen sind die hohe Schule, in der man die Bildung erhält, und wir sind hier in der Aula Magna dieser Schule. ... Und wenn sie diesen Raum verlassen, dann wird die Welt auf Sie als die Architekten, als Erbauer des Friedens blicken."

Die UNO als Architekt des Friedens? Daß die weltlichen Herrscher die Menschheit mit trügerischen Friedenshoffnungen versuchen irrezuführen, das haben wir mittlerweile verstanden, doch wenn der Stellvertreter Christi auf Erden, der den Frieden seines Herrn und Meisters Jesus Christus zu verkünden hat, als Hirte seine Schafe nicht auf das Reich Gottes lenkt, sondern auf eine weltliche Institution, bleibt nichts als eine unendliche Verlassenheit. Die Schlußworte des **Papstes** sind geradezu beunruhigend:

"Das ist ja das Schönste an der Organisation der Vereinten Nationen: ihr echt menschliches Antlitz. Dies ist das Ideal, das auf der Pilgerschaft durch die Zeiten von der Menschheit erträumt wurde. Dies ist die größte Hoffnung der Welt! Wir wagen zu sagen: das ist der Widerschein des Planes Gottes: ein alles übersteigender Plan voller Liebe für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft auf Erden, ein Widerschein, in dem die himmlische evangelische Botschaft irdisch wird."

Am Ende seiner Rede setzte der Papst noch deutlichere Akzente: "Was Sie von dieser Stelle aus verkündigen, das sind die Grundrechte und die Grundpflichten des Menschen, seine Würde und seine Freiheit, vor allen die Religionsfreiheit. Sie sind die Interpreten dessen - Wir spüren das - was höchster Gehalt menschlicher Weisheit ist, wir möchten es nennen: ihr heiliger Charakter."

Dieser Kult an den Menschen und das unverhohlene Eintreten für den Weltstaat ist die größte Ehre, die von kirchlicher Seite je an die UNO gerichtet wurde. Wer will es folglich dem "Philosophen der UNO" und langjährigen Vize-Generalsekretär Robert Muller verargen, wenn er die UNO als "modernes Bibelinstitut" verherrlicht und sich sogar dazu versteigt, die Vereinten Nationen als "Leib Christi" zu bezeichnen.

In der Fronleichnams-Predigt **am 17. Juni 1965 befürwortete Papst Paul VI. den Weltstaat** in einer zu diesem Fest kaum passenden Weise: "Man möchte den Weltstaat und die neue, ideale Gesellschaft bauen. Wie vielseitig die Menschheit bei der Errichtung des ungeheuren Gebäudes engagiert ist und welche bedeutenden Fortschritte man dabei macht, ist Uns durchaus bekannt. Sie sind es wert, bewundert und unterstützt zu werden."

Auch sein Hymnus anlässlich der Mondlandung im Juli 1969 ist für einen Papst recht ungewöhnlich und befremdlich: "Ehre dem Menschen, Ehre dem Denken, Ehre dem Wissen, Ehre der Technik, Ehre dem Wirken, Ehre der menschlichen Kühnheit! Ehre der Synthese der wissenschaftlichen Aktivität und der Organisationskraft des Menschen, der im Unterschied zu den übrigen Lebewesen, durch seinen Geist und seine manuelle Geschicklichkeit Instrumente zur Eroberung der Welt herzustellen weiß. Ehre dem Menschen, dem König der Erde und heute Fürsten des Himmels. Ehre dem lebenden Wesen, das wir sind, in dem sich das Bild Gottes spiegelt und das, im Beherrschen aller Dinge, dem biblischen Auftrag gehorcht: Mehret euch und herrschet."

Die Mondlandung war ein rein profanes Unternehmen, es ist nicht bekannt, daß die Astronauten als wahrnehmbares Zeichen christlichen Bekenntens ein Kreuz am Ort ihrer "Eroberung" aufgerichtet hätten.

In seiner Enzyklika CARITAS IN VERITATE weist **Papst Benedikt XVI.** mit Bezug auf Papst Johannes XXIII. ebenfalls auf eine Weltautorität hin:

"Um die Weltwirtschaft zu steuern, die von der Krise betroffenen Wirtschaften zu sanieren, einer Verschlimmerung der Krise und sich daraus ergebenden Ungleichgewichten vorzubeugen, um eine geeignete vollständige Abrüstung zu verwirklichen, sowie Ernährungssicherheit und Frieden zu verwirklichen, den Umweltschutz zu gewährleisten und die Migrationsströme zu regulieren, ist das Vorhandensein einer echten politischen **Weltautorität**, wie sie schon von meinem Vorgänger, dem seligen Papst Johannes XXIII., angesprochen wurde, dringend nötig."

Wenn die höchste Obrigkeit der katholischen Kirche in kaum verschlüsselten Worten sich zur "Weltautorität" bekennt, ist anzunehmen, daß die Herrschaft über die Welt durch die Globalisierer schon weit gediehen ist. Das würde beinhalten, daß alle überkommenen kulturellen und religiösen Werte, Sitten und Gebräuche in Vergessenheit geraten sollen.

Die Endlösung der Globalisierer

Wie sehr bedroht die Gesamtheit der Völker schon ist, erfahren wir aus den Büchern des amerikanischen Militärstrategen, Vordenkers und Planers der Neuen Weltordnung, **Thomas P. M. Barnett** (*1962 in Chilton, Wisconsin). Er ist davon überzeugt, daß Amerika dazu berufen sei, der Welt globale Spielregeln für die neue Weltwirtschaftsordnung vorzulegen.

Von der Firma Cantor Fitzgerald wurde er Anfang 2000 beauftragt, ein Forschungsprojekt mit Namen "New Rule Sets Project" (Projekt Neue Spielregeln) über globale Militärstrategien zu leiten. Das Büro der Arbeitsgruppe befand sich im 107. Stockwerk des New Yorker World Trade Center. **Zur Zeit der Anschläge von 9/11 hatte das Team gerade einen freien Tag** und Thomas Barnett konnte kurze Zeit später als Berater für Strategiefragen im Büro von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Pentagon seine Arbeit aufnehmen.

Es scheint **Thomas Barnett** vorbehalten zu sein, uns die Pläne der Globalisierer im Detail vorzulegen. **2005 schon beschrieb er ihre Absicht, eine "Gleichschaltung aller Länder der Erde, und zwar durch die Vermischung der Rassen"** ins Auge zu fassen. Jährlich sollen in

Europa 1,5 Millionen Einwanderer aus der Dritten Welt aufgenommen werden. Dabei ist es niemandem erlaubt - weder Regierungen noch Institutionen - die Flüchtlingsströme zu behindern. Landesgrenzen sollen eingeebnet, die Rassen vermischt, nationale Werte und Gebräuche, sowie traditionelle Religionen abgeschafft werden.

Das Endziel soll eine hellbraune Rasse ergeben mit einem durchschnittlichen IQ von 90 sein, zu dumm zu begreifen, aber intelligent genug um zu arbeiten. Sollte sich Widerstand regen, dann müsse ein neuer 11. September inszeniert werden. Barnett selbst möchte eine Globalisierung, die sowohl multikulturell als auch multirassisch sein soll. Aber das wünschen die Erbauer der Neuen Weltordnung gerade nicht, sie arbeiten an einer kompletten Durchmischung und damit an der Vernichtung der Kulturen und der Rassen. Darauf hin angesprochen, antwortete **Barnett: "Sollte man Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, so fordere ich: "We shall kill them" (wir werden sie töten). ..."**

In ähnlichen Worten beschrieb der englische Schriftsteller **H.G. Wells** den Plan der Globalisierer: **Zahlreiche Menschen werden die NWO hassen und beim Versuch, gegen sie zu protestieren, werden sie sterben.**

Hier wird eines deutlich: Das Konzept der Neuen Weltordnung wird nicht ohne Einsatz von Terror erreicht werden können. Während die Angriffe der Globalisierer sich auf unsere Freiheit richten, werden wir, die Verteidiger unserer christlichen Werte und unserer Freiheit als "gewalttätige Extremisten" bezeichnet.

Die apokalyptische Konstruktion einer Neuen Weltordnung kann nur gelingen, wenn eine Vereinheitlichung der Denkweisen erreicht werden kann. Ein materialistisches Weltbild, verkörpert durch die neue Ideologie **Gender Mainstreaming**, ist dafür die ideale Strategie.

Bei der Völkerwanderung des 21. Jahrhunderts geht es also um eine Enteignung der kulturellen Identität und des christlichen Wertefundaments von Europäern. Wir sollen zu Fremden im "eigenen Haus" werden. Die weiße Farbe soll verschwinden, auch dies ist kein Geheimnis mehr, wir müssen es nur langsam begreifen lernen. Was wir zur Zeit erleben, ist der Abschied von einer Jahrhunderte alten Kultur, Abschied von einer christlichen Denk- und Lebensweise. Das Deutschland, das wir einst gekannt haben, wird es bald nicht mehr geben. Politiker reden schon heute von Neubürgern.

Es sieht nicht so aus, als ob die Bundesregierung sich groß anstrengend würde, "Schaden vom deutschen Volks abzuhalten", wie es der Text der Eidesformel verfügt. Jene, die sich um die Identität ihres Vaterlandes und ihrer Heimat - zwei Begriffe die a priori schon als politisch nicht korrekt eingestuft werden - sorgen und dies laut äußern, werden ausgegrenzt und fallen unter das Verdikt des "Rassismus", der "Islamophobie" oder prinzipiell der "Xenophobie" - Fremdenfeindlichkeit.

Gender Mainstreaming - Steigbügelhalter der Neuen Weltordnung

Unter dem Stichwort **"Enteignung der kulturellen Identität"** zählt der Begriff **Gender Mainstreaming**, eine Ideologie ist dabei, das Wertefundament unserer Gesellschaft aufzulösen.

Die offizielle Definition von **Gender Mainstreaming** spricht von der Gleichbehandlung und Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Doch dies ist eine gezielte **Begriffsverwirrung**. Dahinter steckt eine Ideologie, die fundamental in unseren Alltag eingreift und vor allem die Familie, Männer, Frauen und Kinder **umerziehen und bevormunden will**. Für die politische Strategie fordert die **Neue Weltordnung** Menschen, die sich ihrer Identität nicht mehr bewußt sind und somit beeinflusbar für Manipulation und Umverteilungspolitik - von der verordneten Sprachregelung bis zur planwirtschaftlichen Frauenquote.

Gender bedeutet ein gewandeltes Verständnis von Geschlecht, d.h., genitale Unterschiede zwischen den Geschlechtern seien nicht naturgegeben, sondern ein "Produkt soziokultureller Konstruktionen", d.h. das Ergebnis sozialer und politischer Umstände, getrennt vom biologi-

schen Geschlecht. **Die Tatsache, daß der Mensch von Gott als Mann und als Frau geschaffen wurde, ist nicht mehr von Belang**, jede sexuelle Orientierung - heterosexuell, homosexuell, lesbisch, bisexuell, transsexuell ist - gleichwertig und auch beliebig wählbar. Es geht hier also um die **Gleichstellung aller sexuellen Lebensformen** und nicht um die Gleichstellung von Mann und Frau.

Gender Mainstreaming strebt eine **totale Veränderung der Geschlechter** und somit der Gesellschaft, vor allem der familiären Strukturen an, und zwar aus dem einen Grund, der Jugend die geschlechtliche Orientierung zu nehmen. Menschen, die nicht wissen, wer sie sind, werden orientierungslos und sind der Gefahr ausgesetzt, Opfer von Manipulation zu werden.

Den ideologischen Ursprung von Gender finden wir im Marxismus. Die Abschaffung der bürgerlichen Familie beschäftigte schon Marx und Engels. Sowohl der Mann als auch die Frau sollen in den Arbeitsprozeß einbezogen, die Kinder jedoch dem Staat übergeben werden, zur Erleichterung der Frau, die dem Joch des Mutter- und Hausfrauendaseins entledigt wird. Und wie viele Frauen sind darauf hereingefallen.

Den vorläufigen Höhepunkt in der gegenwärtigen Diskussion um Gender Mainstreaming ist "The Queen of Austria" und "Ikone Europas", Conchita Wurst. Die bärtige Sängerin ist seit Monaten das wichtigste Propagandainstrument von Gender. So ist es für die Genderologen selbstverständlich, die Diva mit Vollbart auch in den Schulen zu präsentieren. Ein Schulleiter meint: Der Besuch Conchitas sei Anlaß, um herauszufinden, wie die Jugendlichen über Mann und Frau denken. Es soll ihnen verständlich gemacht werden, daß man nicht unbedingt die Werte der traditionellen Familie übernehmen müsse.

Die Medien haben es nicht nehmen lassen, diese androgyne Gestalt neben den uns bekannten Herz-Jesu-Bildern zu plazieren.

Die Journalistin Dale O'Leary (*1941) hat in ihrem Buch "**The Gender-Agenda**" fünf Leitsätze des Genderismus definiert, wie sie **im UN-Establishment verankert** sind:

1. In der Welt braucht es weniger Menschen und mehr sexuelle Vergnügungen. Es braucht die Abschaffung der Unterschiede zwischen Männer und Frauen sowie die Abschaffung der Vollzeit-Mütter.
2. Da mehr sexuelle Vergnügen zu mehr Kindern führen können, braucht es den freien Zugang zu Verhütung und Abtreibung für alle und Förderung homosexuellen Verhaltens, da es dabei nicht zur Empfängnis kommt.
3. In der Welt braucht es einen Sexualkundeunterricht für Kinder und Jugendliche, der zu sexuellem Experimentieren ermutigt, es braucht die Abschaffung der Rechte der Eltern über ihre Kinder.
4. Die Welt braucht eine 50/50-Männer/Frauen-Quotenregelung für alle Arbeits- und Lebensbereiche. Alle Frauen müssen zu möglichst allen Zeiten einer Erwerbstätigkeit nachgehen.
5. Religionen, die diese Agenda nicht mitmachen, müssen der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Dale O'Leary war Teilnehmerin an der **Peking Konferenz 1995, wo der Begriff "Gender" offiziell eingeführt wurde**. In ihrem Buch "Die Gender-Agenda" schreibt sie: "Über das, was Gender will, gibt es keine offene Diskussion. Sie kommt nicht als großes Schiff daher, obwohl sie doch in allen politischen und öffentlichen Programmen verankert werden soll, sondern wie ein U-Boot, das keiner genau kennen soll."

Das war im Jahre 1997. In der Zwischenzeit wurde **Gender Mainstreaming** klammheimlich, **ohne Bürgerbefragung und ohne Debatte**, weder im Parlament noch in den Medien, 1999 zur "Gleichstellungspolitik mittels der politischen Strategie des Gender Mainstreaming als durchgängiges Leitprinzip und Querschnittsaufgabe" festgelegt.

Wir haben es hier also mit einer offiziellen politischen Zielsetzung zu tun, die administrativ und auf dem Weg des Gesetzes sowohl durch **ein Zusammenwirken von UNO- als auch**

EU-Organisationen in der Gesellschaft bereits durchgedrückt wurde. Es handelt sich um eine sogenannte top-down-Ideologie, die nicht von der Bevölkerung, sondern von den Machteliten der Welt ausgeht, und die mit den Mitteln der Gesetze der Bevölkerung aufgezwungen wird. Die folgenden Ausführungen verdeutlichen, wie die **Veränderung bzw. Zerstörung der Gesellschaft gerade im Bereich der Ehe und Familie von langer Hand vorbereitet** wurde. Der erste Generaldirektor der WHO von 1948 bis 1953, Dr. Brock Chisholm, legte anfangs der 1950er Jahre mit großer Offenheit das Konzept vor. Er war der Meinung, Glaubenskodizes, feste Regeln und Dogmen gehören abgeschafft. Eltern waren für ihn Diktatoren, die die bessere Natur ihrer Kinder unterdrückten, und er glaubte, die Kinder müßten von religiösen und kulturellen Vorurteilen, die ihnen aufgezwungen würden, befreit werden. Er befürwortete Sexualerziehung von einem frühen Alter an und lehrte, daß die Gebräuche der Älteren ausgemerzt werden sollten, wenn nötig mit Gewalt. Die Geschlechter sollen ineinander verschmolzen oder umgepolt, Kinder von ihren Familien befreit und die Familie, so wie wir sie kennen, abgeschafft werden."

Dieser Generalangriff gegen Ehe und Familie wurde bereits in großem Stil umgesetzt. Die **Trennung der Kinder von den Eltern in einem frühen Alter** wird als unabdingbar erklärt und mit der aggressiven Forderung nach Kitas diktiert: "**Alle Kinder müssen in die Kita**", tönte es von der Ministerpräsidentin von NRW Hannelore Kraft. Nun hören wir von sexuellen Übergriffen in einer Kita in Mainz. "Kita in Mainz geschlossen wegen sexueller Übergriffe von Kindern an Kinder. Das Personal entlassen", lauteten die Schlagzeilen quer durch die Medien.

Aus einem Bericht des SWR geht hervor, daß es bei den Übergriffen um Vorfälle handelt, bei denen Kinder unter Androhung von Gewalt durch andere Kinder genötigt worden sein sollen, ihre Geschlechtsteile zu zeigen oder Gegenstände in den Anus einzuführen. Es ist kaum vorstellbar, daß das Personal diese Übergriffe nicht bemerkt haben soll.

Die Elternvertreter sind fassungslos, warum eigentlich?

Haben sie sich nie näher mit den Vorgängen und Plänen der Kitas beschäftigt?

Werden sie erst aufwachen, wenn sie eines Tages erkennen, daß ihre Kinder sich ihnen entfremdet haben und sie nicht mehr als Eltern anerkennen? Asoziale und vereinsamte Wesen sind in der Neuen Weltordnung willkommen, weil beherrsch- und manipulierbar.

Die Sexualisierung der Jugend ist ganz im Sinne Lenins, dem folgendes Zitat zugeschrieben wird: "**Wenn wir eine Nation vernichten wollen, so müssen wir erst ihre Moral vernichten.** Dann wird uns diese Nation als reife Frucht in den Schoß fallen. Interessiert die Jugend für Sex und ihr bekommt sie ohne Schwierigkeiten in eure Gewalt".

Um die "Vernichtung der Nation" zu erreichen, muß das Denken bis in die Wurzeln umgewandelt werden. Das stärkste Zerstörungspotential, das diese Forderungen erfüllt und Gesellschaft und Familie damit auszulöschen droht, ist **Gender Mainstreaming**. Dem italienischen Philosophen marxistischer Prägung und Mitbegründer der kommunistischen Partei Italiens, **Antonio Gramsci** (1891-1937) war klar, daß im Westen die Revolution am bestehenden bürgerlichen Wertekanon scheitern wird, daher setzte er auf **Untergrabung und Zerstörung jener Werte, die eine bürgerliche Kultur aufrechterhalten: das Christentum.**

Die Arbeiter seien für die notwendig revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht zu gewinnen, wenn sie weiterhin an ihrem katholischen Glauben festhielten. Dieser müsse ihnen ausgetrieben werden. - Seit Jahrzehnten erleben wir, wie diese rote Ideologie in die Gesellschaft hineingetragen wird.

Kein Platz für Christus und Seine Botschaft

So langsam dringt mit erschreckender Klarheit in unser Bewußtsein, daß in unserer Gesellschaft für die christliche Botschaft kein Platz mehr ist. Die Europäische Union hat sich am 18. Juni 2004 auf eine Verfassung ohne Gottesbezug geeinigt. **Valéry Giscard d'Estaing**, der

Vorsitzende des EU-Konvents zur Zukunft Europas 2004, erklärte, daß die **EU-Verfassung nicht der richtige Ort sei für einen religiösen Hinweis**. So einigte man sich auf eine allgemeine Andeutung auf die religiösen und kulturellen Traditionen Europas, um Millionen Nicht- und Andersgläubigen nicht den Eindruck zu vermitteln, ausgeschlossen zu werden.

Scharfe Worte gegen die Religion fand **Hillary Clinton**, die im April 2015 angekündigt hat, sich nach 2008 zum zweiten Mal um die Präsidentschaft der USA bewerben zu wollen. **Auf einer Konferenz über Feminismus** im Lincoln Center in Manhattan **versprach sie** unter tosendem Applaus im Falle ihrer Wahl eine Politik zugunsten der **Anerkennung der Abtreibung als Frauenrecht**.

Gleichzeitig kritisierte sie eine "Diskriminierung" der Frauen und der Homosexuellen durch Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit. Religiöse Überzeugungen würden die Rechte der Homosexuellen (LSBTIQ) einschränken. Ausdrücklich nannte sie bei ihrer Kritik auch den Widerstand der katholischen Kirche gegen die Gesundheitsreform der Regierung Obama, die eine für katholische Institutionen nicht akzeptierbare Verordnung zur Finanzierung von Verhütung und Abtreibung einführt.

Ebenso rechtfertigte die Ex-First Lady die staatliche Finanzierung von Planned Parenthood, welche die weltweit größte Abtreibungsorganisation der USA repräsentiert. Der Abtreibungskonzern erhält von der US-Regierung jährlich über eine halbe Milliarde Dollar und weitere 35 Millionen Dollar zahlt die Regierung Obama an den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, damit weltweit für Abtreibung und Sterilisierung geworben werden kann. Der Plan für eine Reduzierung des Bevölkerungswachstums wurde von den Erbauern der Neuen Weltordnung noch nicht aufgegeben.

Die globale Elite wünscht, die Weltbevölkerung auf 500 Millionen zu begrenzen. Also ca. 90 % weniger Menschen auf der Erde als zurzeit darauf leben. Daher ist es nicht weiter erstaunlich, daß **Hillary Clinton** in ihrer Rede auch die "sexuelle und reproduktive Gesundheit" verteidigte. Ein Euphemismus, hinter dem sich das Recht auf Abtreibung, Verhütung, künstliche Befruchtung in allen Varianten und die Gender-Ideologie versteckt.

Der Gipfel ihrer Auslassungen war die Forderung, der Staat solle sein Gewaltmonopol einsetzen, um unerwünschte religiöse Überzeugungen und Dogmen zu ändern. Damit ruft Hillary Clinton **nach dem Zwangsstaat**, der als "Zwingherr zum Glück" auftreten soll. "Tiefverwurzelte kulturelle Codes, religiöse Überzeugungen und strukturelle Phobien haben sich zu ändern. Die Regierungen müssen ihre Möglichkeiten zum Zwang nützen, um die überlieferten religiösen Dogmen neu zu definieren."

Bill Donohue, der Vorsitzenden der Catholic League, kritisierte diese "Kriegserklärung gegen die Religion" eines Kandidaten für das amerikanische Präsidentenamt mit aller Schärfe. Das sei der "wahrscheinlich aufrichtigste progressive Slogan in der Geschichte", so Ed Morrissey von HotAir.com. Die Anspielung, daß eine Nation, die auf der Säule der Religionsfreiheit gründet, die Machtmittel des Staates dazu einsetzen soll, die religiösen Überzeugungen zu ändern, sei eine nie dagewesene Erklärung.

Es stellt sich die Frage, in wie weit die Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei für das Weiße Haus sich überhaupt berühren läßt von den weithin bekanntgewordenen Massakern und Vertreibungen, die seit Jahren an Christen begangen werden. In ca. 60 islamischen, hinduistischen, buddhistischen und kommunistischen Ländern findet eine Christenverfolgung statt, die alles bisher menschlich Bekannte und Vorstellbare übertrifft.

"Christian Solidarity International" (CSI) geht davon aus, daß weltweit über 175.000 Christen jedes Jahr wegen ihrer Religion ermordet oder zu Tode gefoltert werden. Die Brutalität, mit der vor allem in muslimischen Staaten gegen Christen vorgegangen wird, zeigt neue Dimension menschlicher Abgründe.

Da die westliche Welt sich offensichtlich nur halbherzig dieser Welle der Gewalt entge-

gestellt, hat sich nun die irakische Regisseurin und schiitische Muslima, Aida Schläpfer Al Hassan, dieses Leidens angenommen. "Ich will mit meinem Film einen weiteren drohenden Völkermord an diesen Menschen verhindern", sagt sie und war **schockiert über die Barba-
rei, die an Christen begangen wird**. In einem Kurzfilm von etwa zwei Minuten mit dem Titel "**Noun**" (das arabische Wort für **Nazarener**, mit dem Buchstaben N wurden im Irak die Haustüren der Christen markiert) widmet sie sich der Christenverfolgung durch den Terror des Islamischen Staats (IS) im Irak.

Der Film wurde für das Internationale Film-Festival in Locarno 2015 nominiert, doch zunächst aus "Qualitätsgründen" abgelehnt. Auf Druck der Öffentlichkeit mußte er aber schließlich doch noch gezeigt werden.

Früher, so berichtet **Aida Schläpfer Al Hassan**, habe man sich im Irak keine Gedanken gemacht, ob der Nachbar Sunnit, Schiit, Kurde oder Christ sei. Doch mit der Invasion der Amerikaner in den Irak, dem Bürgerkrieg und der ausufernden Gewalt des IS sei das gegenseitige Mißtrauen mittlerweile groß.

Diskriminierung der Christen

Was in der öffentlichen Debatte totgeschwiegen wird, ist die Tatsache, daß über 85 % der sogenannten "hate crimes" gegen Christen gerichtet sind. Darunter fallen durch das von der EU verabschiedete und in den nationalen Verfassungen verankerte sogenannte "Diskriminierungsverbot wegen sexueller Orientierung" (das höher bewertet wird als die persönliche Gewissensentscheidung) auch berufliche Einschränkungen und Diskriminierungen bis zu einem Ausmaß, daß in bestimmten Fällen die Existenzgrundlage von Menschen zerstört wird, wie z.B. in England, wo Klöster ihre Gasthäuser schließen mußten, weil sie gezwungen gewesen wären, auch an unverheiratete und homosexuelle Paare zu vermieten.

Ebenso mußten katholische Adoptionsvermittlungen ihre Einrichtungen schließen. Sie hätten Kinder auch an homosexuelle Paare vermitteln müssen.

Ein christlicher Standesbeamter, der aus religiöser Überzeugung sich nicht in der Lage sieht, ein homosexuelles Paar zu trauen, wird seine Stelle verlieren, wenn er den Vorgaben nicht Folge leistet. Ebenso werden Berufe wie Standesbeamter, Arzt, Krankenschwester und Hebamme oder Apotheker für Christen nicht mehr ausübbar sein, und Lehrer und Eltern geraten in Schwierigkeiten, wenn sie mit der staatlich festgelegten Sexualmoral nicht einverstanden sind.

Das **Antidiskriminierungs-Gesetz** führt zur absonderlichen Situation, daß ein katholischer Eventplaner auch für Homosexuelle Verpartnerungs-Feiern organisieren müßte, oder ein katholisches Bildungshaus sich nicht weigern könnte, die Tagung einer Abtreibungs-Organisation in ihren Räumen zu ermöglichen. Fraglich wäre ebenso, ob ein Pfarrer gezwungen wäre, den Pfarrsaal für die Planung einer Love-Parade etc. zur Verfügung zu stellen.

Aber auch im nicht-kirchlichen Bereich schafft das Gesetz absurde Möglichkeiten: Jüdische Einrichtungen wären gezwungen, antisemitisch orientierten Gruppen ihre Räume zu überlassen. Überlebende des kommunistischen Terrors müßten ihre Wohnung an ein kommunistisches Paar vermieten, und wie würde wohl die Antwort eines islamisches Reisebüros lauten, das aufgefordert wird, Christen nach Mekka mitzunehmen?

Anläßlich der Sacra Liturgia Konferenz in New York City im Juni 2015 faßt Bischof Frank Caggiano von Bridgeport im Rahmen seiner Homilie (Rede) die Not der Zeit zusammen: die Welt von heute wünscht, daß die Katholiken verschwinden. "Wir werden leiden." Gleichzeitig forderte er die Katholiken jedoch dringend auf standzuhalten. Dazu bedarf es jedoch der Standhaftigkeit des heute so angefochtenen Glaubens.

Die Weltregierung des Weltenherrschers

Es gibt jedoch eine Weltordnung, auf die wir unseren Blick richten, um die wir uns sogar bemühen und sie innig erhoffen und erleben müssen: die eine Weltregierung des Pantokrator

Jesus Christus. In den Berichten über die Zeit nach seiner Auferstehung unmittelbar vor seiner Himmelfahrt lesen wir von der Aussendung der Zwölf an alle Menschen bis an die Enden der Erde. Ihm, Jesus, ward alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden.

Darum hatte er auch die Macht die Jünger zu senden, um seine Botschaft zu allen "Völkern und Könige" zu tragen: "Darum gehet hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes, und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe." (Matthäus 28, 18-20).

Dies ist Seine Bitte, wenn nicht gar Seine Forderung, die er jedoch mit einer Verheißung verbunden hat: **"Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt"** (Matthäus 28,20).

Ungezählte sind diesem Ruf Christi gefolgt, **Alexander Solschenizyn** war einer von ihnen. In einer seiner Reden nach seiner Ausbürgerung 1974 sprach er über die entsetzlichen Ereignisse, die über Rußland gekommen waren und auf entsprechende Fragen antwortete er: "Nachdem ich jahrelang über das sowjetische System mit seinen Millionen Menschenopfern nachgeforscht habe, kann ich nichts Genaueres sagen als: **Die Menschen haben Gott vergessen, deswegen konnte das alles passieren!"**

Es scheint tatsächlich so zu sein, als ob Gott Seine Hand von den Völkern weggezogen hätte, denn die Welt hat Jesus Christus aus dem Blickfeld verloren. Wir haben unsere Augen, wie Petrus von IHM abgewandt, deshalb sinken wir.

Niemand wird daran zweifeln, daß wir in einem nie gekannten Maß, Gott vergessen haben. Die allgemeine Apostasie, die Gleichgültigkeit in Glaubensfragen, nicht nur der Gläubigen, sondern auch der Hirten, ist apokalyptisch. Können wir es zulassen, daß unsere Kinder ihr Leben auf einem geistigen Trümmerfeld aufbauen?

Von offizieller Seite, vom Staat, von all den vielen Institutionen, die vorgeben, sich um Kinder, Ehe und Familie zu kümmern, ist kaum Hilfe zur Stärkung familiärer Strukturen zu erhalten, so viel haben wir verstanden. Nur wenigen Vertreter der Kirche ist Ehe und Familie noch ein drängendes Anliegen. Wer verkündet noch, daß die Liebe zwischen Mann und Frau ein Abbild der unaufkündbaren Liebe Gottes zu den Menschen ist. Wer hat noch ein Ohr dafür? Diese Sprache wird nicht mehr von allen verstanden. Doch sie muß wieder gelehrt und gelernt werden, wollen wir die zeitlos gültigen Werte wie Leben, Güte, Liebe, Treue wieder in unsere Gesellschaft bringen.

Die Einhaltung der so verlachten sittlichen Ordnung gerade im Bereich der Sexualität schützt vor psychischen und auch materiellen Schäden. Als Gott den Mann und die Frau erschuf, hat er keine wertunterschiedlichen Individuen hervorgebracht, sondern den Menschen, und zwar als Mann und als Frau, mit seiner jeweils spezifischen Sexualität.

Sie ist eine Erscheinungsweise des Menschen, die seine ganze Persönlichkeit durchdringt, ihn bis in sein Innerstes prägt. Daher ist Sexualität nicht lediglich etwas rein Körperliches, sondern berührt gleichermaßen die geistigen und psychischen Ebenen des Menschen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht zu erfahren, daß Liebe nicht ein sich technisch vollziehender sexueller Akt ist, wie dies in der schulischen Sexualerziehung vermittelt wird, sondern eine Bindungskraft, die sich langsam und stetig über Jahre hinweg entwickeln und festigen kann, und daß nur mit dieser Erkenntnis und mit diesem Wissen und unter diesen Voraussetzungen wahre Persönlichkeiten sich entfalten können, die der weltlichen Macht der Neuen Weltordnung die göttliche Kraft und Liebe Christi entgegensetzen.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.05.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x035/79) = Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung, Seite 79.

x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ...</u> Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x152	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 10. Bonn 1994.
x170	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (Hg.): <u>Menschen wie wir ...</u> Teil I. Erinnerungen an geliebte Menschen. Kassel 2000/2001.
x268	Nawratil, Heinz: Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x294	Arburg, Adrian von u.a.: <u>Als die Deutschen weg waren</u> . Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland. 6. Auflage. Hamburg 2007.
x303	Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig (Hg.): <u>Durchblick</u> . GSW Geschichte/Politik 9/10. 1. Auflage. Braunschweig 2004.
x315	Scheuch, Manfred: <u>Historischer Atlas Deutschland</u> . Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com-content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x863	http://horst-koch.de/deutschenfeindlichkeit/ - Januar 2016.

x917	https://horst-koch.de/griff-des-islam-nach-europa/ - April 2019
x918	https://horst-koch.de/kopftuch-als-uniform/ - April 2019
x931	http://paxeuropa.de/2016/07/24/der-islam-548-schlachten-278-millionen-tote/ – Juli 2019
x939	https://horst-koch.de/christentumtwo-thuerkauf/ – Juli 2019